

Dario Azzellini (Hrsg.)

Mehr als Arbeitskampf!

Workers weltweit gegen Autoritarismus,
Faschismus und Diktatur

VSA:



Dario Azzellini (Hrsg.)
Mehr als Arbeitskampf!

Workers weltweit gegen Autoritarismus, Faschismus und Diktatur

Der Herausgeber

Dario Azzellini, Professor für Entwicklungsstudien an der Universidad Autónoma de Zacatecas (Mexiko), Visiting Scholar an der Cornell University (USA), forscht seit über 25 Jahren zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Seine Schwerpunkte sind Arbeits- und Industriesoziologie, lokale und Arbeiterselbstverwaltung, soziale Bewegungen und Protest, mit einem Fokus auf Lateinamerika und Europa. Er hat mehr als 20 Bücher, elf Filme und eine Vielzahl wissenschaftlicher Artikel veröffentlicht, die in diverse Sprachen übersetzt wurden. Darunter »Vom Protest zum sozialen Prozess: Betriebsbesetzungen und Arbeiten in Selbstverwaltung« (VSA, 2018) und »The Class Strikes Back: Self-Organised Workers Struggles in the Twenty-First Century« (Haymarket, 2019). Mehr Informationen unter www.azzellini.net.

Dario Azzellini (Hrsg.)

Mehr als Arbeitskampf!

Workers weltweit gegen
Autoritarismus, Faschismus und Diktatur

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de

Gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für diese Publikation ist alleine der Herausgeber verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt des BMZ wieder.

Übersetzungen ins Deutsche von Gegensatz Translation Collective (in Klammern die jeweiligen Sach- bzw. Länder-Beiträge): David Badde (Iran), Irina Bondas (Chile, Südafrika), Camilla Elle (Argentinien, Kolumbien, Indien), Daniel Fastner (Südkorea), Andreas Förster (Irak), Max Henniger (USA), Lisa Jeschke (Autor:innenangaben), Felix Kurz (Brasilien, Tunesien, Ägypten, Portugal, Japan, Spanien), Isolda Mac Liam (Frauen, Philippinen, Großbritannien), Katharina Martl (Indonesien, Bosnien und Herzegowina, Russland)

Übersetzungslektorat: Utku Mogultay

Korrektur und Redaktion: Dario Azzellini



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2021, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbinderarbeiten: CPI books GmbH, Leck

Umschlagfoto: Aktivisten der Gewerkschaft »Kilusang Mayo Uno« aus den Philippinen (siehe S. 147ff.) demonstrieren

ISBN 978-3-96488-081-9

Inhalt

Vorwort	9
<i>von Dario Azzellini</i>	
Demokratie oder Kapitalismus	15
Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Politik <i>von Klaus Dörre</i>	
Wofür kämpfen wir?	25
Arbeitskämpfe von Frauen <i>von Paula Varela</i>	
Pandemie und Klassenkampf	35
<i>von Dario Azzellini</i>	
ARGENTINIEN	
Arbeiter:innen gegen Macris Neoliberalismus	45
<i>von Andrés Ruggeri und Elisa Gigliarelli</i>	
CHILE	
Antineoliberale Revolte und Generalstreik 2019	53
<i>von Domingo Pérez und Sebastián Osorio</i>	
KOLUMBIEN	
Gewerkschaftsarbeit unter einem autoritären Regime	61
<i>von Gearóid Ó Loingsigh</i>	
BRASILIEN	
Gewerkschaften und der Kampf gegen die Diktatur von Militärs und Unternehmern (1964–1985)	68
<i>von Henrique Tahan Novaes und Maurício Sardá de Faria</i>	
Aufstehen gegen Konservatismus und Autoritarismus	75
Gewerkschaften und populäre Kämpfe gegen die Regierung Bolsonaro <i>von Flávia Braga Vieira</i>	
USA	
Gewerkschaften gegen Trumps Autoritarismus	82
<i>von Patrick Young</i>	

SÜDAFRIKA

- »The wheel is turning«** 89
Der Kampf der Arbeiterdemokratie gegen die Apartheid, 1950–1990
von *Nicole Ulrich*

TUNESIEN

- Die Gewerkschaft UGTT und Prekäre
während des Aufstands von 2011** 96
von *Lorenzo Feltrin*

ÄGYPTEN

- Arbeiter:innen und die Revolution** 103
von *Anne Alexander*

PORTUGAL UND SEINE EHEMALIGEN AFRIKANISCHEN KOLONIEN

- Das letzte Imperium** 110
Der Unabhängigkeitskampf in den afrikanischen Kolonien
und die portugiesische Revolution von 1974/1975
von *João Carlos Louçã und Raquel Varela*

SÜDKOREA

- Arbeiter:innen und der Gwangju-Aufstand 1980** 117
von *Youngsu Won*

JAPAN

- Gewerkschaftlicher Widerstand gegen neoliberale Deregulierung
des Arbeitsmarktes** 124
von *Hiroaki Richard Watanabe*

INDIEN

- Gewerkschaftliche Mobilisierung gegen das Modi-Regime** 131
von *Charvaak Pati*

INDONESIEN

- Gewerkschaften und Arbeiterschaft gegen das Suharto-Regime** 139
von *Verna Dinah Q. Viajar*

PHILIPPINEN

- Lang lebe »Kilusang Mayo Uno« (KMU)** 147
Die Arbeiterbewegung im Zeitalter des Imperialismus
von *Sarah Raymundo*

IRAN

- Festgefahrener Konflikt** 154
Arbeiter:innen gegen autoritären Neoliberalismus
von *Peyman Jafari*

ISRAEL

- Gewerkschaftsbewegung zwischen Organisation und Schweigen** 162
von *Jules El-Khatib*

LIBANON

- Mobilisierung der Arbeiter:innen für die Konsolidierung
der Oktoberrevolution** 169
von *Lea Bou Khater*

IRAK

- Gewerkschaften: Alte Lasten und neue Krisen** 177
von *Omar al-Jaffal*

BOSNIEN UND HERZEGOWINA

- Organisation von Arbeiter:innen als Wurzel
des sozialen Aufstandes 2014** 184
von *Anna Calori*

RUSSLAND

- Neo-Autoritarismus, Kooptierung und Widerstand** 192
Arbeiterschaft und alternative Gewerkschaften
von *Sarah Hinz und Jeremy Morris*

SPANIEN

- Der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung
während der Transition zur Demokratie** 200
von *Victor Peña González, Eva Bermúdez-Figueroa und Beltrán Roca*

GROSSBRITANNIEN

- Kohle statt Stütze!** 208
Der große Streik der Bergarbeiter gegen Thatcher
von *Peter North*

FRANKREICH

- Kein Ende des Widerstands** 216
Die sozialen Bewegungen und Emmanuel Macron
von *Sebastian Chwala*

DDR

Zwischen den Zeiten 223

Der kurze Moment von Selbstermächtigung 1989/90

von Renate Hürtgen

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Von der Symbolik zur Praxis 231

Die deutschen Gewerkschaften, Antirassismus und Gefahren von rechts

von Romin Khan

Autor:innen 239

Vorwort

von Dario Azzellini

Weltweit sind autoritäre Politiken und Regierungen auf dem Vormarsch. In dem Maße, in dem die Systemkrise sich verstärkt, nimmt auch der Autoritarismus zu. Zugleich steht die Menschheit vor der Aufgabe, das vorherrschende Produktions- und Konsummodell (vor allem im globalen Norden) grundlegend verändern zu müssen, um Ungleichheit und Ausbeutung zu überwinden und den ökologischen Kollaps zu verhindern. Die bürgerlichen Kräfte sind weder in der Lage noch willens, die autoritäre Entwicklung aufzuhalten und die ökologisch notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Im Gegenteil, sie haben historisch in Krisenzeiten stets mehrheitlich autoritäre Lösungen der Umverteilung vorgezogen. Von der Bourgeoisie die notwendige Überwindung des Kapitalismus einzufordern, ergibt wenig Sinn. Weniger wird perspektivisch aber kaum ausreichen, denn wie Marx richtig feststellte: »Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.« (MEW 23: 529-530)

War es einst Konsens in der Linken, dass die Organisierung der Arbeiter:innen das Hauptinstrument im Kampf um gesellschaftlichen Wandel sei, werden Arbeiter:innen heute häufig als Unterstützer:innen autoritärer Entwicklungen ausgemacht. Mit dem Siegeszug des Neoliberalismus schwanden nicht nur Organisationsgrad der Arbeiter:innen¹ und die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, sondern auch die Überzeugung in großen Teilen der Linken und Sozialwissenschaften, Arbeiter:innen könnten in gesellschaftlichen Transformationsprozessen eine zentrale Rolle spielen. Oftmals verschwand die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus gleich mit. Klasse wurde als analytische Kategorie und als politischer Bezugspunkt aufgegeben – sogar Arbeit sollte keine zentrale Rolle mehr spielen. Als eine unter vielen Stimmen² kann hier Manuel Castells zitiert werden, der erklärte, im »Informationszeitalter« habe sich Arbeit so verändert, dass der Arbeiterbewegung die Fähigkeit abhandengekommen sei, »eine wichtige Quelle sozialen Zusammenhalts und der Vertretung von Arbeiter:innen« (Castells 1997: 354; Übers. d. A.) zu sein. Arbeiter:innen könnten dadurch nicht mehr die emanzipatorischen Subjekte der Zukunft sein. Die Zukunft gehöre den nicht auf Klasse aufbauenden iden-

¹ Im vorliegenden Band werden die Begriffe Arbeiter:innen und Arbeiterklasse ganz im Sinne vom Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verstanden. Mit Arbeiter:innen sind also ganz allgemein »worker« gemeint.

² Ähnlich argumentierten z.B. auch Zygmunt Bauman, Jeremy Rifkin und Richard Sennett.

titären Bewegungen, sie seien die »potenziellen Subjekte des Informationszeitalters« (ebd.: 360).

Diese Analyse ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Sie blickt offensichtlich nur auf den globalen Norden und selbst dort nur auf die industriellen Kernländer. Die Weltregionen, in denen der Großteil der Weltbevölkerung lebt und arbeitet, sind nicht Teil der Betrachtung. Aber auch in den ehemaligen industriellen Kernstaaten war das fordistische Normarbeitsverhältnis nie das Arbeitsverhältnis der Mehrheit, so wie der Industriearbeiter weder in den industriellen Zentren und noch viel weniger in den Peripherien jemals *die* Arbeiterklasse bildete. Sicher, die Industriearbeit schuf in den industriellen Kernstaaten ein Proletariat mit stark homogenisierten Arbeits- und Lebensbedingungen, brachte es in großen Massen zusammen und erleichterte so auch die Bedingungen der Organisierung. Nach dem Muster der fordistischen Fabrik wurden später ganze Gesellschaften organisiert, von Kindergarten, Schule und Universität bis hin zu Sozialsystemen und Rente. Doch die Produktionsformen und die Produktionsverhältnisse haben sich in den vergangenen Jahrzehnten drastisch verändert. So auch die Gewichtung der Sektoren in einzelnen Regionen und auf globaler Ebene und nicht zuletzt auch die Zusammensetzung der Arbeiterklasse.

Seit den 1970er-Jahren verändert sich das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit massiv. Es führt strukturell zu steigenden Arbeitslosenzahlen und einer ausufernden Prekarisierung. Der Umfang der Industriearbeit in den Zentren hat rapide abgenommen. Dafür hat die informelle Arbeit, die sich in den meisten Fällen durch prekäre Arbeitsbedingungen auszeichnet, zugenommen, vor allem im Dienstleistungssektor. Man kann sagen: Das Ende der Ära des Fordismus erfolgt im Rahmen einer strukturellen und systemischen Krise (Mészáros 2009; Wallerstein 2011). Eine Überwindung ist bis heute nicht gelungen. Deswegen erleben wir immer neue Zusammenbrüche wie auch derzeit durch die weltweite Covid-19-Pandemie. Diese war jedoch nur der Auslöser und Verstärker einer Krise, die sich bereits vorher mit sinkendem Containerschiffaufkommen, Überproduktion, Kapitalüberschuss und vermeintlich fehlenden Investitionsmöglichkeiten ankündigte. All dies, als die Armen und große Teile der Mittelschichten im globalen Maßstab und Nord-Süd-Verhältnis, aber auch in den verschiedenen Weltregionen und Ländern selbst die Folgen der Finanzkrise von 2008 noch nicht überwunden hatten.

In dieser Situation kann aber eine Schwäche der Arbeiterbewegung nicht geleugnet werden. Die Veränderung der Produktion und der Neoliberalismus haben die altbewährten Organisationsmodelle stark beeinträchtigt. Die Krise der Arbeiterbewegungen ist jedoch nur konjunkturell und nicht das prophezeite Ende. Mit der Konsolidierung der sich herausbildenden neuen Arbeiterklassen (Silver 2005) und mit der Entwicklung von Organisationsmodellen und Kampfformen auf der Höhe der Herausforderungen wird diese überwunden

werden. Ein bedeutender Teil in der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die in den kapitalistischen Zentren vor sich geht, besteht aus migrantischen Arbeitskräften. Dies bietet eine strukturelle Grundlage für die internationale Ausbreitung von Arbeitskonflikten und Arbeitskonfliktivität, wie Beverly J. Silver schon Anfang dieses Jahrtausends anmerkte. Sie eröffnet damit auch die Möglichkeit neuer transnationaler Formen von assoziativer Macht³ (ebd.).

Neue Organisationsformen und Kämpfe entstehen an vielen Orten – davon handelt auch dieses Buch. Sie haben sich jedoch noch nicht auf breiter Front durchsetzen können. Vielmehr entsteht eine komplexe Situation, die Domingo Pérez und Sebastián Osorio in ihrem Beitrag zum Aufstand im vormals neoliberalen Musterland Chile in diesem Band prägnant zusammenfassen: »Eine schwache und fragmentierte Organisation der Bevölkerung im Neoliberalismus [hat] paradoxe politische Effekte [...]: Sie befördert sowohl gewaltsame soziale Aufstände im extremen Neoliberalismus als auch die Verlängerung unklarer politischer Verhältnisse, die auf dramatische Art wieder auf die Arbeiterklasse zurückfallen könnte.«

Trotz aller Veränderungen bleibt die Unterbrechung der Profiterzeugung im größeren Umfang das mächtigste Instrument der Arbeiterklasse, um Forderungen durchzusetzen. Dies ausgehend von der Arbeit und dem Arbeitsplatz in kollektiver Form zu tun, ist zwar nicht die einzige Möglichkeit, aber immer noch die naheliegendste, effektivste und einfachste. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Arbeiterorganisation und Demokratisierung in Europa, Lateinamerika, Ost- und Südostasien zu dem Ergebnis kommen, dass autoritäre Regime Arbeiterbewegungen gegenüber in der Regel feindlich gesinnt sind (Caraway et al. 2015: 2).

Eine Studie aus dem Jahr 2019 kam zu dem Ergebnis, dass urbanen Mobilisierungen, bei näherer Betrachtung vor allem die von Industriearbeiter:innen, eine zentrale Rolle bei der Demokratisierung zukommt (Dahlum et al. 2019a). Die Resultate der Studie wurden wie folgt zusammengefasst: »Aktuelle Debatten über den jüngsten Aufstieg autoritärer Populisten mögen den Finger auf die Arbeiterklasse richten – aber unsere Untersuchungen legen nahe, dass Industriearbeiter:innen für den historischen Fortschritt der Demokratie von entscheidender Bedeutung waren. [...] Industriearbeiter:innen waren Schlüsselakteure der Demokratisierung und noch wichtiger als die urbanen Mittelschichten« (Dahlum et al. 2019b).⁴ Bezieht man alle Arbeiter:innen mit ein, ist

³ Assoziative Macht meint die Macht der Arbeiter:innen, die aus der kollektiven Organisation erfolgt, in Unterscheidung zu der strukturellen Macht, also jene Macht, die z.B. aus einer bestimmten Arbeitsmarktlage oder spezifischen Stellung im Produktionsprozess erfolgt.

⁴ Die Untersuchung analysierte in detaillierter Weise die soziale Zusammensetzung von 193 größeren Oppositionsbewegungen in 150 Ländern von 1900 bis 2006.

festzustellen, dass die Beteiligung von Arbeiter:innen nahezu immer entscheidend für Demokratisierung gewesen ist.

Dies wird durch aktuelle Erfahrungen bestätigt, sei es durch den neuen klassenspezifischen Feminismus in verschiedenen Ländern oder die von Chile über den Libanon bis nach Frankreich aufgeflamnten Massenproteste. Es drängt sich also die Frage auf, welche Rolle Gewerkschaften und andere Organisationsformen von Arbeiter:innen in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Demokratie und Teilhabe spielen können.

Der vorliegende Sammelband vereint eine Auswahl an Beispielen, die zeigen, wie sich Arbeiter:innen global in Gewerkschaften und anderen Organisationsformen früher und heute gegen Faschismus, Diktaturen, autoritäre Regime und autoritäre Tendenzen wendeten bzw. wenden. Er stellt einen Beitrag dar, die Relevanz von Arbeiter:innen im Kampf gegen Autoritarismus wieder ins Bewusstsein zu rücken, auch über Gewerkschaften hinaus. Der Blick ist darauf gerichtet, wie Arbeiter:innen sich für demokratischen Wandel einsetzen, auch in Situationen der Schwäche. Ihre Kämpfe waren nicht immer erfolgreich. Und dort, wo sie es waren, haben sie selten in Gänze das erreicht, was sie angestrebt hatten. Dennoch ist niemand so häufig so weit gekommen wie organisierte Arbeiter:innen. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Die allermeisten der 29 Kapitel fokussieren auf einzelne Länder. Einige behandeln bedeutende historische Ereignisse und Kämpfe im 20. Jahrhundert. In den allermeisten Kapiteln geht es jedoch um Kämpfe aus den vergangenen zehn Jahren. Außergewerkschaftliche Mobilisierungen, Druck von unten auf traditionelle Gewerkschaftsapparate, nicht-traditionelle Kampf- und Organisationsstrategien – zum Teil auch gewerkschaftliche Neugründungen oder andere Formen von Arbeiter:innenorganisation – spielen eine bedeutende Rolle in diesem Band.

Es war mir ein besonderes Anliegen, die Vielfalt unterschiedlicher linker politischer und organisatorischer Ansätze in der Arbeiterorganisation weltweit darzulegen und dafür möglichst viele Autor:innen aus den Ländern und Regionen selbst zu gewinnen. Das bedeutet in der Folge auch, dass sich Perspektiven und Terminologie unterscheiden, vor allem von denen des bisher dominierenden globalen Nordens. Dies war durchaus beabsichtigt. Zudem habe ich durch meine eigene Forschung zu Bewegungen auf fünf Kontinenten und meinen Aktivismus in den vergangenen Jahrzehnten gelernt, wie wichtig es ist,

Sie schloss außerdem auch die Bewegungen für das Frauenwahlrecht Anfang des 20. Jahrhunderts mit ein. Die beteiligten sozialen Gruppen wurden unterschieden in Bäuer:innen, öffentliche Angestellte, Militärs, religiöse und ethnische Gruppen, Industriearbeiter:innen und urbane Mittelschichten. (Dahlum et al. 2019a)

auf die konkrete Praxis von Bewegungen unter Berücksichtigung des historischen Kontexts und der spezifischen Bedingungen zu schauen. Eine gemeinsame Perspektive der Befreiung kann nur dann entstehen, wenn auch die jeweiligen Unterschiede wahrgenommen und verstanden werden. Denn nicht zuletzt können wir auch sehr viel voneinander lernen.

Die Menschheit steht vor der existenziellen Aufgabe, die Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlage auf dem Planeten Erde zu verhindern. Währenddessen sind die Kräfte entlang der traditionellen Achse Kapital und Arbeit in den alten industriellen Zentren im globalen Norden, aber auch in Teilen des globalen Südens – das wird in den grundlegenden Beiträgen im ersten Teil dieses Buches deutlich – so schwach wie nie zuvor. Im zweiten Teil wird das von den zahlreichen Autor:innen für ganz unterschiedliche politische und gesellschaftliche Kontexte, gegliedert nach Kontinenten, dargelegt. Die zeigen aber auch: In den vergangenen Jahrzehnten sind viele neue Bewegungen entlang anderer Konfliktlinien und Widersprüche entstanden. Eine Organisation von Arbeiter:innen hat sich herausgebildet, die von den traditionellen Arbeiterorganisationen nicht erfasst wurde und sich mit ihren Organisations- und Aktionsformen deutlich von den traditionellen Arbeiterorganisationen unterscheidet.⁵ Spätestens mit den popularen⁶ Antiausteritätsprotesten und Aufständen, die seit der Krise 2007/2008 fast die ganze Welt erfasst haben, sind diese Mobilisierungen und Bewegungen nicht mehr zu übersehen, ebenso wenig wie die Bewegungen gegen den ökologischen Kollaps.

Es geht also um neue Allianzen und neue Politiken des Widerstands, um ein neues sozialistisches Projekt, das zwangsläufig feministisch, ökologisch nachhaltig, antirassistisch und dekolonial sein muss, wenn es eine breite und globale Alternative zum Bestehenden sein will. Die Frage der Arbeit (ohne in Produktion und Reproduktion zu trennen) ist dabei zentral, weil das Leben und die Menschheit darauf aufbauen, und weil die Frage danach, wer ein ernsthaftes Interesse an der Überwindung des Kapitalismus hat, sich nach wie vor am Gegensatz von Arbeit und Kapital festmacht.

Mein Dank geht an die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die diese Publikation möglich gemacht hat; insbesondere an Boris Kanzleiter und Till Bender für die gute Zusammenarbeit – und auch an den VSA: Verlag (Louisa Bäckermann und Gerd Siebecke) aus dem gleichen Grund. Ich danke auch den Autor:innen, die

⁵ Siehe hierzu auch Kanzleiter (2020), der einen lesenswerten Überblick über die Vielzahl von verschiedenen Kräften des Widerstands, globalen Alternativen und den Achsen, entlang derer sie sich formieren, verfasst hat.

⁶ Der Begriff »popular« wird hier im Sinne von Antonio Gramsci und der lateinamerikanischen Verwendung gebraucht. Auf Deutsch gibt es keinen entsprechenden Begriff dafür.

sich aufgrund der zeitgleichen Bearbeitung in Englisch und Deutsch häufigen Rückfragen stellen mussten. Darüber hinaus bedanke ich mich bei allen Genoss:innen weltweit, die mich mit wertvollen Informationen und Kontakten unterstützt haben, sowie bei meinem Sohn Camilo für die Freude, die er mir bereitet und die Energie, die er mir in Zeiten der Pandemie verliehen hat – und nicht zuletzt auch bei meinen Eltern.

Literatur

- Caraway, Teri L./Lorena Cook, Maria/Crowley, Stephen (Hrsg.) (2015): *Working Through The Past: Labor and Authoritarian Legacies in Comparative Perspective*. Ithaca.
- Castells, Manuel (1997): *The Information Age, vol. 2: The Power of Identity*. Oxford.
- Dahlum, Sirianne/Knutsen, Carl Henrik/Wig, Tore (2019a): *Who Revolts? Empirically Revisiting the Social Origins of Democracy*. In: *The Journal of Politics* 81, 1494-1499.
- Dahlum, Sirianne/Knutsen, Carl Henrik/Wig, Tore (2019b): *We checked 100 years of protests in 150 countries. Here's what we learned about the working class and democracy*. In: *The Washington Post*, 24.10.2019. <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/10/24/we-checked-years-protests-countries-heres-what-we-learned-about-working-class-democracy/> (18.11.2020).
- Kanzleiter, Boris (2020): *Globale Solidarität. Für einen Internationalismus der Zukunft*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Marx, Karl (1890): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*. MEW, Bd. 23. Berlin, 529-530.
- Mészáros, István (2009): *The Structural Crisis of Capital*. London.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin.
- Wallerstein, Immanuel (2011): *Structural Crisis in the World-System: Where Do We Go from here?* In: *Monthly Review* 62, 31-39.

Demokratie oder Kapitalismus

Zur widersprüchlichen Vergesellschaftung von Politik

von Klaus Dörre

Die Krise der Demokratie oder des demokratischen Kapitalismus ist in aller Munde. Selbst linksliberale, kapitalismuskritische Autoren sprechen bevorzugt von postdemokratischen Verhältnissen. Die liberale Demokratie hat, so scheint es jedenfalls, ihren Zenit überschritten. Insofern mag es überraschen, dass ich es ablehne, von einer Krise *der* Demokratie zu sprechen – sowohl aus analytischen als auch aus normativen Gründen. Damit ist keineswegs gesagt, dass mit der Demokratie alles zum Besten stünde, im Gegenteil. Zweifellos findet in den alten kapitalistischen Zentren und hier vor allem in den USA eine schleichende Entdemokratisierung von Demokratie statt. Der neue Autoritarismus lässt sich als politische Reaktion auf eine tiefe Krise des Kapitalismus verstehen. Präziser: Vor allem die frühindustrialisierten Länder durchlaufen eine historisch neuartige ökonomisch-ökologische Zangenkrise, bei der völlig offen ist, ob sie sich mit demokratischen Mitteln und innerhalb systemkonformer Bahnen lösen lässt. Diese Schwierigkeiten vor Augen, stellt die Demokratie für erhebliche Teile der kapitalistischen Eliten nicht länger die präferierte politische Staatsform dar (Jessop 2018; vgl. Deppe 2013). Auf Dauer wird die demokratische Herrschaftsform nur Bestand haben, wenn ihre Inhalte, Verfahren und Institutionen auf zuvor für die demokratische Willensbildung verschlossene Felder und Sektoren ausgeweitet werden. Eine solche Demokratisierung läuft, so meine These, letztendlich auf einen Bruch mit dem Kapitalismus hinaus. Die Erosion des demokratischen Kapitalismus führt zur Alternative Kapitalismus *oder* radikale Demokratie.

Was ist Demokratie?

In modernen kapitalistischen Gesellschaften läuft Demokratie unweigerlich auf die Einbeziehung der Massen in Entscheidungen und damit auf eine Vergesellschaftung von Politik hinaus. *Logisch-funktional* betrachtet ist eine demokratische Herrschaftsform, die auf der Trennung von Wirtschaft, Kernstaat und Zivilgesellschaft beruht, die beste politische Herrschaftsform für einen rationalen Kapitalismus, also für eine Gesellschaft, die auf permanente Innovation, Revolutionierung der Produktionsmittel, Markterweiterung (Wood 2010) und vor allem auf die beständige Inklusion eines zuvor exkludierten nichtkapitalistischen Anderen angewiesen ist. *Historisch* gesehen ist der Gleichklang von Kapitalismus und Demokratie jedoch keineswegs der Normalfall. Die herrschenden Klassen hatten lange Zeit mehrheitlich erhebliche Vorbehalte gegenüber einer Herrschaftsform, in welcher die Volksmassen an politischen

Entscheidungen beteiligt werden. Dort, wo sich die liberale Demokratie durchsetzte, geschah das keineswegs in Eintracht mit kapitalistischer Wirtschaftsweise und Großbürgertum, sondern unter dem Druck von Massen- und Arbeiterbewegungen, die politische Innovationen wie das allgemeine, gleiche, und geheime Wahlrecht gegen große Teile der herrschenden Klassen durchsetzten (Hobsbawm 2017).

Dies vor Augen, kann von einem Doppelcharakter moderner Demokratien gesprochen werden. Doppelcharakter meint einerseits, dass die repräsentative, parlamentarische Demokratie als Integrationsinstanz für beherrschte Klassen wirkt oder doch wirken kann. Andererseits ermöglicht die liberale Demokratie aber auch eine Teilhabe der Massen an Politik, die eigendynamisch verlaufen und für die Herrschenden außer Kontrolle geraten kann. Deshalb sind moderne Massendemokratien das Produkt antagonistischer Vergesellschaftung. Das bedeutet: Aus Sicht der dominanten kapitalistischen Eliten ist Demokratie vor allem dann funktional, wenn sie neben allem anderen, was das kapitalistische System erfordert, gesellschaftlich integrierend wirkt. Demokratie passt im Grunde nur zu einem rationalen Kapitalismus, der beherrschten Klassen die Chance bietet, Interessen in organisierter Form durchzusetzen. Es gibt jedoch auch innerhalb von demokratisch verfassten Staaten stets Exklusionsbereiche – etwa Unterklassen, prekarisierte Gruppen und den Bereich der Sorgearbeiten. Hinzu kommen Exklusionsbereiche in anhängigen, peripheren Staaten oder Kolonien, in denen Demokratie nicht oder allenfalls eingeschränkt funktioniert. Diese Exklusionsbereiche sind variabel; sie können vergrößert und verkleinert werden. Ihre Einschränkung kann, wie in Indien, die Folge antikolonialer Bewegungen sein oder, wie in Südafrika, aus dem Anti-Apartheid-Kampf resultieren. Insofern unterliegt der Nexus von rationalem Kapitalismus und liberaler Demokratie keiner sozialen Mechanik. Klar ist aber auch, dass die stets spannungsreiche Wahlverwandtschaft von Kapitalismus und Demokratie seitens der herrschenden Klassen aufgekündigt werden kann.

Hier setzt meine Gegenwartsdiagnose an. Ich argumentiere mit Marx, orientiere mich aber an einer »mittleren Linie«, die sich zwischen systemkonformem Reformismus und leninistischen Revolutionskonzeptionen bewegt. Diese Linie, für die Namen wie Wolfgang Abendroth, manche Austromarxisten, Antonio Gramsci und in gewisser Weise auch Nicos Poulantzas stehen, halte ich mit Blick auf die alten kapitalistischen Zentren für die wichtigste. Die unter die »mittlere Linie« subsumierten Staatsauffassungen orientieren sich bei aller Verschiedenheit an dem Grundgedanken, dass Staat, Recht und damit auch die Demokratie auf asymmetrischen Kompromissen beruhen. Die subalternen Klassen lassen sich nur integrieren, wenn es Zugeständnisse an ihre Interessen gibt. Diese Zugeständnisse werden als soziale und demokratische Rechte

institutionalisiert, ihr normativer Gehalt kann dann auch gravierende Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse überdauern.

Auf solche Rechte gründet sich institutionelle Lohnabhängigenmacht. Diese institutionelle Macht hat überhaupt erst ermöglicht, was Bob Jessop im Anschluss an Max Weber als rationalen Kapitalismus bezeichnet. Es handelte sich um einen Kapitalismus, in welchem Überausbeutung für eine historisch kurze Zeitspanne nebensächlich wurde. Die finanzkapitalistische Landnahme, die Mitte der 1970er-Jahre einsetzte, hat diese Form der antagonistischen Vergesellschaftung von Politik teilweise wieder zurückgedrängt. Sie hat soziale Rechte beschnitten und den potenziellen Antagonisten, der nach dem Revolutionsverzicht immerhin sozialreformerisch erfolgreich war, immer weiter geschwächt. Vor allem jedoch hat sie den Exklusionsbereich, der sich demokratischen Entscheidungen tendenziell entzieht, mittels Ausweitung von Marktmechanismen enorm vergrößert.

Vereinfacht gesprochen: Wir haben es mit einer Ausprägung vornehmlich klassenspezifischer Ungleichheiten in den alten, aber auch in den neuen kapitalistischen Zentren zu tun, die an vorrevolutionäre Zeiten erinnert. Gleichzeitig sind die Kräfte, die den alten Antagonismus an der Klassenachse repräsentiert haben, nach 1945 nie so schwach gewesen wie in der Gegenwart. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich aber auch eine Institutionalisierung von neuen sozialen Bewegungen vollzogen, die reproduktive Interessen und metabolische Macht⁷ repräsentieren. Faktisch findet ein ähnlicher Integrationsprozess, wie er im Falle der westeuropäischen Arbeiterbewegung ein gutes Jahrhundert gedauert hat, seit drei Jahrzehnten mit den neuen sozialen Bewegungen statt. Wir haben es mit einer Institutionalisierung von Reproduktions- und metabolischer Macht zu tun, wie Nachhaltigkeitsziele, Gleichstellungsbeauftragte und Umweltdezernenten veranschaulichen. Diese institutionelle Integration ist die Essenz dessen, was Nancy Fraser als progressiven Neoliberalismus (Fraser 2009) bezeichnet hat.

Gesetzliche Normen und Regelungen, die mit der Demokratie nicht identisch sind, weil sie Minderheiten und selbst Einzelnen möglich machen, demokratische Entscheidungen anzufechten, sind zur Regulationsform auch jener Gegensätze und Antagonismen geworden, die am ökologischen Gesellschaftskonflikt und im gesellschaftlichen Reproduktionssektor aufbrechen. Das Nebeneinander von De- und Reregulation führt zu einer paradox anmutenden

⁷ Von Kapital- und Lohnabhängigenmacht zu unterscheiden ist dies eine – heterodoxe – Machtform, die aus der Stellung bewusster Interessengruppen in der Reproduktion von Naturverhältnissen hervorgeht. Ihre Quellen beruhen auf Arbeit als lebensspendendem Prozess, somit nicht primär auf Lohn- oder Erwerbsarbeit. Ich bezeichne sie als metabolische Macht.

Konstellation. Auf der einen Seite setzt sich der Niedergang zivilgesellschaftlicher Akteure, die um den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital gebaut sind, fort. Auf der anderen Seite genießen Gesellschaften wie die deutsche ein Maß an zivilgesellschaftlicher Liberalität, die es mit Blick auf sexuelle Orientierungen, religiöse Überzeugungen und diverse Formen bürgerschaftlichen Engagements im Inklusionsbereich der Gesellschaft erlaubt, so frei zu leben wie nie zuvor in der Geschichte. Für die kapitalistischen Eliten gibt es wegen der Schwäche potenzieller Antagonisten kaum noch etwas zu integrieren. Aber genau deshalb kommt es zu elementaren Funktionsstörungen innerhalb des kapitalistischen Systems und seiner Demokratien.

Diese Funktionsstörungen resultieren aus einem in gewisser Weise irrationalen, einem politischen Kapitalismus, der in hohem Maße auch für die Probleme der Demokratie verantwortlich ist. Funktionsstörungen gibt es natürlich auch innerhalb des politischen Systems. Deren Ursachen wurzeln u.a. darin, dass sich die Mitte-Links-Parteien in den kapitalistischen Zentren dem vermeintlichen Sachzwang der Globalisierung unterworfen und ihren Sozialreformismus, der noch den alten Antagonismus bediente, faktisch aufgegeben hatten. Diese Wende der Sozialdemokratie ermöglichte den liberal-konservativen Parteien, in die Mitte zu wandern, mit dem Effekt, dass das politische Zentrum in den westlichen Demokratien keine Polarisierungen mehr zulässt. Ob man Konservative oder Sozialdemokraten wählte, machte lange Zeit keinen großen Unterschied. Genau das hat eine populistische Revolte von rechts begünstigt, die mit doppelter Frontstellung agiert. Zum einen handelt es sich um Versuche, die soziale Frage von rechts zu besetzen und sie der Linken zu nehmen, zum anderen geht es um eine Attacke gegen das Maß an politisch-kultureller Liberalität in demokratisch verfassten Zivilgesellschaften.

Die Tendenz zu bonapartistischen Demokratien

Die am Erhalt des Kapitalismus interessierte und deshalb imaginäre Revolte der radikalen Rechten signalisiert allerdings mehr als nur die Unfähigkeit politischer Parteien zum demokratischen Konflikt. In ihr bricht sich eine Tendenz zu bonapartistischen Demokratien Bahn, wie sie sich mehr oder minder ausgeprägt in allen kapitalistischen Zentren findet. Bonapartismus (MEW Bd. 8) bezeichnet eine »Ausnahmeform« (Hall 2014: 92) des Staates, die das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie in einem politischen Interregnum stillstellt. Als Erklärung wird Bonapartismus immer dann interessant, wenn das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie offen zutage tritt, ohne dass eine Auflösung der zugrunde liegenden Pattsituation in Sicht wäre. Im Unterschied zu anderen autoritären Herrschaftsformen zeichnet sich die bonapartistische Ausnahmeform durch drei Strukturmerkmale aus: *erstens* durch die blockierte Revolution, *zweitens* ein Interregnum, das die Kräfte des

Neuen gefangen hält sowie *drittens* ein *transformismo*, welcher von Teilen der subalternen Klassen gestützt wird, die ihre Interessen magels Alternative an autoritäre Führer und Formationen delegieren. Alle genannten Strukturmerkmale sind Charakteristika des »langen Jahrzehnts« zwischen globaler Finanzkrise und Corona-Pandemie.

1. *Blockierte Revolution*: Vor allem die frühindustrialisierten Staaten, aber auch die Schwellenländer durchlaufen gegenwärtig eine ökonomisch-ökologische Zangenkrise, die einen Wendepunkt in den Gesellschaft-Natur-Beziehungen darstellt. Zangenkrise besagt, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung von Stagnation, Arbeitslosigkeit und Armut sowie zur Pazifizierung von Klassenkonflikten im Kapitalismus – nämlich die Generierung von Wirtschaftswachstum – unter Status-quo-Bedingungen ökologisch zunehmend destruktiv und deshalb gesellschaftszerstörend wirkt. Der Zangengriff von Ökonomie und Ökologie markiert eine Krise, die gegenwärtig ungelöst hinter der Corona-Pandemie lauert. Schon wegen ihrer Komplexität ist sie voraussichtlich von langer Dauer. Nachhaltigkeitsziele, fixiert in 17 *Sustainable Development Goals* (SDGs), zu denen sich nahezu die gesamte Staatengemeinschaft verpflichtet hat, klagen jedoch ein, dass sie ein Ende finden muss, wenn nicht große Teile des Planeten unbewohnbar werden sollen. Längst handelt es sich bei diesen Zielen um mehr als nur um unverbindliche Absichtsbekundungen. Mit der sanktionierbaren Festlegung auf eine vollständige Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft bis 2050 hat der Transformationsdruck industrielle Schlüsselbranchen wie die Energiewirtschaft und die Autoindustrie erreicht. Nicht nur die früh industrialisierten Staaten, auch die Schwellenländer stehen vor einer Nachhaltigkeitsrevolution, deren Zeitbudgets in dem Maße schrumpfen, wie die anvisierten Veränderungen hinausgezögert werden.

2. *Interregnum*: Diese historisch neue Krisenkonstellation beinhaltet den Problemrohstoff, der zu dem beschriebenen politischen Interregnum geführt hat. Das politische Zentrum mitte-rechts und mitte-links im Koordinatensystem hat sich bisher als unfähig erwiesen, die Zangenkrise zu überwinden. Die liberalen kapitalistischen Eliten setzen darauf, dass eine erneuerte soziale Marktwirtschaft in der Lage ist, die überfällige Wende zur Nachhaltigkeit mithilfe digitaler Technik rasch zu vollziehen. Dabei sehen sie sich mit einer eigentümlichen Quadratur des Kreises konfrontiert, die gegenwärtig jegliche Nachhaltigkeitspolitik auszeichnet. *Einerseits* soll sich (fast) alles möglichst rasch ändern, denn es »eilt sehr. Ein Systemkollaps ist eine reale Gefahr.« (Weizsäcker 2020: 82) *Andererseits* sei »die Ressourceneffizienz und die Kreislaufwirtschaft eines natürlichen (sic!, Anm. d. A.) Kapitalismus nicht als Bedrohung zu verstehen.« (Ebd.: 93) Eher, so ließe sich schlussfolgern, wird die Profitwirtschaft nachhaltig oder die Welt geht unter, als dass der Kapitalismus einer anderen Gesellschaftsordnung weicht.

Diese Quadratur des Kreises haben die Kräfte des politischen Zentrums bisher nicht auflösen können. Die Pattsituation in der politischen Mitte wird aber auch dadurch begünstigt, dass die beiden großen oppositionellen Lager des »Geistes von Porto Alegre« häufig gegeneinander agieren. Jene Formationen, die eine Kontinuität der alten sozialistischen und Arbeiterbewegungen repräsentieren (vertikale Organisation, Kampf um die Macht), verorten sich überwiegend auf der Achse von Kapital-Arbeit-Konflikten. Das konkurrierende Lager libertärer Strömungen und Bewegungen setzt hingegen auf Selbstorganisation (funktionale Dezentralisierung), lehnt ökonomisches Wachstum als Ziel emanzipatorischer Politik grundsätzlich ab und agiert neben den Achsen Ethnie/Nationalität und Geschlecht hauptsächlich auf dem Feld des ökologischen Gesellschaftskonflikts. Zahlreiche Spaltungen zwischen beiden Lagern haben die Herausbildung einer wirkmächtigen politischen Alternative von unten bisher verhindert.

3. *Transformismo*: Das politische Interregnum und die Spaltungen linksoppositioneller Kräfte begünstigen wiederum einen *transformismo* (Gramsci 1991: 98, 101-116) des autoritären Lagers innerhalb der kapitalistischen Eliten. *Transformismo* bezeichnet die politische Fähigkeit, in Krisensituationen den Bruch mit dem Bestehenden glaubwürdig zu verkörpern, um so als Problemlöser führungsfähig zu werden. Auf die Globalisierung antwortet die radikale Rechte mit Neo-Nationalismus, auf Ungleichheit mit einer Ethnisierung von Verteilungskonflikten und auf den Klimawandel mit dessen Leugnung oder Relativierung. Daraus resultieren politische Polarisierungen, die – wohl vor-schnell – als neuer *cleavage* von Globalisten und Kommunitaristen oder als Spaltung zwischen globalisierungsaffinen Anywheres und globalisierungsskeptische Somewheres gedeutet werden.⁸ Aus meiner Sicht handelt es sich eher um ein Indiz dafür, dass sich soziale Klassen- und ökologische Gesellschaftskonflikte mehr und mehr in einen sozial-ökologischen Transformationskonflikt verwandeln. Nur jene Akteure, die Schlüsselthemen beider Konfliktachsen aufnehmen, haben die Chance, das bestehende politische Interregnum zugunsten von Nachhaltigkeitszielen zu überwinden.

⁸ *Cleavage* meint an dieser Stelle eine kulturelle Spaltung, die Klassengegensätze überlagert. Eine populäre Fassung dieser These stammt von dem britischen Journalisten David Goodhart, der eine, m. E. analytisch fragwürdige, Polarisierung zwischen gesellschaftlichen Großgruppen behauptet, die sich neben der Haltung zur Globalisierung u.a. an Lebensstil, lokalen Bindungen und der Haltung zur Immigration festmachen lässt. Goodharts Thesen sind wichtiger Bezugspunkt sowohl für rechtspopulistische als auch für linksnationalistische Politikkonzeptionen. (Vgl. Goodhart 2017)

Verdrängte Klassenkonflikte

Alle Daten der empirischen politikwissenschaftlichen Demokratieforschung besagen, dass die Zustimmung zur Demokratie dann am größten ist, wenn wirtschaftlich Prosperität herrscht. Nach der Krise 2007–2009 haben Staaten wie die Bunderepublik eine der längsten Prosperitätsphasen ihrer Geschichte durchlaufen. Allerdings haben die Wachstumsraten bei Weitem nicht mehr das Niveau früherer Aufschwünge erreicht. Die europäischen Bevölkerungen altern und schrumpfen. Trotz des enormen Technikeinsatzes und der Digitalisierung steigt die Arbeitsproduktivität in den alten kapitalistischen Zentren nur sehr langsam. Das wirft die Frage auf: Was bedeutet dauerhaft schwaches Wachstum für die Stabilität von Demokratie?

Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns noch einmal genauer anschauen, was in der Ära der finanzkapitalistischen Expansion abgelaufen ist. In der Zeit ab Mitte der 1970er-Jahre bis zur Jahrtausendwende war der Finanzmarktkapitalismus das zweiterfolgreichste Wachstumsprojekt in der Geschichte der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Zugleich hat die soziale Ungleichheit Ausmaße erreicht, wie man sie zumindest in den kontinentaleuropäischen Zentren lange Zeit nicht kannte. Das hängt damit zusammen, dass die Vergesellschaftungslogik des Finanzmarktkapitalismus das Verhältnis von Produktion, Markt und Reproduktion auf den Kopf stellt. Es wird vom Kunden aus gedacht und die Produzenteninteressen werden an den Kundeninteressen gemessen. Wichtig ist aus der Kapitalperspektive, dass man billig kaufen kann. Der Druck auf die Löhne – die Lohnquote ist in den OECD-Ländern seit den 1980er-Jahren nahezu kontinuierlich gesunken und befindet sich im OECD-Durchschnitt trotz leichten Anstiegs nach 2013 auf einem historischen Tiefstand – wird mit der Verbilligung von Waren kompensiert. Das ist in vielerlei Hinsicht fatal, weil die Produktionsbedingungen gerade in den transnationalen Wertschöpfungsketten weitgehend ignoriert werden. In Deutschland haben die unteren 40% der Lohnabhängigen über 20 Jahre hinweg reale Einkommensverluste erlitten. Der prekäre und Niedriglohnsektor ist stark gewachsen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass eine wachsende Warenfülle, die zu einem erheblichen Teil auf Kosten gesellschaftlicher Exklusionsbereiche produziert wird, mit der Beschneidung von Wachstumschancen für jeden Einzelnen verbunden ist.

Um es zuzuspitzen: Menschen sind immer Wachstumssubjekte, sie können gar nicht anders. Wachstum meint für individuelle Subjekte aber etwas völlig anderes als für kapitalistische Unternehmen. Subjekten geht es, wie Erich Fromm gezeigt hat, immer um das Wachstum eigener Fähigkeiten, um die Entfaltung wachstumsorientierter Eigenkräfte. Diese Art des Wachstums wird durch die vorherrschenden Muster kapitalistischer Warenproduktion zunehmend behindert – und zwar im globalen Norden ebenso wie im globalen Sü-

den. Solange Bevölkerungsmehrheiten jedoch ihre Eigenkräfte nur entfalten können, wenn sie sich direkt oder indirekt an abhängiger Arbeit beteiligen, sind sie zwingend darauf angewiesen, den Kampf um die Verteilung des von ihnen miterzeugten gesellschaftlichen Mehrprodukts zu führen.

Es ist eine existenzielle Herausforderung für die Gewerkschaften, den enormen Druck, der aus sinkenden Wachstumsraten, Digitalisierung, notwendiger Dekarbonisierung der Wirtschaft und dem fälligen Wandel des Industriemodells resultiert, als Organisation so zu bewältigen, dass Konfliktfähigkeit erhalten bleibt oder hergestellt wird. Gerade weil das so ist, klammern sich Gewerkschaften und Beschäftigte in Teilen an das Bestehende – sei es der Braunkohleabbau oder die Produktion klimaschädlicher Verbrennungsmotoren. Umso problematischer ist es, dass zukunftsweisende Kämpfe wie der um die Arbeitszeitverkürzung, für den die IG Metall in Deutschland 1,5 Mio. Menschen mobilisieren konnte, de facto keinen öffentlichen Resonanzraum im politischen System haben. Dieses Problem ist auch ein hausgemachtes. Die akademische Linke schweigt weitgehend oder denunziert solche Auseinandersetzungen als Kämpfe privilegierter alter weißer Männer. Schon ein Blick auf die jungen, häufig migrantisch geprägten Belegschaften in vielen Betrieben der Metall- und Elektroindustrie könnte sie eines Besseren belehren. Allgemeiner gesprochen: Didier Eribon hat recht. Es fehlt an öffentlichen Resonanzräumen für demokratische, inklusive Klassenpolitik, der es um Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten, aber auch um die Reproduktionstätigkeiten, um Miete, soziale Infrastruktur und ökologische Nachhaltigkeit geht. Diese fehlende Öffentlichkeit für Klassenpolitik schließt eine progressive Überwindung des politischen Interregnums faktisch aus.

Deshalb ist die Wiederbelebung und Politisierung von Kämpfen auf der Klassenachse eine wichtige Voraussetzung, um die antidemokratische Revolte von rechts in ihre Schranken zu weisen und das politische Patt im Zentrum des politischen Systems zu überwinden. Das heißt aber nicht, dass allein soziale Kämpfe, die um den Klassenantagonismus gebaut sind, ein Zurückfallen auf völkisch-nationalistische Positionen verhindern und die Zangenkrise überwinden könnten. Dazu sind die alten Arbeiterbewegungen inzwischen viel zu schwach. Es gibt aber einen anderen Ansatzpunkt, der mit Marx das Expansive des Kapitalismus gegenüber Gesellschaft und Natur ins Zentrum der Analyse rückt und aus dieser Perspektive Gegenkräfte bestimmt. Der gesellschaftliche Antagonismus ist dann nicht nur der zwischen Klassen, sondern, grob verkürzt, einer zwischen Marktvergesellschaftung und den Institutionen, die Märkte überhaupt ermöglichen.

Schlussfolgerungen

Mit Visionen einer transformativen Demokratie gelangt man unweigerlich von der Klassenspaltung auch zur Geschlechter- und Naturachse oder zu rassistischer Abwertung. Die Vielfalt der Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen anzuerkennen, beinhaltet daher zwingend, über traditionalistischen Klassenfixierung oder eine auf gewerkschaftlich-sozialdemokratische Verteilungspolitik reduzierte Perspektive hinauszugehen. Nichts spricht dafür, dass sich die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution primär oder gar ausschließlich mit marktwirtschaftlichen Mitteln realisieren lässt. Ein zentrales Problem der heutigen ökonomischen Verhältnisse besteht gerade darin, dass »wir mit den Folgen eines Wirtschaftssystems zu tun« haben, »das mit viel zu wenig Komplexität operiert«. Die »Zentralität privaten Gewinnstrebens« widerspricht der Vielgestaltigkeit von Gesellschaft und dem Komplexitätsgrad ihrer Probleme. Deshalb sind nur noch radikale Veränderungen wirklich realistisch, und nur solidarisches Handeln stiftet wirklichen Lebenssinn (Ringger/Wermuth 2020: 62, 206). Gegen einen expansiven und zunehmend destruktiven Kapitalismus lässt sich Demokratie nur noch mittels Ausweitung erhalten. »Der Kapitalismus ist mit genuiner Demokratie und mit Frieden unvereinbar«, heißt es in dem Manifest »Feminismus für die 99%« (Arruzza et al. 2019: 66). Deshalb sei ein neuer Feminismus zwingend »ein ökosozialistischer« (ebd.: 63). Für eine verbindende Klassenpolitik ließe sich Ähnliches formulieren. Sie muss zwingend feministisch, antirassistisch und ökologisch nachhaltig sein, um zu ermöglichen, was sich als überlebensnotwendig erweisen könnte: die radikale Demokratisierung und sozialistische Transformation moderner kapitalistischer Gesellschaften.

Literatur

- Arruzza, Cinzia/Bhattacharya, Tithi /Franser, Nancy (2019): Feminismus für die 99%. Ein Manifest, Berlin.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg.
- Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54(8), 43-57.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe. Berlin.
- Goodhart, David (2017): The Road to Somewhere. The New Tribes Shaping British Politics. München.
- Hall, Stuart (2014): Nicos Poulantzas: Staatstheorie. In: Hall, Stuart (Hrsg.): Ausgewählte Schriften 5. Hamburg, 89-100.
- Hobsbawm, Eric J. (2017): Die Blütezeit des Kapitals 1848–1875. Das lange 19. Jahrhundert, Band 2. Darmstadt.
- Jessop, Bob (2018): Reflections on capitalism and democracy in the time of finance-dominated accumulation and austerity states. In: Berliner Journal für Soziologie, 1-2, 9-37.

- Marx, Karl (1982 [1852]): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEW Bd. 8, Berlin, 11-207.
- Ringger, Beat/Wermuth, Cedric (2020): Die Service Publik Revolution. Zürich.
- Weizsäcker, Ernst Ulrich von (2020): Eine spannende Reise zur Nachhaltigkeit. Naturkapitalismus und die neue Aufklärung. In: Görjen, Benjamin/Wendt, Björn (Hrsg.): Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus? München, 81-95.
- Wood, Ellen Meiksins (2010): Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln.

Wofür kämpfen wir?

Arbeitskämpfe von Frauen

von Paula Varela

In den letzten fünf Jahren erlebten wir weltweit eine neue feministische Welle. 2015 brach in Argentinien die Bewegung #Niunamenos (»nicht eine weniger«) los, drei Jahre später folgte die *marea verde* (»grüne Flut«), die für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen kämpft. Auf der anderen Seite des Atlantiks gingen ebenfalls Frauen für das Recht auf Abtreibung auf die Straße: In Irland, wo es mit dem historischen Referendum im Mai 2018 erkämpft werden konnte, und in Polen, wo es erst gegen einen möglichen Verlust verteidigt wurde. 2018 ging die #MeToo-Bewegung in den USA viral. Zunächst auf »Promis« beschränkt, breitete sie sich auch auf andere Gesellschaftsbereiche aus, politisierte Frauen und machte sie zu einer treibenden Kraft der Mobilisierung gegen Donald Trump. Ähnlich begann auch die Frauenbewegung in Brasilien zu wachsen und stellte sich unter dem Slogan #EleNão (»der nicht«) gegen die Kandidatur von Jair Bolsonaro. Italien erlebte eine der größten Mobilisierungen zum 8. März, dem Tag des Internationalen Frauenstreiks, während die Plattform *Non una di meno* die bedeutende historische feministische Bewegung des Landes wiederbelebte. Auch in Spanien wurde der 8. März zu einem besonderen Datum für eine Massenbewegung, die feministische Debatten auf die politische Agenda setzte und die Frauenbewegung zu einem Hauptakteur gegen die rechtsextreme Partei *Vox* in Andalusien machte. Der Aufschwung der Frauenbewegung in Chile spielte eine Schlüsselrolle bei den studentischen Kämpfen, die 2019 zu Massenprotesten führten und bei denen es, wie die Protagonist:innen oft betonten, nicht um »30 Pesos« Preiserhöhung, sondern um Widerstand gegen 30 Jahre Neoliberalismus ging. Die Welle erreichte schließlich auch Südostasien, wo sie eine Frauenbewegung für Gleichberechtigung auslöste, die in Indonesien Anfang 2020 zu Massendemonstrationen gegen die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse durch das sogenannte Omnibus-Gesetz⁹ führte.

Die Welle entfaltet sich in verschiedenen politischen und sozialen Kontexten, in denen sie Themen wie Femizide und genderspezifische Gewalt, reproduktive Rechte, sexuelle Freiheiten, Lohnunterschiede und die soziale Reproduktionsarbeit von Frauen in das Zentrum der öffentlichen Debatte rückt. Aber bei aller Heterogenität der Hintergründe und Forderungen durchzieht ein Element alle Erfahrungen: die Krise des neoliberalen Kapitalismus seit 2008, die

⁹ Dabei handelt es sich um ein Paket zur Deregulierung der Arbeits- und Umweltgesetzgebung.

sich in Austeritätspolitik, der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse, wachsender Arbeitslosigkeit und Armut sowie erstarkten rechtsextremen Parteien manifestiert. Die neue feministische Welle ist Teil der Widerstandsbewegungen, die in der Krise entstanden. Wie Cinzia Arruzza anmerkt: »Der Explosion der feministischen Bewegung gingen andere Mobilisierungsphasen voraus, etwa die der international beachteten Kämpfe von 2011–2013 (insbesondere Occupy, Indignados und Gezi-Park), mit denen sie einige Kontinuitäten aufweist« (Arruzza 2018). Vor diesem Hintergrund verliert die Frauenbewegung ihren Teilbereichscharakter. Sie wird überall dort, wo es zu Mobilisierungen kommt, zum politischen Phänomen, das mit einer Breite sozialer Bewegungen gegen Kürzungen, rechte Regierungen und autoritäre Politik verbunden ist.

Doch noch ein Element kennzeichnet die neue feministische Welle: Zentral für das Verständnis der Unterdrückung von Frauen ist die Rolle der Frauen in der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit. »Wenn wir streiken, steht die Welt still« ist auf Transparenten zum 8. März zu lesen. Der *International Women's Strike* (IWS) stellt den Klassenaspekt der Frauenbewegung mit internationaler Reichweite deutlich heraus. Er betont besonders die zentrale Rolle von Frauen in jener Klasse, die die Welt am Laufen hält. Der IWS ist das Werkzeug der Frauen, die die »systemrelevanten Arbeiterinnen« der heutigen Gesellschaften und Schlüsselfiguren der Arbeiterklasse sind.

In diesem Beitrag betrachte ich das Verhältnis von Frauenbewegung und den Kämpfen arbeitender Frauen im Kontext der Krise des neoliberalen Kapitalismus entlang von drei Aspekten: *Erstens* ermöglicht der Rahmen der sozialen Reproduktion, die Führungsrolle von Frauen in Kämpfen der Arbeiterklasse zu erkennen. *Zweitens* umfasst der Begriff der sozialen Reproduktion nicht nur das, was im Haushalt geschieht, sondern auch an Tausenden von Arbeitsplätzen, wo Frauen ebenfalls meist reproduktive Arbeiten übernehmen (Krankenhäuser, Schulen, Fast-Food-Ketten, Reinigungsunternehmen usw.).¹⁰ Diese zwei Formen der sozialen Reproduktionsarbeit (unbezahlt und entlohnt) sichtbar zu machen, ist grundlegend dafür, die zentrale Position von Frauen innerhalb der heutigen Zusammensetzung der Arbeiterklasse anerkennen zu können. Das ist nicht zuletzt deshalb wichtig, da gerade die Institutionen der sozialen Reproduktion weltweit Hauptziele neoliberaler Austeritätspolitik sind. *Drittens* zeigt der Fokus auf soziale Reproduktion, wie die Arbeitskämpfe über rein ökonomische Forderungen hinaus weitere Ansprüche einbringen, die vom Kapital und den herrschenden Klassen gewaltsam angegriffen werden.

¹⁰ Für Grundlegendes zu sozialer Reproduktion siehe Tithi Bhattacharya (2017) und Susan Ferguson (2020). Für einen Vergleich mit einer autonomen Perspektive siehe außerdem Paula Varela (2020).

Davon ausgehend thematisiere ich exemplarisch vier Formen der von Frauen geführten Kämpfe am Arbeitsplatz: gegen genderbasierte Gewalt; für reproduktive Rechte; zur Verteidigung des sozialen Reproduktionssektors; und zum Schutz von Menschen aus der Arbeiterklasse vor Covid-19.

»Ich stehe nicht auf der Speisekarte«

Dutzende Frauen marschieren Arm in Arm. Auf den zugeklebten Mündern ist #MeToo zu lesen. Es sind keine Prominenten, sondern Arbeiter:innen bei McDonald's. Es ist Dienstag, der 18. September 2018, und ihr erster, in zehn US-Städten koordinierter Streik gegen sexuelle Belästigung. Sie fordern, dass das Unternehmen ein Komitee gegen sexuelle Belästigung einführt, in dem sowohl arbeitende Frauen als auch Führungskräfte, Franchise-Vertreter:innen und nationale Frauengruppen vertreten sein sollen. Außerdem solle es seiner vermeintlichen Nulltoleranz-Politik gegen sexuelle Belästigung nachkommen, verpflichtende Awareness-Trainings für Management und Angestellte einführen und ein Beschwerdemanagement einrichten, das Arbeiter:innen vor Vergeltungsmaßnahmen schützt (Orleck 2018). »Niedriglohnarbeiter:innen können sich selten wie Promis an Presse und Anwaltschaft wenden«, kommentierte Eve Cervantez.¹¹ »Ich verstehe, dass es für Promis schwierig ist, ihre Erfahrungen zu schildern, aber für Niedriglohnarbeiter:innen ist es noch viel schwieriger, da sie über kein Sicherheitsnetz verfügen.« (Reyes-Velarde/Vives 2018) Mit einfachen Worten stellte sie einen wichtigen Punkt heraus: Die enge Beziehung zwischen Ausbeutung und sexueller Belästigung. Damit machte sie darauf aufmerksam, dass sexuelle Belästigung als Instrument zur Disziplinierung einer prekarierten, rassifizierten, gegenderten und migrantischen Arbeiterschaft dient.¹² McDonald's-Arbeiter:innen beschreiben sexuellen Missbrauch, Nötigung und Belästigung als Teil ihres Arbeitsalltags. Sie berichten auch von Vergeltung, der sie bei Meldung ausgesetzt sind: verbale Beschimpfungen, Stundenkürzungen und unpassende Dienstpläne.¹³ Dasselbe Bild hätte 2019 auf der anderen Seite des Atlantiks eine der *Las Kellys*¹⁴ zeichnen kön-

¹¹ Eve Cervantez ist die Anwältin von zehn Frauen, die im Mai 2018 bei der Kommission für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt Klage einreichten.

¹² Lateinamerikanische Frauen spielten in den Protesten eine Schlüsselrolle. In einigen Städten waren die Slogans auf Englisch und Spanisch.

¹³ Laut einer Umfrage von Hart Research Associates (2016) sehen sich etwa 40% der in der Branche von sexueller Belästigung betroffenen Frauen gezwungen, diese hinzunehmen, weil sie ihre Arbeit nicht verlieren können. 20% der Frauen, die diese Vorfälle melden, sind Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt.

¹⁴ *Las Kellys* steht für »las que limpian« (»die, die putzen«), die sich in Europa zusammengeschlossen haben. Für weiterführende Informationen siehe deren Website laskellys.wordpress.com; siehe auch bei Georgina Cisquilla (2018) sowie Josephina Martínez und Cinthia Burqueño (2019).

nen. »Splitternackt sagte er mir, er würde mich gut bezahlen, wenn ich über Nacht bei ihm bliebe«, so eine Hotelreinigungskraft, die sich bei einer Kampagne gegen sexuelle Belästigung dem Frauenkollektiv *Las Kellys* in Spanien anschloss (*la Sexta*, 28.10.2019). Die Kampagne erstarkte so sehr, insbesondere in den Fünf-Sterne-Hotelketten in den Touristenstädten der Küste, dass der Gewerkschaftsbund *Comisiones Obreras* (CCOO, Arbeiterkommissionen) gezwungen war, ihre Forderungen aufzugreifen und die sexuelle Belästigung mit dem Slogan »Der Kunde hat nicht immer recht« thematisierte.

Der Streik bei McDonald's und die Aktionen der *Las Kellys* haben vieles gemeinsam: den systematischen Charakter sexueller Belästigung am Arbeitsplatz; die prekären Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen; und damit direkt verbunden den migrantischen Status vieler Arbeiter:innen. Ein vierter Aspekt ist aber ebenso relevant: die Organisationsform, die diese Kämpfe vorantreibt. Der Streik bei McDonald's wurde von einem Komitee von arbeitenden Frauen aus mehreren Städten zur Abstimmung gestellt und durchgeführt.¹⁵ Auch im Fall der *Las Kellys* existiert ein Netzwerk arbeitender Frauen aus verschiedenen spanischen Hotels, das für die Forderungen der Arbeitenden dieses prekären Sektors kämpft. Es sind also Organisationen arbeitender Frauen, die außerhalb von Gewerkschaften entstanden, aber am Arbeitsplatz verortet sind und in denen ihre Bedürfnisse als arbeitende Frauen diskutiert werden. Hier verbinden sich zwei Aspekte, die Gewerkschaften meist voneinander trennen: Arbeitsbezogene und genderbezogene Forderungen, die zusammengefasst zu »genderspezifischen Forderungen der Arbeiterklasse« werden.

»Von unseren Rechten als Frauen habe ich in der Fabrik gelernt«

Im Hauptflur des Madygraf-Werks steht auf einem Schild: »Sonntag, 22. Juli, Madygraf trägt grün: Frauen führen den Kampf um legale Abtreibung und gegen Austerität«. In Argentinien ist grün die Farbe des Kampfes für die Legalisierung von Abtreibung. Es wird zu einer Frauenversammlung aufgerufen zur Vorbereitung der Demonstrationen am 8. August – der Tag, an dem der Senat das Gesetz zur Freiwilligen Schwangerschaftsunterbrechung prüft.¹⁶ Madygraf ist eine Großdruckerei, die von Arbeiter:innen in Buenos Aires betrieben wird. Über das Schild wurde erst diskutiert, dann abgestimmt, und schließlich vom Frauenkomitee des Betriebs aufgehängt. Dieses Frauenkomitee war eine der

¹⁵ Der Frauenausschuss am Arbeitsplatz wurde 2017 nach der jährlichen Aktionsversammlung von Mc Donald's gegründet. Zum Teil unterstützten Aktivist:innen von Fight for \$15, #MeToo, Mietervereinen, dem Time's Up Legal Defense Fund und Gewerkschaften die Proteste.

¹⁶ Der Senat stimmte damals dagegen. Am 30. Dezember 2020 stimmte er schließlich doch dafür (Anm. d. Hrsg.).

Stützen des Kampfes, der in einer Betriebsbesetzung und Wiederaufnahme der Produktion gipfelte.¹⁷ Es verknüpfte anschließend seinen Kampf über die Fabrikture hinaus mit dem umfassenderen feministischen Kampf (Arruzza/Varela 2019). Die Versammlung vom 22. Juli wurde von mehr als 700 Arbeiterinnen aus verschiedenen Betrieben im Norden von Buenos Aires und von militanten Aktivistinnen der Frauenorganisation *Pan y Rosas* besucht.¹⁸

Die Debatte über die Legalisierung von Abtreibung versetzte ganz Argentinien in Aufruhr und wurde zum Wendepunkt für die massive Frauenbewegung, die 2015 um den Slogan #Niunamenos entstanden war. (Colectivo Ni Una Menos 2018; Rodriguez 2016) Eine besonders kontroverse Rolle spielte der Vorsitzende der *Confederación General del Trabajo* (CGT, Allgemeiner Gewerkschaftsbund), die fast 100% der Arbeiter:innen im Privatsektor vertritt. Die Führung der *Central de Trabajadores Argentinos* (CTA) – ein Bund von vorwiegend Staatsangestelltengewerkschaften – sprach sich hingegen für die Legalisierung aus. Wenige Tage bevor der Gesetzentwurf dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, unterzeichneten Teile der CGT-Führung den Aufruf »Peronisten für das Leben«. Darin hieß es: »Abtreibungen sind ein der justizialistischen Weltanschauung fremdes, konträres Element und sind untrennbar mit einer Wegwerfkultur verbunden.« Am 4. Juli veröffentlichte die CGT eine Erklärung, in der sie ankündigte, zur Abtreibungsdebatte keine Stellung zu nehmen. Sie wies aber auch die Regierung auf ökonomische Probleme hin: Die Legalisierung würde die Kosten für das gewerkschaftlich organisierte Gesundheitssystem steigern. Diese Aussage wurde daraufhin von Frauen aus der CGT-Führung sowie aus der feministischen Bewegung scharf zurückgewiesen.

Die CGT bestärkte hier die Grenzziehung zwischen Frauen- und Klassenfragen. Sie befeuerte die Vorstellung, Abtreibungen seien eine persönliche Entscheidung und nicht etwa ein Problem, das – als von Frauen und schwangeren Körpern getroffene Entscheidung – die Reproduktionsbedingungen der gesamten Arbeiterklasse unmittelbar betrifft. In diesem Kontext wurde der am Arbeitsplatz (insbesondere im Privatsektor) ausgetragene Kampf arbeiten-der Frauen für die Legalisierung der Abtreibung an jedem Arbeitsplatz von einer »militanten Minderheit« angeführt: von Frauenkomitees, militanten Feminist:innen und politischen Aktivist:innen.

¹⁷ Zuvor im Besitz von RR Donnelley wurde sie, nach Ankündigung der Schließung, von Arbeiter:innen und ihren Familien besetzt.

¹⁸ Siehe auch laizquierdadiario.com/Pan-y-Rosas.

»Rettet unsere Schulen«

Eine Menschenmenge demonstriert im Park vor dem Kapitol von West Virginia in Charleston. Zahlreiche Transparente sind zu sehen, ein Mädchen hält ein Schild hoch: »Weder Rosa Parks hatte Unrecht, noch meine Lehrer:innen.« Es ist einer der vielen Protestmärsche, die während des neuntägigen wilden Streiks von Lehrkräften in West Virginia, die 2018 die als *Teachers' Spring* (Frühling der Lehrenden) bekannt gewordene Streikwelle einläuteten. Die Verbindung zwischen der Ikone Rosa Parks und dem Streik mag überzogen wirken. Doch – wie Tithi Bhattacharya in ihren Vor-Ort-Berichten schildert – herrschte unter den Streikenden das Gefühl, nach Jahren der Ungerechtigkeit einen Wandel in Gang zu setzen, der nicht nur sie als Lohnabhängige betrifft, sondern alle, die auf das öffentliche Bildungswesen angewiesen sind (Bhattacharya 2018). Der Streik wurde von Tausenden Lehr- und Hilfskräften öffentlicher Schulen angeführt: Busfahrer:innen, Köch:innen, Aufseher:innen und Sekretär:innen waren darunter, aber auch Tausende Community-Mitglieder beteiligten sich aktiv. Wie kam es dazu?

Eric Blanc nennt in *Red State Revolt* diverse Gründe (Blanc 2019). Drei möchte ich besonders hervorheben: Erstens die Politik der Organisator:innen, die Forderungen anderer Arbeiter:innen miteinbeziehen. So wurde etwa die Forderung nach Erhöhung des Budgets der Krankenversicherung für öffentliche Angestellte aufgegriffen. Jeder Siebte in West Virginia ist darauf angewiesen. Daher war der Streik der Lehrenden ein Kampf zur Verteidigung der beiden großen Institutionen der sozialen Reproduktion in der formalen Ökonomie: Bildung und Gesundheit. Zweitens die Organisierung der Entscheidungsprozesse am Arbeitsplatz, die nicht nur eine demokratische Entscheidungsfindung anhand der Abstimmung in jeder Schule ermöglichte, sondern diese auch in Streikzentren verwandelte. Dort konnten Lehrende, meist selbstorganisiert, die Schüler:innen, die auf kostenlose Schulmahlzeiten angewiesen sind, mit Essen versorgen. Drittens das duale Wesen der Institution Schule: als Arbeitsplatz von Lohnarbeiter:innen und als grundlegender Ort der sozialen Reproduktion. »Klassische« Streikforderungen wie Lohnerhöhungen wurden dort mit Grundforderungen der Arbeiterklasse, wie etwa nach hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung für kommende Generationen von Arbeiter:innen, verknüpft. Der Doppelcharakter der Schule und die genderspezifische Dimension des Lehrberufs waren auch maßgeblich dafür, dass sich so schnell breitere Teile der Community dem Streik anschlossen. Der Streik wurde zum Kampf um die Mittel und die Qualität des Prozesses der Lebenserzeugung¹⁹ der Arbeiterklasse. Er verdeutlichte die Rolle sozialer Reproduk-

¹⁹ Dem englischen Begriff *life-making* entlehnt: Er bezeichnet in der marxistischen feministischen Debatte über Care hinaus alle Tätigkeiten, die der Reproduktion des

tionsarbeiter:innen – meist Frauen – als Bindeglied zwischen Arbeitsplatz und Community.

»Unsere Körper stehen auf dem Spiel«

Das Bild kreiste in den sozialen Netzwerken: Vor dem Mount-Sinai-Krankenhaus in New York stehen drei Krankenschwestern mit drei Schildern mit der Aufschrift »Hochwertige Gesundheitsversorgung für alle New Yorker:innen«, »Wie viele von uns müssen noch sterben? #PPE [Schutzausrüstung] statt Profite #Schützt die Frontlinie«, sowie ganz zentral »Kapitalismus: Bitte nicht wiederbeleben. Gesundheitspersonal für den Sozialismus« (Kwon 2020). Letzteres hielt Tre Kwon hoch, Krankenschwester aus New York, Mitglied der *New York State Nurses Association* (NYSNA, Berufsverband der Krankenpfleger:innen im Staat New York) und Mitherausgeberin des Magazins *Left Voice*. Die Demonstration fand am 3. April 2020 statt, anlässlich der von Pfleger:innen und anderem Personal diverser New Yorker Krankenhäuser organisierten Proteste. »Wir haben diese Arbeitsgruppe [Arbeiter:innen der Erstversorgung im Mount-Sinai-Krankenhaus] gegründet, weil wir gesehen haben, dass das Gerede von »wir sitzen alle im selben Boot«, das Cuomo, Trump, andere Politiker und manche CEOs verbreiten, totaler Quatsch ist. Wir sind es, deren Körper auf dem Spiel stehen. Wir sind es, die unsere Familien und uns selbst durch unsere Arbeit in Gefahr bringen. Wir wollen jetzt sofort gehört werden« (Goodman 2020).

Kwons Statement verdeutlicht zwei Beobachtungen, die in der Pandemie für Arbeiter:innen diverser Sektoren spürbar wurden. Einerseits waren es – entgegen des vorherrschenden Narrativs, das Virus würde alle gleichermaßen betreffen – ihre Körper, die in den Einsatz geschickt wurden. Andererseits stellten Unternehmen – trotz aller Lippenbekenntnisse zur besonderen Rolle »systemrelevanter Jobs« – Profite vor das Leben ihrer Arbeiter:innen: Sie sparten an der Schutzausrüstung und den Covid-19-Tests, verlängerten die Arbeitszeiten, erhöhten die Pflegeschlüssel und garantierten kein Krankengeld bei Infektion.

Die außergewöhnliche Situation infolge der Pandemie rückte zwei Elemente in die öffentliche Debatte, die nach Karl Marx üblicherweise Teil der »verborgenen Stätten der Produktion« sind: den Widerspruch zwischen der Profiterzeugung und dem Prozess der Lebenserzeugung der Arbeiterklasse; sowie die Relevanz von Frauen in der »systemrelevanten« Arbeit sozialer Reproduktion.

Arbeitsplätze als Katalysatoren, arbeitende Frauen als Bindeglied

Die dargestellten Kämpfe haben einige Merkmale gemeinsam. Das erste und offensichtlichste ist, dass sie *von Frauen geführt werden*. Zweitens gehen sie über verbreitete Vorstellungen von Arbeitskampf hinaus und umfassen »au-

ßerarbeitliche« Forderungen wie die Beendigung von genderspezifischer Gewalt, die Legalisierung von Abtreibung, die Verteidigung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie das Primat der Lebens- über die Profiterzeugung. Deshalb sprechen wir, wie anfangs dargelegt, von Kämpfen der sozialen Reproduktion. Denn in entscheidenden Punkten sind sie mit den Bedingungen verknüpft, unter denen die Arbeiterklasse ihre soziale Reproduktion sichert. Drittens – und das ist sehr wichtig – handelt es sich um *Kämpfe am Arbeitsplatz*. In gewisser Weise stellt das einen der größten Gemeinplätze in der Arbeitsforschung und vielen Gewerkschaftsführungen infrage: Die Annahme, Kämpfe am Arbeitsplatz müssten sich primär um die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung der Arbeiter:innen bestimmter Sektoren und Arbeitsplätze drehen. Diese Annahme ist, so zeigen die aktuellen Kämpfe, in doppelter Hinsicht verkürzt. Sie verzerrt den Blick auf den Arbeitsplatz und die dort gängigen Disziplinierungsmechanismen und verkennt das Verhältnis zwischen der Sphäre inner- und außerhalb des Arbeitsplatzes. Damit wird eine unüberwindbare Trennung zwischen Produktion und Reproduktion konstruiert – als stünden diese Felder für das Kapital tatsächlich im Gegensatz. Die von den arbeitenden Frauen geführten Kämpfe stellen das bisherige Verständnis von Klassenkrieg infrage: Der Arbeitsplatz wird nicht als sektorenabhängiger Ort verstanden, sondern als strategisch machtvolle Position – aufgrund des Potenzials, die Profiterzeugung durch koordinierte Arbeitskämpfe zu unterbrechen. Sie kann als *Katalysator* fungieren und die Forderungen der Arbeiterklasse insgesamt stärken.

Die neoliberalen Gegenreformen beinhalteten Angriffe auf die Arbeiterklasse sowohl in den Sphären der Produktion als auch der Reproduktion. Die Feminisierung der Arbeit in den letzten Jahrzehnten zeugt davon. Wie Kim Moody in seiner Analyse der »Umgestaltung des Schlachtfelds des Klassenkriegs« durch das Kapital zeigt, hat die Verarmung der Arbeiterklasse Frauen in bestimmte Arbeitsmarktnischen gedrängt: Minijobs im Niedriglohnsektor, die es erlauben, weiterhin unbezahlter sozialer Reproduktionsarbeit im Haushalt nachzugehen – insbesondere für Frauen mit Kindern (Moody 2017). Eine der Nischen ist der soziale Reproduktionssektor, der in die formale Ökonomie subsumiert ist und – neben Privatisierungen und Austeritätsmaßnahmen – eines der Hauptziele neoliberaler Politik war. Arbeitende Frauen sind daher dreifache Opfer neoliberaler Politiken: Erstens haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen derer, die Teil der Arbeiterklasse sind, in den letzten 40 Jahren drastisch verschlechtert; zweitens sind sie am stärksten in der entlohnten reproduktiven Arbeit vertreten und daher auch am meisten von den Angriffen auf das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen betroffen; und drittens leisten sie die meiste unbezahlte soziale Reproduktionsarbeit. So müssen sie auch ein steigendes Maß an Heimarbeit bewältigen, da jede geschlossene

oder privatisierte Schule, Kita, Altenheim oder Krankenhaus mehr Arbeit für die Frauen bedeutet, die sich diese Leistungen auf dem Markt nicht leisten können. So haben Frauen der Arbeiterklasse eine besonders lebhaft erfahrene Verbindung zwischen den Sphären der Produktion und Reproduktion, beide Zielscheiben der Attacken des Kapitals.

Diese spezifische Position von Frauen in der Arbeiterklasse greift die neue feministische Welle in vielfacher Weise auf. Sie erlaubt uns, arbeitende Frauen als Bindeglied zwischen Produktion und Reproduktion zu begreifen. Sie wirft die Frage auf, wie Arbeitsplätze zu Katalysatoren von Kämpfen werden können, die keine Teilbereichsforderungen erheben, sondern die mit den Grundbedürfnissen der Lebenserzeugung der Arbeiterklasse zusammenhängen – so wie bei den Frauen in den dargelegten Kämpfen. Sie sind damit auch eine Chance, nicht nur Genderfragen, sondern viel umfassender auch die Aspekte Race, Sexualität und Migration wirkmächtig zu artikulieren.

Literatur

- Arruzza, Cinzia (2018): From Women's Strikes to a New Class Movement: The Third Feminist Wave. In: Viewpoint, 03.12.2018. <https://www.viewpointmag.com/2018/12/03/from-womens-strikes-to-a-new-class-movement-the-third-feminist-wave/> (08.03.2020).
- Arruzza, Cinzia/Varela, Paula (2019): Long Live the Women's Committee. In: Jacobin, 04.07.2019. <https://www.jacobinmag.com/2019/04/argentina-worker-run-factory-feminism> (08.03.2020).
- Bhattacharya, Tithi (Hrsg.) (2017): Social Reproduction Theory: Remapping Class, Re-Centering Oppression. London.
- Bhattacharya, Tithi (2018): Bread and Roses in West Virginia. <https://www.versobooks.com/blogs/3669-bread-and-roses-in-west-virginia> (08.03.2020).
- Blanc, Eric (2019): Red State Revolt: The Teachers' Strike Wave and Working-Class Politics. London.
- Cisquella, Georgina (2018): Hotel Explotación: Las Kellys, Film. <https://masdecultura.com/audiovisual/kellys/> (03.05.2020).
- Colectivo Ni Una Menos (2018): Amistad política + inteligencia colectiva. Documentos y manifiesto 2015–2018. Buenos Aires.
- Ferguson, Susan (2020): Women and Work: Feminism, Labour and Social Reproduction. London.
- Goodman, Amy (2020): Our Bodies Are On the Line. In: Democracy Now, 03.04.2020. https://www.democracynow.org/2020/4/3/nyc_frontline_medical_workers_ppe_protest (01.05.2020).
- Hart Research Associates (2016): Key Findings from a Survey of Women Fast Food Workers. <https://hartresearch.com/wp-content/uploads/2016/10/Fast-Food-Worker-Survey-Memo-10-5-16.pdf> (20.03.2020).
- Kwon, Tre (2020): Only the Rank and File Can Save Us Now: Dispatches from the Frontlines of Care. In: Spectre Journal. <https://spectrejournal.com/only-the-rank-and->

- file-can-save-us-now/ (01.05.2020).
- la Sexta (2019): Las Kellys piden medidas de seguridad contra el acoso sexual. In: la Sexta, 28.10.2019. <https://bit.ly/3a5i2fG> (20.03.2020).
- Martínez, Josefina/Burgueño, Cinthia (2019): Patriarcado y Capitalismo: feminismo, clase y diversidad. Madrid.
- Moody, Kim (2017): On New Terrain: How Capital is Reshaping the Class Battleground. Chicago.
- Orleck, Annalise (2018): MeToo and McDonald's. In: Jacobin, 20.09.2018. <https://www.jacobinmag.com/2018/09/mcdonalds-strike-metoo-sexual-harassment-organizing> (08.03.2020).
- Reyes-Velarde, Alejandra/Vives, Rubens (2018): McDonald's put under #MeToo glare. In: LA Times, 18.09.2018.
- Rodríguez, Paula (2016): Ni una menos. Buenos Aires.
- Varela, Paula. 2020. »La reproducción social en disputa: un debate entre autonomistas y marxistas.« Archivos de Historia del Movimiento Obrero y la Izquierda, 16, 71-92. <https://www.archivosrevista.com.ar/numeros/index.php/archivos/article/view/241> (01.05.2020).

Pandemie und Klassenkampf

von Dario Azzellini

Nein, wir sitzen nicht alle im gleichen Boot. Es sind nicht alle gleichermaßen von Covid-19 und den Folgen betroffen. Wie auch sonst im Kapitalismus sind Arme, alte Menschen und »Minderheiten« stärker Ansteckung, Krankheit und Tod ausgesetzt als Reiche. Das gilt sowohl global bezüglich des Nord-Süd-Verhältnisses wie auch in einzelnen Ländern. Zugleich sind jene, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, auch von beschleunigter Verarmung und Verelendung durch Lohneinbußen und den Verlust ihrer Arbeit betroffen. Und da Krisen im Kapitalismus meist eine Umverteilung von unten nach oben bedeuten, werden die Reichen derweil noch reicher. Gegen all das regt sich allerdings auch Widerstand. Seit Ausbreitung der Covid-19-Pandemie im März 2020 ist eine weltweite Zunahme von Arbeitskonflikten zu beobachten. In den USA gab es mit landesweit mindestens 1.170 Streiks sogar die größte Streikwelle seit 1946.²⁰ In dem vorliegenden Beitrag, inmitten der zweiten Welle im Dezember 2020 verfasst, werden die Dimensionen des Klassenkriegs von oben im Zuge der Pandemie zusammengefasst, eine erste Systematisierung der Arbeitskämpfe geboten und eine vorläufige Einschätzung gewagt.

Gestreikt und protestiert wurde in Sektoren, die aufgrund der Pandemie besonders von erhöhtem Arbeitsdruck wie auch Ansteckungsgefahr betroffen sind. Diese waren meist auch schon vor der Pandemie von schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Bezahlung gekennzeichnet, wie etwa im Gesundheits- und Pflegebereich, in Lagerhäusern, Versandhandel und Logistik und schließlich auch im Personentransport und in der Lebensmittelproduktion, vor allem in Fleischfabriken und in der Landwirtschaft.

Zudem kam es weltweit zu Protesten und Aufständen in Gefängnissen aufgrund von unzureichenden Schutzmaßnahmen und Defiziten bei der Behandlung von Infizierten. Diese Aufstände wurden brutal niedergeschlagen. In mehr als zwei Dutzend Gefängnisaufständen in Italien kamen von März bis Mai 2020 etwa 16 Menschen ums Leben, in Kolumbien mindestens 23. In Sri Lanka wurden acht Gefangene von Einsatzkräften erschossen, in Lima, Peru, gab es zwei Tote. Weitere Proteste und Aufstände im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie ereigneten sich u.a. in den USA, Thailand und Frankreich. Zu Arbeitskämpfen aufgrund von mangelnden Schutzmaßnahmen kam es auch in Sektoren, in denen Arbeiter:innen gezwungen waren, weiterzuarbeiten und

²⁰ Siehe anschaulich dargestellt unter paydayreport.com/covid-19-strike-wave-interactive-map/. Die tatsächliche Streikzahl dürfte sogar noch viel höher liegen, wie paydayreport.com selbst angibt.

die Unternehmen keine ausreichenden Schutzmaßnahmen ergriffen hatten. Die Pandemie führt deutlich vor Augen, wie wenig menschliches Leben für das Kapital zählt. »Das Kapital«, wie Marx schon feststellte, »fragt nicht nach der Lebensdauer der Arbeitskraft. Was es interessiert, ist einzig und allein das Maximum von Arbeitskraft, das in einem Arbeitstag flüssig gemacht werden kann.« (MEW 23: 281)

Darüber hinaus wurden auch Produktionsstätten von Arbeitskämpfen erfasst, für die Massenentlassungen oder die endgültige Schließung beschlossen wurden. Schließlich kam es in einigen Ländern, wie z.B. Indien, auch während der Pandemie zu Massenstreiks gegen neoliberale Regierungspolitiken, wie Privatisierungen, Abbau von Arbeitsrechten und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen.²¹ Während sich andere Revolten, wie z.B. jene, die in den USA durch rassistische Morde der Polizei ausgelöst wurden, in der Pandemie entfalteten – oder, wie die antineoliberale Revolte in Chile oder die gegen das Putschregime in Bolivien, sich nur vorübergehend oder gar nicht aufhalten ließen.

Ungleichheit und Klassenkrieg von oben

Gemäß einer Studie mit 1,3 Millionen Patientendaten in Deutschland, haben Hartz-IV-Empfänger:innen ein um 84,1% höheres Risiko wegen einer Covid-19-Erkrankung ins Krankenhaus zu kommen als Erwerbstätige (Sozialverband Deutschland 2020). Studien aus den USA, Großbritannien und anderen Ländern kommen zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Das lässt sich auch auf das Nord-Süd-Verhältnis im globalen Maßstab ausweiten.²² Hinzu kommt die Dimension der Hautfarbe bzw. (vermeintlicher) ethnischer Zugehörigkeit oder Zuschreibung, da Rassismus (ebenso wie Geschlecht) ein strukturierendes Element im Kapitalismus ist. Nicht-Weiße erkranken häufiger an Covid-19, die Verläufe der Erkrankung sind schwerer und sie sterben häufiger als Weiße (Wood 2020). verdeutlicht dies. Gemäß einer Studie der größten US-Krankenpflegegewerkschaft, der National Nurses United (NNU), waren bis September 2020 in den USA 1.718 Beschäftigte im Gesundheitssektor an Covid-19 und Folgen gestorben, darunter 213 registrierte Krankenpfleger:innen. Von letzteren seien 124 oder 58,2% Nicht-Weiße gewesen, 67 von ihnen (bzw. 31,5% der verstorbe-

²¹ In diesem Beitrag kann nur sehr eingeschränkt auf die vielen Arbeitskämpfe weltweit eingegangen werden. Zahlreiche internationale Beiträge finden sich unter anderem auf den Webseiten von Labournet (www.labournet.de), des International Labour Network of Solidarity and Struggles (www.laboursolidarity.org/) und für die USA auf paydayreport.com/. Auch können aus Platzgründen nicht für alle Streiks und Proteste Quellenangaben geleistet werden.

²² Wobei ältere Menschen, die in reicheren Ländern einen höheren Anteil der Gesamtbevölkerung bilden, stärker von tödlichen Folgen des Virus betroffen sind.

nen Krankenpfleger:innen) waren philippinischer Abstammung, obwohl ihr Anteil an Krankenpfleger:innen insgesamt nur etwa 4% ausmacht (Vaidya 2020).

Beschleunigt wurde auch die Umverteilung von unten nach oben. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, das globale Arbeitseinkommen sei in den ersten neun Monaten des Jahres 2020 um 10,7% (oder 3,5 Billionen US-Dollar) geschrumpft, verglichen mit dem gleichen Vorjahreszeitraum. Mit 15,1% wurde der größte Verlust in Ländern mit Einkommen im unteren Mittelbereich verzeichnet (ILO 2020). Im Gegenzug wuchs das Gesamtvermögen der weltweit offiziell 2.189 Dollar-Milliardäre bis Ende Juli 2020 auf etwa 10,2 Billionen Dollar (8,7 Billionen Euro) an. Nur zum Vergleich: Die gesamte Wirtschaftsleistung Deutschlands, der größten Volkswirtschaft Europas, betrug 2019 etwa 3,5 Billionen Euro (Bender 2020). Das Vermögen der offiziell 614 US-Milliardäre stieg von Mitte März 2020 bis Mitte Oktober 2020 um insgesamt US\$ 931 Milliarden an (Stebbins/Suneson 2020). Getreu dem Motto »Too big to fail«, das auch schon für die Staatshilfen seit 2008 bestimmend war, werden Steuergelder am ehesten an Großunternehmen verteilt. Viele nahmen Steuererleichterungen, Kurzarbeitergeld und direkte Subventionen an und nutzten diese häufig für Aktienrückkäufe und um weiter Dividenden auszuzahlen. Die Börsen verzeichneten bereits Ende 2020 wieder Höchststände. Die Kapitalkonzentration (ohnehin wie von Marx dargelegt ein Gesetz des Kapitalismus) wird durch die Pandemie ebenfalls beschleunigt. Die Zahl der Firmenpleiten ist infolge der pandemiebedingten Verluste weiter in die Höhe geschneilt. Diese betreffen vor allem kleinere und mittlere Betriebe im Einzelhandel und Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in der Produktion. Große Konzerne nutzen hingegen die Pandemie zur Schließung einzelner Standorte und für Entlassungen.

Zu den großen Krisengewinnern gehörte vor allem Amazon. Die Amazon-Umsätze stiegen während der Pandemie um 40% (der Handel mit Lebensmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs verdreifachte sich sogar). Zwischen Januar und Oktober 2020 stellte Amazon weltweit 427.300 neue Mitarbeiter:innen ein. Die Neueinstellungen betreffen vor allem die Logistikzentren in den USA, Italien und Indien. Insgesamt arbeiteten so im Oktober 2020 über 1,2 Millionen Menschen für Amazon (Weise 2020a, 2020b). Die Gewinne von Amazon stiegen wiederum so stark, dass der Gründer und CEO Jeff Bezos sein persönliches Vermögen vom 18. März 2020 bis zum 13. Oktober 2020 um 79,8% bzw. von US\$ 90,1 Milliarden auf US\$ 203,1 Milliarden steigerte (Stebbins/Suneson 2020). Er hätte im August 2020 allen damals 876.000 Amazon-US-Arbeiter:innen jeweils US\$ 105.000 aus seinem persönlichen Vermögen auszahlen können und wäre dann immer noch so reich wie vor der Pandemie gewesen (Oxfam 2020).

Kämpfe in »systemrelevanten« Sektoren und für Schutzmaßnahmen

Im Gesundheitssektor, der seit mindestens drei Jahrzehnten eines der Hauptziele von neoliberaler Austeritätspolitik und Privatisierung ist, kam es weltweit zu Streiks gegen unzureichende Schutzmaßnahmen, schlechte Bezahlung, prekäre Verträge und schlechte Arbeitsbedingungen. So etwa in zahlreichen Städten in den USA, in Madrid/Spanien, Belgien, Bulgarien, Rumänien, Papua-Neuguinea und Simbabwe. In Frankreich begegnete die Macron-Regierung Massenprotesten von Arbeiter:innen aus dem Gesundheitswesen am 16. Juni mit entfesselter Polizeigewalt. Videos, die zeigten, wie Polizeikräfte die Held:innen in dem von Macron erklärten »Krieg gegen Corona« niederknüppelten und eine Pflegerin an den Haaren herumschleiften, gingen in den sozialen Netzwerken viral.

Die auf die Begleitung von Arbeitskämpfen spezialisierte US-Webseite paydayreport.org zählte allein zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 2020 260 Streiks in den USA mit der Forderung nach Covid-19-Schutzmaßnahmen. Dazu gehörten auch Streiks von Fahrer:innen des ÖPNV in einer Vielzahl von US-Städten. Meist gingen die Streiks direkt von den Fahrer:innen aus. So erreichten die Busfahrer:innen des Nahverkehrs in Detroit, Michigan, USA, im März 2020 mit einem wilden eintägigen Streik die Erfüllung all ihrer Forderungen bezüglich Schutzmasken und Busreinigung. In San Francisco, Minneapolis, New York und Washington DC weigerten sich Busfahrer:innen im Mai und Juni 2020 auch, für die Polizei festgenommene Demonstrant:innen zu Gefängnissen zu transportieren (Moattar 2020). In Brüssel gab es im Mai 2020 einen stark verfolgten wilden Streik im öffentlichen Personennahverkehr, nachdem die Gewerkschaft sich ohne Einwilligung der Beschäftigten mit der Unternehmensleitung geeinigt hatte. Im September streikten die Beschäftigten der U-Bahn von Mexiko-Stadt, Medellín (Kolumbien) und Santiago de Chile und im November 2020 die der Eisenbahn in Japan. In Deutschland fanden verteilt über mehrere Monate Streiks der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im ÖPNV statt. Dabei wurden bessere Bezahlung und eine Verringerung der Arbeitszeit aufgrund der gestiegenen Arbeitsbelastung gefordert.

In der Lebensmittelindustrie wurde meist zuerst in der Fleischverarbeitung gestreikt, wo die Infektionsraten besonders hoch und die Arbeitsbedingungen besonders schlecht sind. Wieder handelte es sich meist um wilde Streiks. So z.B. in der Geflügelverarbeitenden Industrie in den US-Bundesstaaten Georgia und Minnesota, wo sich im März und April wilde Streiks für bessere Schutzmaßnahmen und für Risikozulagen kam. In einem Werk für die Verarbeitung von Schweinefleisch im Bundesstaat Nebraska hingegen legten Beschäftigte die Arbeit nieder und forderten einen Produktionsstopp, nachdem 48 Arbeiter:innen positiv auf Covid-19 getestet wurden.

In Italien und Spanien streikten migrantische Landarbeiter:innen für besseren Infektionsschutz und höhere Bezahlung. Ebenso bestreikten im Monat

Mai die fast ausschließlich mexikanischen Landarbeiter:innen der Apfel-Agrarindustrie im US-Bundestaat Washington diverse Großbetriebe und forderten bessere Schutzmaßnahmen und zwei US-Dollar Risikozulage pro Stunde (Bacon 2020).

Im Lebensmittelhandel ist z.B. der eintägige Streik bei der deutschen Supermarktkette Lidl in Spanien hervorzuheben. Der Streik am 4. Juni 2020 wurde nach Angaben der Dienstleistungsgewerkschaft CCOO-Servicios (*Comisiones Obreras*, Arbeiterkommissionen), in der mehr als die Hälfte der in 600 Lidl-Filialen und zahlreichen Lagerhäusern beschäftigten Arbeiter:innen organisiert sind, zu 80-90% befolgt und legte mehr als die Hälfte der Geschäfte lahm. Die linke Gewerkschaft hatte zum Streik aufgerufen, da Lidl kaum Sicherheitsmaßnahmen einführte, nur unzureichende Schutzkleidung zur Verfügung stellte und sich weigerte, die Verdienstaufschläge aufgrund der verkürzten Öffnungszeiten auszugleichen. Die sozialdemokratische Gewerkschaft UGT (*Unión General de Trabajadores*, Allgemeine Arbeiterunion) war im letzten Moment nach Gesprächen mit der Lidl-Geschäftsführung vom Streik abgesprungen. Nach dem Streik einigte sich Lidl mit der CCOO auf die Bereitstellung von Schutzmasken, die strikte Beschränkung und Kontrolle der Kundenzahl in den Filialen und eine Kompensation für den Verdienstaufschlag.²³

Im Vereinigten Königreich kam es zu zahlreichen wilden Streiks in der Fleischindustrie, im öffentlichen Dienst, im Baugewerbe und im Handel. So verließen im März 500 Arbeiter:innen der Kette ASOS, die Bekleidung und Kosmetikartikel verkauft, ihren Arbeitsplatz und forderten die Einhaltung von Mindestabständen bei der Arbeit. In Italien kam es bereits zu Beginn der Pandemie zu einer Streikwelle in der industriellen Produktion. Italien und vor allem die Industriezentren im globalen Norden, hatten damals weltweit die höchsten Infektions- und Todesraten. Trotz vermeintlichen Lockdowns wurde in den Fabriken weitergearbeitet. Die Arbeiter:innen streikten für bessere Schutzmaßnahmen und teilweise für die vorübergehende Schließung der Produktionsstätten.

Ein weiterer nicht nur, aber insbesondere während der Pandemie »systemrelevanter« Sektor ist der Vertriebs- und Logistiksektor. Auch dort kam es bereits früh weltweit zu Arbeitsniederlegungen für bessere Schutzmaßnahmen. Streiks ereigneten sich von Australien und den USA bis Italien. In Italien – Kreuz der Nord-Süd- und Ost-West-Wertschöpfungskette – liegen die wichtigsten europäischen Logistikzentren. Basisgewerkschaften, vor allem die USB (*Unione Sindacale di Base*) organisieren dort seit Jahren erfolgreich Logistikarbeiter:innen. Alle Logistikunternehmen und Warenlager, darunter Amazon, TNT,

²³ Zum Verlauf des Arbeitskampfes siehe ccoo-servicios.es/lidl/.

DHL und UPS, erlebten Arbeitsniederlegungen und unangemeldetes Fernbleiben von der Arbeit.

Der Amazon-Konzern zahlt bekanntlich Niedriglöhne bei hohem Arbeitsdruck – verknüpft mit der Überwachung der Arbeiter:innen und den ständigen Bemühungen, gewerkschaftliche Organisierung um jeden Preis zu verhindern. Lange Zeit geheim gehalten, gab Amazon Anfang Oktober 2020 bekannt, in den USA seien insgesamt etwa 20.000 Mitarbeiter:innen des Versandhandels und der eigenen Supermarktkette Wholefoods an Covid-19 erkrankt und rühmte sich mit den Zahlen, da die Infektionsrate bei Amazon auch altersbereinigt niedriger sei als in der Bevölkerung der umliegenden Gemeinden (Weise 2020a).

Die Amazon-Arbeiter:innen sahen das anders. Bereits im März 2020 legten Arbeiter:innen der Amazon-Logistikzentren in Frankreich und in Italien die Arbeit nieder und forderten mehr Schutzausrüstung. Von April Ende 2020 kam es auch zu zahlreichen weiteren Arbeitsniederlegungen an verschiedenen Standorten in den USA, mit denen den Forderungen nach besseren Schutzmaßnahmen Nachdruck verliehen wurde.

Arbeitskämpfe trotz der Pandemie

Auch diverse Aufstände fanden während der Pandemie statt, ebenso wie zahlreiche Arbeitskämpfe, die gar nicht oder nur sehr bedingt mit der Pandemie verknüpft sind (auch die Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgten während der »Spanischen Grippe«). Einige davon werden in weiteren Kapiteln dieses Buches beschrieben. In Indien fand zudem im Dezember 2020 ein zweiter Massenstreik gegen die neoliberale und rechtsnationalistische Politik der Regierung statt, der nach Angaben der Gewerkschaften von 250 Millionen Menschen befolgt wurde.

Wie an den bisher beschriebenen Arbeitskämpfen deutlich wird, sind häufig auch Forderungen erhoben worden, die über eine direkte Verbindung mit der Pandemie hinausgingen. Eine klare Trennung bezüglich der Ursachen ist daher häufig nicht möglich – und selbst wenn die Pandemie und ihre Folgen der direkte Auslöser sind und die Forderungen im direkten Zusammenhang mit ihr stehen, liegen die Ursachen für die Situation in den Bedingungen des Arbeitsverhältnisses an sich. Einige weitere Kämpfe sollen hier dennoch erwähnt werden.

Zur Schnäppchenjagd am »Prime Day«, dem 13. und 14. Oktober, streikten Amazon-Beschäftigte in Deutschland, Spanien und Polen für bessere Bezahlung. Zum »Black Friday« im November, Mitte Dezember und in der Vorweihnachtszeit fanden diverse mehrtägige Streiks an verschiedenen Amazon-Standorten in Deutschland statt. Die in ver.di organisierten Amazon-Beschäftigten kämpften dort für die Zahlung von Weihnachtsgeld, die Anerkennung der Flä-

chentarifverträge des Einzel- und Versandhandels sowie den Abschluss eines Tarifvertrages für gute und gesunde Arbeit. Im holländischen IJmuiden-Stahlwerk des indischen transnationalen Stahlmultis Tata Steel verhinderten die Arbeiter:innen mit einem mehr als dreiwöchigen Streik die Entlassung von 1.000 der 9.000 Beschäftigten und erzielten eine Jobgarantie bis 2026. Die Entlassungen waren bereits vor der Pandemie beschlossen worden.

Die ehemaligen Angestellten eines McDonald's in den marginalisierten Quartiers Nord von Marseille, Frankreich hingegen, besetzten ihren ehemaligen Arbeitsplatz, nachdem das Lokal kurz nach Beginn der Pandemie bankrott gegangen war. Durch die ganze Pandemie hindurch organisierten sie dort gemeinsam mit Anwohner:innen den täglichen Vertrieb von Hunderten von solidarischen Mahlzeiten an die Bevölkerung. Die Quartiers Nord wurden bis März 2020 von der faschistischen Rassemblement National (RN) regiert, die 2014 36% der Stimmen erhalten hatte. Es war die größte RN-regierte Gemeinde Frankreichs. Sie manövrierte die zu einer Gemeinde zusammengefassten Armenviertel im Norden Marseilles endgültig ins soziale Abseits. Im Dezember 2020 kündigten die Besetzer:innen an, in den Räumen ein vegetarisches Burger-Restaurant zu eröffnen, das zugleich als sozialer Treffpunkt und Bürgerzentrum funktionieren soll. McDonald's verweigert jegliche Gespräche mit den Besetzer:innen und lehnt die Besetzung als illegal ab. Die neuen genossenschaftlichen Betreiber:innen, die in der Stadtteilgewerkschaft *Syndicat des quartiers populaires de Marseille* (SQPM) organisiert sind, lassen sich davon nicht aufhalten und bezeichnen ihr Vorgehen als notwendige »Bürgerbeschlagnahme« (Guemari et al. 2020).

Vorläufige Schlussfolgerungen

Die beschriebene Auswahl an Arbeitskämpfen ist notwendigerweise unvollständig und globale Verallgemeinerungen sind problematisch. Einige Aussagen lassen sich dennoch fällen. Ein in extremen Krisensituationen häufig wirksamer Diskurs der nationalen Einheit hat sich in der Pandemie kaum oder gar nicht entfalten können. Arbeitskämpfe und Klassenkonflikte wurden nicht stillgelegt oder zur Seite gewischt.

Ganz im Gegenteil: Die globale Tendenz einer Zunahme von Arbeitskämpfen hat sich verstärkt fortgesetzt. So wie in den vergangenen Jahren, gehen auch die Arbeitskämpfe während der Covid-19-Pandemie in der Regel von den Arbeitenden selbst, von Basisgewerkschaften oder von neuen Ansätzen in Teilen etablierter Gewerkschaften aus (Azzellini/Kraft 2019). In den Fällen, in denen die großen, traditionellen Gewerkschaften daran beteiligt waren, geschah dies fast immer auf Druck der Basis oder externer Bewegungen. Meist beließen sie es bei Erklärungen gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf Arbeiter:innen und Forderungen nach angemessenem Infektionsschutz. Ak-

tiv Arbeitskämpfe auf breiter Front zu fördern oder gar Generalstreiks in die Diskussion zu bringen, wurde von den großen traditionellen Gewerkschaften weltweit meist vermieden.

Auch wenn die Verhältnisse sich von Land zu Land unterscheiden, liegt dies nicht ausschließlich daran, dass die konventionellen Gewerkschaften häufig bürokratisiert sind und den Regeln der institutionalisierten Arbeitskämpfe folgen (auch wenn es die Unternehmerseite nicht tut), und so auf die Anerkennung ihrer Mittlerrolle zwischen Arbeit und Kapital hoffen. »Zuverlässigkeit« bezüglich der Kontrolle der Arbeiterschaft gehört diesbezüglich ebenso dazu wie die Verantwortung für nationale Volkswirtschaften (und damit auch für deren Konkurrenzfähigkeit) zu tragen.

Die erhöhte Konfliktivität und die Bereitschaft der Arbeitenden, Kämpfe zu initiieren, ist zweifelsohne positiv. Allerdings muss einschränkend angemerkt werden, dass diese in den meisten Ländern und Sektoren der Welt weit hinter dem zurückbleiben, was angesichts dessen, was auf dem Spiel steht, angebracht und notwendig wäre, um das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital tatsächlich zu Gunsten der Arbeit zu verschieben. Daher kann die Zurückhaltung der Gewerkschaften auch auf eine bisher zu wenig ausgeprägte Konfliktbereitschaft der Arbeiterschaft zurückgeführt werden. Dabei ist genau das die Aufgabe der Gewerkschaften, diese zu entwickeln und zu stärken. Zahlreiche Beispiele in dem vorliegenden Band zeigen aber, dass Gewerkschaften und Arbeitskämpfe nicht obsolet sind. Sie müssen jedoch stärker als bisher miteinander und mit anderen Bewegungen verknüpft werden.

Angesichts der bereits angekündigten und der zu erwartenden Welle von Pleiten und Standortschließungen wäre es naheliegend und zeitgemäß, die Betriebe zu besetzen und in Arbeiterselbstverwaltung weiter zu betreiben. Wie das in unterschiedlichen Sektoren möglich ist und geschehen kann, haben in den vergangenen 20 Jahren allein in Argentinien über 400 Betriebe vorgemacht. Einige hundert weitere Betriebe taten dies in anderen Ländern Lateinamerikas und, seit der Krise 2008, einige Dutzend Betriebe in Südeuropa, den USA und anderen Ländern weltweit (Azzellini 2018). Vor allem die traditionellen Gewerkschaften im globalen Norden sollten ihr starres Festhalten an der ausschließlichen Vermittlerrolle zwischen Kapital und Arbeit und betrieblichen Angelegenheiten, der Fokussierung auf die Vertretung von abhängig Beschäftigten und dem strikten Befolgen institutionalisierter Arbeitskonfliktmodelle aufgeben. Das Kapital hat es ohnehin schon lange getan.

Die Dimensionen der Krise und des Klassenkrieges bedürfen übergeordneter politischer Lösungen. Dafür müssen Gewerkschaften und Arbeitende stärker als bisher zum politischen Akteur werden und mit koordinierten Aktionen in allen gesellschaftlichen Bereichen Alternativen forcieren. Die Zeiten dafür sind nicht nur reif, sondern auch günstig. Staatliche Eingriffe und Staatsschul-

den sind ganz offensichtlich wieder politische Angelegenheiten und werden von niemandem mehr infrage gestellt. Es gilt nun zu verhindern, dass die Krise des Kapitals und die multiple Krise des Kapitalismus erneut in eine Schuldenkrise umdefiniert werden.

Literatur

- Azzellini, Dario (2018): Vom Protest zum sozialen Prozess. Betriebsbesetzungen und Arbeiten in Selbstverwaltung. Hamburg.
- Azzellini, Dario/Kraft, Michael G. (Hrsg.) (2019): The Class Strikes Back. Self-Organized Workers' Struggles in the Twenty-First Century. Chicago.
- Bacon, David (2020): Covid-Related Strikes Hit Washington's Apple Sheds. In: Capital & Main. capitalandmain.com/Covid-related-strikes-hit-washingtons-apple-sheds-0514 (04.01.2021).
- Bender, Jörg (2020): Reiche werden dank Corona reicher. In: Deutsche Welle. www.dw.com/de/reiche-werden-dank-corona-reicher/a-55184720 (29.12.2020).
- Guemari, Kamel/Grabsi, Salim/Bouaroua, Fathi/Nédelec, Patrick/Grabsi, Aïssa/Berliche, Karima/Bensaada, Mohamed (2020): Au McDo de l'entraide, venez comme vous êtes. In: Libération, 17.12.2020. www.liberation.fr/debats/2020/12/17/au-mcdo-de-l-entraide-venez-comme-vous-etes_1808840 (19.12.2020).
- International Labour Organization (2020): Covid-19 Leads to Massive Labour Income Losses Worldwide. www.ilo.org/global/about-the-ilo/newsroom/news/WCMS_755875/lang--en/index.htm (23.12.2020).
- Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. MEW, Bd. 23. Berlin, 281.
- Moattar, Daniel (2020): »I refuse to transport radical youth to jail«: More and more city bus drivers are done helping cops. In: Mother Jones. www.motherjones.com/anti-racism-police-protest/2020/06/bus-driver-resistance-george-floyd-police-cops-protest-arrest/ (20.12.2020).
- Oxfam (2020): Pandemic Profits For Companies Soar By Billions More As Poorest Pay Price. In: oxfamapps.org/media/press_release/pandemic-profits-soar-by-billions-as-poorest-pay-price-oxfam/ (16.12.2020).
- Sozialverband Deutschland (2020): Arme häufiger mit Corona im Krankenhaus. In: Sozialverband Deutschland e.V. www.sovd.de/arme-haeufiger-mit-corona-im-krankenhaus (23.12.2020).
- Stebbins, Samuel/Suneson, Grant (2020): American Billionaires That Got Richer During Covid. In: Wall St. 247wallst.com/special-report/2020/11/30/american-billionaires-that-got-richer-during-covid/ (16.12.2020).
- Vaidya, Anuja (2020): More than half of nurses who died of Covid-19 are people of color, nurse union says. In: www.beckershospitalreview.com/nursing/more-than-half-of-nurses-who-died-of-covid-19-are-people-of-color-nurse-union-says.html (4.1.2021).
- Weise, Karen (2020a): Amazon says almost 20.000 of its frontline workers have had Covid-19. In: The New York Times, 1.10.2020. www.nytimes.com/live/2020/10/01/business/stock-market-today-coronavirus (16.12.2020).
- Weise, Karen (2020b): Pushed by Pandemic, Amazon Goes on a Hiring Spree Without Equal. In: The New York Times, 27.11.2020. www.nytimes.com/2020/11/27/technology/pushed-by-pandemic-amazon-goes-on-a-hiring-spree-without-equal.html

16.12.2020).

Wood, Daniel (2020): As Pandemic Deaths Add Up, Racial Disparities Persist — And In Some Cases Worsen. In: www.npr.org/sections/health-shots/2020/09/23/914427907/as-pandemic-deaths-add-up-racial-disparities-persist-and-in-some-cases-worsen (23.12.2020).

Argentinien: Arbeiter:innen gegen Macris Neoliberalismus

von Andrés Ruggeri und Elisa Gigliarelli

Die argentinische Arbeiterbewegung blickt auf eine lange Geschichte des Kampfes gegen autoritäre Regime und Diktaturen zurück. Die letzte Militärdiktatur, die eine von 1976 bis 1983 währende Herrschaft des Staatsterrorismus errichtete, ging besonders brutal gegen Gewerkschaftsführer:innen und Aktivist:innen aus Arbeiterorganisationen vor. Doch trotz der Tausenden von *Desaparecidos*,²⁴ trotz der Attentate und Folterungen leisteten die Gewerkschaften mit einem Generalstreik auf dem Höhepunkt des Terrors im Jahr 1979 den ersten großen Akt des gesellschaftlichen Widerstands gegen das Regime (Basualdo 2010).

Während der neoliberalen Hegemonie der 1990er-Jahre verlor die Gewerkschaftsbewegung jedoch an Stärke. Privatisierungen, Prekarisierung und die Vereinnahmung der meisten Gewerkschaftsstrukturen führten zu einer Niederlage bei den wichtigsten laufenden Kämpfen und bewirkten während des gesamten Jahrzehnts eine gewisse Passivität bei traditionellen Sektoren der Arbeiterklasse. Unterdessen begannen sich neue Organisationsformen unter den von traditionellen Lohnverhältnissen ausgeschlossen Arbeiter:innen herauszubilden. Nachdem sie ihre Arbeit verloren hatten, verlagerten sie ihren Kampf auf die Straße, wo sie sich ohne Einkommen und ohne jede soziale Absicherung in einer verzweifelten Situation befanden (Svampa/Pereyra 2003). Fast gleichzeitig – wenn auch in kleinerem Maßstab – begann die Bewegung der *Empresas Recuperadas* (»Rückeroberte Betriebe«) zu entstehen. Beschäftigte, die keine Arbeitslosigkeit infolge von Fabrikschließungen hinnehmen wollten, fingen an, ihre Arbeitsplätze zu besetzen, Widerstand zu leisten und nach langem Kampf die Produktion unter Selbstverwaltung wieder aufzunehmen (Ruggeri 2014). Was beide Bewegungen während der großen landesweiten Krise im Jahr 2001 unter Beweis stellten, war zum einen, dass der Verlust der formellen Beschäftigung nicht den Verlust des Kampf- und Widerstandsgeists der Arbeiter:innen bedeutete. Zum anderen zeigte sich, dass ein breiter Teil der Bevölkerung sich außerhalb der Welt der organisierten Arbeit und damit des Aktions- und Vertretungsbereichs der traditionellen Gewerkschaft befand.

²⁴ *Desaparecidos* (spanisch für »Verschwundene«) meint in Lateinamerika Menschen, die von staatlichen oder parastaatlichen Kräften (mittlerweile auch zunehmend von Narcos, Drogendealern) entführt und anschließend meist ermordet wurden.

Die Regierung Macri

Sich dieser Umstände bewusst zu sein, ist wesentlich für das Verständnis des Widerstands der argentinischen Arbeiter:innen gegen das jüngste neoliberale Experiment, das 2015 bis 2019 unter der Präsidentschaft von Mauricio Macri stattfand. Obwohl Macri in die Regierung gewählt wurde, war seine Machtausübung eindeutig autoritär. Seine Regierung, die von Eigentümer:innen und Vorständen der im Land tätigen Großkonzerne aufgestellt wurde, war eine Art Klassenregierung, die es in Argentinien schon lange nicht mehr gegeben hatte. Sie verhielt sich feindselig gegenüber den Armen und den Arbeiter:innen und begegnete ihnen mit Gewalt und Verachtung, wann immer sich die Gelegenheit bot.

Riesige Mobilisierungen, Generalstreiks, Fabrikbesetzungen und Streikposten auf den Straßen kennzeichneten die gesamte Amtszeit Macris. Um die Regierbarkeit zu sichern und das Land weiter ausplündern zu können, setzten Macri und seine Verbündeten vor allem auf Repression, etwa durch den Einsatz von Spitzeln, die Streiks unterwanderten, das Ausspionieren aller Oppositionellen und von Regierungsmitgliedern sowie manipulierte Gerichtsverfahren mit dem Ziel, Gegner:innen ins Gefängnis zu bringen oder zu erpressen (Bertoia 2020). Trotz der enormen Machtkonzentration, die der Macrismus bedeutete, musste die Regierung von Beginn an einen der wichtigsten Mobilisierungszyklen der letzten Jahrzehnte bewältigen. Aufgrund der katastrophalen Ergebnisse ihrer Wirtschaftspolitik musste sie schließlich unweigerlich eine Wahlniederlage gegen eine breite peronistische Koalition einstecken, der auch alle Gewerkschaften und die wichtigsten sozialen Bewegungen angehörten.

Mauricio Macris Arbeitspolitik zielte von Anfang an auf Prekarisierung und Entlassungen, was Teil eines Wirtschaftsprogramms war, das auf der Aufnahme von Auslandsschulden, der Zerstörung des Produktionsapparates und auf dem Primat des Finanzkapitals und der Kapitalflucht basierte. Dies führte zu einer schweren Verarmung der arbeitenden Bevölkerung, zum Sinken aller sozioökonomischen Indizes und einem wirtschaftlichen Debakel, das zu einem ruinösen Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) führte. Argentinien machte Schulden in Höhe von über 100 Milliarden Dollar, von denen 86 Milliarden sofort aus dem Land transferiert wurden (BCRA 2020).

Die Regierung Macri lässt sich als Stufe in einem Prozess beschreiben, den David Harvey »Akkumulation durch Enteignung« nennt (Harvey 2007). Akkumulation vollzieht sich unter der neoliberalen Form des Kapitalismus nicht nur durch direkte Ausbeutung der Arbeit oder indirekte Ausbeutung durch Finanz- und »Markt«-Mechanismen, sondern auch durch Diebstahl und Plünderung. Der offensichtlichste Beweis dafür waren die enormen Schulden, die das Land machte. Das hatte die Verschuldung der gesamten Bevölkerung und die bekannten Formen der Erpressung durch internationale Finanzinstitutio-

nen und »Geierfonds« zur Folge – ein Szenario, das sich in der Geschichte Argentiniens mehrfach wiederholt hat (Aspiazu/Schorr 2010). Ein weiterer Teil des Rekolonisierungsprojekts, das der Macrismus verkörperte, war die Neupositionierung Argentiniens als Lieferant von Primärressourcen und Energieexporteur. Dazu gehörten auch die Senkung der »Arbeitskosten« in diesen hochprofitablen Sektoren durch Entlassungen, hohe Inflationsraten und eine Rezession, um die Kaufkraft der Löhne zu schwächen, sowie das Ziel, jegliche Form des sozialen Widerstands zu zerschlagen.

Dieser letzte Aspekt war ein Schlüsselfaktor für das Regierungsprojekt. Einen großen Anteil der Erwerbsbevölkerung arbeitslos zu halten, ist ein strategischer Schritt, um niedrigere Löhne zu erzwingen, da er eine höhere Nachfrage nach Beschäftigung schafft und die Gewerkschaften schwächt. Aus diesem Grund war die Unterdrückung jeglichen Widerstands der Arbeiter:innen, sei es gegen Entlassungen oder die Verringerung der Kaufkraft von Löhnen und Renten, und die Verhinderung wirtschaftlicher Organisation außerhalb des Lohnverhältnisses, etwa durch genossenschaftliche und soziale Organisationen, von zentraler Bedeutung für die Durchführbarkeit dieses wirtschaftlichen und politischen Projekts (Ruggeri 2017a).

Insgesamt handelte es sich um eine Regierung, die alle sozialen Errungenschaften offen demonstrierte, um den Staat völlig neu auf den Neoliberalismus und die Unterdrückung sozialer Kämpfe auszurichten und damit der Wirtschaftselite, die in Wirklichkeit identisch mit der Regierung war, enorme Gewinne zu garantieren.

Der Widerstand der Gewerkschaften

Die Entlassungen von prekär Beschäftigten in bestimmten Sektoren der nationalen öffentlichen Verwaltung – von denen einige viele Jahre für den Staat gearbeitet hatten – begannen nur wenige Tage nach Macris Amtsantritt. Trotz der massiven Mobilisierungen durch die *Asociación Trabajadores del Estado* (ATE, Verband der Staatsbediensteten), die der *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA, Argentinische Arbeiterzentrale) angehört, konnten die Entlassungen nur in sehr wenigen Fällen verhindert werden. Insgesamt wurden während der gesamten Amtsdauer Macris rund 100.000 Arbeiter:innen auf diese Weise entlassen (Letcher et al. 2017).

Dieses erste Kräftemessen zwischen Regierung und Gewerkschaften war tonangebend für die Auseinandersetzungen der folgenden vier Jahre. Die Regierung versuchte, mit allen Mitteln gegen die Rechte der Arbeit:innen und ihre Gewerkschaften vorzugehen und mit den Mehrheitsgewerkschaften der *Confederación General del Trabajo* (CGT, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) zu verhandeln. Letzterer ist historisch dafür bekannt, mit wem auch immer zu verhandeln, der an der Macht ist. Doch der Widerstand wuchs dermaßen, dass

die Passivhaltung gegenüber der Regierung für die zum Dialog neigenden Gewerkschaftsführer:innen gefährlich zu werden begann.

Zu Beginn von Macris Amtszeit war die argentinische Gewerkschaftsbewegung entlang der Positionierung der einzelnen Sektoren gegenüber der Regierung von Cristina Kirchner stark gespalten. Der große und historisch peronistische Gewerkschaftsbund, die CGT, war in drei Fraktionen und die alternative Gewerkschaft, die CTA, war in zwei Fraktionen geteilt (die CTA der Arbeiter:innen und die autonome CTA). Dennoch riefen alle Fraktionen bereits am 29. April 2016, nur wenige Monate nach Amtsantritt der Regierung, zu einer gemeinsamen Kundgebung auf und mobilisierten rund 300.000 Menschen.

Das erste Jahr des Macrismus war von einer offensiven Strategie geprägt, von der sich die Regierung versprach, Bewegungen, Gewerkschaften und die politische Opposition zu schwächen und zu spalten, während die Auswirkungen ihres Wirtschaftsplans immer drastischer wurden. Die Regierung drängte die Gewerkschaften zur Unterzeichnung von abgeschwächten Tarifverträgen, die eine Lohnerrhöhung unterhalb der Inflationsrate vorsahen. In der Regel war dieser Versuch erfolgreich. Doch einigen Gewerkschaften gelang es, das Lohnniveau mit sehr geringen relativen Verlusten zu halten, etwa den Gewerkschaften der Bankangestellten, der Lkw-Fahrer:innen und *Aceiteros* (Ölproduzent:innen), die gegenüber Macris ultra-neoliberalem Modell in einer besseren strategischen Position waren (Womack 2007).

Während einer erneuten Entlassungswelle im Jahr 2017, als die Verträge der prekären Staatsbediensteten erneuert werden sollten, reagierten die Gewerkschaften über den gesamten März hinweg mit Mobilisierungen, die in der ersten Aprilwoche in einem Generalstreik gipfelten, der eine große Beteiligung verzeichnete. Dennoch gelang es der Regierung, diese Stärke für einen neuen Angriff auf den populären Widerstand auszunutzen. Sie nutzte die Mobilisierungen als Vorwand, um eine Welle der Repression zu entfesseln, die schließlich systematisch wurde (Ruggeri 2017b). 2017 war auch das Jahr, in dem die Repressionskräfte während der Konflikte in den indigenen Gebieten Patagoniens zwei Aktivisten, Santiago Maldonado und Rafael Nahuel, ermordeten. Während einer der Gewerkschaftsmobilisierungen – als der Aufruf zu einem Generalstreik, der von der Dreierführung der CGT zeitlich unbestimmt angekündigt worden war, erneut verschoben werden sollte – beschwerten sich Gewerkschaftsmitglieder so heftig, dass die Gewerkschaftsführung gezwungen war, fluchtartig die Bühne zu verlassen, von der sie eigentlich sprechen sollten. Einige besetzte Fabriken wurden ebenfalls geräumt, wie im Fall von *PepsiCo* und der Druckerei *Artes Gráficas Rioplatense*. Trotz des hohen Konfliktniveaus im Jahr 2017 gelang es der Regierung Macris, die Zwischenwahlen im Oktober zu gewinnen.

Soziale Sicherheit und Arbeitsreformen

Die *Alianza Cambiemos* (Allianz „Lasst uns verändern“), Macris Wahlbündnis, interpretierte den Wahlerfolg als Blankoscheck für die Fortsetzung von zwei Reformen, die für ihr wirtschaftliches, politisches und soziales Programm von strategischer Bedeutung waren: die Reform von Renten- und Arbeitsrecht. Kaum zwei Wochen waren nach den Wahlen vergangen, als die Regierung die Sozialversicherungsreform an den Kongress übermittelte und versuchte, sie mit großer Eile zu verabschieden. Auch wenn dies nur ein Teil des Gesamtprojekts war, bedeutete es eine starke Kürzung des Haushalts sowie der Ruhestands- und Rentenbezüge.

Die Proteste gegen die Maßnahmen erwiesen sich überraschenderweise als gewaltig. Sie wurden durch einen enormen Repressionsakt beendet, der das Parlament wiederholt dazu zwang, seine Sitzungen zu unterbrechen, bis das Gesetz schließlich mit sehr knapper Mehrheit verabschiedet wurde. Ähnlich wie im Jahr 2001 eroberten Cacerolazos (Proteste durch Topfschlagen) und nächtliche Demonstrationen die Straßen, sogar in den Wahlhochburgen der Regierungspartei, den bürgerlichen Vierteln von Buenos Aires. Auch wenn es Macri gelang, das Gesetz über die »Ruhestandsmobilität« zu verabschieden, sah er sich mit einer massiven Opposition konfrontiert und nahm die Anwendung heftiger Repression in den Straßen der Hauptstadt in Kauf. Gewerkschaften jeder Couleur, soziale Bewegungen der populären Ökonomie²⁵ und das gesamte Spektrum der politischen Opposition kamen in der Mobilisierung zusammen. Und als Reaktion auf die Repression nahm sich eine organisatorisch nicht zuordenbare Multitude bis tief in die Nacht die Straßen. Gleichzeitig begannen die Oppositionsgruppen einen Vereinigungsprozess, der zwei Jahre später mit der Schaffung des Wahlbündnisses Frente de Todos (Front von Allen) abgeschlossen wurde, die Macri 2019 schließlich besiegte.

Letztendlich wurde das größte Ziel der Regierung, die Arbeitsreform, nie vorgestellt. Die enormen Kosten, die bei der Verabschiedung der Sozialversicherungsgesetze anfielen, veranlassten Macri dazu, das Projekt als Plan für ein mögliche zweite Amtszeit vorzuschlagen, die jedoch nie kam.

²⁵ Populäre Ökonomie meint die jenseits der formalen Ökonomie bestehenden Produktions- und Vertriebssysteme populärer Sektoren. Diese sind weder zwangsläufig illegal noch solidarisch. Dazu gehören z.B. selbstorganisierte Märkte, kleine Genossenschaften für den lokalen Bedarf, improvisierte Dienstleistungen, Projekte solidarischer Ökonomie usw., aber auch unregulierte Ausbeutungsverhältnisse. In vielen Ländern gibt es verstärkte Bemühungen, die solidarischen und alternativen Formen aufzuwerten und zu stärken (Anm. d. Hrsg.).

Widerstand von sozialen Bewegungen und selbstverwalteten Initiativen

Das Bild des Widerstands der Arbeiterklasse wäre nicht vollständig, wenn nicht auch die Bewegungen der popularen Ökonomie berücksichtigt würden, die in der *Confederación de Trabajadores de la Economía Popular* (CTEP, Konföderation der Arbeiter der popularen Ökonomie) zusammengeschlossen sind. Dieser Sektor bediente sich der Devise von Papst Franziskus (Jorge Bergoglio hatte während seiner Zeit in der Kirche von Buenos Aires eine enge Beziehung zu den Nachbarschaftsorganisationen entwickelt) der »drei Ts« (*tierra, techo, trabajo*: Land, Unterkunft, Arbeit), um dem Protest politische und soziale Legitimität zu verleihen. Die enormen Mobilisierungen dieser Organisationen – sie stehen sinnbildlich für den riesigen Sektor der Arbeiterklasse, der nicht in formale Lohnverhältnisse einbezogen ist – wurden mit dem Voranschreiten der Politik, die die Binnenökonomie des Landes zerstörte, immer größer. Im Zuge dieser Entwicklung wurden sie zum Faktor politischer Destabilisierung und erlangten eine enorme Verhandlungsmacht (Grabois 2018).

Bereits 2016 nahm die CTEP den Dialog für einen Zusammenschluss mit der CGT auf. Es gab Aufrufe zu gemeinsamen Demonstrationen unter Einbeziehung beider Sektoren, aber letztendlich kam es nie zu der angekündigten und wünschenswerten Vereinigung. Doch während der gesamten Präsidentschaft Macris wuchs die CTEP enorm und die Anführer:innen der Bewegung schlossen sich zu dem Wahlbündnis zusammen, das Macri 2019 besiegte. Sie gründeten schließlich ihre eigene Gewerkschaft, die *Unión de Trabajadores de la Economía Popular* (UTEP, Union der Arbeiter:innen der popularen Ökonomie). Die UTEP hat weltweit nur wenige Vorläufer, da sie von informellen und migrantischen Arbeitskräften und Kooperativen aus stark prekarierten Sektoren gegründet wurde (Sabatés 2019: 12).

Eine andere bedeutende Form des Widerstands, wenn auch zahlenmäßig nicht so bedeutend, war der Widerstand der Rückeroberten Betriebe unter Arbeiterkontrolle (RBA). Für diese Selbstverwaltungsinitiativen bedeutete die Regierung Macris vier Jahre des Leidens. Dies war aber nicht nur auf die neoliberale Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die den Binnenmarkt und die Produktionskapazität großer Wirtschaftssektoren zerstörte, sowie für den enormen Kostenanstieg grundlegender Versorgungsdienste und den Einkommensrückgang verantwortlich war. Vor allem hatte es auch mit der offenen Feindseligkeit der Macht zu tun, die auf wirtschaftlicher und politischer Ebene immer deutlicher wurde. Am Ende dieser Periode waren die RBA in wirtschaftlicher Not, hatten Schwierigkeiten, ihre Maschinen instand zu halten und die Abschaltung wesentlicher Versorgungsdienste zu vermeiden. Und sie hatten Schulden angehäuft – aber es gab sie noch. Es kam zu einigen Räumungen, Schließungen und manchmal sogar Ausverkäufen. Dennoch stieg die Gesamt-

zahl der RBA auf rund 400 an, obwohl die Zahl der beteiligten Arbeiter:innen leicht zurückging (Ruggeri 2020). Ihr Kampf spielte eine wesentliche Rolle für die allgemeine Bewegung. Ein Beispiel dafür ist der Widerstand gegen die Räumung des symbolträchtigen *Hotel Bauen*, das trotz zahlreicher Versuche nicht geschlossen werden konnte. Der Macrismus unternahm große Anstrengungen, um Besetzungen und die Gründungen neuer RBA zu verhindern. Im Allgemeinen wurde Fabrikschließungen durch Polizeipräsenz oder andere Repressionsmittel vorgegriffen. Nichtsdestotrotz konnten rund 50 Betriebe wiederangeeignet werden (ebd.).

Fazit

In dieser kurzen Zusammenfassung des argentinischen Widerstands der Arbeiter:innenklasse gegen Macris neoliberale und autoritäre Regierung haben wir gezeigt, dass jedes Projekt rückschrittlicher Umwandlung von wirtschaftlichen und sozialen Strukturen auf starken Widerstand seitens der Arbeiter:innen stoßen wird. Die argentinische Arbeiterklasse verfügt unbestritten über so manches Führungspersonal und über Strukturen, die mit der Macht kollaborieren und die bürokratisch und beschränkt sind. Zudem ist sie geschwächt durch ihre starke politische Fragmentierung. Auf der anderen Seite existieren aber auch Bewegungen und Organisationen, die außerhalb des Lohnverhältnisses entstanden sind und die von Arbeiter:innen gebildet wurden, die hauptsächlich Subsistenzwirtschaft betreiben und in der sogenannten populären Ökonomie arbeiten, und jene, die selbstverwalteter Arbeit nachgehen wie in den RBA. Das Zusammenkommen dieser verschiedenen Sektoren – meist trotz ihrer Führung – stellte einen Moment großer Stärke und Widerstandskraft dar und war schließlich ein entscheidender Faktor für die Niederlage der Regierung Macri.

Literatur

- Azpiazu, Daniel/Schorr, Martín (2010): *Hecho en Argentina: Industria y economía, 1976–2007*. Buenos Aires.
- Basualdo, Victoria (2010): *Los delegados y las comisiones internas en la historia Argentina: 1943–2007*. In: Azpiazu, Daniel/Schorr, Martín/Basualdo, Victoria (Hrsg.): *La Industria y el Sindicalismo de Base en la Argentina*. Buenos Aires.
- BCRA (Banco Central de la República Argentina) (2020): *Mercado de cambios, deuda y formación de activos externos, 2015–2019*. <http://www.bcra.gov.ar/Pdfs/PublicacionesEstadisticas/Informe-Mercado-cambios-deuda-%20formacion-de-activos%20externo-%202015-2019.pdf> (14.06.2020).
- Bertoia, Luciana (2020): *Esa manía de espiar*. In: *El Cojete y la Luna*. <https://www.elcoheteealuna.com/esa-mania-de-espiar/> (07.06.2020).
- Graebis, Juan (2018): *La resistencia reside en la capacidad de poner en riesgo la estabilidad social y política*. Interview von Andrés Ruggeri/Roly Villani. In: *Revista Au-*

- togestión, 7, 13-19.
- Harvey, David (2007): *A Brief History of Neoliberalism*. New York.
- Letcher, Hernan/Strada, Julia/Neffa, Julio César (2017): *Despidos masivos en Argentina: caracterización de la situación y análisis del impacto sobre la salud física y mental*. Buenos Aires. <https://centrocepa.com.ar/informes/214-despidos-masivos-en-argentina-caracterizacion-de-la-situacion-y-analisis-del-impacto-sobre-la-salud-fisica-y-mental-2015-2016.html> (14.06.2020).
- Ruggeri, Andrés (2014) *¿Qué son las empresas recuperadas? Autogestión y resistencia de la clase trabajadora*. Buenos Aires.
- Ruggeri, Andrés (2017a): El macrismo y la desposesión del trabajo. In: *Revista Autogestión*, 2, 16-19.
- Ruggeri, Andrés (2017b): Crece la represión al conflicto social: de la Franja de Gaza a Cushamen. In: *Revista Autogestión*, 4, 7-10.
- Ruggeri, Andrés (2020): Las empresas recuperadas durante el gobierno de Macri: Cuatro años resistiendo de pie. In: *Revista Autogestión*, 9, 7-9.
- Sabatés, Paula (2019): Nació la UTEP, el gremio de los trabajadores de la economía popular. In: *Página12*. <https://www.pagina12.com.ar/237866-nacio-la-utep-el-gremio-de-los-trabajadores-de-la-economia-p> (22.12.2019).
- Svampa, Maristella/Pereyra, Sebastián (2003): *Entre la ruta y el barrio: La experiencia de las organizaciones piqueteras*. Buenos Aires.
- Womack Jr., John (2007): *Posición estratégica y fuerza obrera: Hacia una nueva historia de los movimientos obreros*. México DF.

Antineoliberale Revolte und Generalstreik in Chile 2019

von Domingo Pérez und Sebastián Osorio²⁶

Mit dem popularen Aufstand von 2019 hat der Neoliberalismus in Chile nach einer Ära der Stabilität, die im letzten Jahrzehnt nur leicht gestört wurde, einen historischen Rückschlag erlitten. Die rechte Regierung des Präsidenten Sebastián Piñera, eines Milliardärs aus der Branche der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, reagierte mit militärischer Repression. Auf dem Höhepunkt der Proteste entfaltete die soziale Bewegung einen massiven, radikalen Generalstreik – der erste seit den 1980er-Jahren. In diesem Beitrag werden die Stärken und Schwächen des Generalstreiks und die Rolle der Gewerkschaften und Arbeiter:innen bei den Protesten analysiert. Die Auseinandersetzungen ebneten den Weg für ein Verfassungsreferendum im Jahr 2020, was einen beispiellosen Vorgang in der politischen Geschichte des Landes darstellt. Doch die Covid-19-Pandemie kam dem Staatsapparat gelegen, um erneut mit autoritären und repressiven Mitteln gegen die soziale Bewegung zurückzuschlagen.

Chiles Ungleichheit im internationalen Vergleich

Aufgrund der extremen Ausprägung des neoliberalen Modells, das von der Diktatur (1973–1989) eingeführt wurde und in der politisch stabilen liberalen Demokratie seit 1990 vertieft wurde, ist die soziale Ungleichheit in Chile konstant hoch geblieben. Doch 2019 wurde das Land von der größten Revolte seiner Geschichte erfasst, als die »popularen Klassen« – worunter die Ärmsten und das Prekariat zu verstehen sind, also die Arbeiterklasse oder das Proletariat im weitesten Sinne – radikal und massiv mobilisierten. Laut Weltbank belegte Chile 2017 Platz 176 von 264 Ländern (entspricht dem 67. Perzentil) hinsichtlich des Pro-Kopf-Einkommens und Platz 140 von 164 Ländern (85. Perzentil) hinsichtlich der Ungleichheit (Gini-Index). Damit gehört Chile in Lateinamerika zu den Spitzenreitern in beiden Kategorien, was es zu einem reichen und armen Land zugleich macht. Laut offizieller Definitionen und Datenerhebungen der letzten Dekaden leben 10% der Bevölkerung in Armut, doch der Forschungsbericht »Radiography of Social Change« zeigt, dass mindestens 45% der chilenischen Bevölkerung im Zeitraum 2016–2018 von Armut betroffen waren (COES 2019). Die OECD-Studie »How's Life?« von 2017 kommt zum Ergebnis, dass 77,5% der chilenischen Bevölkerung arm oder wirtschaft-

²⁶ Ermöglicht wurde dieser Beitrag durch die Förderung seitens der *Agencia Nacional de Investigación y Desarrollo de Chile (ANID)*, *Beca Doctorado Nacional 21181069 & 21171989*; und *CONICYT/FONDAP/15130009*.

lich vulnerabel sind, womit Chile den zweiten Platz unter den OECD-Ländern belegt (OECD 2017).

Die Ursachen dafür sind gleichermaßen in der produktiven als auch in der re-produktiven Sphäre zu suchen. 2006 waren 64,3% der Erwerbstätigen in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt (Sehnbruch 2012). Laut ILO lag der Anteil der Beschäftigten im informellen Sektor im Jahr 2019 bei 30,4%; der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse schwankte zwischen 26 und 30%, der Höchstwert aller OECD-Länder. Nur 18% aller Lohnempfänger:innen im privaten Sektor waren 2016 durch Tarifverträge geschützt, was weit unter dem OECD-Durchschnitt von 47% liegt (Vives et al. 2019). Gleichzeitig wurde in der Hauptstadt Santiago eine soziogeografische Armutskonzentration von 48,1% ermittelt (COES 2017). Lange Zeit ermöglichte das dehnbare Verhältnis zwischen Konsum und Verschuldung durch Kredite das Fortbestehen dieser sozioökonomischen Spannungen. In der Folge liegt die Verschuldung chilenischer Haushalte mittlerweile durchschnittlich bei 74,3% (Banco Central de Chile 2020).

Chile ist ein paradigmatisches Beispiel für eine neoliberale Gesellschaft, die von großer und weiter zunehmender Ungleichheit geprägt ist, doch zugleich eine beträchtliche politische Legitimität und Stabilität aufweist. Darüber hinaus hat Chiles langgestreckte, schmale geografische Form im äußeren Westen Südamerikas seit jeher die Formation landesweiter Bewegungen und die Mobilisierung erschwert. Trotzdem wuchs die soziale Explosion von Oktober 2019 rasch in Raum und Zeit.

Im Folgenden wird die Rolle von Gewerkschaften im populären Aufstand gegen das politisch und militärisch autoritäre Regime analysiert. Nach einer historischen Einordnung der Faktoren, die zu dieser Entwicklung geführt haben, werden die Merkmale des Generalstreiks vom 12. November 2019 beleuchtet, der den Höhepunkt der Auseinandersetzung in dem populären Aufstand darstellt.

Populäre Revolte und Generalstreik

Als Reaktion auf das chilenische neoliberale Modell entstand eine Reihe sozialer Bewegungen, deren Mobilisierungszyklen in seltenen, aber radikalen Ausbrüchen kulminierten, von denen um die 40% auf Arbeitskonflikte zurückzuführen sind und deren Mobilisierung zunehmend illegal ist (Garretón et al. 2017; OHL 2019). Allerdings gelang es keiner dieser Mobilisierungen, über den gewerkschaftlichen Rahmen hinauszugehen oder strukturelle Transformationen der Gesamtwirtschaft anzustoßen (Ponce et al. 2018; Pinto 2019).

Die Daten der Beobachtungsstelle für Arbeitsstreiks des COES (vgl. OHL o.J.) weisen auf einen zunehmenden Trend für Streiks in Unternehmen und öffentlichen Institutionen hin, seit 2006 eine historisch beispiellose Protestwelle von Bergleuten mit Leiharbeitsverträgen aus Chiles wichtigster Exportindus-

trie und von Schüler:innen ausbrach. Während die Schülerbewegung explosionsartig anwuchs, stieg seit 2011 auch die Zahl der Arbeitsniederlegungen auf kommunaler und regionaler Ebene, vor allem im Rahmen sozioterritorialer Kämpfe in ländlichen Regionen. Schließlich kam es auch immer häufiger zu Generalstreiks, die anfangs jedoch recht klein und gemäßigt ausfielen und sich auf die klassischen Gewerkschaftskräfte wie öffentliche Angestellte, Lehrkräfte, Bergleute oder Metallarbeiter:innen beschränkten.

Weder Regierung noch Opposition schenkten diesem Umstand Aufmerksamkeit, als 2019 in den ersten Oktoberwochen Studierende zum Freifahren im öffentlichen Nahverkehr aufriefen, um gegen die Fahrpreiserhöhung um 30 Pesos (ca. 0,032 Euro) zu protestieren und damit eine Massenbewegung loszutreten. Die Aktion nahm Fahrt auf, und infolge staatlicher Repression schlossen sich zahlreiche Gruppen von Arbeiter:innen an. Bis zum 18. Oktober hatte sich der Protest innerhalb kürzester Zeit zu einer umfassenden populären Mobilisierung im Zentrum und an den Rändern der Hauptstadt entwickelt. In dieser Nacht wurden nahezu 20 U-Bahnhöfe in Brand gesteckt. Piñera rief als Reaktion den Notstand aus und setzte bewaffnetes Militär zur Unterstützung der Polizei ein, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Nur wenige Wochen zuvor hatte der Präsident das Land den internationalen Medien als »Oase« der Ruhe und des Wohlstandes in Lateinamerika präsentiert. Damit wurde Chile ein Teil des »Lateinamerikanischen Frühlings«, und der zuletzt aus der Diktatur bekannte politisch-militärische Autoritarismus war wiederbelebt.

Die Militärpräsenz auf den Straßen heizte die Revolte zusätzlich an, die bereits fast alle Landesregionen ergriffen hatte. Nicht nur das Ausmaß der Gewalt und die Größe der Bewegung waren neu für die Ära nach der Diktatur, sondern auch, dass die Proteste anfänglich dezentral organisiert wurden und keine soziale oder politische Bewegung im Zentrum stand oder führend wirkte (Somma et al. 2020). Die ersten Erklärungsversuche, die progressive Intellektuelle anboten, drehten sich um die »soziale Misere« und das »Erwachen« der Massen. Doch diese Lesarten ignorierten erneut, wie der Kampfwille der Arbeiter:innen in den letzten zehn Jahren gewachsen war, trotz des monolithischen Machtblocks an der Spitze des Landes (Link et al. 2019).

Nur einige Wochen vor der Krise wurde die Plattform für gesellschaftliche Organisationen *Mesa de Unidad Social* (MUS, Runder Tisch der sozialen Einheit) gegründet, die sich rasch etablierte und es schaffte, einen Teil der Proteste zu lenken, ohne ihn anzuführen. Zwei Bereiche spielten in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle: zum einen traditionelle Gewerkschaftsorganisationen, wie der *Gewerkschaftsdachverband Central Unitaria de Trabajadores* (CUT) mit Gewerkschaften und Führungsfiguren neuer moderat antineoliberaler Bewegungen; zum anderen relativ neue Organisationen mit großer Mobilisierungskraft und entschlossenem Konfrontationskurs. Darunter waren Or-

ganisationen wie die feministische *Coordinadora 8M* (Koordination 8. März), die in Generalstreiks und zugleich in verschiedenen sozialen und politischen Kämpfen aktiv ist, und ältere Gruppen, die in atemberaubend kurzer Zeit an Stärke und Radikalität gewannen, so auch der Schüler:innenverband ACES (*Asamblea Coordinadora de Estudiantes Secundarios*). Der moderate Flügel von MUS rief am 23. und 24. Oktober zum ersten Generalstreik auf, dem Hafen- und Bergarbeiter:innen sowie Lehrer:innen folgten. Doch der populäre Protest spielte weiterhin die führende Rolle. Über mehrere Wochen breiteten sich die Proteste im ganzen Land und mit unterschiedlichem Gewaltpotenzial immer weiter aus.

Eine Umfrage im geografischen Epizentrum der Ausschreitungen zeigte, dass sich die Wohnorte der Protestierenden nicht auf einzelne Viertel eingrenzen ließen. Viele gaben an, mit linken politischen Ansichten zu sympathisieren (66,3%), die Hälfte davon waren in ihren Haushalten die Hauptverdiener:innen und brachten verschiedene sektorenabhängige Forderungen vor. Doch die meisten waren überzeugt, der Konflikt könne nur durch eine neue Verfassung beigelegt werden (Núcleo de Sociología Contingente 2019). Drei bedeutende Meilensteine sind hier hervorzuheben. Der erste war eine beispiellos massive Mobilisierung am 25. Oktober nach dem ersten Streikversuch: Zwischen 800.000 und 1.500.000 Menschen gingen in Santiago auf die Straße – also ein knappes Viertel der Stadtbevölkerung. Zu vergleichbaren Protesten kam es in allen großen und mittleren Städten Chiles.

Angesichts des unermüdlich andauernden sozialen Aufstands und zahlreicher offenkundiger Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Repressionskräfte, die von sämtlichen Beobachterorganisationen²⁷ bestätigt wurden, war der zweite Meilenstein die Konsolidierung des »Gewerkschaftsblocks« der Sozialen Einheit. Dieser bündelte seither die gewerkschaftlichen Kräfte innerhalb der MUS und die verschiedenen Forderungen der sozialen Bewegung und rief für den 12. November zum Generalstreik auf.

Das Zentrum für soziale und politische Arbeitsforschung CIPSTRA hat die Mobilisierung des 12. Novembers in der Berichterstattung und den sozialen Netzwerken untersucht. Unter anderem kam es zu folgenden Schlüssen: erstens, der Streik war der wirksamste seit der Rückkehr zu einem demokratischen Regime 1990; zweitens, obwohl die Gewerkschaftsbewegung bei früheren Aufrufen zu Generalstreiks größere relative Stärke bewies, war der Erfolg in diesem Fall primär den vorangehenden Mobilisierungen zu verdanken; drittens, die Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung an diesem Tag deutet darauf hin, dass sie ihr Betätigungsfeld graduell ausweitet, während die Führungsrolle

²⁷ Etwa 20.000 Verhaftungen, 3.000 Verletzte und 34 Todesopfer wurden dokumentiert.

vormals bei etablierten Gewerkschaften und Verbänden lag; viertens, besonders neu war die geschlossene Unterstützung für den Aufruf, die von einigen der größten Gewerkschaften des Landes ausging; und schließlich zeigte sich der CUT bereit, dessen Mobilisierungsfähigkeit seit den Protesten von 2006 immer schwächer geworden war, mit anderen Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuarbeiten (CIPSTRA 2019a).

Auch andere Gewerkschaften, wie etwa von Bau, Handel und Banken, schlossen sich den Gewerkschaften mit Streiktradition an, ebenso wie diverse Nachbarschaftsinitiativen und territoriale Streikkomitees, die Straßensperren und Barrikaden errichteten, um den Verkehr auf den Hauptstraßen der Städte zum Erliegen zu bringen. Was den ersten Massenstreik seit den 1980er-Jahren besonders auszeichnete, war somit die Mobilisierung eines entscheidenden Kontingents der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse, sodass sich multiple Proteste auf die Wirtschaftsaktivitäten auswirkten. Es war also kein Gewerkschaftsstreik, sondern er umfasste den Großteil der Arbeiterklasse (ebd.).

Das stürzte die Regierung und den Kongress in eine noch tiefere Krise. Eine Option wäre der erneute Einsatz des Militärs gewesen. Darauf aber wurde aus mehreren Gründen verzichtet, wobei der Hauptgrund eine mögliche Eskalation des Konflikts gewesen sein muss, die alle politischen Parteien teuer zu stehen gekommen wäre. Die Zuspitzung endete am 15. November damit, dass die Regierung und alle Parteien – mit Ausnahme der kommunistischen Partei – begannen, eine neue Verfassung in Erwägung zu ziehen, um die Krise zu beenden.

Der vorgeschlagene Mechanismus war zwar nicht durchgehend demokratisch und transparent, aber hatte Auswirkungen auf die Beteiligung an den Protesten. Zuerst erklärte sich die MUS-Führung damit einverstanden, weitere Aktionen auszusetzen, änderte aber bald ihre Position und rief einen weiteren Generalstreik aus. Dieses dritte Ereignis war weniger wirksam als der vorherige Generalstreik (CIPSTRA 2019b) und bildete damit einen weiteren Wendepunkt der Proteste, zu denen die Gruppen weiterhin an bestimmten Tagen zusammenkamen, allerdings ohne weiterhin die Massen zu mobilisieren. Das unterminierte die Taktik der Druckausübung dieser Aktionen. So wurde also der offizielle Zeitplan für eine neue Verfassung beibehalten und das Referendum für April 2020 angesetzt. Allerdings musste die Abstimmung aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden.²⁸

²⁸ Sie fand am 25.10.2020 statt. 78% stimmten für eine neue Verfassung und 79% für die Direktwahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung zu diesem Zweck. Die Wahlbeteiligung lag bei 51% (Anm. d. Hrsg.).

Politische Herausforderungen angesichts von Autoritarismus und Covid-19

Vier Merkmale der Revolte und des Generalstreiks sind besonders hervorzuheben: *Erstens* erklärt sich das Potenzial des Prozesses dadurch, dass eine Hauptfolge der dezentralen Mobilisierungen, dank ihres chaotischen Charakters, eine teilweise, manchmal sogar komplette mehrtägige Unterbrechung der wirtschaftlichen Tätigkeit in urbanen Zentren war. Das ist entscheidend für jede soziale und politische Krise. *Zweitens*, obwohl die Gewerkschaften eine weder wegweisende noch führende Rolle übernahmen, waren sie bei den Demonstrationen wichtiges Bindeglied und bündelten ihre Aktionen an spezifischen Tagen, um ihre Wirksamkeit zu verstärken. Damit bewiesen sie ihre Relevanz in Kämpfen jenseits des Arbeitsplatzes.

Dieser Prozess wurde *drittens* vor allem dadurch ermöglicht, dass die Bevölkerung sich im Allgemeinen nicht durch die autoritären Manöver der Regierung einschüchtern ließ (ein generationsbedingter politischer Faktor, denn über die Hälfte der Mobilisierten war minderjährig) und dass bedingt durch den hegemonialen Charakter der Mobilisierung die staatliche Repression den etablierten politischen Kräften nur noch weiter die Legitimität entzog. *Viertens* untermauerte dies die These, dass Generalstreiks eine Folge von Revolten und Aufständen sind und nicht umgekehrt.

Während die Proteste von Woche zu Woche weitergingen, rückte im März 2020 die Covid-19-Pandemie auf die Tagesordnung der Medien, und die Regierung machte sich die Situation zunutze, indem sie den Ausnahmezustand ausrief und das Militär zum Erhalt der öffentlichen Ordnung einsetzte und nicht etwa zum Bevölkerungsschutz. Daraufhin wurde eine »nominale Quarantäne« verordnet. Diese galt für die reproduktive Sphäre, nicht aber für die produktive, womit eine große Zahl von Unternehmen den Betrieb nicht einstellte und die Arbeiter:innen weiterhin dem Virus aussetzte. Auch eine unternehmensfreundliche Gesetzgebung zur Erleichterung der Aussetzung von Arbeitsverträgen wurde verabschiedet. Diese Politik hat zu über 300.000 Infektionen geführt – zum Stand vom 16. Juli die sechsthöchste Zahl im weltweiten Ländervergleich – und verschlimmert die Situation prekärer Arbeiter:innen zusätzlich.

Einerseits versucht die Regierung, eine neoliberale Normalität zum Preis unkontrollierbarer Ansteckungsraten aufrechtzuerhalten. Andererseits kommt es zu loseren Formen populärer Organisation, was bei den Nachbarschaftsprotesten sichtbar wird, die von den Behörden Unterstützung fordern, um die Folgen der Regierungspolitik im Umgang mit der Pandemie abzufedern. Es wird darüber hinaus bei den Aufrufen zum Generalstreik deutlich, die einen Rücktritt der Regierung fordern. Diese sind bis heute jedoch ohne konkrete Ergebnisse geblieben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass eine schwache und fragmentierte Organisation der Bevölkerung im Neoliberalismus paradoxe politische Effekte hat: Sie befördert sowohl gewaltsame soziale Aufstände im extremen Neoliberalismus als auch die Verlängerung unklarer politischer Verhältnisse, die auf dramatische Art wieder auf die Arbeiterklasse zurückfallen könnte.

Literatur

- Banco Central de Chile (2020): Cuentas Nacionales por Sector Institucional. Evolución del ahorro, la inversión y el financiamiento sectorial en el año 2019. Santiago.
- CIPSTRA (2019a): Balance de la Huelga General del 12N. Santiago. cipstra.cl/2019/balance-huelga-general-12n/ (1.6.2020).
- CIPSTRA (2019b): Análisis político-sindical de la huelga general del 25 y 26 de noviembre. Revista ROSA. www.revistarosa.cl/2019/12/04/analisis-politico-sindical-de-la-huelga-general-del-25-y-26-de-noviembre/ (1.6.2020).
- COES (2017): Resultados Primera Ola, Estudio Longitudinal Social de Chile (ELSOC). Santiago: Centro de Estudios de Conflicto y Cohesión Social. www.coes.cl/wp-content/uploads/2017/07/N5_Resultados-Primera-Ola-ELSOC-Mod2_Conflicto-Social.pdf (1.6.2020).
- COES (2019): Radiografía del cambio social. Análisis de Resultados Longitudinales Estudio Longitudinal Social de Chile ELSOC 2016-2018. Santiago: COES-ELSOC. coes.cl/encuesta-panel/.
- Garretón, Matías/Joignant, Alfredo/Somma, Nicolás/Campos, Tomás (Hrsg.) (2017): Conflicto Social en Chile 2015-2016: disputando mitos. Santiago. www.coes.cl/wp-content/uploads/2017/07/DIG_N4_Conflicto-Social-en-Chile-2015-2016.-Disputando-mitos.pdf (1.6.2020).
- Link, Sebastián/Marconi, Andrés/Sandoval, Ignacio (2019): Crisis of the Neoliberal Model, Social Malaise or Class Struggle? Analyzing the Chilean Upsurge of 2019. In: Popular Power Platform. independent.academia.edu/PlataformaPoderPopular (1.6.2020).
- Núcleo de Sociología Contingente. 2019. Encuesta Zona Cero. Santiago. nudesoc.cl/wp-content/uploads/2020/03/Informe-Resultados-OFICIAL.pdf (1.6.2020).
- OECD (2017): How's Life? 2017: Measuring Well-being. Paris.
- OHL (2019): Informe Huelgas Laborales 2018. Santiago. fen.uahurtado.cl/wp-content/uploads/2019/08/informe_huelgas_laborales_2018.pdf (1.6.2020).
- OHL (ohne Jahr): Base huelgas 1979–2018, Observatorio Huelgas Laborales (COES-UAH). dataverse.harvard.edu/dataverse/coes_data_repository/ (1.6.2020).
- Pinto, Julio (Hrsg.) (2019): Las largas sombras de la dictadura: a 30 años del plebiscito. Santiago.
- Ponce, José/Pérez, Aníbal/Acevedo, Nicolás (Hrsg.) (2018): Transiciones. Perspectivas historiográficas sobre la postdictadura chilena, 1988–2018. Valparaíso.
- Sehnbruch, Kirsten (2012): La calidad de empleo en Chile: teoría y medición. In: Farné, Stefano (Hrsg.): La calidad del empleo en América Latina a principios del Siglo XXI. Bogotá, 263-301.
- Somma, Nicolás/Bargsted, Matías/Disi, Rodolfo/Medel, Rodrigo (2020): No Water in the Oasis: The Chilean Spring of 2019–2020. In: Social Movement Studies, 1–8. www.

[tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14742837.2020.1727737](https://doi.org/10.1080/14742837.2020.1727737) (1.6.2020).

Vives, Alejandra/Valdebenito, Roxana/Baeza, Fernando (2019): La epidemia del empleo precario: causas y posibles salidas. ciperchile.cl/2019/11/21/la-epidemia-del-empleo-precario-causas-y-posibles-salidas (1.6. 2020).

Weltbank (ohne Jahr): World Development Indicators, »GNI per capita, PPP (current international \$)« (PPP = purchasing power parity) und »GINI Index«. data.world-bank.org/ (1.6. 2020).

Kolumbien: Gewerkschaftsarbeit unter einem autoritären Regime

von Gearóid Ó Loingsigh

Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern hat die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung weder ein goldenes Zeitalter erlebt, noch konnte sie je frei von Angst vor Repression und Gewalt agieren. Obwohl Kolumbien als die älteste und stabilste Demokratie Lateinamerikas gefeiert wird, ist es in Wirklichkeit sein dauerhaftestes autoritäres Regime. Es überrascht daher wohl nicht, dass nur 4,6% der kolumbianischen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind (ENS 2019b: 89). Dies ist zum Teil auf den hochgradig informellen Charakter der Beschäftigung im Land zurückzuführen: Schätzungen zufolge sind rund 65,7% der Arbeitskräfte informell beschäftigt (ebd.: 15), was ebenfalls ein Zeichen für die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung ist, die sich auch auf Repression zurückführen lässt. Gab es in allen Sektoren der kolumbianischen Wirtschaft Gewerkschaftsinitiativen, so sind die Enklaven im Agrar- und Ölsektor vielleicht am bemerkenswertesten. Nicht nur wegen der Gewerkschaften selbst, ihrer historischen Rolle und der gegen sie gerichteten Repression, sondern auch wegen der Verknüpfung von politischen und wirtschaftlichen Forderungen, die in dem von US-Kapital dominierten Sektor gestellt wurden. Das berüchtigtste Massaker an Arbeiter:innen in Kolumbien ist das von Gabriel García Márquez in *100 Jahre Einsamkeit* verewigte Bananenarbeiter-Massaker von 1928, bei dem zwischen 2.000 und 3.000 Streikende ermordet wurden (Vega Cantor 2012: 14). Eine der bedeutendsten Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung war die Rückübertragung der De Mares-Konzession von Tropical Oil an den Staat und die Gründung der staatlichen Ölgesellschaft Ecopetrol. Letztere nahm 1951 ihren Betrieb auf, infolge eines Streiks von bis zu 12.000 Ölarbeitern im Jahr 1948. Die Enklave spielte unter allen Gewerkschaften eine bedeutende Rolle bei der Herausbildung eines Proletariats und der aufkommenden kapitalistischen Wirtschaft in Kolumbien.

Die Zeiten haben sich geändert, und die Wirtschaft hat sich diversifiziert: im Hinblick auf die Beschäftigungsformen, nicht aber in Bezug auf ihre Abhängigkeit vom Rohstoffsektor zur Devisenbeschaffung. Heute verteilt sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder fast zu gleichen Teilen auf den privaten (52%) und den öffentlichen Sektor (48%), wobei die stärksten Gewerkschaften im öffentlichen Sektor insbesondere im Bildungsbereich zu finden sind. Die *Federación Colombiana de Trabajadores de la Educación* (FECODE, Kolumbianische Gewerkschaft der Bildungsarbeiter) stellt nicht nur 26,34% aller gewerkschaftlich organisierten Arbeit in Kolumbien. Es ist ihr auch gelungen, 69,23%

der Lehrer:innen gewerkschaftlich zu organisieren, was weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Die höchste Mitgliederkonzentration gibt es in Bogotá (34,36%), gefolgt von Antioquia (11,87%) und Valle (8,31%) (ENS 2018). Auch traditionelle kämpferische Sektoren wie die der *Unión Sindical Obrera* (USO, Arbeitergewerkschaft) angeschlossenen Erdölarbeiter:innen spielen weiterhin eine Rolle, wenn auch aktuell in geschwächter Form.

Die Konzentration von Gewerkschaftsmitgliedern in den drei großen städtischen Zentren ist Ausdruck der realen Angst und Gewalt, die in ländlichen oder semi-ruralen Gegenden herrschen. Und sie ist Folge ihrer Dezimierung durch paramilitärische Gruppen. Ein Beispiel dafür sind die Arbeiter:innen der Palmölplantagen. In den 1980er- und 1990er-Jahren machten die Arbeiter:innen in der Palmölindustrie – insbesondere bei Indupalma, dem damals größten und einflussreichsten Palmölunternehmen – so enorme Fortschritte, dass der Industrieverband Fedpalma (*Federación Nacional de Cultivadores de Palma de Aceite*, Nationaler Verband der Ölpalmenproduzenten) einen Leitartikel publizierte, in dem öffentlich dazu aufgerufen wurde, die Gewerkschaften von Kommunist:innen und anderen vermeintlich subversiven Elementen zu säubern. Im Jahr 1995, mitten in den Tarifverhandlungen mit dem Unternehmen, liefen Paramilitärs Amok, töteten eine Reihe von Gewerkschaftsführern und verschleppten einen weiteren. Kurz darauf gab die Gewerkschaft allen Forderungen des Unternehmens nach. Es begann daraufhin ein Prozess »strategischer Allianzen«, innerhalb derer Bäuer:innen den Anbau auf eigene Kosten vorzunehmen hatten. Parallel dazu wurden die Arbeiter:innen entlassen und sogenannte »Assoziierte Arbeitsgenossenschaften« gegründet. Die Gewalt im Palmölsektor beschränkte sich aber nicht nur auf die Verhandlungen im Jahr 1995. Nach Angaben von *Sintraproaceites* (*Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria del Cultivo y Procesamiento de aceites y vegetales*, Nationale Gewerkschaft der Arbeiter in der Öl- und Gemüseanbau- und -Verarbeitungsindustrie) haben gewerkschaftlich organisierte Arbeiter:innen extreme Ausmaße an Gewalt erlitten: 95 Führungspersonen wurden ermordet, 15 verschwanden und 50 wurden gewaltsam vertrieben (Ó Loingsigh 2019). Die beiden vom Unternehmen 1995 auferlegten Vorgehensweisen sind heute in Kolumbien gängige Praxis und die »Genossenschaften« finden sich in einer ganzen Bandbreite von Industrien, auch in großen urbanen Zentren. Es war ein Schlag, von dem sich die Gewerkschaft bei Indupalma nie ganz erholt hat.

Bei den Morden im Palmölsektor handelt es sich nicht um isolierte Einzelfälle. Von den 1970er-Jahren bis heute hatten die Gewerkschaften mit der gezielten Ermordung von kämpferischen Mitgliedern sowohl an der Basis als auch auf Führungsebene zu kämpfen. Und obwohl die Bedrohung des Kapitals durch die Gewerkschaften auf einem historischen Tiefpunkt angekommen ist, sind gezielte Ermordungen weiterhin an der Tagesordnung. Laut der

Escuela Nacional Sindical (ENS, Nationale Gewerkschaftsschule) kam es zwischen 1973 und Dezember 2018 zu 14.842 Angriffen auf insgesamt 487 Gewerkschaften, darunter 3.186 Morde (ENS 2019a: 10). Der Zeitraum von Mitte der 1990er-Jahre bis 2002 war ein quantitativer sowie qualitativer Höhepunkt dieser Gewalt. Die Paramilitärs schlossen sich zu einer einzigen Organisation, der *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC, Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens), zusammen und entfesselten einen Ansturm auf das ganze Land. Dabei besetzten sie große städtische Zentren, darunter den Erdölhafen von Barrancabermeja. Zu dieser Zeit war die allgemein als Rebellenstadt bekannte Stadt hochgradig organisiert. Eine Vielzahl von sozialen Organisationen und Gewerkschaften war dort tätig und hatte beträchtlichen Einfluss in den einzelnen Stadtvierteln. Ganze Teile der Stadt standen unter Kontrolle der Guerilla, in diesem Fall vor allem der *Ejército de Liberación Nacional* (ELN, Nationale Befreiungsarmee).

Die paramilitärische Offensive war ein langsamer Prozess, der in den 1990er-Jahren damit einsetzte, dass nahe gelegene Städte erobert wurden. Im Mai 1998 begann er schließlich richtig, als bei einem paramilitärischen Überfall 25 Menschen verschwanden und sieben weitere in Barrancabermeja ermordet wurden. Bis Dezember 1999 hatten sie die Guerilla vertrieben, die Gewerkschaftsstrukturen zerschlagen und sogar die Ölarbeitergewerkschaft (USO) gezwungen, ihre Zentrale in das relativ sichere Bogotá zu verlegen, was die Beziehung zu ihrer sozialen Basis in den Stadtvierteln stark beeinträchtigte. Die Bedrohung war, nachdem die Paramilitärs die Macht in der Stadt und der Region übernommen und konsolidiert hatten, nicht zu unterschätzen. Zwischen 1988 und März 2002 wurden etwa 79 Mitglieder der Gewerkschaft ermordet und weitere 35 verletzt (Ó Loingsigh 2003). Von 2001 bis 2002, als die Paramilitärs Barrancabermeja und andere städtische Zentren übernahmen, geschahen von 209 weltweit an Gewerkschafter:innen verübten Morden 137 allein in Kolumbien; im folgenden Jahr waren es 197 von 223 weltweit (Vega Cantor et al. 2009: 389).

Der kolumbianische Staat setzte zur Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung nicht ausschließlich auf Gewalt, sondern bediente sich häufig auch des Rechtssystems, um Gewerkschafter:innen mithilfe von erfundenen Anklagen vor die Gerichte zu zerren. Obwohl die meisten Gewerkschafter:innen die Anklagepunkte schließlich entkräften konnten, verbrachten sie häufig lange Zeit in Haft und wurden so von ihrer täglichen Arbeit abgehalten, was die Organisation des Widerstands gegen den Staat weiter erschwerte. Erneut ist die USO ein Paradebeispiel dafür. Vor der paramilitärischen Übernahme von Barrancabermeja waren viele Gewerkschaftsführer:innen nicht nur wegen Rebellion, sondern auch wegen Mordes angeklagt und aus dem Verkehr gezogen worden. So konnten sie sich nicht an den anstehenden Kämpfen gegen den pa-

ramilitärischen Ansturm beteiligen. Auch die Anwält:innen der Gewerkschafter:innen wurden systematisch schikaniert und sogar ermordet. Einige von ihnen wurden selbst angeklagt – eine bis heute übliche Praxis: Die Verteidigung eines politischen Gefangenen birgt stets das Risiko, im Zuge dessen oder in Verbindung mit einem anderen Fall angeklagt zu werden.

Der Friedensprozess mit der Guerilla-Organisation *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) brachte der Gewerkschaftsbewegung und den breiteren sozialen Bewegungen kaum eine Atempause. Trotz des Rufs des damaligen Präsidenten Juan Manuel Santos im In- und Ausland, ein Mann des Friedens zu sein, unterschied sich seine Regierung im Umgang mit den sozialen Bewegungen kaum. Sie zögerte nicht, den nationalen Bauernstreik im Jahr 2014 zu unterdrücken, wie es schon frühere Regierungen getan hatten. 2012, im ersten Jahr des Friedensprozesses, wurden 69 soziale Anführer:innen ermordet. Bis 2016, als die Regierung Santos ihr Abkommen mit der FARC unterzeichnete, stieg die Zahl der Ermordeten auf 80 an und 2017, gegen Ende Santos' Amtszeit, weiter auf 106. Seitdem sind die Zahlen weiter gestiegen, in den Jahren 2018 und 2019 wurden 155 bzw. 124 führende Aktivist:innen sozialer Bewegungen ermordet (Somos Defensores 2020: 104). Die meisten der Mordopfer waren keine Gewerkschaftsführer:innen. Das weist zum Teil darauf hin, wie leicht in ländlichen Gebieten gegen Zielpersonen vorgegangen werden kann, die keine staatlichen Schutzmaßnahmen wie kugelsichere Autos und Leibwächter zur Verfügung gestellt bekommen. Zugleich verweist es auch auf das wichtiger gewordene Kampffeld gegen das extraktivistische Modell, das seit Beginn des Jahrhunderts umgesetzt wurde, sich aber in den letzten Jahren verschärft hat. Von den 124 Ermordeten im Jahr 2019 war lediglich eine Person aus einer Gewerkschaft (ebd.: 97), da diese nicht mehr maßgeblich für die Opposition gegen die neoliberale Ordnung sind. Im Laufe des 21. Jahrhunderts waren die Bewegungen von Bäuer:innen-, Indigenen- und Studierendenbewegungen in ihren Kämpfen viel nachdrücklicher. Obwohl es klassenbasierten kämpferischen Gewerkschaften wie der Lebensmittelarbeitergewerkschaft *Sinaltrainal* (*Sindicato Nacional de Trabajadores del Sistema Agroalimentario*, Nationale Gewerkschaft der Arbeiter des Lebensmittelsektors) gelang, zu expandieren und die Palmöl- und Zuckerrohrarbeiter:innen, die einen langen Kampf gegen die Zuckerbarone führten, gewerkschaftlich zu organisieren, beteiligte sich die Gewerkschaftsbewegung mehrheitlich nicht an den wichtigen Kämpfen. Dies gilt insbesondere seit der Niederlage der Ölarbeiter:innen im Jahr 2004, die teilweise auf die paramilitärische Präsenz in Barrancabermeja und den durch die paramilitärische Offensive erzwungenen Bruch zwischen der USO und der lokalen Organisation im Territorium, aber auch auf andere repressive Maßnahmen des Staates zurückzuführen ist (Vega Cantor et al. 2009: 425).

Diesen Bruch erlebten fast alle Gewerkschaften, die sich in der Basisarbeit mit den Stadtvierteln engagierten. Aber nicht alle akzeptierten ihn. Die Expansion von *Sinaltrainal* war die Folge ihrer Entscheidung, die Arbeit fortzusetzen und auch andere Sektoren gewerkschaftlich zu organisieren. Denn sie verstanden sich als kämpferische Gewerkschaft und begnügten sich nicht damit, nur eine von unzähligen isolierten Gewerkschaften des Lebensmittelsektors mit einer gewissen Präsenz in Unternehmen wie Nestlé und Coca-Cola zu sein. Als Gewerkschaft hat *Sinaltrainal* eine klassenkämpferische und internationalistische Perspektive beibehalten und arbeitet an vielen Themen, die über Löhne und Arbeitsbedingungen hinausgehen (Olaya 2018).

Die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung litt jedoch nicht nur unter staatlicher Repression. Sie wurde auch durch einen allgemeinen Rechtsruck gespalten, der in vielen Gewerkschaftsgremien in der ganzen Welt zu beobachten ist. Infolge von Gewalt und organisatorischen Schwierigkeiten gewannen reformistische Strömungen die Oberhand, sogar jene, die offen den klassenübergreifenden Schulterschluss suchten. Und eher kämpferische Sektoren weichten ihre Positionen derart auf, dass manche von ihnen nicht mehr als kämpferische Gewerkschaften betrachtet werden konnten.

Angesichts der Arbeits-, Renten- und Steuerreformen der Regierung im Jahr 2019 rief die Gewerkschaftsbewegung am 21. November desselben Jahres zu einem landesweiten Streik auf. Hier sei daran erinnert, dass die nationale Gewerkschaftsführung jahrzehntelang am Konzept eines landesweiten Streiks festgehalten hat, der paradoxerweise keine Produktionsunterbrechung beinhaltete. Sie forderten gewöhnlich Arbeitsniederlegungen, die kaum mehr als eine Demonstration zur Folge hatten. Daran nahmen gewählte Gewerkschaftsfunktionär:innen und kleine Delegationen von Arbeiter:innen und Studierenden teil.

Nicht so bei dem Streik 2019: Hier übertraf die Mobilisierung in ihrem Umfang (mit bis zu 1,5 Millionen Teilnehmer:innen) bei Weitem die Erwartungen der Organisator:innen. Die rechneten fest damit, in den folgenden Tagen mit der Regierung erneut an den Verhandlungstisch zu kommen, um ein Abkommen zu verhandeln, das die Bevölkerung demobilisieren und keines der ursächlichen Probleme lösen würde. Obwohl die Gewerkschaften zu den Demonstrationen aufgerufen hatten, konnten sie sie nicht kontrollieren. Denn es war ein Nerv getroffen worden und sowohl Studierende als auch Nachbarschaftsorganisationen waren nicht in der Stimmung, es dabei zu belassen. Die Mobilisierungen wurden fortgesetzt und die Repression setzte schnell und brutal ein. Dabei wurde Dilan Cruz, ein junger Student aus der verarmten Arbeiterklasse, durch die kolumbianische Polizei ermordet. Der Staat reagierte nun auf die Protestwelle, die in den Stadtvierteln der meisten großen städtischen Zentren ausbrach. In Bogotá wurde sogar eine Ausgangssperre ver-

hängt, die die Mehrheit der Bevölkerung kurzerhand ignorierte. In der ersten Nacht der Ausgangssperre kam es in dem Mittelschichtsviertel La Soledad zu spontanen Massenprotesten, die bis in die frühen Morgenstunden andauerten. Vor der privaten Residenz des Präsidenten ereigneten sich massenhafte Verstöße gegen die Ausgangssperre, bei denen Demonstrant:innen trotz starker Polizeipräsenz bis spät in die Nacht gegen Töpfe und Pfannen schlugen.

Die Gewerkschaftsbewegung zeigte dabei jedoch wenig Entschlossenheit, die Proteste fortzusetzen. Es waren die Nachbarschaftsorganisationen, von denen viele erst neu gegründet worden waren, die im Mittelpunkt der Mobilisierung standen. Die Studierendenorganisationen konnten keine größere nationale Mobilisierung herbeiführen, waren jedoch erfolgreich darin, regional verteilte Nachbarschaftsdemonstrationen zu organisieren, die sich auf den öffentlichen Verkehr und folglich die übrige Wirtschaft auswirkten. Ihre Aktionen zwangen die Gewerkschaftsbewegung zur Ausrufung weiterer Proteste. Die offizielle Führung der Proteste lag jedoch beim Verhandlungskomitee, dem zwar außergewerkschaftliche Akteure angehörten, das aber dennoch stark von gewerkschaftlichen und insbesondere reformistischen Strömungen wie dem *Movimiento Obrero Independiente Revolucionario* (MOIR, Unabhängige Revolutionäre Arbeiterorganisation) dominiert wurde. Das MOIR war wenig daran interessiert, den Kampf fortzusetzen, und manövrierte auf die bürokratische Ebene, um andere Stimmen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung an den Rand zu drängen. Mit dem Versuch, soziale Bewegungen von einer Nationalversammlung auszuschließen, spitzte sich die Situation im Februar 2020 zu. Der Versuch scheiterte allerdings und die neuen Bewegungen gewannen an Stärke. Doch sowohl die staatliche als auch die Gewerkschaftsbürokratie profitierten vom Ausbruch der Covid-19-Pandemie, weil die zur Aussetzung der meisten Proteste führte. Die Gewerkschaften haben die durch die Pandemie aufgeworfenen Fragen in Bezug auf Arbeiterrechte und Gesundheitsversorgung kaum thematisiert. Dadurch wurde der Staffelnstab gewissermaßen an die parlamentarische Linke übergeben.

Inmitten der anfänglich vergleichsweise strengen Covid-19-Ausgangssperre brachen in ärmeren Gegenden Kolumbiens Proteste aufgrund von Nahrungsmittelmangel aus. Die Antwort des Staates war Repression. Die Gewerkschaftsbewegung äußerte sich auch hier kaum und war an den Protesten nicht beteiligt. Wieder einmal traten kurzfristig organisierte Strukturen außerhalb der Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund: In vielen Stadtvierteln gingen die Menschen auf die Straße, um die Regierung zur Verteilung von Nahrungsmittelhilfe zu zwingen. Studierende besetzten die Universität in Bucaramanga aus Protest gegen die Erhebung von Studiengebühren und die Entscheidung, das akademische Jahr ohne Rücksicht auf die schwierige Situation in der Pandemie fortzusetzen. Die Gewerkschaftsbewegung, die eine derart heroische

Rolle im Kampf für die Rechte der Arbeiter:innen in Kolumbien gespielt hat, sieht sich zunehmend an den Rand gedrängt.

Literatur

- ENS (Escuela Nacional Sindical) (2018): SISLAB Sistema de información laboral y sindical: Reporte a Diciembre de 2017. www.ens.org.co/wp-content/uploads/2018/11/SISLAB-2017_2.pdf (20.6.2020).
- ENS (2019a): Cuaderno de Derechos Humanos No. 26: La paz se construye con garantías para la libertad sindical. Medellín. www.ens.org.co/wp-content/uploads/2019/05/CUA_DDHH_26_WEB.pdf (20.6.2020).
- ENS (2019b): XII Informe Nacional de Trabajo Decente, 2019. Medellín: ENS. www.ens.org.co/wp-content/uploads/2019/12/INFORME-DE-TRABAJO-DECENTE-2019.pdf (20.6.2020).
- Ó Loingsigh, Gearóid (2019): Extractivismo y muerte en el noriente. Bogotá.
- Ó Loingsigh, Gearóid (2003): La estrategia integral del paramilitarismo en el Magdalena Medio. Spanien.
- Olaya, Carlos (2018): Sinaltrainal: Transforming the Workers' Movement in Colombia. In: Azzellini, Dario/Kraft, Michael G. (Hrsg.): *The Class Strikes Back: Self-Organised Workers' Struggles in the Twenty-First Century*. Chicago, 176-194.
- Somos Defensores (2020): La Ceguera: Informe Anual 2019. Bogotá.
- Vega Cantor, Renan (2012): ¡Sindicalicidio! Un cuento (poco imaginativo) de terrorismo laboral. studylib.es/doc/8241609/¡sindicalicidio--un-cuento--poco-imaginativo--de (20.6.2020).
- Vega Cantor, Renan/Núñez Espinel, Luz Ángela/Pereira Fernández, Alexander (2009): *Petróleo y protesta obrera. La USO y los trabajadores petroleros en Colombia Vol. 2*. Bogotá.

Brasilianische Gewerkschaften und der Kampf gegen die Diktatur von Militärs und Unternehmern (1964–1985)

von Henrique Tahan Novaes und Maurício Sardá de Faria

Die brasilianische Militärdiktatur von 1964 bis 1985 war für die Kämpfe von Arbeiter:innen überaus folgenreich. Seit den Amtszeiten von Präsident Getúlio Vargas (1930–1945 und 1950–1954) hatten sich zusammen mit der städtischen Arbeiterklasse, aber auch auf dem Land Gewerkschaften entwickelt, die an den Staat gebunden waren. Die Jahre vor dem Putsch (1950–1964) zeichneten sich durch fortschreitende Sozialreformen und ein Erstarren der Gewerkschaften aus. Im vorliegenden Beitrag werden die Arbeiter:innenkämpfe gegen die Diktatur ab 1968 analysiert. Es soll gezeigt werden, wie hart die brasilianische Linke durch den Putsch und besonders den »Institutionellen Akt Nr. 5« (1968) getroffen wurde. Mit der Konsolidierung der Diktatur kam es zur Zerschlagung ländlicher und städtischer Gewerkschaften, Aktivist:innen wurden ins Exil getrieben, inhaftiert, gefoltert. Der zweite Teil des Beitrags befasst sich mit der Entstehung der Fabrikkommissionen (*Comissões de Fábrica*), der Neuen Gewerkschaftsbewegung (*Novo Sindicalismo*), dem Aufstieg Lulas und der begrenzten »Redemokratisierung« der 1980er-Jahre.

Der Putsch von 1964 und wachsende Repression ab 1968

Hinter dem Staatsstreich von 1964 standen die USA, der konservative Flügel der katholischen Kirche, die Großgrundbesitzer:innen (*latifundiários*) und die Bourgeoisie (Fernandes 1986). Die Diktatur erneuerte die Hegemonie des Kapitals in Brasilien und eröffnete eine Konterrevolution (Fernandes 1981).²⁹ Un-

²⁹ Darcy Ribeiro meint, Getúlio Vargas' Suizid im Jahr 1954 habe das Eingreifen des Militärs bis 1964 hinausgezögert. In den 1950er-Jahren wurden zahllose Ausschüsse gegen eine als »Meer aus Schlamm« (*mar de lama*) bezeichnete Korruption ins Leben gerufen, die – zumeist auf Betreiben großer US-Konzerne oder der brasilianischen Mittelschicht – die Schaffung von Staatsunternehmen verhindern sollten. Ribeiro schreibt: »Die Nachricht vom Freitod [Vargas'] traf mich wie eine Bombe. Vor allem sein Abschiedsbrief, das erhabenste, berührendste und wichtigste Schriftstück, das je in Brasilien entstand. Seit ich ihn gelesen habe, ist er mein politischer Wegweiser. Und das ist er für alle Brasilianer, die klar sehen können. Nicht aber für eine Minderheit, die das Land seitdem mit ihren korrupten, repressiven und kleingeistigen Regierungen ins Unglück gestürzt hat. Letztlich begriff ich wie alle Brasilianer sofort, dass die Kampagne gegen das »Meer aus Schlamm« ein schmutziger Trick der Presse war, unterstützt von ausländischen Großunternehmen, um einen Präsidenten zu stürzen, der Petrobras geschaffen und die Gründung von Eletrobras verkündet hatte – gegen die Interessen

terdessen war die Linke, wie Daniel Aarão Reis anmerkte, für aktiven Widerstand ungenügend organisiert und auf einen Staatsstreich im Jahr 1964 gar nicht eingestellt (Aarão Reis 1990).

Der Putsch war eine historische Zäsur, die den Weg der Linken zur Hegemonie abrupt beendete. Noch am selben Tag wurde der Sitz der Studierendenvereinigung *União Nacional dos Estudantes* (UNE) verwüstet; 1965 folgte die Entlassung von 80% der Professor:innen an der Universität von Brasília (UNB), viele aktive Linke wurden umgebracht oder mussten das Land verlassen. Glauber Rocha, einer der originellsten Filmproduzenten des Landes, ging nach Kuba, Paulo Freire nach Chile, Darcy Ribeiro nach Uruguay, Sérgio Ferro nach Frankreich. Florestan Fernandes fand Exil in Kanada, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Luíz Carlos Prestes in Russland.

Der Militärputsch setzte dem historischen Aufschwung von Arbeiter:innenkämpfen, intellektuellen Debatten und praktischen Reformen ein Ende. Seine Auswirkungen in Pernambuco, einem wichtigen Bundesstaat im Nordosten, beschreibt Francisco de Oliveira:

»Der Putsch von 1964 wütete in Pernambuco besonders heftig. Er dezimierte die linken Parteien, die Arbeiterbewegung, die politisch-intellektuelle katholische Bewegung, die Studierendenbewegung und zwang einen erheblichen Teil ihrer Führungsfiguren ins Exil. Das Klima offener Debatte und die innovativen Initiativen verschwanden, die Volkskulturbewegung und Paulo Freire, die Reform der Entwicklungsbehörde für den Nordosten – all das kam mit dem Putsch zum Halt oder verlor jeden Einfluss. Alles was blieb, war die einsame Stimme von Dom Hélder Câmara. Er wurde kurz nach dem Putsch Mitglied der Erzdiözese, wo er eine Rede hielt, die wegen ihrer Courage und Würde in eine Sammlung der bedeutendsten politischen Reden in Brasilien aufgenommen wurde. Hier entstand die »Kirche des Widerstands« (*Igreja da Resistência*), deren hochrangigste und wichtigste Vertreter Dom Hélder Câmara und Dom Paulo Evaristo Arns waren.« (Oliveira 2008: 85)

Zivil-militärische Diktatur und gewerkschaftlicher Widerstand

Die »Weltrevolution von 1968« wirkte sich auch auf das Brasilien der späten 1960er-Jahre aus. Es war fraglos auch eine Folge der globalen Welle von Kämpfen, dass die zivil-militärische Diktatur 1968 mit dem »Institutionellen Akt Nr. 5« – dem fünften von 17 wichtigen Dekreten nach dem Putsch – eine noch härtere Form annahm. Das als »AI-5« bekannte Dekret war bis zum Dezember desselben Jahres in Kraft und zog zahlreiche Willkürmaßnahmen mit bleibenden Folgen nach sich, indem es die Gouverneure der Bundesstaaten

sehr machtvoller ausländischer Öl- und Elektrizitätsunternehmen.« (Ribeiro 1996). Petrobras und Eletrobras sind Staatsunternehmen mit großer nationaler Bedeutung.

dazu ermächtigte, jeden zu bestrafen, den sie als Feind betrachteten. Ab 1968 nahmen Inhaftierung, Folter und Mord von Oppositionellen einen institutionellen und systematischen Charakter an.

Die 1945 von der Kommunistischen Partei gegründeten Bauernligen (*Ligas Camponesas*) hatten in den Jahren zuvor das Banner radikaler Landreformen zugunsten der armen Dorfbevölkerung gehisst und sich so zu einer Bewegung entwickelt, die über die Landesgrenzen hinaus einflussreich war. 1963 vereinten mehrere Hundert solcher Ligen in 16 Bundesstaaten mehr als 500.000 Menschen, die stärksten Verbände existierten in Pernambuco und Paraíba. Allein der für Pernambuco zuständige Rat koordinierte 27 Ligen mit 120.000 Mitgliedern (Linhart 1980; Novaes 2009).

Der rechte Flügel der katholischen Kirche und das Arbeitsministerium reagierten auf das enorme Wachstum der Ligen schnell mit der Gründung konservativer Verbände als Gegengewicht. Mit der Wiederherstellung der »Ordnung« durch den Putsch verstärkten sich die Repression gegen Gewerkschaften und die Verfolgung der Bauernligen. Führende Aktivist:innen wurden gefoltert und ermordet, ins Exil oder den Untergrund gedrängt, wo sie den Kampf fortsetzten. Beispielhaft dafür ist der Fall von Elizabeth Teixeira, deren Mann João Pedro Teixeira 1962, zwei Jahre vor dem Putsch, als ein wichtiger Vertreter der Ligen ermordet worden war. Die heute 95-Jährige kämpfte von 1964 bis 1979 in der Klandestinität. Sie zog nach São Rafael im Hinterland des nordöstlichen Bundesstaates Rio Grande do Norte, wo sie 17 Jahre lang unter falschem Namen lebte und als Wäscherin und Lehrerin arbeitete. Viele hielten sie für tot, bis der Filmemacher Eduardo Coutinho sie schließlich nach langer Suche fand. 1979 kam ihr das Amnestiegesetz zugute (Pagenotto 2020).

Auch die städtischen Gewerkschaften traf eine harte Repression. Antibürokratische Gewerkschaftsorganisationen und Streiks wurden verboten, ihre Anführer:innen inhaftiert, gefoltert oder umgebracht. Die Repressionswelle setzte 1968 zunächst gegen die Arbeiter:innen von Cobrasma in Osasco (Bundesstaat São Paulo) sowie von Braseixos in Contagem (Bundesstaat Minas Gerais) ein. Die Fabrikkommissionen dort waren schwach, die Gewerkschaften von Bürokratieapparaten beherrscht. Vor diesem Hintergrund fand die Reorganisation der Arbeiter:innen zunächst im kleinen Maßstab statt, erst von Privatwohnungen aus, dann in Stadtvierteln, bevor in den 1970er-Jahren wieder Fabrikgruppen entstanden. Sie bildeten sich mehrfach um, bis sie 1978 wieder agitieren konnten, als die Streiks im Industriegürtel um São Paulo (dem »ABC Paulista«: Santo André, São Bernardo and São Caetano) explosionsartig zunahmen und etliche neue Fabrikkommissionen hervorbrachten.³⁰

³⁰ Näheres über diese Kämpfe bieten die Filme *Braços Cruzados*, *Máquinas Paradas* (»Verschränkte Arme, angehaltene Maschinen«) und *ABC da Greve* (»ABC des Streiks«).

Ausgehend von der langwierigen, geduldigen Organisationsarbeit durch Initiativen, die von der Kirche und dissidenten Kommunist:innen beeinflusst waren, entstanden in verschiedenen Betrieben klandestine Gruppen. Kleinere Aktionen und Sabotageakte signalisierten eine mögliche Wiederaufnahme von Streiks und Kämpfen. Aus Sicht der herrschenden Klassen erlebte Brasilien in den späten 1970er-Jahren bereits eine »demokratische« Öffnung – langsam, schrittweise, kontrolliert und ohne Brüche (Fernandes 1986). Die autonome Organisation in den Betrieben galt als notwendige Voraussetzung für effektive Kämpfe und den Aufbau einer neuen Gewerkschaftsstruktur. Sie wurde von den Erfahrungen bei Cobrasma und Braseixos im Jahr 1968 angeregt und vor allem von der Bewegung der Gewerkschaftsopposition (Movimento de Oposição Sindical) in der Metall- und Chemieindustrie São Paulos propagiert (Nascimento 2019). Die Bewegung wurde stärker und entfesselte im Mai 1978 einen Kampfzyklus im ABC Paulista, der den Beginn eines Nachlassens der Spannungen mit dem Regime markierte und zur »Redemokratisierung« hinführte – ein gradueller und sicherer Übergang, mit dem das Militär die Zügel in der Hand behalten wollte. Bei diesen Kämpfen trat Brasiliens späterer Präsident Luiz Inácio Lula da Silva als Gewerkschaftsführer hervor. Die gewerkschaftlichen Streiks der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre waren entscheidend für Brasiliens »Redemokratisierung«.

Damals kulminierten zahlreiche Kämpfe in der Gründung der Landlosenbewegung MST (Movimento Sem Terra), der Bewegung gegen Staudämme MAB (Movimento dos Atingidos por Barragens) und der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores). Zudem entstanden Bewegungen, die für öffentlichen Wohnungsbau, öffentliche Universitäten und Schulen sowie Gesundheitsversorgung eintraten und zumeist auch eine Rückkehr zur Demokratie forderten.

Die erste Landbesetzung durch Vorläufer der MST fand am 7. September 1979, dem brasilianischen Unabhängigkeitstag, im südlichen Rio Grande do Sul statt. Das Datum wurde deshalb gewählt, weil man annahm, das Militär würde aufgrund seiner Paraden im gesamten Land abgelenkt sein. Am 12. Mai 1978 legten die Beschäftigten von Scania vor allem für Lohnforderungen die Produktion lahm und blieben in der Fabrik. Von da an kam es in den großen Automobilfabriken in ABC Paulista regelmäßig zu Streiks, die auf andere Branchen und Regionen übergriffen.

Als treibende Kraft prägten die Fabrikkommissionen die Dynamik der Streikbewegung: Sie organisierten Vollversammlungen in den Betrieben, um die nächsten Schritte zu beschließen, und brachten die Gewerkschaften an den Verhandlungstisch (Novaes/Sardá de Faria 2015). Ab einem gewissen Zeitpunkt wurde ihre Eindämmung und Unterdrückung vordringlich für die Unternehmen, da sie als Vermittlungsinstanz zwischen Belegschaften und Management häufig eine gewisse Institutionalisierung erreicht hatten. Selbst der ebenfalls

im ABC Paulista entstandene Novo Sindicalismo sprach sich nun nicht mehr für die Gründung solcher Kommissionen aus, und zwar mit der Begründung, sie setzten die Aktiven in den Betrieben der Repression durch die Unternehmer:innen aus. Stattdessen unterstützte er gewerkschaftliche Basiskomitees, die auf Betriebsebene von Mitgliedern der Gewerkschaftsführung gegründet wurden und dadurch rechtlich abgesichert waren. Den Kommissionen wurde auch vorgeworfen, Parallelstrukturen zur Gewerkschaft zu bilden. Wie weit die Praxis der Fabrikkommissionen reichte, welche Rolle sie in der brasilianischen Arbeiterbewegung spielten und inwiefern sie ein Ausdruck von Autonomie der Arbeiter:innen waren, wird vor allem im Werk von Maurício Tragtenberg deutlich. Tragtenberg stützte sich auf Debatten, die von heterodoxen Marxisten wie Anton Pannekoek, Antonio Gramsci und Herman Gorter angestoßen wurden (Tragtenberg 2008). Indem er die Praxis der Kommissionen mit der Funktionsweise von korporativen Gewerkschaftsstrukturen verglich, unterstrich er, wie maßgeblich ihre Kämpfe für eine tiefgreifende Bewusstseinsbildung waren.

Durch ihre Erfahrungen in der Fabrik lernen die Arbeiter:innen, dass dort eine Arbeitsteilung herrscht, der man gehorchen muss. Während sie außerhalb der Fabrik lernen, dass Politik Sache von Parteien ist, wirtschaftliche Forderungen durch Gewerkschaften zu vertreten sind, Wissen nur in der Schule zu erlangen ist und Fernsehen und Rundfunk definieren, was kulturellen Wert hat und was nicht. Ihr Leben zerfällt in scharf gegeneinander abgegrenzte Bereiche. Die Praxis des Kampfes, den sie durch die Kommissionen führen, gibt ihnen dagegen die Mittel in die Hand, um sich auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene zu behaupten. Sie lernen in der »Schule des Arbeitskampfes«; sie lernen, dass sie im Kampf für höhere Löhne (Wirtschaft) mit der Fabrikhierarchie (Politik) konfrontiert sind; sie üben sich in Selbstorganisation und entwickeln ein gesellschaftlich-politisches und kulturelles Bewusstsein. Sie sind Teil eines Ganzen (Tragtenberg 2011: 23-24.). In diesem Prozess der Selbstorganisation schaffen die Arbeiter:innen eigene horizontale Strukturen und bilden dergestalt eine »Gemeinschaft des Kampfes«, die dessen Entfaltung und Ziele bestimmt. Sie geben die Verantwortung, mit den außerhalb des Betriebs erfahrenen gesellschaftlichen Verhältnissen von Herrschaft und Unterdrückung umzugehen, nicht an Organisationen ab, die sie angeblich vertreten – durch vertikale Prozesse, die die Trennung zwischen »Führenden« und »Geführten« verfestigen.

Tragtenberg verfasste unermüdlich Zeitungsartikel, Aufsätze und Bücher, um die Erfahrungen der brasilianischen Fabrikkommissionen publik zu machen, die in dem 1978 einsetzenden Streikzyklus unter anderem in Unternehmen wie Ford, Máquinas Piratinga, Asama, Massey Ferguson, Aliperti und Barbará gemacht wurden. Mit Blick auf ihre Kämpfe erinnerte er an die be-

rühmte Losung der Ersten Internationale, dass »die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst« vollbracht werden müsse. Befreiung lässt sich nicht an vermeintlich zuständige »Avantgarden« delegieren, sondern hängt von der Initiative und Beteiligung aller ab. Eine von uns untersuchte Fabrikkommission bei Ford bestätigte Tragtenbergs Auffassung sehr eindrücklich. Sie war eine genuine Organisation der Beschäftigten, weder an die Unternehmer noch an die Gewerkschaft gebunden und gehörte tatsächlich denen, die dort schufteten. Und sie folgte Tragtenbergs Grundsatz: »Arbeiter, wenn niemand für dich arbeitet, soll auch niemand für dich entscheiden.« (Tragtenberg 2008: 25) Die Fabrikkommission bei Asama, einem Maschinenbaubetrieb, war Tragtenberg (2011) zufolge insofern besonders, als sich ihre Gründung gegen die von den Arbeiter:innen erfahrenen Ungerechtigkeiten richtete; sie forderte vom Unternehmen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Das wichtigste Organ der Kommission war die Vollversammlung, die Gewerkschaft wurde in ihren Statuten lediglich als »beratendes Gremium« definiert. Das Mandat ihrer Vertreter:innen konnte jederzeit widerrufen werden. Kurzum: Die Bedeutung, die Tragtenberg den Fabrikkommissionen und autonomen Arbeiter:innenkämpfen zuerkennt, beruht auf der Überzeugung, dass die »Selbstorganisation der Arbeiter:innen im Betrieb und die Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse die Grundlage jeder Demokratie nach dem Modell sozialistischer Selbstverwaltung darstellt, denn die Existenz einer Fabrikdespotie neben einer formalen Demokratie außerhalb der Fabrik ist ein eklatanter Widerspruch.« (Tragtenberg 2008: 21)

Arbeitsstätten bleiben Orte, die vom Despotismus gezeichnet sind, aktuell sogar mehr als zuvor, da es um die Kolonialisierung der Subjektivität der Arbeiter:innen mit den Ideen des Kapitals geht. Selbst wenn Gewerkschaften bisher nicht in der Lage gewesen sind, die Klasse direkt in den Betrieben zu organisieren, zeigen die rückeroberten Betriebe in vielen Ländern, dass es möglich ist, weiterzugehen und Selbstverwaltung und kollektives Eigentum zugleich einzuführen.

Literatur

- Aarão Reis, Daniel (1990): *A Revolução Faltou ao Encontro: Os Comunistas no Brasil*. São Paulo.
- Fernandes, Florestan (1981): *Reflections on the Brazilian Counter-Revolution. Essays*. Herausgegeben von Warren Dean. Armonk, New York.
- Fernandes, Florestan (1986): *Nova República?* São Paulo.
- Linhart, Robert (1980): *Le Sucre et la Faim. Enquête Dans les Régions Sucrières du Nord-Est Brésilien*. Paris.
- Nascimento, Claudio (2019): *A Oposição Sindical no Exílio*. Marília.
- Novaes, Henrique Tahan (2009): *Ligas Camponesas*. In: Ness, Immanuel (Hrsg.): *International Encyclopedia of Revolution and Protest, 1500 to the Present*. Malden/Ox-

ford, 2117-2118.

Novaes, Henrique Tahan/Sardá de Faria, Maurício (2015): The Factory Commissions in Brazil and the 1964 Coup d'État. In: Azzellini, Dario (Hrsg.): An Alternative Labour History. London, 215-241.

Oliveira, Francisco de (2008): Noiva da Revolução. Elegia para uma Re(li)gião. São Paulo.

Pagenotto, Maria Lígia (2020): De Olho na História (II): Elizabeth Teixeira, 95 Anos, uma Camponesa Marcada pela Resistência. deolhonosruralistas.com.br/2020/02/05/de-olho-na-historia-ii-elizabeth-teixeira-95-anos-uma-camponesa-marcada-pela-resistencia/ (20.9.2020).

Ribeiro, Darcy (1996): Confissões. São Paulo.

Tragtenberg, Maurício (2008): Reflexões Sobre Socialismo. São Paulo.

Tragtenberg, Maurício (2011): Autonomia Operária. São Paulo.

Filme

ABC da Greve. 1979. Leon Hirszman.

Braços Cruzados, Máquinas Paradas. 1978. Roberto Gervitz/Sérgio Toledo.

Cabra Marcado Para Morrer. 1964–1984. Eduardo Coutinho.

Terra em Transe. 1967. Glauber Rocha.

Cidadão Boilesen. 2009. Chaim Litewski.

Aufstehen gegen Konservatismus und Autoritarismus im heutigen Brasilien

Gewerkschaften und populäre Kämpfe
gegen die Regierung Bolsonaro

von Flávia Braga Vieira

Brasilien hat seit 2014 ein überraschendes Wiedererstarken rechter Bewegungen erlebt. Sie bildeten die Basis, auf die sich 2016 ein gerichtlich-parlamentarischer Staatsstreich gegen Präsidentin Dilma Rousseff stützte, der Vizepräsident Michel Temer zur Macht verhalf. Temer leitete Reformen ein, die die breite Bevölkerung hart trafen. 2018 gewann mit Jair Bolsonaro ein Rechts-extremer die Präsidentschaftswahlen. Im ersten Amtsjahr baute seine Regierung die Reformen weiter aus und leitete eine Militarisierung des öffentlichen Lebens ein, wie sie bislang nur aus der Militärdiktatur der 1960er- und 1970er-Jahre bekannt war.

Der Widerstand der Bevölkerung gegen diesen Autoritarismus blieb schwach, denn die Straße beherrschten weiterhin die reaktionären Bewegungen, die die Regierung der eng mit der traditionellen Gewerkschaftsbewegung verbundenen Arbeiterpartei PT (*Partido dos Trabalhadores*) abgesetzt hatten. Doch andere Arten von sozialer Bewegung bringen gegenwärtig neue Aktionsformen hervor.

Der vorliegende Beitrag erörtert die konservative und autoritäre Hegemonie, die sich in Brasilien herausgebildet hat, sowie den populären Widerstand dagegen. Dabei werden insbesondere zwei Bündnisse aus den letzten Jahren analysiert, in denen neue und alte Bewegungen der Arbeiterklasse zusammenfinden. Zudem scheint die von der Covid-19-Pandemie ausgelöste Krise einer Klassen-solidarität den Weg zu ebnen, die die Stärke der Bolsonaro unterstützenden reaktionären Kräfte untergraben könnte.

Der Hintergrund des aktuellen reaktionären Szenarios

Die 1980er-Jahre in Brasilien waren von heftigen Kämpfen gegen die 1964 installierte Militärdiktatur geprägt. Diese Basiskämpfe führten zur Gründung von Organisationen wie der Arbeiterpartei, dem gewerkschaftlichen Dachverband CUT (*Central Única dos Trabalhadores*), der Landlosenbewegung MST (*Movimento Sem Terra*) und zu zahlreichen Bewegungen für Wohnraum und stadtpolitische Reformen. Aufgrund des immensen gesellschaftlichen Drucks auf der Straße fanden etliche ihrer Forderungen Eingang in die Verfassung von 1988. Die PT stellt die wichtigste organisatorische Errungenschaft der in den 1980er-Jahren erstarkten brasilianischen Arbeiterklasse dar.

Nach drei gescheiterten Anläufen gewann der PT-Kandidat Luiz Inácio Lula da Silva³¹ 2002 die Präsidentschaftswahlen, 2006 wurde er wiedergewählt. Beide Amtszeiten waren von Widersprüchen durchzogen. Einerseits unterstützte die Regierung Teile der oberen Mittelschicht, indem sie das Wachstum des exportorientierten Primärsektors sowie Einkommenssteigerungen und Vermögenskonzentration förderte. Andererseits erfolgte ein deutlicher jährlicher Anstieg des Mindestlohns, des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung, sowie eine stete Ausweitung sozial inklusiver Politiken, die die extreme Armut stark reduzierten. Parallel dazu verschob sie die Achse der internationalen Orientierung Brasiliens vom Norden hin zum Globalen Süden. Am Ende der zweiten Amtszeit verzeichnete Lulas Regierung eine Zustimmungquote von 80%. Der Erfolg seiner Maßnahmen machte ihn weltweit zum Star.

Aufgrund dieses Erfolgs konnte er 2010 Dilma Rousseff zu seiner Nachfolgerin ernennen. Rousseff war die erste Frau, die das oberste Staatsamt erlangte. Ihre erste Amtszeit war bestimmt von viel Kritik und einer Wirtschaftskrise, die zum Rückgang staatlicher Investitionen und den sozial-, lohn- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen führte, die ihrem Vorgänger breiten Zuspruch gesichert hatten. 2013 nahmen aus Protest gegen die steigenden Lebenshaltungskosten Millionen von Menschen – vor allem Arbeiter:innen und Jugendliche – an Demonstrationen teil (Braga 2013; Maricato et al. 2013). Gleichzeitig füllten diverse reaktionäre Bewegungen die Straßen, insbesondere aus der konservativen Mittelschicht, die sich über die lange Regierungszeit der PT emporhoben. Deren Reaktion fiel schwach aus. Und drei Wochen nach Ausbruch der Proteste war die Zustimmung zu Rousseffs Regierung um 27 Punkte auf nur noch 30% gesunken. 2014 wurde Rousseff mit einem äußerst knappen Vorsprung von 3,2% der Stimmen wiedergewählt, was von Anfang an Zweifel an ihrem Mandat weckte (Singer 2018).

Die konservative Welle und die Konsolidierung des Autoritarismus

Rousseffs Regierung geriet in wachsende Schwierigkeiten. Mit dem Aufkommen konservativer Bewegungen im Internet gewann die rechte Opposition im Parlament zivilgesellschaftliche Verbündete. Zur Schwächung der PT-Regierung trug jedoch noch ein anderer Faktor maßgeblich bei: die *Operação Lava Jato*, »Operation Autowäsche«. Dahinter verbirgt sich eine im April 2014 eröffnete Reihe von Ermittlungsverfahren gegen Politiker:innen und Unterneh-

³¹ Lula war die wichtigste Führungsfigur, die aus der Zeit der Redemokratisierung hervorging. Er stammt aus einer sehr armen Familie, wurde Metallfachtarbeiter und führte den größten und bedeutendsten Streik an, der die Militärdiktatur erschütterte (siehe dazu den Beitrag von Henrique Tahan Novaes und Mauricio Sardá de Faria in diesem Band).

mer:innen, denen Korruption vorgeworfen wird. Viele von ihnen – besonders Politiker:innen mit Verbindungen zur PT – wurden zu Haftstrafen verurteilt.³²

Die folgenden Jahre kennzeichnete eine enorme politische Instabilität. Der Umgang von Medien und Justiz mit der »Operation Autowäsche«, die Straßenproteste neuer konservativer Bewegungen und die Manöver rechter Parteien gipfelten schließlich in einem gerichtlich-parlamentarischen Staatsstreich gegen Rousseff durch ein eindeutig manipuliertes Amtsenthebungsverfahren (Ríos Vera 2018). Nach diesem getarnten Staatsstreich wurde die Regierungsmacht im August 2016 dem Vizepräsidenten Michel Temer³³ übertragen, der sogleich Reformen in die Wege leitete, die stark zulasten der großen Bevölkerungsmehrheit gingen. Am gravierendsten waren einige im Juli 2017 vom Nationalkongress verabschiedete Änderungen des Arbeitsgesetzes, die die im Lauf von 50 Jahren errungenen verfassungsmäßigen Rechte der brasilianischen Lohnabhängigen beschnitten.

Im April 2018 wurde Lula im Zuge der »Operation Autowäsche« verhaftet, der zu diesem Zeitpunkt in den Umfragen zu den Präsidentschaftswahlen vorne lag. Die Gewerkschaften organisierten eine Reihe Proteste, um die fabrizierte Anklage anzuprangern und Lulas Freiheit zu verteidigen. Doch die Manipulationen durch Medien und Justiz wogen so schwer, dass der ehemalige Präsident in Haft blieb. Zwar wurde Lula im November 2019 nach 580 Tagen wieder aus dem Gefängnis entlassen, zu den Wahlen im Oktober 2018 hatte er aber als wichtigste populäre Führungsfigur des Landes nicht antreten können.

Um das Präsidentenamt bewarben sich etliche Kandidat:innen, doch der öffentliche Fokus auf die Korruptionsbekämpfung schadete nicht nur der PT. Kein Kandidat aus dem traditionellen Spektrum der Rechten erreichte im Wahlkampf eine aussichtsreiche Position. Vor diesem Hintergrund trat der ehemalige Militäroffizier Jair Bolsonaro auf den Plan, unterstützt von den reaktionärsten Teilen der Gesellschaft (Casimiro 2018; Almeida 2019). Er gehörte sieben Legislaturperioden der Abgeordnetenversammlung an und wurde in diesen 27 Jahren als Rechtsextremer bekannt, der die Militärdiktatur einschließlich des Einsatzes von Folter verteidigte. Im Wahlkampf trat er als konservativer Verfechter von Familienwerten und einer härteren Law-and-Order-Politik auf.

³² Hauptakteur bei der Operation war der Bundesrichter Sérgio Moro, der Lula 2018 verurteilte – und im Jahr darauf Justizminister unter Bolsonaro wurde.

³³ Temer hatte hinter den Kulissen mit den Kräften verhandelt, die für den Staatsstreich verantwortlich waren. Seine Partei, die *Partido do Movimento Democrático Brasileiro* (PMDB, Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens), hat sämtlichen Regierungen seit dem Ende der Militärdiktatur angehört und folgt keiner bestimmten Ideologie.

Im ersten Regierungsjahr von Bolsonaro wurden die antisozialen Reformen weiter vorangetrieben (besonders durch die Sozialversicherungsreform), ein Klima der ausgeprägten Feindschaft gegenüber Demokratie und republikanischen Institutionen griff um sich. Die Regierung konsolidierte autoritäre Maßnahmen in mehreren Bereichen. In der Zivilgesellschaft organisierten die Bewegungen, die Bolsonaro gewählt hatten, weiterhin Demonstrationen, um seine Politik zu unterstützen. Sie sind jedoch sehr viel kleiner geworden und bringen mit jedem Mal weniger Bevölkerungssektoren zusammen, wobei sie vor allem unter Jugendlichen und einfachen Bevölkerungsschichten, die sie früher mobilisiert hatten, an Boden verlieren.

Widerstand von Arbeiter:innen nach Bolsonaros Regierungsantritt

Trotz der seit 2015 bestehenden partiellen Hegemonie konservativer Kräfte im Land haben Arbeiter:innen und ihre Organisationen nicht aufgehört, Kämpfe zu führen. Die wesentliche Initiative zu ihrer Koordinierung bestand in der Gründung zweier breiter Bündnisse aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften (Proner et al. 2017). Das erste entstand im September 2015 auf einer »Bundesweiten Volkskonferenz« mit dem Ziel, die Politiken zugunsten von Arbeiter:innen und die demokratischen Institutionen zu verteidigen. Auch wenn Rousseffs Wirtschaftspolitik kritisiert wurde, bestand der Hauptzweck des Bündnisses darin, die PT-Regierung gegen Angriffe von rechts zu verteidigen. Unter dem Namen *Frente Brasil Popular* (FBP, Front Populares Brasilien) vereinigt es 68 Organisationen sowie Abgeordnete und führende Figuren von acht linken und Mitte-Links-Parteien. Vertreten sind in ihm unter anderem lokale, regionale und landesweite Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, Jugend- und Studierendenorganisationen, Gruppen aus der Kultur- und Kunstszene, Frauen:, die bäuerliche Bevölkerung, Fischer:innen, Schwarze und LGBTQ+-Menschen.

Das zweite Bündnis, die *Frente Povo Sem Medo* (FPSM, Front der Menschen ohne Angst), wurde im Oktober 2015 gegründet und umfasst Aktive aus 31 Organisationen, Parteien und Initiativen, die sich als »linke Opposition« zur Regierung Rousseff verstehen. Bei den Demonstrationen gegen den Putsch von 2016 hat es mehrfach mit der FBP zusammengearbeitet. Nach der Amtsenthebung Rousseffs trat es als das radikalere der beiden Bündnisse für eine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen ein. Seine Zusammensetzung ist so vielfältig wie die der FBP und reicht von Gewerkschaften über stadtpolitische Initiativen bis hin zu Jugendgruppen und identitätspolitischen Bewegungen.

2016 und 2017 wandten sich beide Bündnisse vor allem gegen den Putsch und die mangelnde Legitimität der Regierung Temer und riefen in mehreren Landeshauptstädten zu Demonstrationen gegen die Reform des Arbeitsgesetzes auf. Nach Lulas Verhaftung 2018 waren sie außerdem tragende Säulen

len der Kampagne *Lula Livre* (»Freiheit für Lula«).³⁴ Auch im Widerstand gegen den Autoritarismus der Regierung Bolsonaro standen sie zusammen. Trotz großer Übereinstimmungen tritt die FPSM allerdings insofern radikaler auf, als sie die Absetzung Bolsonaros und Neuwahlen fordert. Die FBP setzt sich dagegen stärker dafür ein, Lulas Verurteilung durch die Gerichte aufzuheben – in der Hoffnung, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2022 kandidieren kann und der autoritären Welle ein Ende bereitet.

Parallel zu den gemeinsamen Kämpfen der beiden Bündnisse haben auch Sektoren der Arbeiter:innenklasse Widerstand gegen den neuen Konservatismus geleistet. Eine wichtige Kraft war die Bewegung von Studierenden und Lehrkräften an öffentlichen Schulen und Universitäten, die 2016 in mehreren Bundesstaaten Demonstrationen und Besetzungen durchgeführt hat, um eine Reihe landes- und bundespolitischer Maßnahmen und Projekte zu stoppen. Die Studierenden protestierten vor allem gegen den Entwurf einer Verfassungsänderung, die Einsparungen bei Bildung und Gesundheit vorsieht.³⁵ Von 2017 bis 2019 richteten sie sich außerdem gegen Versuche, die Themen Geschlecht und Sexualität sowie generell kritische Pädagogik aus dem Unterricht zu verbannen.³⁶

Die beeindruckendste Demonstration auf diesem Feld fand jedoch am 15. Mai 2019 statt, als ein »Bundesweiter Aktionstag zur Verteidigung der Bildung« zum ersten großen Protest gegen Bolsonaros Regierung wurde. Rund zwei Millionen Menschen – Studierende, Gewerkschaftsmitglieder, Lehrkräfte – gingen in 200 Städten gegen Kürzungen in allen Bildungssektoren und gegen das Einfrieren von Mitteln für Wissenschaft und Technologie auf die Straße. Am 30. Mai und 13. August fanden Folgedemonstrationen statt, die allerdings kleiner ausfielen.

Ein weiterer bedeutender Kampf ging von den Frauenbewegungen aus. Unter der Losung #EleNãO (»Er nicht«)³⁷ fanden im September 2018 in ganz Brasilien breite, von Frauen angeführte Proteste gegen die Kandidatur Bolsonaros statt. Es waren die größten Demonstrationen, die Frauen: in Brasilien je initiiert haben, und sie stellten die größte Konzentration populärer Energie im

³⁴ Die Kampagne beruht auf lokalen Komitees, die Informationsmaterial erstellen, öffentliche Plätze besetzen, Flugblätter verteilen und die Bevölkerung dazu aufrufen, für die Freiheit des Ex-Präsidenten einzutreten. Vgl. lulalivre.org.br/.

³⁵ Im Dezember 2016 wurde die Änderung vom Nationalkongress verabschiedet; die Bundesausgaben werden damit für 20 Jahre eingefroren.

³⁶ Solche Bemühungen sind seit dem Wahlkampf Bolsonaros Markenzeichen und werden vom Nationalkongress wie Landesparlamenten immer wieder unterstützt, obwohl der Oberste Gerichtshof sie bereits als gesetzeswidrig verurteilt hat, da sie auf ideologische Zensur hinauslaufen.

³⁷ Siehe www.facebook.com/movimentoelena/.

gesamten Präsidentschaftswahlkampf dar. Auslöser der Proteste waren Bolsonaros frauenfeindliche Äußerungen und seine Drohungen gegen die Demokratie, organisiert wurden sie spontan in sozialen Netzwerken. Soziale Bewegungen, feministische Gruppen und linke Parteien brachten zusammen über eine Million Menschen in mehr als 160 Städten auf die Straße. Auch in anderen Ländern fanden Demonstrationen von Menschen brasilianischer Herkunft oder in Solidarität mit den Frauen: in Brasilien statt.

Diese Beispiele zeigen, dass die brasilianische Arbeiterklasse mit ihren sehr unterschiedlichen Organisationsformen den autoritären Erdrutsch nicht passiv hinnimmt. Die aus der Demokratiebewegung der 1980er-Jahre hervorgegangenen Organisationen wurden durch die konservativen Angriffe auf die PT und ihren wichtigsten Vertreter Lula allerdings geschwächt. Eine effektivere Verteidigung demokratischer Werte leisten identitätspolitische Bewegungen, Frauen- und Jugendorganisationen. Die hier geschilderten Erfahrungen sprechen allerdings dafür, dass eine Verbindung »neuer« und »alter« Formen von Klassenorganisation notwendig ist, um den Kräften die Stirn zu bieten, die das Land im Sturm erobert haben – und dass sie auch bereits stattfindet.

Globale Pandemie und nationales Pandämonium

Als die Covid-19-Pandemie Brasilien erreichte und eine Situation hervorrief, die von großer Not, wachsender Ungleichheit und einer schweren Regierungskrise gekennzeichnet war, zeigte die Arbeiterklasse eine unerwartete Dynamik. Von Staat und Kapital im Stich gelassen, haben die Arbeiter:innen eine Form von Selbstorganisation praktiziert, wie es sie in Brasilien lange nicht gegeben hat. Soziale Bewegungen auf dem Land und in den Städten ließen Verbindungslinien von Klassensolidarität erkennen, um bedürftigen Gruppen in den am stärksten betroffenen Gegenden Lebensmittel und medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Unter den Hunderten (vielleicht Tausenden) von Solidaritätsaktionen in der Bevölkerung ist die von FBP und FPSM organisierte Kampagne *Vamos precisar de todo mundo* (»Wir werden jeden brauchen«) besonders bemerkenswert.³⁸ Die beiden Bündnisse haben eine Webseite (todomundo.org) erstellt, die Solidaritätszentren im ganzen Land aufführt. Sie bietet Einzelnen wie Gruppen die Möglichkeit, ehrenamtlich tätig zu werden, Geld, Nahrungsmittel oder Hygieneartikel zu spenden und die Hilfspakete an die Bedürftigen auszuliefern – in Kooperation mit Zusammenschlüssen vor Ort, die das Ganze organisieren. Auf diese Weise unterstützt die Kampagne in verschiedenen Landesregionen Menschen in prekären Lebensumständen und stellt so eine beeindruckende Brücke zwischen Stadt und Land her. So haben beispielsweise MST-Siedlungen

³⁸ Vgl. todomundo.org/.

von März bis Mai mehr als 1.500 Tonnen Nahrungsmittel gespendet, die in armen städtischen Gegenden verteilt wurden (Vieira/Ghibaudi 2020).

Die Kampagne wurde von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften organisiert, erhielt aber viel finanzielle Unterstützung in Form von individuellen Spenden aus der arbeitenden städtischen Mittelschicht, besonders von Angestellten im öffentlichen Dienst, deren Gehälter die Regierung ständig zu kürzen droht. Solche Streichungen wären nicht nur für die Lebensqualität der betroffenen Familien verheerend, sondern auch ein Rückschlag für diese Aktionen von Klassenolidarität mit den Bedürftigsten.

Die Pandemie offenbart eine Krise des kapitalistischen Weltsystems und die Gefahr, es durch die Zuspitzung von Ungleichheiten und Ausbeutungsverhältnissen zu vertiefen. In Brasilien stellt sie das autoritäre Pandämonium einer Regierung bloß, die gegen die demokratischen Institutionen rebellierte (Augusto/Santos 2020). Es scheint allerdings, dass die Pandemie zugleich die lange Tradition von Solidarität in der brasilianischen Arbeiterklasse freilegt und in näherer Zukunft unerwartete – und erfolgreiche – Kämpfe fördern könnte.

Literatur

- Almeida, Ronaldo de (2019): Bolsonaro presidente: conservadorismo, evangelismo e a crise brasileira. In: *Novos Estudos Cebrap*, 38.1, 185-213.
- Augusto, Cristiane Brandão/Dultra dos Santos, Rogerio (Hrsg.) (2020): *Pandemias e pandemônio no Brasil*. São Paulo.
- Braga, Ruy (2013): *As jornadas de junho no Brasil: crônica de um mês inesquecível*. In: *Observatorio Social de América Latina*, Jg. XIV, 34, 51-61.
- Casimiro, Flávio (2018): *A nova direita no Brasil*. São Paulo.
- Maricato, Ermínia et al. (Hrsg.) (2013): *Cidades rebeldes*. São Paulo.
- Proner, Carol/Cittadino, Gisele/Neuenschwander, Juliana/Peixotomaria, Katarina/Guimarães, Carvalho (Hrsg.) (2017): *A resistência ao golpe de 2016*. Bauru.
- Ríos Vera, José Luis (2018): *Tres etapas del golpe «blando» en Brasil: hacia una rearticulación social del capital*. In: *Revista de Ciencias Sociales*, 31(43), 183-204.
- Singer, André (2018): *O lulismo em crise: um quebra-cabeça do período Dilma (2011-2016)*. São Paulo.
- Vieira, Flávia Braga/Ghibaudi, Javier (2020): *Solidariedade como instrumento da luta política: reflexões a partir das resistências populares na Argentina e no Brasil em tempos de pandemia*. In: Cássia Almico, Rita de/Goodwin Jr., James William/Saraiya, Luiz Fernando (Hrsg.): *Na saúde e na doença: história, crises e epidemias*. São Paulo, 283-297.

US-Gewerkschaften gegen Trumps Autoritarismus

von Patrick Young

Als die US-Amerikaner:innen 2016 anlässlich der Präsidentschaftswahlen an die Urnen gingen, hatte der gewerkschaftliche Organisationsgrad seit mehr als 50 Jahren stetig abgenommen, bis auf 10,7%, während das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse seit rund 40 Jahren kontinuierlich sank. Im selben Zeitraum wurden die industriell geprägten Bundesstaaten im mittleren Westen des Landes – Pennsylvania, Ohio, Michigan und Wisconsin, alles historische Gewerkschaftshochburgen – von jahrzehntelanger Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlusten schwer getroffen.

Die Kampagne des Immobilienspekulanten und republikanischen Kandidaten Donald Trump baute auf einer populistischen Botschaft auf, die Wähler:innen aus den vom industriellen Niedergang betroffenen Regionen gewinnen sollte. Trump versprach »Make America Great Again«, durch die Begrenzung von Einwanderung, eine harte Handelspolitik und die Stärkung von Polizei und Militär, um auf den Straßen der USA »Recht und Ordnung« wiederherzustellen. Trumps Botschaft kam an. Er gewann die Mehrheit in den Schlüsselstaaten des mittleren Westens und wurde zum Präsidenten gewählt. Ein bedeutendes Segment der Wähler:innen, die Trump zum Sieg verhalfen, waren weiße Arbeiter:innen aus den industriell geprägten Bundesstaaten, darunter auch Gewerkschaftsmitglieder. Im Jahr 2012 stimmten nur 43% der weißen Gewerkschaftsmitglieder für den Republikaner Mitt Romney. Aber im Jahr 2016 stimmten 52% von ihnen für Trump. Zu dieser Verschiebung kam es, obwohl alle größeren US-Gewerkschaften bei beiden Wahlen die demokratischen Kandidat:innen unterstützten und für sie warben (Leary/Maher 2019).

Einmal im Amt, begann Trump rasch, seine autoritäre politische Agenda umzusetzen. Er schränkte per Dekret die Einreise aus sieben Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung ein, ernannte den Senator von Alabama und konservativen Populisten Jeff Sessions zum Justizminister und verordnete die Anstellung von 10.000 Beamten der Bundeseinwanderungsbehörde, die in den Städten patrouillieren sollten. Außerdem drohte er den Landes- und Kommunalregierungen, die sich weigerten, die Einwanderungsbeamten zu unterstützen, mit der Vorenthaltung von Bundesmitteln.

Als Millionen von Menschen in Washington, D.C. und im ganzen Land auf die Straße gingen, um gegen diese Politik zu protestieren, boten auch die US-Gewerkschaften Unterstützung an, indem sie Erklärungen abgaben und an den Demonstrationen teilnahmen. Dutzende nationale Gewerkschaften unterstützten den Marsch der Frauen in Washington und entsandten Mitglieder, um

sich den mehr als einer Million demonstrierenden Menschen anzuschließen. Als Trump sein Einreiseverbot für die Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit durchsetzte, schlossen sich Gewerkschaftsmitglieder spontanen Massendemonstrationen auf US-Flughäfen an. Die Unterstützung war jedoch weitestgehend symbolisch und es gibt wenige Belege, dass US-Gewerkschaften signifikante Ressourcen gegen den Aufstieg des Autoritarismus mobilisiert hätten. Die Trump-Regierung erließ Schlag auf Schlag Verordnungen, die die Rechte von Menschen aus der Arbeiterklasse untergraben. Doch keine große Gewerkschaft reagierte darauf mit Arbeitskämpfen oder zog das auch nur ernsthaft in Erwägung. Tatsächlich verzeichnete das *U.S. Bureau of Labor Statistics*, das für Arbeitsmarktstatistik zuständige Bundesamt, in Trumps erstem Amtsjahr nur sieben größere Streiks, an denen sich 25.300 Beschäftigte beteiligten (U.S. Bureau of Labor Statistics o. J.) – die zweitniedrigste Zahl seit 1947.

Einige Gewerkschaftsführer boten der Trump-Administration sogar eine Zusammenarbeit an. Der Präsident der *United Steel Workers* (USW) Leo Gerard besuchte das Weiße Haus und nahm mit Trump an einer Pressekonferenz teil, auf der eine Handelsuntersuchung zu Stahlimporten angekündigt wurde. Richard Trumka, der Präsident der *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO), des größten amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, trat Trumps Industrierat bei. Er trat am 15. August 2016 wieder aus, wie schon am Tag zuvor die Vorstände der Fortune-500-Unternehmen Merck und Intel. Damit wollte er gegen Trumps Erklärungen protestieren, in denen er die weißen Suprematisten in Schutz genommen hatte, die in Charlottesville, Virginia, eine Demonstrantin ermordet hatten.

Lehrerstreik auf feindlichem Gebiet

Die erste bedeutende Welle eines arbeitergeführten Widerstands gegen das zunehmend autoritäre Klima in den USA ereignete sich im Februar 2018 in West Virginia. Dieser Bundesstaat war besonders schwer von Deindustrialisierung betroffen, sodass Trumps populistische Botschaft gut anschlug. Im Wahljahr 2016 konnte Trump den Bundesstaat mit 42% Vorsprung gewinnen. Die Lehrer:innen an den öffentlichen Schulen der USA hatten jahrelang einen Rückgang der Reallöhne bei zunehmender Klassengröße erlebt. Austerität und Desinvestition in öffentliche Schulen waren die Norm. Besonders akut war das Problem in West Virginia, wo die Lehrergehälter auf Platz 48 der 50 Bundesstaaten lagen. Zur gleichen Zeit brachte Trumps Bildungsministerin Betsy DeVos weitreichende Pläne zur Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens auf den Weg, indem sie Gutscheine für Schüler:innen bereitstellte, die von öffentlichen auf Privatschulen wechseln wollten. Lehrkräfte und andere öffentliche Beschäftigte haben in West Virginia nur eingeschränkte Tarifverhandlungsrechte. Zudem besteht für sie ein grundsätzliches Streikverbot. Als

jedoch die staatliche Bildungsbehörde von den Lehrkräften verlangte, einer Senkung der Löhne zuzustimmen, zwang die Basis ihre Gewerkschaften zu Streikabstimmungen und organisierte schließlich eine Arbeitsniederlegung.

Im Vorfeld des Streiks betonte der Gouverneur von West Virginia, Jim Justice, jede Arbeitsniederlegung sei illegal. Und der höchste Strafverfolgungsbeamte des Bundesstaates, Generalstaatsanwalt Patrick Morrisey, erklärte der Presse: »Lassen Sie uns keinen Fehler machen. Die bevorstehende Arbeitsniederlegung ist rechtswidrig. [...] Unser Amt ist bereit, jede einschlägige staatliche Behörde und jedes Gremium mit den Rechtsmitteln zu unterstützen, die sie zur Aufrechterhaltung des Gesetzes einlegen können.« (Morrisey 2018) Nachdem die Lehrkräfte in allen 55 Landkreisen West Virginias für den Streik stimmten, nahmen die Regierungsbeamten Abstand von ihrer Drohung, den Streik zu kriminalisieren. Überzeugt, dass die Lehrer:innen nicht zur Arbeit erscheinen würden, ließ die Schulverwaltung die Schule ausfallen. Nach drei Wochen erzielten die Lehrer:innen eine Einigung mit einer allgemeinen Lohnerhöhung von fünf Prozent.

In den folgenden zwei Monaten beteiligten sich auch die Lehrkräfte in Oklahoma und Arizona an Streiks. Sie widersetzten sich damit unmittelbar den Streikverboten im öffentlichen Dienst. Beide Bundesstaaten hatten Trump 2016 viele Stimmen beschert und wurden von republikanischen Gouverneuren regiert, die sich an Trumps politischer Agenda orientierten. Schul- und Regierungsbeamte beider Staaten betonten, dass Streiks illegal seien. Doch die Lehrer:innen gaben nicht nach. In beiden Staaten legten sie ihre Arbeit nieder und versprachen, sie nicht wieder aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt seien. In beiden Staaten gaben die republikanischen Gouverneure und Gesetzgeber nach und erklärten sich bereit, die wichtigsten Forderungen der Lehrer:innen zu erfüllen.

Luftfahrtarbeiter:innen fechten den Regierungs-Shutdown an

Die nächste große Welle des Arbeiterwiderstands gegen den wachsenden Autoritarismus in den USA kam einige Monate später, während des Streits um die Finanzierung der von Trump geplanten 2.000 Meilen langen Mauer an der Grenze zu Mexiko. Ende Dezember 2018 weigerte sich Trump, einen Gesetzentwurf zur Finanzierung des Weiterbetriebs der Bundesverwaltung zu unterzeichnen, weil dieser keine Mittel für seine Grenzmauer vorsah. Damit fehlte die Grundlage für die weitere Finanzierung der Verwaltung und neun Ministerien mit rund 800.000 Beschäftigten mussten ihren Betrieb teilweise oder ganz einstellen. Viele der Angestellten in den betroffenen Ministerien wurden beurlaubt, aber 420.000 »systemrelevante« Arbeiter:innen, darunter Flugleiter:innen und Fluglots:innen, mussten unbezahlt weiterarbeiten. Die *American Federation of Government Employees* (AFGE), die etwa 700.000 Bundesangestellte vertritt, sowie die *National Air Traffic Controllers Association* (NATCA) klagten jeweils gegen die Bundesregierung. Keine Gewerkschaft rief jedoch

zum Streik auf oder drohte gar öffentlich damit. Stattdessen rieten Gewerkschaftsfunktionäre den Beschäftigten, auch ohne Bezahlung weiterzuarbeiten.

Wenn die Gewerkschaften der Bundesangestellten zu nervös waren, um zum Streik aufzurufen, dann hatte das sicherlich Gründe. Der letzte größere Streik einer Gewerkschaft amerikanischer Bundesangestellter war im Jahr 1981 gewesen, als 13.000 Mitglieder der *Professional Air Traffic Controllers Organization* (PATCO) die Arbeit niederlegten und erhebliche Lohnerhöhungen sowie eine kürzere Arbeitswoche forderten. Präsident Ronald Reagan erklärte den Streik für illegal, entließ alle Streikenden und setzte Fluglots:innen des Militärs ein, um die Verkehrsflughäfen des Landes wieder in Betrieb zu nehmen.

Als sich der Regierungs-Shutdown von 2019 in die Länge zog, meldete sich immer mehr Flugleitungs- und Aufsichtspersonal der Verkehrsbehörde *Transportation Security Administration* (TSA) krank und zwang damit Kolleg:innen, Überstunden zu machen oder unterbesetzt zu arbeiten. In der dritten Januarwoche blieben landesweit zehn Prozent der TSA-Aufsichtskräfte der Arbeit fern. Die sich rasch zuspitzende Situation löste bei den Gewerkschaften des privaten Luftfahrtsektors, die auf diese Beschäftigten angewiesen sind, erhebliche Besorgnis aus. Am 20. Januar 2020 hielt die AFL-CIO eine größere Konferenz ab, auf der die Vorsitzende des Flugbegleiterverbands *Association of Flight Attendants* (AFA) erklärte: »An den großen Flughäfen werden die Sicherheitskontrollen bereits geschlossen. Viele weitere Schließungen werden folgen. [...] Das Schutz- und Sicherheitsnetz, das für unseren Schutz sorgt, ist wegen des Regierungs-Shutdowns nicht mehr vorhanden. Ich mache mir zunehmend Sorgen um die Sicherheit unserer Mitglieder.« (AFA et al. 2019) Im Anschluss schlug Sara Nelson einen Generalstreik vor, um ein Ende des Shutdowns zu erkämpfen. Einige Tage später traf sich ein Gewerkschaftsbündnis der Flugbranche, darunter die AFA, die NATCA und die *Air Line Pilots Association* (ALPA), um diese Frage zu diskutieren. Die drei Gewerkschaften veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung: »Unsere traditionell risikoscheue Branche kann das gegenwärtige Risikoniveau noch nicht einmal abschätzen oder den Punkt vorhersagen, an dem das gesamte System zusammenbrechen wird. Die Situation ist beispiellos.« (Nelson 2019)

Die drei Gewerkschaften gingen zwar nicht so weit, zum Arbeitskampf aufzurufen. Doch mit ihrer beunruhigenden Warnung über die Flugsicherheit forderten sie ihre Mitglieder unmissverständlich dazu auf, der Arbeit fernzubleiben. Die Warnung setzte auch die Fluggesellschaften und Flughafenverwaltungen ernsthaft unter Druck: Diese versuchten zwar, den Betrieb aufrechtzuerhalten, doch ihre Systeme waren zunehmend überlastet. Zwei Tage später kündigte der New Yorker Flughafen LaGuardia an, keine ankommenden Flüge mehr zu akzeptieren. Am selben Tag unterzeichnete Trump einen Gesetzentwurf zur Beendigung des Regierungs-Shutdowns und zur Zahlung der ausste-

henden Löhne der Bundesangestellten. Eine Finanzierung seiner Grenzmauer hatte er nicht erreicht: für ihn und seine Regierung eine große Niederlage, für die Beschäftigten aber ein bedeutender Sieg.

Gewerkschaften reagieren auf Krisen

Im Frühjahr und Sommer 2020 wurden die USA in rascher Abfolge von zwei unterschiedlichen Krisen erschüttert. Die Covid-19-Pandemie breitete sich in größeren Städten aus. Gleichzeitig zogen Tausende von Menschen auf die Straße, um mit dem Rassismus abzurechnen, der sich durch eine Reihe von Polizeimorden an unbewaffneten Schwarzen manifestiert hatte. Die USA hätten zwar genügend Zeit gehabt, um sich auf die Covid-19-Pandemie vorzubereiten, denn das Virus traf zunächst Asien und Europa, bevor es auch in Seattle und New York zu größeren Ausbrüchen kam. Doch die Trump-Administration vergeudete diesen Zeitvorsprung weitgehend und war dementsprechend schlecht aufgestellt, als die Krise begann. Mitte des Sommers verzeichneten die USA dann die höchsten Infektions- und Todeszahlen der Welt.

Zu Beginn der Pandemie blieb ein Großteil der Bevölkerung zu Hause. Systemrelevante Arbeiter:innen – darunter unverhältnismäßig viele Migrant:innen, Schwarze und People of Color – waren gezwungen, weiterzuarbeiten, oft ohne angemessene Schutzausrüstung oder Entlohnung. Da die Gesundheitsämter nicht für angemessenen Schutz sorgten, mussten viele selbst aktiv werden, um sich und ihre Kolleg:innen zu schützen. Zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 2020 verzeichnete der auf Arbeitsfragen spezialisierte Journalist Mike Elk über 260 Streiks, bei denen Covid-19-Schutzmaßnahmen gefordert wurden (Elk 2020).

Es handelte sich überwiegend um wilde, nicht gewerkschaftlich organisierte oder gebilligte Streiks – selbst dort, wo es viele Gewerkschaftsangehörige gab. Angesichts der dringenden, tödlichen Situation unterstützten die US-Gewerkschaften diese spontanen Streiks aber überraschenderweise. Sie veranstalteten auch Videoschulungen und veröffentlichten Materialien zur Unterstützung der Arbeiter:innen, die spontane Arbeitsniederlegungen organisierten und von Arbeitsstellen persönliche Schutzausrüstung, bezahlten Krankenstand (in den USA nicht gesetzlich vorgeschrieben) sowie Gefahrenzulagen forderten.

Während die Covid-19-Pandemie weiter grassierte, mussten sich die USA noch mit einer weiteren Krise auseinandersetzen: die epidemische Polizeigewalt gegen Schwarze. Am 25. Mai 2020, dem Tag, an dem die Gesamtzahl der in den USA an Covid-19 Verstorbenen auf 95.000 anstieg, ermordeten Polizeibeamte in Minnesota brutal George Floyd, einen unbewaffneten Schwarzen. Der Mord wurde gefilmt und online gestreamt. Er löste massenhafte Empörung aus und führte zu Großdemonstrationen im ganzen Land, bei denen nicht nur Gerechtigkeit für George Floyd, sondern auch Eine Streichung der Mittel für die Polizei gefordert wurde.

Die Gewerkschaften verurteilten rasch das Vorgehen der Beamten, schreckten jedoch davor zurück, die Forderung nach Streichung der Mittel zu unterstützen. Die Präsidentin der *Service Employees International Union* (SEIU), Mary Kay Henry, sagte vier Tage nach Floyds Tod in einer langen Erklärung, die Beamten müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Sie merkte aber auch an, dass viele Polizeibeamte Mitglieder ihrer Gewerkschaft seien. Sie schrieb: »Es ist wichtig anzuerkennen, dass die Beamten in Minneapolis nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Polizei sind. SEIU-Mitglieder arbeiten an vorderster Front und leisten wichtige Arbeit. Viele arbeiten für die Polizei, wo sie für die Sicherheit der Menschen sorgen und das öffentliche Vertrauen aufrechterhalten.« (Henry 2020)

Am nächsten Tag, als die Proteste in Washington, D.C. sowie landesweit eskalierten, schlugen Demonstrierende die Scheiben des AFL-CIO-Hauptsitzes ein und steckten das Gebäude in Brand. Es bleibt unklar, ob die AFL-CIO angegriffen wurde, weil sie nicht auf den Mord an George Floyd reagiert hatte oder weil unter ihren Mitgliedern Zehntausende Polizisten sind. Möglicherweise war das Gebäude auch nur eins von Hunderten, die am Abend der Demonstration willkürlich angegriffen wurden. Zumindest scheint es, dass einige der Beteiligten an dem aufkeimenden Aufstand im größten US-Gewerkschaftsverband keinen Verbündeten sahen.

Der Vorsitzende der AFL-CIO Richard Trumka gab am Folgetag eine Erklärung ab, in der er betonte, sein Verband unterstütze die Bewegung *Black Lives Matter*, um dann den Angriff auf den AFL-CIO-Hauptsitz herunterzuspielen. Trumka schrieb: »Schließlich ist die Arbeiterbewegung kein Gebäude. Wir sind ein lebendiges Kollektiv arbeitender Menschen, die nie aufhören werden, für wirtschaftliche, soziale und ethnische Gerechtigkeit zu kämpfen.« (Trumka 2020) Einige Tage später hing die AFL-CIO riesige Transparente an die Fassade ihres Hauptsitzes, auf denen zu lesen war: »Die AFL-CIO unterstützt *Black Lives Matter*«.

Einige Wochen nach Beginn des Aufstands ließen die Gewerkschaften den Worten Taten folgen. Am 19. Juni (*Juneteenth*, dem Feiertag zur Erinnerung an das Ende der Sklaverei) bestreikte die Hafenarbeitergewerkschaft *International Longshore and Warehouse Union* (ILWU) für die Dauer einer Acht-Stunden-Schicht alle 29 Häfen der Pazifikküste. Im Juli schloss sich ein Gewerkschaftsbündnis mit *Black Lives Matter* zusammen, um den *Strike for Black Lives* (Streik für Schwarze Leben) am 20. Juli 2020 zu organisieren. Die Gewerkschaften organisierten Demonstrationen in Hunderten von Arbeitsstätten im ganzen Land, bei denen die Beschäftigten auf die Knie gingen, eine Schweigeminute hielten oder mittags für acht Minuten und 46 Sekunden (die Dauer von George Floyds Todeskampf) den Arbeitsplatz verließen. Die Aktion hatte zwar weitgehend symbolischen Charakter und wenig bis keine Folgen für den Arbeitsbetrieb. Doch die Entscheidung, im Großmaßstab Aktionen am Arbeitsplatz zu organisieren, war für die US-Gewerkschaften ein großer Schritt nach

vorne, da sie bis dahin auf einer klaren Trennung von Arbeitskampf und politischer Aktion bestanden hatten.

Während der gesamten ersten dreieinhalb Jahre von Trumps Präsidentschaft haben die US-Gewerkschaften konsequent gegen den Aufstieg des Autoritarismus in den USA das Wort ergriffen. Mitunter haben sie nur langsam auf sich rasch entwickelnde Ereignisse reagiert. Und häufig fehlten institutionelle Stärke und Ressourcen, um mehr als symbolisch zu wirken. Doch als mit der Zeit klarer wurde, was auf dem Spiel steht, haben die US-Gewerkschaften zunehmend entschlossen gehandelt, um den Angriff auf demokratische Normen abzuwehren. Dort, wo Gewerkschaftsmitglieder am Arbeitsplatz aktiv wurden – von den Lehrerstreiks bis hin zu den in der Luftfahrtindustrie angedrohten Arbeitsniederlegungen und den wilden Streiks während der Covid-19-Pandemie –, ist es den Gewerkschaften gelungen, die Entwicklung in Richtung Autoritarismus zu bremsen. Mitunter haben sie auch bedeutende Erfolge erzielt. Autoritäre Tendenzen haben in den USA jedoch weiter Auftrieb. Insofern könnten die erwähnten Aktionen am Arbeitsplatz ein hilfreicher Wegweiser für US-Gewerkschaften sein, die für die Verteidigung demokratischer Institutionen und Normen kämpfen.

Literatur

- AFA – Association of Flight Attendants, National Air Traffic Controllers Association, and Air Line Pilots Association (2019): Air Traffic Controllers, Pilots, Flight Attendants Detail Serious Safety Concerns Due to Shutdown. 23.01.2019. www.afacwa.org/air_traffic_controllers_pilots_flight_attendants_detail_serious_safety_concerns_due_to_shutdown (10.11.2020).
- Elk, Mike (2020): Covid-19 Strike Wave Interactive Map – Payday Report. paydayreport.com/Covid-19-strike-wave-interactive-map/ (30.08.2020).
- Henry, Mary Kay (2020): SEIU's Henry: Officers Responsible for the Death of George Floyd Must Be Held Accountable. In: Service Employees International Union. 29.5.2020. www.seiu.org/2020/05/seiu-henry-officers-responsible-for-the-death-of-george-floyd-must-be-held-accountable (1.9.2020).
- Leary, Alex/Maher, Kris (2019): Democrats Labor to Stem Flow of Union Voters to Trump. In: Wall Street Journal, 2.9.2019. www.wsj.com/articles/democrats-labor-to-stem-flow-of-union-voters-to-trump-11567422002 (1.9.2020).
- Morrissey, Patrick (2018): Attorney General: Teacher Strike Is Illegal. In: Office of the Attorney General of West Virginia (Blog). 21.2.2018. wvmetronews.com/2018/02/21/attorney-general-teacher-strike-is-illegal/ (1.9.2020).
- Nelson, Sara (2019): General Strike: The Fierce Urgency of Now. In: Association of Flight Attendants-CWA. 20.1.2019. www.afacwa.org/fierce_urgency_of_now (1.9.2020).
- Trumka, Richard (2020): Trumka on AFL-CIO Building and Justice for George Floyd. AFL-CIO. 01.06.2020. aflcio.org/press/releases/trumka-afl-cio-building-and-justice-george-floyd (1.9.2020).
- U.S. Bureau of Labor Statistics (ohne Jahr): Major Work Stoppages: Annual Summary Data. www.bls.gov/web/wkstp/annual-listing.htm (1.9.2020).

»The wheel is turning«³⁹

Der Kampf der Arbeiterdemokratie in Südafrika
gegen die Apartheid, 1950–1990

von Nicole Ulrich

Seit Ende der Apartheid 1994 wurde »Demokratie« in Südafrika primär mit der Wahlpolitik von Parteien, Politiker:innen und Parlament in Verbindung gebracht. Diese drastische Verkürzung der politischen Vorstellungskraft führte dazu, dass Politik und Wirtschaft in der öffentlichen Wahrnehmung als getrennte Bereiche erscheinen und Arbeiterorganisationen (mit derzeit drei bis vier Millionen Mitgliedern) auf eine Nebenrolle reduziert werden, die sich auf das Aushandeln von Löhnen und Arbeitsbedingungen beschränkt. Die organisatorischen Traditionen der Arbeiter:innen, sowohl am Arbeitsplatz als auch in ihren Communitys, und die *politische* Schlüsselrolle, die Teile der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen den rassistischen Autoritarismus der Apartheid und ihr Arbeitsplatzregime spielten, werden daher oft vergessen. Durch ihren Widerstand gegen die Apartheid boten Gewerkschaften auch eine alternative Form menschlicher Gemeinschaft, die die Unterdrückten ermächtigte, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen. Dieser Beitrag bietet Einblicke in die progressive Gewerkschaftsbewegung unter der Apartheid, mit Fokus auf gewerkschaftliche Ansätze partizipativer Demokratie, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Arbeiterkontrolle und die politische Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung (von nationalistischen und sozialistischen Avantgarden) während und nach der nationalen Befreiung.

Die Geschichte der gewerkschaftlichen Organisation in Südafrika reicht bis ins späte 19. Jahrhundert zurück. Die *Industrial Workers of Africa* (IWA) waren 1917 die erste unabhängige afrikanische Gewerkschaft, in der sich vom Staat als »Native« und später »Bantu« klassifizierte Arbeiter:innen organisierten. Die IWA war vom revolutionären, syndikalistischen Modell der »Wobblies« inspiriert und wurde später Teil der mächtigen *Industrial Commercial Workers Union* (ICU, Verband der Industrie- und Handelsarbeiter:innen), die auf ihrem Höhepunkt über 100.000 Mitglieder zählte (van der Walt 2004). Die ICU kämpfte für grundlegende politische Forderungen im Zusammenhang mit Kolonialismus und Segregation und wurde zum wirkungsstarken Symbol des Schwarzen Widerstands der späten 1920er-Jahre. In den 1930er- und 1940er-Jahren wurden immer mehr afrikanische Arbeiter:innen Mitglied entweder in unabhängigen Gewerkschaften ohne Rechte oder in »parallelen« Gewerkschaften,

³⁹ Titel eines Gedichts des Proletarierdichters Alfred Qabula.

d.h. in »weiß« und »schwarz« getrennten Gewerkschaften unter dem Dach des *Trade and Labour Council* (T&L, Handels- und Arbeitsrat). Dessen Basis bildeten registrierte Gewerkschaften von »nicht-schwarzen« Menschen, die über Rechte auf Tarifverhandlungen und weitere Schutzrechte verfügten.

Doch mit Beginn des Apartheidsystems um 1950 herum erwies sich die Arbeiterbewegung als schwach und stürzte in eine Krise. Die Gewerkschaften zerbrachen entlang der Rassentrennung und zeigten sich zunehmend undemokratisch. Sie wurden verantwortungslos geführt und von Binnenkämpfen und Korruption zersetzt (Alexander 2000: 84). Das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus von 1950 zwang Gewerkschafter:innen in den Untergrund und die Arbeitsbeziehungen wurden mit der Apartheidpolitik auf Linie gebracht. Die Registrierung gemischter Gewerkschaften – zuvor durch eine Gesetzeslücke möglich – wurde verboten, und mit dem *Native Labour (Settlement of Disputes) Act* von 1953 wurde ein komplett getrennter Gesetzesrahmen für afrikanische Arbeiter:innen und ein an die Hautfarbe geknüpftes System der Arbeitsbeziehungen geschaffen. Afrikanische Gewerkschaften wurden zwar nicht verboten, doch Arbeitgeber waren nicht verpflichtet, mit Gewerkschaften zu verhandeln. Und Streiks konnten zu Festnahme und Haft führen.

Das Apartheidregime glaubte, solche Maßnahmen würden verhindern, dass afrikanische Arbeiter:innen »als politische Waffe« (zitiert n. Horner 1976: 12) eingesetzt werden, doch das erwies sich schon bald als Irrtum. Im Mai 1955 kamen die verbliebenen Gewerkschaften des von südafrikanischen Industriearbeiter:innen während des Zweiten Weltkriegs organisierten unabhängigen Dachverbands *Council of Non-European Trade Unions* und die linken Gewerkschaften des T&L zusammen, um den Verband *South African Congress of Trade Unions* (SACTU) zu gründen. Der Verband wurde formell an den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und die Kongressbewegung angegliedert und politische Aktivitäten, vor allem der Kampf für nationale Befreiung und gegen Apartheid, wurden zu einem Hauptfeld der Gewerkschaftsarbeit erklärt. Beim ersten SACTU-Kongress bekräftigte der Vorsitzende Piet Beylveld: »Politik ist untrennbar von dem, was die Menschen bewegt, von ihrem täglich Brot oder ihrem Recht auf Freizügigkeit auf der Suche nach Arbeit, von ihren Wohnbedingungen oder den Bildungschancen ihrer Kinder. Diese Dinge sind zentrale Anliegen der Arbeiter. Die Gewerkschaften würden die Interessen ihrer Mitglieder ignorieren, wenn sie nicht geschlossen für all das kämpfen, was sie betrifft. Die Gewerkschaften müssen im politischen Feld genauso aktiv sein wie im wirtschaftlichen, denn beide hängen eng zusammen und können nicht voneinander getrennt werden.« (Luckhardt/Wall 1981: 97)

Der politische Aktivismus des SACTU baute auf den Wunsch nach nationaler Befreiung und die populären Kämpfe der Kongressbewegung, um die Arbeiter:innen für sich zu gewinnen (Lambert 1988). Die Kombination von

wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Arbeiter:innen war jedoch unausgewogen und führte zu gemischten Ergebnissen. In der Region KwaZulu-Natal stärkte der Ansatz des SACTU die betriebliche Organisation durch die Gründung von kleinen, politisierten Fabrikkomitees, die teilweise im Verborgenen arbeiten mussten, bis genug Mitglieder für eine Gewerkschaft rekrutiert worden waren (ebd.: 115-207). Diese »Gewerkschaften neuen Typus« gründeten auf demokratisch gewählten Betriebskomitees und starken Organisationsstrukturen am Arbeitsplatz. Laut Robert Lambert wurde damit die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter:innen und die Arbeiterbewegung ausgebaut und die Arbeiter:innen befähigt, die politische Agenda des ANC mitzubestimmen. (Ebd.)

Allerdings traf das für die meisten Partnerorganisationen des SACTU nicht zu, da sie Schwierigkeiten hatten, stabile demokratische Strukturen zu entwickeln. Und sie setzten sich mit ihrem Fokus auf ökonomische Themen wie Löhne und Gehälter entweder nicht für die politischen Forderungen der Arbeiter:innen ein oder wurden von den Interessen anderer Klassen aus der nationalen Bewegung dominiert.

Besonders die 1960er-Jahre waren hart und gelten als »Jahrzehnt der Finsternis« (Baskin 1991). Die Massaker von Sharpeville und Langa im März 1960 läuteten den Beginn verschärfter Repression in Südafrika ein. Offener politischer Widerstand wurde brutal niedergeschlagen, was ANC und *Pan Africanist Congress* (PAC) ins Exil zwang und die afrikanische Gewerkschaftsbewegung verkümmern ließ. Der SACTU wurde zwar nicht von der Regierung verboten, diente aber als Rekrutierungsplattform für den militärischen Arm des ANC, *Umkhonto we Sizwe* (MK), was bis 1966 zur Verhaftung von knapp 160 SACTU-Mitgliedern führte (LACOM 1989: 152). Bereits 1963 hatte der SACTU seine Tätigkeit vor Ort eingestellt, seine Führung war ins Exil gegangen.

Mit einer Welle von Massenstreiks 1973–1974 von über 90.000 Arbeiter:innen, die in Durban losbrach und sich auf das ganze Land ausbreitete, begann der Widerstand der Arbeiter:innen (Friedman 1987: 40). Die Arbeiter:innen trugen die Streiks direkt in den Produktionsstätten aus, anstatt einfach der Arbeit fernzubleiben. Und »der Anblick der Arbeitermassen im Streik spornte die Belegschaften in anliegenden Fabriken an, sodass sich die Streiks wie ein Lauffeuer verbreiteten« (IIE 1974: 99). »Ich hatte so etwas noch nie erlebt. Es fühlte sich an, als wäre es der Beginn einer Revolution«, erinnert sich Gewerkschaftsaktivist Alfred Mthethwa (Hemson et al. 2006: 255).

Die Streiks waren für die Arbeiterbewegung eine Wiedergeburt, die die politische Landschaft für immer verändern sollte. Die neuen Gewerkschaften waren nicht etwa bloße Neuauflagen der alten. Zum einen waren sie wesentlich größer als der SACTU (dessen Mitgliederzahl unter 50.000 betrug) (Baskin 1991: 13). Zum anderen waren die neuen Gewerkschaften bemüht, die orga-

nisatorischen Schwächen der Vergangenheit zu überwinden, und schufen solide, demokratische und antirassistische Strukturen.

Der neue Verband *Trade Union Advisory Coordinating Council* (TUACC) verankerte das Prinzip der Arbeiterkontrolle, dessen Grundlage widerstandsfähige und demokratische Gewerkschaften sind, in denen die Basis in den Betrieben tonangebend ist. Der TUACC unterstützte die Gründung der *Metal Allied Workers Union* (MAWU), der *Chemical Workers Industrial Union* (CWIU) und der *Transport and General Workers Union* (TGWU), die sich mit anderen Gewerkschaften 1979 zum Dachverband *Federation of South African Trade Unions* (FOSATU) vereinigten. Der FOSATU setzte sich gegen jeden Rassismus (für *non-racialism*), für die Vereinigung aller Kämpfe in einem großen Gewerkschaftsverband (*industrial unionism*) und für eine ausgeprägte Form direkter und partizipativer Demokratie ein. Ende 1984 zählte der FOSATU etwa 120.000 Mitglieder (LACOM 1989: 187).

Der FOSATU-Generalsekretär Joe Foster erläuterte den Organisationsaufbau gemäß dem Prinzip der Arbeiterkontrolle in seiner Rede »Der Kampf der Arbeiter:innen: Wo steht der FOSATU?« (Foster 1982). Demnach gründete sich die Arbeiterkontrolle über die Gewerkschaften auf soliden Strukturen am Arbeitsplatz und im Betrieb – dem Ort innerhalb der Produktionskette, an dem Arbeiter:innen die größte Macht und Kontrolle haben. Im Betrieb wählten die Basismitglieder aus verschiedenen Abteilungen auch ihre Vertreter:innen, denen ein klar definiertes Mandat samt Rechenschaftspflicht in Form regelmäßiger Berichterstattungstermine erteilt wurde. Zur Festigung der Arbeiterkontrolle wurde zudem eine Riege selbstbewusster, kompetenter Arbeiterführer ausgebildet und Strukturen geschaffen, die es ihnen ermöglichten, eine starke Verhandlungsposition einzunehmen und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen zu prägen. Zudem wollte der FOSATU organisierte Arbeiter:innen in einer engmaschigen nationalen Struktur vernetzen. Das bedeutete auch, dass Bündnispartner, die bestimmte Schlüsselindustrien auf nationaler Ebene gewerkschaftlich organisierten, dazu bereit wären, Ressourcen zu teilen und gemeinsam Politiken zu entwerfen.

Nicht nach Hautfarbe getrennte und demokratisch von afrikanischen Arbeiter:innen geführte Organisationen standen im direkten Widerspruch zur autoritären Doktrin des rassistischen Staates. Vor diesem Hintergrund entstand dann eine Gewerkschaftsbewegung mit dem Anspruch »building tomorrow today« (»heute schon das morgen aufbauen«), was hieß, dass die basisdemokratische Organisation der Arbeiter:innen von unten auch notwendig sei, um eine entsprechend demokratische Zukunft zu gestalten (Byrne/Ulrich 2016: 378).

Für den FOSATU konnte substanzielle Arbeiterkontrolle in der Gesellschaft nur erreicht werden, wenn Arbeiter:innen ihre eigenen demokratischen Organisationen schufen, die sie selbst lenkten und die unabhängig von klassenüber-

greifenden Koalitionen waren. Der FOSATU kritisierte den SACTU und die offen nationalistischen »Community-Gewerkschaften«, die Anfang der 1980er-Jahre entstanden, wie etwa die *South African Allied Workers Union* (SAAWU), da sie sich der Willkür politischer Parteien unterordneten. Mit Blick auf die Entwicklungen im Norden Afrikas sah der FOSATU auch die Gefahr, dass nationalistische Parteien nach Erlangung der Unabhängigkeit die Gewerkschaften vereinnahmen und unterdrücken, so wie in Zimbabwe durch die *Zimbabwe African National Union*. Wie Foster erklärt: »Alle großen und erfolgreichen populären Bewegungen hatten zum Ziel, repressive, meist koloniale Regime zu stürzen. Aber diese Bewegungen waren nicht in der Lage, eigenständig mit den konkreten und tiefgehenden Problemen der Arbeiter:innen fertig zu werden [...]. Daher ist es entscheidend, dass Arbeiter:innen ihre eigenen einflussreichen und wirksamen Organisationen aufbauen, selbst während sie Teil breiterer populärer Kämpfe sind. Diese Organisierung ist notwendig, um die Interessen der Arbeiter zu sichern und auszubauen und um zu gewährleisten, dass die populäre Bewegung nicht von Elementen gekapert wird, die sich schließlich gegen ihre Unterstützung aus der Arbeiterklasse wenden.« (Foster 1982: 228)

Eine Gruppe von FOSATU-Arbeiter:innen erweiterte das Konzept der Arbeiterkontrolle und entwickelte eine sozialistische Alternative (Byrne/Ulrich 2016). In einem ambitionierten politischen Projekt sollte die Arbeiterkontrolle auf eine breite Bewegung der Arbeiterklasse übertragen werden, um die wirtschaftliche und politische Befreiung des Proletariats voranzutreiben. Sie griffen damit sowohl die Apartheid als auch den Kapitalismus an, statt den Sozialismus für einen späteren Zeitpunkt nach Durchsetzung des Mehrheitsprinzips aufzuschieben. Obwohl diese Gruppe sozialistisch, antikapitalistisch und gegen die Apartheid war, stand sie ANC und *South African Communist Party* (SACP) skeptisch gegenüber. Darüber hinaus war der FOSATU überzeugt, dass Gewerkschaften notwendig seien, um eine Gegenkultur aufzubauen, die Community-Kämpfe, Genossenschaften und sozialistische Medien umfasste. In dieser Tradition stehen auch die Arbeiterchöre, Theatergruppen und Dichter wie Alfred Qabula. Auch an Orten wie Cradock und Alexandra gibt es starke Verbindungen zwischen Gewerkschaften und demokratischen Community-Organisationen, die den Nährboden für eine populäre Macht bereiten.

Im Exil bezeichnete der SACTU den Apartheidstaat als faschistisch, während die FOSATU-Gewerkschaften einen taktischen Umgang mit Behörden und Rechtsinstitutionen pflegten. In Anlehnung an Antonio Gramsci sah der Verband den Apartheidstaat als repressives Herrschafts- und Kontrollinstrument. Aber er war sich auch bewusst, dass er in ein widersprüchliches soziales Gefüge eingebettet und von den Machtverhältnissen der Klassengesellschaft geprägt war (Fine et al. 1987: 193). Das bedeutete, dass Arbeiter:innen Widersprüche der Regierungsreformen und Gesetzeslücken zu ihrem Vorteil

nutzen konnten, solange ihre Organisationen robust und demokratisch waren sowie Vereinnahmung und Sabotage standhielten.

Dieses erweiterte Verständnis der Arbeiterkontrolle wurde von Kritiker:innen als Workerismus bezeichnet und von ANC, SACP und SACTU abgelehnt, die ihrerseits von Gegner:innen populistisch genannt wurden. Diese Fehde dauerte an, bis der FOSATU sich 1985 mit anderen Gewerkschaften zum Dachverband *Congress of South African Trade Unions* (COSATU) zusammenschloss. Die Tradition der Arbeiterkontrolle prägte die Organisationsstrukturen des COSATU entscheidend. So übernahm man das Prinzip demokratischer Gewerkschaften, die von engmaschigen, nationalen Verbänden mit einem dynamischen Bildungs- und Kulturangebot zusammengehalten werden. Aber die Wahrung der politischen Unabhängigkeit von Gewerkschaften als Grundbedingung der Arbeiterkontrolle hielt nicht lange an (Byrne/Ulrich 2016). Bereits 1985 hatte die COSATU-Führung viele ANC-Unterstützer:innen, wobei schon der »Kongress« im Namen auf eine Nähe zwischen ANC und SACTU hinwies, und innerhalb von zwei Jahren hatte sich der Verband offen der ANC-Agenda angepasst. Seit 1990 ist er offizieller Bündnispartner von ANC und SACP.

Der COSATU entwickelte sich dynamisch, organisierte über 500.000 Arbeiter:innen und bildete ein Bollwerk gegen die Apartheid. Unter dem COSATU-Banner schlossen sich die Arbeiter:innen anderen Anti-Apartheid-Aktivist:innen in der Bewegung *Mass Democratic Movement* (MDM) an und unterstützten Akte des zivilen Ungehorsams, wie Trotz-Kampagnen, Generalstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen gegen rassistische Politik, alleiniges Wahlrecht für Weiße und ungerechte Arbeitsgesetze (Kraak 1993: 245).

Die Gewerkschaftsbewegung war maßgeblich für den Sieg über den rassistischen Autoritarismus der Apartheid. Maßgeblich dabei waren radikale Aktionen, starke und demokratische Gewerkschaftsstrukturen und ein kollektiver Konsens über eine egalitäre, antirassistische Zukunft. Doch 1994 brachte die Demokratie neue Herausforderungen mit sich und die Frage nach der politischen Rolle von Gewerkschaften in der Gesellschaft sind heute so aktuell wie eh und je. Wie FOSATU-Gewerkschafter:innen gewarnt hatten, haben die vom COSATU aufgebauten politischen Allianzen die Arbeiterinteressen nach Ende der Apartheid nicht mehr geschützt. Die Gewerkschaften verloren den Kontakt zur Basis und sind zu Bürokratieapparaten verkommen. Der regierende ANC verfolgt eine neoliberale Politik und übergeht die Vorschläge des COSATU (Byrne/Ulrich 2016: 382). Das Massaker an 34 Bergarbeitern in Marikana im August 2012 enttarnte den brutal prokapitalistischen Charakter des neuen demokratischen Staates und führte zur Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Die Zeit wird zeigen, wie Gewerkschaften politisch auf die Herausforderungen einer Welt nach Covid-19 reagieren.

Literatur

- Alexander, Peter (Kate) (2000): *Workers, War and the Origins of Apartheid*. Oxford.
- Baskin, Jeremy (1991): *Striking Back: A History of COSATU*. Pretoria.
- Byrne, Sian/Ulrich, Nicole (2016): Prefiguring democratic revolution? »Workers' control« and »Workerist« Traditions of Radical South African Labour, 1970–1985. In: *Journal of Contemporary African Studies*, 34(3), 368-387.
- Fine, Ben/de Clerq, Francine/Innes, Duncan (1987): *Trade Unions and the State: The Question of Legality*. In: Maree, Johan (Hrsg.): *The Independent Trade Unions 1974–1984: Ten Years of the South African Labour Bulletin*. Johannesburg, 191-207.
- Foster, Joe (1982): *The Workers' Struggle: Where Does FOSATU Stand*. Speech at the FOSATU Congress. In: Maree, Johan (Hrsg.): *The Independent Trade Unions 1974–1984: Ten Years of the South African Labour Bulletin*. Johannesburg, 219-238.
- Friedman, Steven (1987): *Building Tomorrow: African Workers in Trade Unions 1970–1984*. Johannesburg.
- Hemson, David/Legassick, Martin/Ulrich, Nicole (2006): *White Activists and the Revival of the Workers' Movement*. In: SADET (Hrsg.): *The Road to Democracy in South Africa, Volume 2, 1970–1980*. Pretoria, 243-316.
- Horner, Dudley (1976): *African Labour Representation and the Draft Bill to Amend the Bantu Labour Relations Regulation Act (No. 48 of 1953)*. In: *South African Labour Bulletin*, 2(9/10), 11-39.
- Institute for Industrial Education (IIE) (1974): *The Durban Strikes 1973: Human Beings with Souls*. Durban.
- Kraak, Gerlad (1993): *Breaking the Chains: Labour in South Africa in the 1970s and 1980s*. London.
- LACOM (1989): *Freedom From Below: The Struggle for Trade Unions in South Africa*. Braamfontein.
- Lambert, Robert (1988): *Political Unionism in South Africa: The South Africa Congress of Trade Unions, 1955–1965*. Dissertation, University of the Witwatersrand.
- Luckhardt, Ken/Wall, Brenda (1981): *Working For Freedom: Black Trade Union Development in South Africa Throughout the 1970s*. Schweiz.
- van der Walt, Lucien (2004): *Bakunin's Heirs in South Africa: Race, Class and Revolutionary Syndicalism from the IWW to the International Socialist League*. In: *Politikon: South African Journal of Political Studies*, 30(1), 67-89.

Tunesien: Die Gewerkschaft UGTT und Prekäre während des Aufstands von 2011

von Lorenzo Feltrin

Die *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT, Allgemeiner tunesischer Gewerkschaftsverband) gilt weithin als wichtigster formell organisierter Akteur des Aufstands in Tunesien von 2011, der zum Sturz des autoritären Regimes von Ben Ali und zur Demokratisierung des Landes führte (Beinin 2016; Feltrin 2019; Yousfi 2015). Im vorliegenden Beitrag wird diese Rolle unter die Lupe genommen und die These vertreten, dass die Mobilisierungen von prekären (und häufig nicht entlohnten) Arbeiter:innen außerhalb der Gewerkschaften den entscheidenden Druck aufgebaut haben, um die UGTT zur Unterstützung des Aufstands zu bewegen. Als prekär werden hier im weitesten Sinne alle gezählt, die kein sicheres Einkommen haben, auch »Arbeitslose«. Denn in Ländern ohne Arbeitslosenunterstützung müssen sie – wie unregelmäßig auch immer – dennoch arbeiten, um zu überleben (Feltrin 2018).

Als einzige legale Gewerkschaft im Land war die UGTT eine breit aufgestellte und vielfältige Organisation, die Anhänger:innen wie Gegner:innen des Regimes umfasste. Beim Aufstand von 2011 wendete sich die politisierte Basis gegen die Kompromisspolitik der UGTT-Führung, trug den Kampf, den die Prekären auf der Straße führten, in den Gewerkschaftsapparat hinein und setzte dessen Infrastruktur für regionale Generalstreiks in Gang, damit der Konflikt von den Räumen einer gemeinschaftlichen Reproduktion auf »die verborgenen Stätten der Produktion« (Marx) übergriff. Dieser Prozess war zwar erfolgreich in der Durchsetzung bürgerlicher und politischer Rechte. Die materiellen Forderungen der Arbeiter:innenklasse, die im Zentrum des Aufstands standen, blieben dagegen unerfüllt.

Der tunesische Aufstand begann am 17. Dezember 2010 mit der Selbstverbrennung des Straßenhändlers Mohamed Bouazizi in Sidi Bouzid, einer Stadt im wirtschaftlich abgehängten Landesinneren, und den dadurch ausgelösten Zusammenstößen zwischen überwiegend prekären Jugendlichen und der Polizei. Mitglieder des UGTT-Lehrerverbandes für Sekundarschulen und andere Aktive koordinierten sich mit den Demonstrierenden und örtlichen Anwält:innen, um ein Komitee zur Unterstützung der Proteste zu gründen. Am 18. Dezember 2010 beschloss politisierte UGTT-Mitglieder aus der gesamten Region, die Mobilisierung auf die umliegenden Gebiete auszudehnen, um die faktische Belagerung Sidi Bouzids durch die Polizei zu durchbrechen. Die größten Solidaritätsdemonstrationen fanden in den Ortschaften Menzel Bouzaiane und Regueb statt (Hmed 2012).

Der regionale UGTT-Vorsitzende, Touhami Heni, war zugleich Parlamentsmitglied für die Regierungspartei *Rassemblement Constitutionnel Démocratique* (RCD, Konstitutionelle Demokratische Sammlung). Er distanzierte sich nicht von den Protesten, wollte den Regionalverband aber auch nicht offiziell für ihre Unterstützung mobilisieren. Das Nationale Exekutivkomitee (NEK) der UGTT rief zu keinerlei Solidaritätsaktion auf, kam allerdings seiner traditionellen Rolle nach, sich für die Freilassung von Gefangenen einzusetzen. Doch ungeachtet des Ausbleibens von Aktionsaufrufen der mittleren und höheren Ebenen (und in bewusstem Gegensatz dazu) trieb die kämpferische Gewerkschaftsbasis die Mobilisierung eigenständig voran.

Unterdessen bereitete eine Gruppe linker Dissident:innen aus der UGTT für den 25. Dezember 2010 eine Solidaritätsdemonstration vor der Gewerkschaftszentrale in Tunis vor. Parallel dazu wurde aus dem Umkreis der Hackergruppe Takriz in den sozialen Medien ein gefälschter Aufruf des NEK zu einer Demonstration am selben Tag und Ort verbreitet. Das Ergebnis war der erste große Protest in der Hauptstadt. Auftrieb erhielt er auch durch die Geschehnisse in Menzel Bouzaiane, wo die Polizei tags zuvor die Demonstranten Mohamed Amari und Chawki Nassri getötet hatte. Die Versammlung vor der UGTT-Zentrale wurde von der Polizei umstellt und attackiert, woraufhin fünf nationale Branchengewerkschaften der UGTT zu einer weiteren Demonstration am 27. Dezember 2010 aufriefen. Auch sie wurde von der Polizei angegriffen, während sich der UGTT-Vorsitzende Abdessalem Jerad öffentlich von ihr distanzierte (Essabah, 28.12.2010).

Anfang Januar weiteten sich die Proteste auf mehrere Landesteile aus. In Thala, einem Ort in der verarmten Region Kasserine, und deren gleichnamiger Hauptstadt kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Am 9. Januar 2011 erschossen Polizeikräfte mindestens fünf Demonstrierende in Regueb, woraufhin das örtliche Exekutivkomitee (EK) der Gewerkschaft einen unbefristeten Generalstreik in der Region ausrief. Vom 8. bis zum 10. Januar kamen in Thala und Kasserine mindestens 18 Menschen durch Polizeikugeln um. Nachdem das dortige EK unter Führung des RCD-Mitglieds Amor Mhamdi zunächst eine unklare Haltung zu den Protesten eingenommen hatte, schlug es sich nach diesem Massaker auf ihre Seite und rief schließlich zum Generalstreik auf.

Die tödliche Repression war für kämpferische UGTT-Mitglieder Anlass, den Druck auf die mittlere und führende Gewerkschaftsebene zu verstärken. Am 11. Januar 2011, als heftige Zusammenstöße die ärmeren Viertel der Hauptstadt erreicht hatten, gab die nationale Verwaltungskommission der UGTT regionalen Strukturen die Erlaubnis, die Forderungen der Straße zu unterstützen, und bahnte so regionalen Generalstreiks den Weg.

Am 12. Januar 2011 kam es in der Industrieregion von Sfax zum Generalstreik, auch in Kairouan und Tozeur wurde die Arbeit niedergelegt. Das regi-

onale EK in Sfax, angeführt von Mohamed Sha'aban, hatte die Entscheidung dafür bereits am 9. Januar getroffen, noch vor der »Absegnung« durch die Verwaltungskommission. Mehrere zehntausend Menschen nahmen an der dortigen Demonstration teil, auf die abermals Auseinandersetzungen mit der Polizei folgten. Der Generalstreik in Sfax gilt als Wendepunkt des Aufstands; tatsächlich stellte er die erste Massenmobilisierung außerhalb der wirtschaftlich randständigen Regionen dar. Zudem zeigte er, dass die nationalen Strukturen der UGTT erfolgreich dazu gedrängt worden waren, sich hinter den Aufstand zu stellen. Für ihren Vorsitzenden Jerad galt dies allerdings nicht. Noch am selben Nachmittag traf er mit Ben Ali zusammen und erklärte danach der Presse: »Wie ich feststellen konnte, verfügt der Präsident der Republik über ein tiefgreifendes Verständnis der größten Probleme und ihrer Ursachen, und er ist willens, sie zu lösen.« (*La Presse de Tunisie*, 14.01.2011)

Doch der Schwung der Mobilisierung blieb ungebrochen. Am 13. Januar fanden regionale Generalstreiks in Sidi Bouzid und Jendouba statt, am Tag darauf zog der Großraum Tunis nach.⁴⁰ Dort war eigentlich nur eine zweistündige Arbeitsniederlegung vorgesehen, doch schließlich füllte eine Großdemonstration das Stadtzentrum von der UGTT-Zentrale bis zum Innenministerium, wo sie in Straßenkämpfe überging. Am späten Nachmittag floh Ben Ali nach Saudi-Arabien – eine Nachricht, die weithin mit Unglauben quittiert wurde.

Die UGTT spielte als Organisation eine komplexe Rolle beim Aufstand. Die politisierte aktive Basis beteiligte sich von Anfang an in entscheidender Weise, während die mittlere und obere Ebene nur auf Druck von unten allmählich reagierten – und der Vorsitzende bis zum Schluss den Kompromiss mit Ben Ali suchte. Die Rolle der politisch bewussten Basis fiel je nach Stärke des linken Gewerkschaftsflügels von Ort zu Ort unterschiedlich aus. Ihren Beitrag insgesamt scheinen jedoch sogar Gegner:innen der UGTT anzuerkennen. Gewerkschaftsgebäude waren oft Treffpunkt für Demonstrationen und wurden auch für Bürger:innenversammlungen zur Koordination der Bewegung genutzt. Eine unverzichtbare Aufgabe der aktiven Basis bestand darin, das Netzwerk der UGTT für die geografische Ausweitung der Bewegung zu nutzen.

Der tunesische Aufstand stellt uns vor das Paradox, dass die Gewerkschaftsbewegung trotz der relativ geringen Bedeutung von Industriearbeiter:innen, die man traditionell mit offensiven Arbeitskämpfen assoziiert, eine zentrale Rolle spielte. Der wirkliche Protagonist des Aufstands waren prekäre Jugendliche, denen neben weiteren Akteuren vor allem die politisierte Gewerkschaftsbasis im öffentlichen Sektor Unterstützung und eine gewisse Orientierung bot.

2010 zählte die gesamte Region Sidi Bouzid nur 28 private Industriebetriebe mit zehn oder mehr Beschäftigten – die meisten davon in der Lebensmittel-

⁴⁰ Der Großraum umfasst die vier Regionen Tunis, Manouba, Ariana und Ben Arous.

und Textilindustrie –, insgesamt arbeiteten dort 2.750 ihrer 411.880 Einwohner:innen.⁴¹ Der mitgliederstärkste Sektor der regionalen UGTT waren die Schulen, gefolgt von Landwirtschaft und Gesundheitswesen; die Mitglieder ihres Agrarverbands wiederum arbeiteten zumeist eher als Angestellte im Landwirtschaftsministerium als auf dem Land. Tatsächlich war es der öffentliche Sektor, dem die UGTT ihre umfassende und bis in die ärmsten und kaum industrialisierten Regionen hinein verzweigte Struktur verdankte. Die kämpferische Basis, die für die Verteidigung und Ausweitung des Aufstands aktiv wurde, bestand überwiegend aus akademisch ausgebildeten Beschäftigten des öffentlichen Sektors, besonders aus den Kollegien von Grund- und Sekundarschulen.

Angesichts stagnierender Industriebeschäftigung und der Einsparungen im öffentlichen Sektor fiel dem prekären Dienstleistungssektor die Hauptlast dabei zu, die durch Automatisierung aus der Landwirtschaft verdrängten Arbeitskräfte aufzunehmen. Die Ereignisse in Sidi Bouzid illustrieren dies eindrücklich. Auch Mohamed Bouazizi hatte früher ein Stück Land seines Onkels bestellt, der es jedoch schwer überschuldet einem Geschäftsmann aus Sfax verkaufen musste (Fautras 2015). Zum Zeitpunkt seiner Selbstverbrennung verkaufte Bouazizi als Ersatz für das Einkommen, das ihm die Landwirtschaft nicht länger bot, auf der Straße Gemüse.

Auch Kasserine ist kaum industrialisiert. 2010 gab es in der Region 72 private Industriebetriebe mit zehn oder mehr Beschäftigten; von den 431.821 Einwohner:innen arbeiteten dort 4.945. Am größten ist der Textilsektor, gefolgt von der Baustoffindustrie. Zwar betreibt sogar Benetton hier ein Werk, das aber auch 2015 noch nicht gewerkschaftlich organisiert war. Eine 1956 gegründete staatliche Zellulosefabrik bietet in den Augen prekärer männlicher Arbeiter die naheliegendste Möglichkeit, durch einen festen Job existenzielle Sicherheit zu erlangen, weshalb es dort immer wieder zu Protesten kommt, bei denen Neueinstellungen gefordert werden. Trotzdem sank die Zahl ihrer Beschäftigten von 2005 bis 2015 drastisch von 1.200 auf 400. Die Gewerkschaft verlor an Einfluss, die Kämpfe ebten ab.

Der Aufstand von 2011 war daher hauptsächlich das Werk prekärer Teile der Arbeiter:innenklasse außerhalb der UGTT, die ein Bündnis mit der politisierten UGTT-Basis vor allem im öffentlichen Sektor und mit anderen Aktivist:innen eingingen. Allerdings war der Zusammenschluss von prekären Jugendlichen und linker Gewerkschaftsbasis nur kurzlebig; abgesehen von der *Union des Diplômés Chômeurs* (UDC, Verband der arbeitslosen Hochschulab-

⁴¹ Laut einem Befragten war die UGTT nur in zwei größeren Fabriken traditionell verankert: beim deutschen Spielzeugunternehmen Steiff und dem tunesischen Hersteller von Klimatisierungssystemen Coala. Bedeutende Kämpfe wurden von dort allerdings ebenso wenig berichtet wie aus anderen Industriebetrieben der Region.

solvent:innen) fehlte es ihm an festen politischen und organisatorischen Verbindungen. Dass die islamistische Partei *Ennahda* (Wiedergeburt), die im Aufstand keinerlei organisatorische Rolle gespielt hatte, die Wahlen von 2011 klar gewann, die Linke dagegen eine vernichtende Niederlage erlitt, führte dies deutlich vor Augen.

Man sollte zudem die Rolle von Fabrikbelegschaften nicht unterschätzen; mit den regionalen Streiks in Sfax und im Großraum Tunis kamen die Industriezentren des Landes weitgehend zum Stillstand, der wirtschaftliche Schaden war beträchtlich, Demonstrationen für Ben Alis Rücktritt überfluteten die Stadtzentren. Diese Streiks waren aber nicht Ergebnis offensiver Betriebsarbeit, sondern des Drucks, den die Prekären auf öffentlichen Plätzen und in den Stadtvierteln durch ihre Kämpfe erzeugten. Das Scharnier zwischen ihnen und den vergleichsweise besser abgesicherten Beschäftigten im öffentlichen Sektor und der Industrie bildete die aktive Gewerkschaftsbasis.

Als größte zivilgesellschaftliche Organisation des Landes besaß die UGTT in den politischen Verhandlungen nach Ben Alis Flucht entscheidendes Gewicht. Doch während die vom Aufstand bedingte Rezession internationalen Finanzinstitutionen mehr wirtschaftspolitischen Einfluss gab, war die politische Debatte in der tunesischen Gesellschaft durch wachsende Spannungen zwischen einem Lager der Moderne und dem Islamismus geprägt, was gemeinsame Kämpfe der in solchen Fragen gespaltenen Arbeiter:innenklasse erschwerte. Angesichts der Schwäche aller modernisierungsorientierten Parteien wurde die UGTT das stärkste Gegengewicht zu *Ennahda*.

Unterdessen lief eine massive Streikwelle an. Wie Daten des Sozialministeriums zeigen, stieg die Zahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage von 2010 bis 2011 um mehr als das Vierfache von 74.763 auf 309.343, blieb auch danach hoch und erreichte 2014 mit 361.464 einen neuen Höchststand. Schwerpunkte waren dabei die Textil- und Maschinenbauindustrie, was grob ihrem Beschäftigungsanteil entsprach. Regional stachen Sfax und Ben Arous heraus und schrieben damit ihre Tradition von Arbeitskämpfen fort. 2012 waren Streiks vermutlich zum ersten Mal in der Geschichte Tunesiens mit 56% mehrheitlich von den Gewerkschaftsverbänden beschlossen worden und somit legal, während dies 2010 und 2011 nur für rund ein Drittel galt. Diese Zunahme gewerkschaftlich organisierter Streiks resultierte auch daraus, dass es nun mehrere Gewerkschaftsverbände gab, und aus der Neuwahl des NEK auf dem UGTT-Kongress von 2011.

Begleitet wurden die Streiks besonders in ökonomisch schwachen Regionen von Aktionen prekärer Arbeiter:innen außerhalb der Betriebe, die sichere Beschäftigung und lokale Entwicklung forderten. Häufig geschah dies in Form von Straßenblockaden nahe den jeweiligen strategisch wichtigsten Produktionsstandorten (beispielsweise Phosphatabbau in Gafsa, Öl- und Gasförde-

rung in Kebili und Tataouine, Phosphatverarbeitung in Gabes), wobei es mitunter zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Während diese Proteste über Jahre meist lokal begrenzt blieben, weiteten sie sich im Januar 2016 und Januar 2018 landesweit aus. Die lokalen oder regionalen EKs der UGTT wurden mehrfach dazu gedrängt, aus Solidarität mit den Forderungen der prekären Arbeiter:innen zu Generalstreiks aufzurufen (Feltrin 2018).

Doch während die UGTT nach dem Aufstand von 2011 genug Macht besaß, um auf die Zusammensetzung von Regierungen Einfluss zu nehmen, vermochte sie deren Politik nicht vom neoliberalen Kurs abzubringen. Das Patt zwischen dem Druck, den die Arbeiter:innen mit ihren Mobilisierungen erzeugten, und den Forderungen ausländischer Kreditgeber verhärtete sich mit dem wirtschaftlichen Abschwung. Die Kämpfe verhinderten Lohnsenkungen – in einer Situation, in der die Wirtschaftskrise auch nicht durch eine offen repressive und deflationäre Politik überwunden werden konnte. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor stieg von 435.487 (2010) auf 591.174 (2014), was auf Neueinstellungen und die 2011 von der UGTT geforderten festen Verträge für das ausgelagerte Personal zurückzuführen ist. Auch Staatsbetriebe und öffentliche Beschäftigungsprogramme schufen neue Arbeitsplätze. Die Real-löhne im formellen Sektor stiegen von 2011 bis 2016 insgesamt schneller als das Bruttoinlandsprodukt (Ben Romdhane 2018: 124-140).

Doch die Inflationsrate blieb hoch, und die offizielle Arbeitslosenquote stieg trotz der Neueinstellungen im öffentlichen Sektor von 13% (2010) auf 15,3% (2015), da die Privatunternehmen kaum investierten. Das soziale Netz scheint aufgrund der erneuten Finanzkrise des Staates schwächer geworden zu sein, während sich die Lage in den marginalisierten Regionen im Landesinneren kaum verbessert hat. Entsprechend verbreitet war die Ansicht, die Forderungen des Aufstands von 2011 nach sozialer Gerechtigkeit seien noch nicht erfüllt worden. Sozioökonomische Anliegen, besonders die Forderung nach sicherer Beschäftigung und lokaler Entwicklung, waren so auch für die großflächigen sozialen Unruhen in den Jahren nach 2011 zentral.

Wie dieser Beitrag gezeigt hat, konnte die UGTT beim Aufstand von 2011 und dem folgenden Übergang zur Demokratie eine wichtige Rolle spielen. Dies geschah auf komplexe Weise: Prekäre Arbeiter:innen führten den Aufstand an; die politisch bewusste Gewerkschaftsbasis unterstützte ihn so entschlossen, dass sie gegen den Willen der UGTT-Führung regionale Generalstreiks durchsetzen konnte. Diese Dynamik macht deutlich, dass Gewerkschaften weiterhin Gewicht haben können, wenn sie soziale Anliegen von unten aufnehmen, die außerhalb ihrer Mitgliedschaft und sogar außerhalb der entlohnten Schichten formuliert werden.

Gewerkschaften können ihre Strategien nicht länger auf der Annahme aufbauen, dass kapitalistische Entwicklung mit einer Zunahme von fester Beschäf-

tigung und gewerkschaftlicher Organisierung einhergeht. Kämpfe sind heute effektiver, wenn Prekäre dabei aktiv werden. Doch ihre Beschäftigungssituation erzeugt gewaltige Hindernisse für erfolgreiches kollektives Handeln durch traditionelle Gewerkschaften am Arbeitsplatz. Ein strategischer Ort zur Organisierung von Prekären ist der Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion – die lokale Gemeinschaft. In Tunesien zeigte sich dies in der informellen Organisierung in den Stadtteilen und kleineren Ortschaften. Der tunesische Aufstand von 2011 spricht somit dafür, dass eine wichtige Aufgabe von Gewerkschaftsaktivist:innen heute im Brückenschlag zwischen solchen Kämpfen und denen in den Betrieben besteht.

Literatur

- Beinin, Joel (2016): *Workers and Thieves: Labor Movements and Popular Uprisings in Tunisia and Egypt*. Stanford.
- Ben Romdhane, Mahmoud (2018): *Tunisie: La démocratie en quête d'État, ou comment reprendre la voie de la prospérité partagée*. Tunis.
- Fautras, Mathilde (2015): *Injustices foncières, contestations et mobilisations collectives dans les espaces ruraux de Sidi Bouzid (Tunisie): Aux racines de la révolution?* In: *Justice spatiale*, 7.
- Feltrin, Lorenzo (2018): *The Struggles of Precarious Youth in Tunisia: The Case of the Kerkennah Movement*. In: *Review of African Political Economy*, 45(155), 44-63.
- Feltrin, Lorenzo (2019): *Labour and Democracy in the Maghreb: The Moroccan and Tunisian Trade Unions in the 2011 Arab Uprisings*. In: *Economic and Industrial Democracy*, 40(1), 42-64.
- Hmed, Choukri (2012): *Réseaux dormants, contingence et structures: Genèses de la révolution tunisienne*. In: *Revue française de sciences politiques*, 62, 797-820.
- Yousfi, Hèla (2015): *L'UGTT, une passion tunisienne: Enquête sur les syndicalistes en révolution 2011–2014*. Sfax.

Arbeiter:innen und die ägyptische Revolution

von Anne Alexander

Ungeachtet der langen und reichhaltigen Geschichte von Arbeitskämpfen in Ägypten leitete Gamal Abdel Nassers Machtergreifung nach dem Militärputsch von 1952 eine jahrzehntelange Phase ein, in der der Staat den Aufbau unabhängiger Arbeiterorganisationen und breitere Streiks recht erfolgreich verhindern konnte. Mit der Gründung der *Egyptian Trade Union Federation* (ETUF, Ägyptischer Gewerkschaftsbund) im Jahr 1957 geriet die Gewerkschaftsbewegung vollständig unter staatliche Kontrolle, bis 2008 die unabhängige *Real Estate Tax Authority Union* (RETAU, Gewerkschaft der kommunalen Finanzangestellten) entstand. Da der Generalsekretär der ETUF von der Regierung ernannt wurde und die oberen Ränge der Gewerkschaftsbürokratie fast durchweg hochrangige Mitglieder der Staatspartei waren, boten die offiziellen Gewerkschaften Arbeiter:innen praktisch keinerlei Spielraum für selbsttätiges Agieren. Dennoch kam es zu bedeutenden Konflikten zwischen Arbeiter:innen und Machthabern – 1984 in al-Mahalla al-Kubra, 1989 in den Stahlwerken von Helwan, 1994 in Kafr ad-Dawwar. Allerdings waren dies keine Streiks, sondern Betriebsbesetzungen: Trotz anderslautender Anordnungen gingen die Beschäftigten nach Schichtende nicht heim, sondern arbeiteten weiter (Alexander/Bassiouny 2014: 113-114). Das Vorherrschen dieser Form von Arbeitskampf zeugt von einem starken Einfluss der nasseristischen Ideologie, die durch staatlich gelenkte Entwicklung die Armut zu überwinden versprach.

Als die ägyptische herrschende Klasse jedoch in den 1970er- und 1980er-Jahren unter Anwar al-Sadat und Hosni Mubarak ihre staatskapitalistische Orientierung zugunsten der neuen neoliberalen Orthodoxie aufgab, widerrief sie wesentliche Bestandteile des nasseristischen »Gesellschaftsvertrags«. Insbesondere untergrub das 1992 eingeleitete »Strukturanpassungsprogramm« den bescheidenen Umverteilungsmechanismus, den die staatliche Industrie und der öffentliche Dienst als wichtigster Zugang zu Leistungen wie bezahlbarem Wohnraum und Gesundheitsversorgung für ihre Beschäftigten gespielt hatten.

Ab Mitte der 2000er-Jahre erlebte die Selbsttätigkeit der Arbeiter:innen jedoch einen neuen Aufschwung. Es begann 2004 mit einer kleineren Streikwelle im Privatsektor und erreichte im Dezember 2006 mit einem massiven Streik im staatlichen Textilbetrieb Misr Spinning in al-Mahalla al-Kubra einen Wendepunkt. Im Gegensatz zu den meisten großen Kämpfen der 1980er- und 1990er-Jahre streikten die Arbeiter:innen, anstatt unerlaubt weiterzuarbeiten. Zudem wurde der Konflikt nicht mit Gewalt beendet, sondern durch eine Einigung mit dem Arbeitsminister, der die Forderungen der Beschäftigten weitge-

hend akzeptierte, was eine Welle ähnlicher Streiks in der gesamten staatlichen Textilindustrie auslöste. Die Streiks erfassten in den folgenden vier Jahren sogar fast alle staatlichen wie privaten Wirtschaftszweige und große Teile des öffentlichen Dienstes (Beinin/El-Hamalawy 2007; Alexander/Bassiouny 2014; Bassiouny/Said 2007).

Der Durchbruch vom Streik zur Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft seit zwei Generationen gelang 2008 schlechtbezahlten Finanzangestellten, die für das Einsammeln der Grundsteuer zuständig waren. Nach ihrem großen Streik im Dezember 2007 setzten sich ehemalige lokale Hauptamtliche von ETUF-Gewerkschaften zusammen mit neuen, durch die Streikerfahrung radikalisierten Aktivist:innen für den Aufbau einer landesweiten Gewerkschaft ein. Dies gipfelte im Dezember 2008 in einer Massenversammlung in der Zentrale des Ägyptischen Journalistenverbandes, wo die Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Land seit 1957 verkündet wurde. In den folgenden zwei Jahren gründeten auch Medizintechniker:innen, Lehrkräfte sowie pensionierte Beschäftigte staatlicher Industrien unabhängige Gewerkschaften. Diese vier Gewerkschaften bildeten den Kern der *Egyptian Federation of Independent Trade Unions* (EFITU, Unabhängiger Ägyptischer Gewerkschaftsverband), die im Januar 2011 inmitten des Aufstands gegen das Mubarak-Regime gegründet wurde (Alexander/Bassiouny 2014: 236).

Dem Ausbruch der Revolution von 2011 ging auch die Entwicklung einer »Kultur des Protests« voraus (El-Mahdi 2009). Nachdem die Opposition gegen das Regime jahrelang zwischen Passivität und brutalen Terrorakten radikal-islamistischer Gruppen hin- und hergependelt war, entstanden in den 2000er-Jahren neue oppositionelle Netzwerke junger Aktivist:innen aus dem gesamten politischen Spektrum – angefangen mit der Welle von Solidaritätsdemonstrationen für die zweite palästinensische Intifada im Jahr 2000 über die unerwarteten Massenproteste gegen den US-Einmarsch im Irak 2003 bis hin zu neuen Bewegungen wie der Kampagne »Kefaya!« (»Es reicht!«), die gegen die Machtübergabe des betagten Mubarak an seinen Sohn Gamal mobil machte (El-Mahdi/Marfleet 2009). Die politische Protestbewegung und die Streikwelle fanden bis 2011 nur gelegentlich zusammen – für Aufsehen sorgte der 6. April 2008, als ein geplanter Streik bei Misr Spinning in Mahalla für die Erhöhung des Mindestlohns zur Folge hatte, dass junge Aktivist:innen zu einem Solidaritätsgeneralstreik aufriefen und Anwohner:innen in Mahalla sich zum Aufstand erhoben, Mubarak-Bilder niederrissen und gegen die Bereitschaftspolizei kämpften. Doch für das Regime erwies es sich selbst mit härterer Repression als schwierig, die miteinander verbundenen politischen und wirtschaftlichen Proteste zu zerschlagen.

Der Funke, der im Januar 2011 die ägyptische Revolution auslöste, kam von außerhalb – von der Massenbewegung in Tunesien, die den Autokraten Ben Ali

stürzte. Der Aufruf zu Demonstrationen und Protesten am 25. Januar, dem nationalen Feiertag zu Ehren der Polizei, löste eine populäre Mobilisierung aus, die 18 Tage lang andauerte und viel Aufmerksamkeit auf sich zog. Während die meisten internationalen Medien rasch am besetzten Tahrir-Platz in Kairo Quartier bezogen und die jungen, digital kompetenten, englischsprachenden Demonstrierenden aus der Mittelschicht zum Gesicht der Revolution machten, trug das kollektive Handeln von Arbeiter:innen entscheidend zum Erfolg der ersten Phase des Aufstands bei. Der erste Dienst, den organisierte Arbeiter:innen der Revolution erwiesen, bestand darin, dass sie der ETUF-Führung die Gefolgschaft verweigerten, die ihre Basis für den 1. Februar zu regime-treuen Gegenprotesten aufgerufen hatte. Weil die Gewerkschaftsbürokratie praktisch niemanden für die Gegenproteste auf die Straße brachte, mussten schließlich die Sicherheitskräfte einen Mob aus Kleinkriminellen und Schlägern mobilisieren.

Da der Gegenangriff des Regimes am 1. Februar jedoch von den Verteidiger:innen des Tahrir-Platzes mit improvisierten Barrikaden abgewehrt wurde, ging der Aufstand in die nächste Phase. Das Regime änderte nun seine Taktik und setzte mit der Wiedereröffnung von Geschäften und Betrieben auf eine Rückkehr zur »Normalität« jenseits der revolutionären Platzbesetzungen. In diesem Moment brach eine Streikwelle aus. Mitte der darauffolgenden Woche hatte sie etliche Branchen erfasst. Und als Mubarak am 11. Februar schließlich von seinen eigenen Generälen abgesetzt wurde, befanden sich rund 300.000 Beschäftigte im Aufstand (Alexander/Bassiouny 2014: 200). Die Streiks waren selten explizit »politisch«; zumeist zielten die Forderungen auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Doch ihre *Wirkung* stand außer Frage. Sie erstreckten sich auch auf Bereiche mit erheblichem Störpotenzial – die Logistik am Suezkanal, die vom Militär betriebenen Fabriken in Helwan, den öffentlichen Nahverkehr in Kairo. Die treibenden Kräfte dort standen in Kontakt mit revolutionären Aktivist:innen, die sie zu Streiks ermutigten (Alexander/Bassiouny 2014: 201). Und obwohl Arbeiter:innen auf dem Tahrir-Platz nicht massenhaft als organisierte und sichtbare Kraft auftraten, waren führende Figuren der neuen unabhängigen Gewerkschaften durchaus vertreten (und gründeten dort am 30. Januar einen neuen Gewerkschaftsbund).

Das Übergreifen der Revolution von den Plätzen auf die Betriebe vor dem 11. Februar führte unmittelbar dazu, dass die Arbeiter:innen die Ereignisse auch weiterhin bedeutend beeinflussten – ihre auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsrechte ausgerichteten Betriebskämpfe wurden *nach* dem Sturz von Mubarak noch radikaler und breiter.

Hand in Hand mit der Streikwelle erfuhr die Organisation in den Betrieben einen Schub, da nun überall unabhängige Gewerkschaften entstanden. Im Oktober 2011 gehörten der EFITU nicht mehr wie bei der Gründung im Januar

vier, sondern 72 Einzelgewerkschaften an, die zusammen 1,4 Millionen Mitglieder zählten (Alexander/Bassiouny 2014: 241). Wenig überraschend schritt die Koordination besonders dort voran, wo sie sich auf das Gerüst nationaler Industrien oder des öffentlichen Sektors stützen konnte. Junge Ärzt:innen zum Beispiel führten im Mai 2011 mit breiter Beteiligung einen landesweiten Streik durch, wobei sie keine unabhängige Gewerkschaft gründeten, sondern den existierenden Verband als Plattform zur Mobilisierung nutzten (Shafiq 2011). Im September 2011, pünktlich zum Beginn des neuen Schuljahres, folgte ein landesweiter Streik der Lehrer:innen, organisiert von ihrer 2010 gegründeten unabhängigen Gewerkschaft. Ihre Aktion war teilweise mit Streiks bei den Kairoer Verkehrsbetrieben koordiniert und verdeutlichte so die Potenziale sektorenübergreifender Bündnisse. Hauptsächlich konzentrierte sich die Stärke der aufkeimenden Bewegung jedoch an der Basis, in den einzelnen Betrieben, Unternehmen oder Zweigen des öffentlichen Sektors. Es ist in dieser Hinsicht aufschlussreich, dass die EFITU als Verband neuer unabhängiger Gewerkschaften zwar einen Raum für die Vernetzung von Aktiven aus unterschiedlichen Sektoren bot, sich aber nicht zu einem effektiv organisierenden und koordinierenden Zentrum entwickelte, wie spätere Ereignisse zeigten.

Ende November 2011 führten mehrere Faktoren erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären Protestbewegungen und dem regierenden Obersten Militärat, die in blutigen Straßenschlachten in der Mohamed-Mahmoud-Straße direkt am Tahrir-Platz gipfelten. Die Streikwelle im September hatte gezeigt, dass organisierte Arbeiter:innen auf einen wirklichen Gesellschaftswandel drängten, und bei mehreren Streiks im öffentlichen Sektor ging es nicht nur um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, sondern wurden auch allgemeine Forderungen für mehr staatliche Investitionen in Bereiche wie Bildung und Verkehr aufgestellt (Alexander/Bassiouny 2014: 214). Zudem waren viele junge Aktivist:innen empört darüber, dass das Militär mit Unterstützung einiger Islamisten am 9. Oktober koptische Christ:innen, die gemeinsam mit Verbündeten vor dem Fernsehgebäude Maspero demonstrierten, brutal angegriffen und viele von ihnen getötet hatte. Wütend warfen sie dem Militär vor, seine Verantwortung für das Maspero-Massaker wie auch für die Gewalt gegen Demonstrierende auf dem Tahrir-Platz und in der Mohamed-Mahmoud-Straße mit Lügen zu vertuschen. Und schließlich hatte der Militärat mit dem Versuch, sich im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen nach dem Sturz Mubaraks einige »außerverfassungsmäßige« Befugnisse zu sichern, auch die islamistische Opposition gegen sich aufgebracht.

Doch anders als im Februar griffen organisierte Arbeiter:innen in die dramatischen Ereignisse im November und Anfang Dezember 2011 kaum als Arbeiter:innen ein. Eine Streikwelle vergleichbaren Ausmaßes wie in den letzten Tagen der Herrschaft Mubaraks blieb aus. Grund dafür war nicht etwa man-

gelnde Unterstützung der Proteste durch die Führung der unabhängigen Gewerkschaften; mehrfach stellte sich die EFITU in Erklärungen hinter die erneuten Proteste. Die Stimmung in vielen Betrieben war jedoch eine andere, wie sich auch bei dem Versuch zeigte, am 11. Februar 2012, dem Jahrestag des Sturzes von Mubarak, einen Generalstreik zu organisieren. Initiiert von Studierenden, aber von der EFITU unterstützt, richtete sich der Streikaufruf sowohl gegen den Obersten Militärrat als auch gegen das von der Muslimbruderschaft (MB) und der salafistischen Nour-Partei dominierte neue Parlament. Die MB sabotierte den Streik mit aller Kraft, indem sie erklärte, ihre Abgeordneten würden sich der Nöte von Arbeiter:innen annehmen, und sich den düsteren Warnungen des Militärs vor drohendem Chaos und Anarchie anschloss. Die Demobilisierung erwies sich als weitgehend erfolgreich, in den Betrieben wurde nur begrenzt Unterstützung für den Streik registriert.

Obwohl das Ausmaß der Streiks wie auch anderer Formen von sozialem Protest außergewöhnlich groß blieb, schwand von da an die Fähigkeit organisierter Arbeiter:innen, auf die Ausrichtung des revolutionären Prozesses Einfluss zu nehmen oder sogar dem Staat bedeutende Zugeständnisse abzurufen. Von Herbst 2012 bis Frühling 2013 verschärfte sich die politische Auseinandersetzung zwischen der MB-geführten Regierung und einem neuen Oppositionsbündnis aus Nasserist:innen, Liberalen, Kommunist:innen und dem alten Regime nahestehenden Figuren wie Amr Moussa. Streiks und Arbeiter:innenproteste hielten an, und Aktive aus den unabhängigen Gewerkschaften beteiligten sich weiterhin an der politischen Bewegung, etwa mit Kampagnen gegen die neue Verfassung, die die Rechte von Arbeiter:innen einschränkte, und durch die Unterstützung von Streikenden, die sich zunehmender Repression ausgesetzt sahen – streikende Zivilist:innen wurden vor Militärgerichte gestellt und in wichtigen Sektoren wie der Eisenbahn wurde mit der Zwangsverpflichtung von Arbeiter:innen gedroht. Im Gegensatz zu den Forderungen von 2011 und Anfang 2012, die auf positive Veränderungen gezielt hatten, kam es 2013 zu einer deutlichen Verschiebung hin zu defensiven Kämpfen, da die Unternehmensführungen versuchten, ihre Autorität im Betrieb wieder geltend zu machen (wobei sie oft Übereinkünfte brachen und unabhängige Gewerkschaftskomitees schikanierten) (Alexander/Bassiouny 2014).

Wie lässt sich die Beteiligung von Arbeiter:innen an der gewaltigen Protestwelle deuten, die im Juli 2013 zum Militärputsch gegen den MB-Präsidenten Mohammed Mursi führte? Aktive Mitglieder der unabhängigen Gewerkschaften stellten sich wie zahllose andere Gruppen hinter die Kampagne *Tamarod* (»Rebellion«), die Millionen von Unterschriften für vorgezogene Wahlen sammelte und zu einem Ventil für breit gefächerten Unmut über Mursi und die MB-Regierung wurde. Trotz der Ernennung des EFITU-Vorsitzenden Kamal Abu Eita zum Arbeitsminister und, anders als von vielen Gewerkschaftsaktivist:innen

gehofft, wurde jedoch schnell klar, dass dies keine »zweite Welle« der Revolution werden sollte, sondern vielmehr die Konterrevolution zementierte. Abd al-Fattah al-Sisi, im August 2012 noch von Mursi selbst zum Verteidigungsminister ernannt, rückte an die Spitze eines sich im Aufwind befindenden Militärregimes. Obwohl die MB und die übrige islamistische Bewegung am härtesten von der Repression getroffen wurden, weitete sich die konterrevolutionäre Säuberung schnell aus. Die Rechte von Arbeiter:innen wurden eingeschränkt, Linke und Gewerkschafter:innen inhaftiert und sämtliche Proteste verboten.

Rückblickend lassen sich mehrere Probleme erkennen, die die ägyptische Arbeiterbewegung daran hinderten, ihre gesellschaftliche Tragkraft während der revolutionären Krise in politische und soziale Verbesserungen für die Arbeiterklasse zu übersetzen. Das erste bestand in der relativen Neuheit der unabhängigen Gewerkschaften, die zu klein waren, um dem anfänglichen Aufschwung von Arbeitskämpfen eine klare Gestalt und strategische Orientierung zu geben. Zweitens wuchs die Arbeiterbewegung in den durch Mubaraks Sturz ausgelösten sozialen Auseinandersetzungen zwar rapide. Doch die Tatsache, dass die MB als größte Oppositionsbewegung jede Selbsttätigkeit von Arbeiter:innen vehement ablehnte, in deren Reihen aber bedeutsamen Rückhalt hatte, war ein weiteres großes Hindernis für die Verbindung von Streiks und Betriebskämpfen mit dem Prozess einer Vertiefung der Revolution. Im Gegensatz zur MB, die Hunderttausende von Mitgliedern mobilisieren konnte, blieb die radikale Linke extrem klein, während es dem Nasserismus an breiter organisatorischer Verankerung mangelte. Diese beiden Faktoren liefen in einem dritten zusammen: dem Zeitpunkt der Mobilisierungen für politische oder Generalstreiks innerhalb der Dynamik des revolutionären Prozesses insgesamt. Die Bereitschaft vieler Arbeiter:innen, der Organisation des Wahlprozesses im November 2011 und Februar 2012 erst einmal Zeit zu geben, dürfte ein gewichtiger Grund für das Scheitern der Bemühungen gewesen sein, Streiks und revolutionäre Bewegung wieder miteinander zu verbinden.

Der Militärputsch vom Juli 2013 brachte eine noch brutalere Diktatur als die von Mubarak hervor. Das neue Regime machte sich schnell an die Niederschlagung von Streiks und Protesten, bis 2018 hatte es auch die von der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung 2011 erstrittenen rechtlichen Fortschritte rückgängig gemacht. Häufig gingen die Machthaber dabei mit Festnahmen, Haftstrafen und Prozessen vor Militärgerichten gegen Arbeiter:innen vor, um sie für ihre Teilnahme an Arbeitskämpfen zu bestrafen. Vollständig unterdrücken konnten sie diese allerdings nicht. Um ausstehende Löhne und Zulagen oder auch besseren Arbeitsschutz zu verlangen, fanden weiterhin Streiks und Besetzungen statt. 2017 wurden unter anderem Beschäftigte im Telekommunikationssektor, in Krankenhäusern und Textilfabriken wegen Streiks verhaftet, 2018 traf es Arbeiter:innen in der Lebensmittel- und Keramikindustrie (Am-

nesty International 2017; ITUC 2019). Obwohl der Raum für politischen Dissens drastisch eingeschränkt wurde, zeigt das Anhalten von wirtschaftlichen Kämpfen von Arbeiter:innen auch unter der Herrschaft von al-Sisi, dass die Dynamik des sozialen und politischen Protests, die der Revolution von 2011 den Weg bahnte, in Zukunft erneut entfacht werden könnte.

Literatur

- Alexander, Anne/Bassiouny, Mostafa (2014): *Bread, Freedom, Social Justice: Workers and the Egyptian Revolution*. London.
- Amnesty International (2017): *Egypt: Relentless Assault on Rights of Workers and Trade Unionists*. www.amnesty.org/en/latest/news/2017/04/egypt-relentless-assault-on-rights-of-workers-and-trade-unionists/ (2.10.2020).
- Bassiouny, Mostafa/Said, Omar (2007): *Raiyyat al-idirab fi sama' masr: haraka 'um-maliyya gadida 2007*. Kairo.
- Beinin, Joel/El-Hamalawy, Hossam (2007): *Strikes in Egypt Spread from Center of Gravity*. The Middle East Research and Information Project, 09.05.2007. www.merip.org/mero/mero050907 (2.10.2020).
- El-Mahdi, Rabab (2009): *The Democracy Movement: Cycles of Protest*. In: El-Mahdi/Marfleet (Hrsg.), 87-103.
- El-Mahdi, Rabab/Marfleet, Philip (Hrsg.) (2009): *Egypt: The Moment of Change*. London.
- ITUC (2019): *ITUC Global Rights Index 2019: Democracy in Crisis as Brutal Repression Used to Silence Age of Anger*. www.ituc-csi.org/RI19 (2.10.2020).
- Shafiq, Mohammed (2011): *The Union Is a Shield and Our Sword Is the Strike*. In: *Socialist Review*, 364 (Dezember 2011). www.socialistreview.org.uk/article.php?articlenumber=11845 (2.10.2020).

Das letzte Imperium

Der Unabhängigkeitskampf in den afrikanischen Kolonien
und die portugiesische Revolution von 1974/1975

von João Carlos Louçã und Raquel Varela

Ausgezehrt, randständig, anachronistisch: So könnte man Portugal in den frühen 1970er-Jahren beschreiben. Zerrissen von der längsten europäischen Diktatur des 20. Jahrhunderts wurde seine großenteils verarmte und analphabetische Bevölkerung von den expandierenden Industriezentren eingesogen und massenhaft für die Kriege mobilisiert, die seit 1961 in den afrikanischen Kolonien wüteten. Sie fanden erst mit der Nelkenrevolution von 1974 und der Unabhängigkeit der Kolonien ein Ende – und trieben ihrerseits den Aufstand des Militärs an, der die Revolution ermöglichte und die Diktatur abschaffte. Und so wie die Arbeitsverhältnisse bis hin zu Zwangsarbeit, denen die kolonisierte afrikanische Bevölkerung unterworfen war, das Agieren und den wachsenden Einfluss der Befreiungsbewegungen bestimmten, so waren deren Kämpfe eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung eines organisierten Widerstands, der imstande war, der Kolonialarmee die Stirn zu bieten und sie schließlich zu besiegen.

Imperialistisches Portugal und Zwangsarbeit in den Kolonien

*»Die Unbeweglichkeit, zu welcher der Kolonisierte verdammt ist, kann nur dadurch infrage gestellt werden, daß der Kolonisierte beschließt, der Geschichte der Kolonisation, der Geschichte der Ausplünderung ein Ende zu setzen, um die Geschichte seines Landes, die Geschichte der Dekolonisation beginnen zu lassen.«
(Fanon 1981 [1961]: 43)*

Autoritarismus ist ein wesentliches, ja unvermeidbares Mittel kolonialer Großmächte und Staaten zur Unterwerfung indigener Bevölkerungen. Wo immer auf der Welt imperialistische Mächte Territorien besetzten und die Mehrheit der angestammten Bevölkerung unter ihr Joch brachten, kennzeichneten Zwang und Gewalt ihre Ordnung. Sie riefen allerdings auch Widerstand und Befreiungskämpfe hervor. Portugal und seine Kolonialgeschichte sind in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Wenn der portugiesische Kolonialismus eine Besonderheit aufweist, dann ist es ohne Zweifel seine Langlebigkeit. Als letzte europäische Imperialmacht, die 1961 ihre indischen Enklaven verloren hatte, beherrschte Portugal weiterhin das chinesische Macau und Osttimor, das Gros seiner Kolonialgebiete lag jedoch in Afrika. Von Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die 1970er-Jahre blieb die portugiesische Elite Gefangene der Illusion, sie könne Afrika zu ei-

nem neuen Brasilien machen und den dort durch die intensive Ausbeutung von Landwirtschaft und Rohstoffen erzeugten Reichtum über die portugiesischen Häfen auf den alten Kontinent transferieren. Dieser anachronistischen Fortdauer des Kolonialismus setzte erst die Nelkenrevolution von 1974 ein Ende: als die politischen Verhältnisse im Mutterland durch den wachsenden – und stark von der Last des Kolonialkriegs bedingten – Unmut der Bevölkerung und der unteren Offiziere tief greifend verändert wurden.

Als semi-peripheres Land hielt Portugal an einer imperialistischen Politik fest, während es seinerseits wirtschaftlich und in hohem Maße auch politisch von anderen europäischen Mächten abhängig war. Im Zweiten Weltkrieg blieb Portugal neutral, da es sich historisch und geografisch im Einflussgebiet der Alliierten befand, dies obwohl es eigentlich Nazi-Deutschland ideologisch näherstand. António Oliveira de Salazar, der das Land bis 1968 als Diktator regierte, versicherte, Portugal sei »vom Minho bis nach Osttimor« unteilbar. Die portugiesische Kolonialpolitik war mit einer öffentlichen Meinung konfrontiert, die nach dem Zweiten Weltkrieg Demokratisierung sowie bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung erwartete. Es wurde selbstverständlich angenommen, dass auch auf der Iberischen Halbinsel die faschistischen Regime nun verschwinden würden. Auch wenn dieses Ende noch mehr als 20 Jahre hinausgezögert wurde, machten sich die Widersprüche des Kolonialregimes und die unerträgliche Ausbeutung der betroffenen afrikanischen Bevölkerung nicht erst bemerkbar, als im Mutterland die Bedingungen für einen Kampf herangereift waren, der den Ereignissen von 1974 den Weg bahnte. Dieses wechselseitige Verhältnis von Ursache und Wirkung bietet uns einen Rahmen, um die Geschehnisse während der revolutionären Periode 1974–1975 nachzuzeichnen. Zugleich können wir so die Bedingungen verstehen, die 1975 zur Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien führten und damit dem letzten europäischen Imperium in Afrika ein Ende bereiteten.

1970 war das portugiesische Regime international isoliert und mit einer starken Opposition konfrontiert. In Portugal selbst machte diese sich vor allem an der Kolonialfrage fest, die das Land in einen Krieg gestürzt hatte. Dessen Ende war nicht in Sicht und binnen 13 Jahren hatten rund eine Million Menschen in militärischen Einheiten gedient, um die Befreiungsbewegungen in den Kolonien zu bekämpfen und so die Besatzung aufrechtzuerhalten. In den afrikanischen Kolonien wiederum war die auf Repression und unfreie Arbeit gestützte Politik der Integration gegenüber der einheimischen Bevölkerung gescheitert: Das führte dazu, dass diese schlicht in den Dienst der kolonialen Wirtschaft gestellt wurde, die auf vielfältigen Formen von Extraktivismus beruhte. Wie andere Kolonialregime unterwarf auch Portugal die einheimischen Arbeitskräfte mit Zwang und Gewalt: Zunächst durch Sklaverei, sodann mit einer Strategie der Zerstörung der traditionellen Subsistenzwirtschaft. Das setzte die Bevöl-

kerung so unter Druck, dass diese die von der Kolonialverwaltung auferlegten Steuern nur durch Zwangsarbeit begleichen konnte. Das harte Arbeitsregime trug wohl entscheidend dazu bei, dass die politischen Befreiungsbewegungen zu Massenorganisationen heranwuchsen.

In den frühen 1970er-Jahren erlebte auch der Binnenmarkt in den Kolonien infolge des Krieges einen Schub – sei es durch Ausbau der Infrastruktur, die erforderliche Versorgung der Kolonialtruppen oder durch öffentliche Bauprojekte. Mit letzteren unternahm die Kolonialmacht einen letzten verzweifelten Versuch, den unvermeidlichen Prozess abzuwenden, der nur 19 Monate nach dem Putsch vom April 1974 schließlich zur Unabhängigkeit aller Kolonien führte.

Befreiungsbewegung in den Kolonien: fehlende Gewerkschaften und »subversive Kräfte«

In Portugal bestanden bis zum Sturz der Diktatur nur korporatistische Gewerkschaften: Die Regierung ernannte eine regimetreue Führung, Streiks waren strengstens verboten. In den Kolonien existierten dagegen überhaupt keine Gewerkschaften. Die Organisation der Arbeiter:innen vollzog sich daher im Untergrund – in den und durch die Befreiungsbewegungen. Allerdings kam es auch zu spontanen Streiks, die den Übergang zum bewaffneten Kampf besiegelten und aus denen ein politisches Programm hervorging, dessen oberstes Ziel die Unabhängigkeit war.

Im Februar 1961 ging die portugiesische Armee gegen einen Streik von Baumwollarbeiter:innen im angolanischen Baixa do Cassange, der Anfang des Monats begonnen und zwei Wochen angedauert hatte, mit dem Abwurf von Napalmbomben vor. Zehn- bis zwanzigtausend Menschen kamen ums Leben, ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht (Mateus 2004: 420). Die Gegend im Norden Angolas war monokulturell geprägt und wurde von der portugiesisch-belgischen Firma *Cotonang*, die das Monopol besaß, ausgebeutet: »Am 4. Januar kam es zum offenen Aufstand, als Vorarbeiter von Cotonang in der Arbeitersiedlung von Soba Quivota, zehn Kilometer von Milando entfernt, gefesselt wurden [...]. Die Bevölkerung drohte jeden zusammenzuschlagen, der den Versuch wagen sollte, sie zur Arbeit auf den Baumwollfeldern zu zwingen [...]« (Freudenthal 1999: 260) – oder zum Bau von Straßen, anderen öffentlichen Arbeiten oder zur Zahlung der Jahressteuer. Die Produktion wurde einen ganzen Monat lang unterbrochen, danach war nichts mehr wie vorher: »Große Gruppen von Aufständischen griffen private und öffentliche Gebäude an, beschädigten Fahrzeuge, Brücken und Flöße, stürzten den portugiesischen Fahnenmast um, doch keine Europäer kamen zu Tode. In entlegenen Außenposten wie Luremo, Cuango und Longo türmte sich das verbrannte Baumwollsaatgut auf, die speziellen Pässe für Einheimische wurden zerrissen,

auch auf andere Weise brach sich die Wut Bahn. Solche Menschenansammlungen wurden häufiger und bedrohlicher. Und das, obwohl Cotanang sich während der Ausbreitung des Aufstands sehr beunruhigt zeigte und mehrere europäische Händler seine bewaffnete Niederschlagung forderten.« (Ebd.: 263)

Die Konflikte und das kollektive Handeln von Zwangsarbeiter:innen in portugiesischen Kolonien wurden nie systematisch untersucht. Immerhin gibt es jedoch eine auf mündlichen und schriftlichen Quellen von Militär und Geheimpolizei beruhende partielle Darstellung, die Einblicke in einen Widerstand gegen die Zwangsarbeit bietet. Der war scheinbar viel breiter und anhaltender als bis dahin angenommen – das geht aus einem überlieferten psychologischen Leitfaden der portugiesischen Armee hervor. Er hebt eine »nicht gebesserte Gruppe« (die Massen) als entschlossenste Anhängerschaft von Befreiungsbewegungen hervor und stellt ihr in einer nach Qualifikationen und regionaler Herkunft erstellten Typologie »Stammesfürsten«, »Zwischengruppen«, »gebesserte Gruppen« und schließlich die Siedler:innen gegenüber. Laut der Armee neigte die »nicht gebesserte Gruppe« zur »Unterstützung subversiver Umtriebe«. Denn die Befreiungsbewegungen führten einen Kampf gegen die »moralische Pflicht zur Arbeit«, die »Erwerbs- und Essenskultur« und Steuern: »[...] die subversiven Kräfte schlachten das Thema Steuern aus, die sie als eine Art von Gewalt ausschließlich zur Bereicherung des weißen Mannes darstellen.« (Generalstab der Streitkräfte Portugals 1970: 37-68)

Nehmen wir ein Beispiel aus der portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau in Westafrika. In den Docks von Pidjiguiti, die direkt an den Hafen von Bissau angrenzen und vor allem von Fischer- und Segelbooten aus der Binnenschifffahrt genutzt wurden, brach am 3. August 1959 ein Streik in den Werkstätten aus, der bald die gesamten Docks erfasste. An ihm beteiligten sich unter anderem Seeleute, die Kabotagedienste anboten oder für *Casa Gouveia* arbeiteten, ein Tochterunternehmen des portugiesischen Großkonzerns *Companhia União Fabril* (CUF). Als Haftbefehle gegen die Streikenden ausgestellt wurden, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei; die Arbeiter:innen wehrten sich mit Knüppeln und Steinen, die Polizei eröffnete das Feuer und tötete sieben Menschen. In der *Le Monde* war zu lesen, bei den Ausschreitungen habe es fünf Tote und zahlreiche Verletzte gegeben.

Der Franziskanerpater Pinto Rema berichtete: »Die Aufrührer verfügen über Paddel, Knüppel, Eisenstangen, Steine und Harpunen. Beide Seiten weigern sich, nachzugeben oder miteinander zu reden. Beim ersten Zusammenstoß geben zwei Polizeichefs, Assunção und Dimas, Warnschüsse ab und werden daraufhin brutal angegriffen. 17 Wachmänner werden verletzt, die Polizei verliert die Kontrolle und schlägt zurück, indem sie hemmungslos in Tötungsabsicht in die Menge schießt, um Rache zu üben – 13 bis 15 Menschen bleiben auf den Docks tot am Boden liegen, die Leichen weiterer Seeleute und Hafener-

arbeiter werden vom Fluss Geba weggespült; wie viele, wissen wir nicht.« (Zitiert n. Mateus 2012: 180) Wie die Historikerin Dalila Cabrita Mateus bemerkt, war der Streik ausschlaggebend für die Entscheidung der PAICG (*Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde*; Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverden), den bewaffneten Kampf aufzunehmen und Unterstützung durch die bäuerliche Bevölkerung zu suchen: »In einem vertraulichen Bericht heißt es, in der laut [Amílcar] Cabral »wichtigsten« Sitzung ihrer Geschichte habe die PAICG den Übergang von nationalistischen Unruhen zum nationalen Befreiungskampf vorbereitet. Sie nahm drei wichtige Resolutionen an: erstens, die Aktivitäten der Partei auf das Land zu verlagern und die Bauern zu mobilisieren; zweitens, den bewaffneten Kampf vorzubereiten; drittens, einen Teil der Parteiführung ins Ausland zu schicken.« (Zitiert n. Mateus 2012: 181)

Unterstützung des Widerstands aus Portugal

Für die Befreiungsbewegungen war es wichtig, Kontakte zu den Antikriegsbewegungen in Portugal aufzubauen. Als Scharnier wirkten dabei vor allem junge Studierende, die von maoistischen und trotzkistischen Organisationen oder auch von fortschrittlichen katholischen Bewegungen beeinflusst waren. Die Repression durch die politische Polizei konnte den wachsenden Widerstand einer ganzen Generation gegen die Kolonialpolitik nicht aufhalten; sie war nicht in der Lage, die Desertionen zu stoppen – mehr als 20% der von 1970 bis 1972 einberufenen jungen Wehrpflichtigen aus Portugal begingen Fahnenflucht.

Samora Machel, Nachfolger von Eduardo Mondlane⁴² als Vorsitzender der mosambikanischen Befreiungsfront FRELIMO (*Frente de Libertação de Moçambique*), lobte die portugiesischen Deserteure als Helden und griff sie für seine Propaganda gegen die Kolonialmacht auf, indem er eine Verbindung zwischen der Opposition gegen das Estado-Novo-Regime (1933–1974) im Mutterland und den bewaffneten Kämpfen in den afrikanischen Kolonien herstellte. Die Gründe für die Unversöhnlichkeit, mit der die einheimische Bevölkerung dem Kolonialregime gegenüberstand, lagen für Machel auf der Hand: »Der Mosambikaner soll ein Portugiese schwarzer Hautfarbe werden, ein gefügiges Werk-

⁴² Zu den Methoden des portugiesischen Kolonialismus gehörte auch die Ermordung von Anführern der Befreiungsbewegungen. So etwa von Eduardo Mondlane, dem ersten FRELIMO-Vorsitzenden, der 1969 in Dar es Salaam durch eine Paketbombe der portugiesischen politischen Polizei ums Leben kam. So auch von Amílcar Cabral, der 1973 in Conakry von Mitgliedern seiner eigenen Partei umgebracht wurde. Belegt ist auch, dass die portugiesische Armee am 22. November 1970 eine Militäroperation durchführte, um die gesamte im Exil in Conakry befindliche Führung der PAICG auszuschalten und das Regime von Ahmed Sékou Touré zu stürzen. Die Operation stieß jedoch auf erbitterten Widerstand und verfehlte beide Ziele.

zeug des Kolonialismus, dessen oberstes Ziel darin besteht, so zu leben wie der Siedler, nach dessen Bild er erschaffen wurde.« (Machel 1970) Bei seinem Eintreten für eine umfassende Bildung der mosambikanischen Bevölkerung konnte er auf die bereits von den Guerillas kontrollierten Gebiete und auf die Notwendigkeit verweisen, die Zivilbevölkerung in ihre Verteidigung und den Kampf gegen das Kolonialsystem einzubeziehen, der die rassistischen Mechanismen der Ausbeutung von Arbeiter:innen sichtbar machte: »Der Kampf des Bauern in Mueda gegen die Arbeit auf der Baumwollplantage unterscheidet sich nicht vom Kampf der Zuckerrohrbauern am Ufer des Sambesi, der Kampf der Hafearbeiter in Lourenço Marques ist derselbe wie jener der Bergarbeiter von Tete. Die von Nampula nach São Tomé oder zum Gleisbau nach Lourenço Marques verschleppten Arbeiter erleiden dieselbe Ausbeutung wie die nach Südafrika verkauften Männer aus Gaza. Die Fischer und Reisbauern in Manica e Sofala werden vom selben Ausländer ausgebeutet, der auch die Ölfelder von Inhambane besetzt hält. Die Steuern waren auch eine schwere Bürde für die Menschen in Niassa, die – wie alle Mosambikaner – noch nie eine Schule oder ein Krankenhaus gesehen haben, die für sie da wären.« (Ebd.)

Fazit

Wie in anderen Ländern begehrte in Portugal Anfang der 1970er-Jahre eine ganze Generation gegen den Autoritarismus des Staates auf. Trotz der Zensur und der politischen Polizei eines im Niedergang begriffenen Regimes fanden vom Mai 1968 beeinflusste Bewegungen immer wieder bedeutsamen Ausdruck. Es erschien der erste feministische Text,⁴³ Charlie Haden wendete sich auf dem Cascais Jazz Festival gegen das Kolonialregime,⁴⁴ Studierende an den Universitäten der Großstädte organisierten sich – ungeachtet der Repression –, Streiks für anständige Löhne und Lebensbedingungen fanden trotz ihrer Verbote statt. Das Regime war bereits morsch; entscheidend für seine Kapitulation im eigenen Land und in den afrikanischen Kolonien waren die Kämpfe und die Organisation von Arbeiter:innen.

⁴³ »As Novas Cartas Portuguesas« von Isabel Barreno, Maria Teresa Horta und Maria Velho da Costa erschien 1972. Die auch als die »Three Marias« bekannten Autorinnen üben darin scharfe Kritik an der Repression der Diktatur, der Macht des katholischen Patriarchats und der Lage von Frauen, bedenken dabei aber stets auch die Ungerechtigkeit des Krieges und die Realität in den afrikanischen Kolonien. Das Regime verbot das Buch und ging strafrechtlich gegen seine Autorinnen vor.

⁴⁴ Der US-amerikanische Musiker spielte 1971 bei dem Festival am Stadtrand von Lissabon einen »Song for Che« und widmete ihn den Kämpfer:innen der Befreiungsbewegungen. Tags darauf wurde er festgenommen und ausgewiesen.

Literatur

Fanon, Frantz (1981 [1961]): Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt am Main.

Freudenthal, Aida (1999): A Baixa de Cassange: Algodão e Revolta. In: Revista Internacional de Estudos Africanos, Instituto de Investigação Científica Tropical/Centro de Estudos Africanos e Asiáticos, 18-22, 245-283.

Generalstab der Streitkräfte Portugals (1970): Memorandum über die Aufgaben der psychologischen Führungsoffiziere in den überseeischen Einheiten. Lissabon.

Hobsbawm, Eric (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Hanser.

Machel, Samora (1970): Educate Man to Win the War, Create a New Society and Develop our Country. In: ders.: Mozambique. Sowing the Seeds of Revolution. London, 37-45. www.marxists.org/subject/africa/machel/1970/educate-win-war.htm (1.10.2020).

Mateus, Dalila Cabrita (2004): A Pide DGS e a Guerra Colonial. Lissabon.

Mateus, Dalila Cabrita (2012): Conflitos Sociais na Base da Ecloração das Guerras Coloniais. In: Simões do Paço, António/Varela, Raquel/van der Velden, Sjaak (Hrsg.): Strikes and Social Conflicts. Towards a Global History. Lissabon, 87-93.

Rosas, Fernando (2019): Salazar e os Fascismos. Lissabon.

Varela, Raquel (2019): A People's History of the Portuguese Revolution. London.

Varela, Raquel/Louçã, João Carlos (2020): African Forced Labour and Anti-Colonial Struggles in Portuguese Revolution: A Global Labour History Perspective. In: Pe-pijn Brandon/Jafari, Peyman/Müller, Stefan (Hrsg.): Worlds of Labour Turned Upside Down. Amsterdam, 199-223.

Arbeiter:innen in Südkorea und der Gwangju-Aufstand 1980

von Youngsu Won

Korea durchlebte im Lauf des 20. Jahrhunderts eine Reihe besonderer Umbrüche: die japanische Kolonialherrschaft (1910–1945), die nationale Befreiung und Teilung in zwei Staaten (1945–1948) und dann den Koreakrieg (1950–1953). Unter der dem Kalten Krieg geschuldeten dauerhaften Trennung in Nord und Süd entfaltete sich in Südkorea das Kräfteingen zwischen einer Entwicklungsdiktatur und dem populären Kampf um gute Lebensbedingungen und Demokratie. In einer relativ kurzen Zeitspanne erlebte das Land eine ganze Reihe politischer Unruhen: die April-Revolution von 1960, den militärischen Staatsstreich 1961, die Diktatur Park Chung-hees (1961–1979), den Seouler Frühling und den Gwangju-Aufstand 1980, die Diktatur Chun Doo-hwans (1979–1987), den Juni-Aufstand und den Großen Arbeiterkampf 1987.

In diesem historischen Kontext blieb die demokratische Revolution unvollendet. Im 21. Jahrhundert folgten dann weitere politische Veränderungen: die Kerzenlicht-Protteste 2008 gegen Fleischimporte während der Rinderseuche BSE sowie weitere große Kerzenlicht-Protteste 2016–2017, die schließlich zur Amtsenthebung von Präsidentin Park Geun-hye, der Tochter des ehemaligen Diktators Park Chung-hee, sowie einer echten Verankerung der Demokratie in Südkorea führten. Der Weg dorthin war lang und beschwerlich und forderte der Bevölkerung harte Kämpfe und zahllose Opfer ab. Demokratie und Wohlstand wurden nicht durch politische Eliten, sondern durch Arbeiter:innen und einfache Menschen errungen. Der wirkliche Wendepunkt aber waren die tragisch-heroischen Ereignisse, die sich 1980 in Gwangju abspielten: ein populärer Aufstand gefolgt von einem brutalen Massaker. Seit dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung Koreas fungierte Südkorea als antikommunistischer Außenposten im Kalten Krieg. Als aber einfache Leute sahen, wie das eigene Militär ihre Söhne und Töchter tötete, stellten sich Alte und Junge aus der Zivilbevölkerung gemeinsam gegen Bajonette und Kugeln; auch Arbeiter:innen schlossen sich dem von Studierenden initiierten Aufstand an. Mit Gwangju 1980 veränderte sich in Südkorea alles (Lee/Yi 2010; Won 2009a, b).

Frühling der Demokratisierung und der Militärputsch

Am 26. Oktober 1979 wurde Park Chung-hee von seinem Freund Kim Jae-kyu, dem Direktor des südkoreanischen Nachrichtendienstes KCIA, ermordet. Nach 18 Jahren Diktatur hegte die Bevölkerung große Hoffnungen auf Wandel und Demokratie. Doch Parks militärische Gefolgschaft organisierte im Hintergrund einen Staatsstreich, der am 12. Dezember erfolgte und das alte Regime an der

Macht hielt. Im Frühling des folgenden Jahres begannen Studierende, für Demokratie und bessere Lebensbedingungen zu demonstrieren. Arbeiter:innen wiederum streikten für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen und leiteten so den Seouler Frühling von 1980 ein. Studentenfürher:innen witterten politische Intrigen im Hintergrund und forderten den Rücktritt Chun Doo-hwans, der sowohl die KCIA als auch den militärischen Geheimdienstapparat kontrollierte.

An jenem Schicksalstag des 15. Mai, als über 100.000 Studierende und Bürger:innen auf einer Großdemonstration am Seouler Hauptbahnhof umfassende Demokratisierung forderten, lösten Anführer:innen der Studierendenbewegung die Versammlung kurzfristig auf, um dem Militär keinen Vorwand für einen weiteren Putsch zu geben. Nichtsdestotrotz verhängte Chun Doo-hwan am 17. Mai den Ausnahmezustand, um Demonstrationen und Versammlungen zu unterbinden. Als Auftakt einer neuerlichen Militärdiktatur rückten zehntausende Soldaten mit Panzern in Seoul ein. In Gwangju stellte sich die Lage anders dar. Während in Seoul am Morgen des 18. Mai die Proteste effektiv beendet wurden, versammelten sich in Gwangju die Studierenden und kämpften mit einfachsten Mitteln gegen die Truppen, die das Kriegsrecht durchsetzen sollten. Die daraus entstandene Dynamik führte zu einem verhängnisvollen Massaker und einem populären Aufstand (Chung/Simin 2004; Won 2009b).

Zehn Tage des Widerstands für das Leben und die Demokratie

Am 15. Mai 1980 demonstrierten 30.000 Studierende in der Stadt Gwangju. Ihre Anführer:innen kündigten für den Fall, dass die Regierung die Campusse sperren sollte, einen Protest um zehn Uhr des folgenden Vormittags am Eingang der Universität an. Nach Ausrufung des Ausnahmezustands am 17. Mai nahm das Sicherheitskommando für Verteidigung sofort die als die »drei Kim« bekannten Oppositionsführer fest: Kim Dae-jung, Kim Young-sam und Kim Jong-pil. Mit der Notverordnung Nr. 10 erließ die Regierung Maßnahmen wie Universitätsschließungen, eine umfangreiche Medienkontrolle und das Verbot von Demonstrationen und politischen Aktivitäten. Um zwei Uhr nachts des folgenden Tages besetzten Fallschirmspringereinheiten die Campusse der Universität Chonnam und der Chosun-Universität. Truppen patrouillierten durch die Hauptstraßen und an allen Oberschulen wurden Kontrollpunkte eingerichtet.

Trotz Ausnahmezustand versammelten sich am Morgen des 18. Mai rund 100 Studierende vor der Universität Chonnam zu Protesten. Sie bewarfen die Fallschirmspringereinheiten mit Steinen und wurden daraufhin von ihnen verprügelt. Einige der Studierenden verlagerten ihren Protest dann zur Hauptverkehrsstraße Geumnamro. Sieschlossen sich dort den 300 Studierenden an, die in der Innenstadt demonstrierten. Die Polizei schoss Tränengas in die Demonstration, um die Menge zu zerstreuen. Um 16 Uhr entsandte das Militär die »7. Fallschirmspringerbrigade« ins Stadtzentrum, um den Aufstand niederzuschla-

gen. Die Protestierenden wurden mit Schlagstöcken und Bajonetten traktiert. Die Armee suchte und verfolgte die an den Protesten beteiligten Studierenden bis zum nächsten Morgen (Katsiaticas 2012: 162-171).

Am 19. Mai nahm die staatliche Repression noch gewaltsamere Formen an. Das ungekannte Ausmaß an Brutalität löste unter Einwohner:innen aller Gesellschaftsschichten Sorge und Entsetzen aus. Wütende Bürger:innen und sogar Oberschüler:innen gingen aus Protest auf die Straße. Am Nachmittag dieses Tages hielten mehr als 3.000 Menschen trotz der gewaltsamen Repression die Proteste am Leben. Die Fallschirmspringereinheiten reagierten mit weiterer Gewalt; Studierende, Männer und Frauen, Junge und Alte, Protestierende ebenso wie Unbeteiligte wurden davon erfasst.

Am 20. Mai war die Zahl der Protestierenden auf 200.000 gestiegen. Taxi- und Busfahrer:innen setzten ihre Fahrzeuge als Barrikaden ein, um den Fallschirmspringereinheiten den Weg zu versperren. Die Truppen rächten sich, indem sie Bürger:innen mit Schlagstöcken und Gewehrkolben schlugen und sogar Bajonette gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung einsetzten. Vielfach rissen sie den Leuten die Kleider vom Leib, um sie zu demütigen. Da die Regierung eine vollständige Nachrichtensperre verhängt hatte, blieb der Rest des Landes unwissend über das brutale Vorgehen des Militärs. Aus Wut und Frust steckten die Bewohner:innen Gwangjus das Gebäude des privaten Fernsehsenders MBC in Brand (Won 2009b).

Um Mitternacht des 20. Mai ging die »11. Fallschirmspringereinheit« so weit, scharf auf unbewaffnete Zivilist:innen zu schießen, obwohl ihr der Waffeneinsatz untersagt worden war. Am darauffolgenden Tag kam es vor dem Provinzamt Chonnam und der Universität Chonnam zur direkten Konfrontation zwischen Militär und Studierenden. Am Morgen trafen sich Repräsentant:innen der Protestierenden mit verantwortlichen Befehlshabern der Armee, konnten aber zu keiner Einigung gelangen. Der Gouverneur sagte zwar den Abzug der Fallschirmspringereinheiten zu. Das erwies sich aber als leere Versprechung.

Gegen Mittag des 21. Mai begann die Armee, mit scharfer Munition auf die vor dem Provinzamt Chonnam und der Universität Chonnam demonstrierenden Bürger:innen zu schießen, die aber nicht zurückwichen. Auf den Dächern hoher Gebäude positionierte Scharfschütz:innen eröffneten das Feuer und töteten auf Anhieb zahlreiche Protestierende. Die Krankenhäuser der Stadt füllten sich bald mit Verwundeten.

Am Nachmittag begann die Stadtbevölkerung, sich zum Widerstand gegen die Militärgewalt zu bewaffnen. Einige beschafften sich Waffen aus den Arsenalen der Polizeistationen der Nachbarstadt Naju und des angrenzenden Landkreises Hwasun. Eine Bürgerarmee wurde organisiert. Andere requirierten Fahrzeuge in der Automobilfabrik von Asia Motors, um außerhalb Gwangjus die Nachricht über die militärische Repression zu verbreiten. Gewehre,

Munition und Granaten wurden zur Selbstverteidigung unter Freiwilligen verteilt. Am selben Abend zog sich die Armee aus Gwangju zurück, und der Bürgerarmee gelang es, das Provinzamt zu besetzen. Das war ein wichtiger Sieg für die Bevölkerung Gwangjus. Allerdings folgte auch schnell der Gegenschlag des Befehlshabers, der das Kriegsrecht durchsetzen sollte. Er stellte die populären Aufstände als Krawalle dar, die von »üblen Elementen«, Schlägern und gewalttätigen Banden angezettelt worden seien. Im Namen der Selbstverteidigung richtete die Armee eine Blockade gegen die Stadt ein und wies die Militäreinheiten an, in jeder als bedrohlich wahrgenommenen Situation von ihren Schusswaffen Gebrauch zu machen. Infolgedessen schossen die Streitkräfte in Gwangjus Vorstadt wahllos auf unbewaffnete Zivilist:innen und Zivildfahrzeuge (Chung/Simin 2004; Nah/Katsiaficas 2007).

Ab dem 22. Mai hatte die Armee Gwangju komplett eingeschlossen und abgeriegelt. Entgegen der Gerüchte über gewalttätige Banden in Gwangju übten die Bürger:innen der Stadt eine disziplinierte demokratische Selbstverwaltung aus und ernannten Vertreter:innen, die Verhandlungen mit dem Militär aufnahmen. Gwangju war zu diesem Zeitpunkt von jedem Verkehr und jeglicher Kommunikation mit der Außenwelt abgeschnitten. Dennoch bestand die Bevölkerung darauf, der Wahrheit Geltung zu verschaffen. Sie forderte die Aufhebung des Ausnahmezustands und die Freilassung der Anführer:innen der Demokratiebewegung. Die Bürgerarmee erhielt die Aufgabe, für Sicherheit in der Stadt zu sorgen (Chung/Simin 2004).

Während der sechstägigen Besetzung versorgte die Bevölkerung bewaffnete Mitbürger:innen mit Nahrungsmitteln, Hunderte spendeten Blut für die Verletzten. Trotz Abwesenheit der Staatsmacht wurde eine friedliche und funktionierende Gesellschaft aufrechterhalten. Es gab keine Meldungen über Diebstahl oder Raub während der Besetzung. Einige Angestellte des öffentlichen Dienstes kooperierten sogar mit dem Bürgerkomitee, um den Betrieb in der Stadt aufrechtzuerhalten. Gwangju war wie befreit. Es kam zu Massenkundgebungen zusammen mit dem Bürgerkomitee, das die Aufgabe hatte, über die Lage Bericht zu erstatten. Auf diesen Versammlungen entwickelten sich lebhaftere Diskussionen, und nach öffentlicher Debatte und Konsensfindung wurden wichtige Beschlüsse gefasst. Während die Gemäßigten unter den führenden Vertreter:innen der Zivilgesellschaft die Waffen niederlegen wollten und sich dafür aussprachen, sich friedlich zu ergeben, um ein weiteres Blutbad zu verhindern, bestand die Mehrheit der Bürger:innen darauf, den bewaffneten Kampf fortzusetzen.

Am 27. Mai um zwei Uhr morgens begann eine Blitzoperation mit 25.000 Bürgersoldat:innen. Am Provinzamt hielt der Widerstand der Bevölkerung am längsten durch. Die Armee feuerte über 10.000 Schüsse auf sie ab und tötete auf einen Schlag mehrere Dutzend Soldat:innen. Das Provinzamt wurde von der Armee eingenommen, der Gwangju-Aufstand war niedergeschlagen.

Nach zehn Tagen der Besetzung und des Aufstands durch die Bevölkerung Gwangjus war das Militär schonungslos gegen die Aufständischen vorgegangen. Über 2.000 Bürger:innen wurden während des Aufstands getötet oder verschwanden. Nach offiziellen Berichten hingegen gab es lediglich 165 Tote und 166 Vermisste, 101 Personen seien ihren Verletzungen erlegen und 3.139 verwundet worden. Sofort nach Unterdrückung des Aufstands nahm das Militär in einer umfangreichen Verhaftungswelle 1.589 Personen fest (Wikipedia-Eintrag »Gwangju-Aufstand«). Die Opfer wurden in Gefangenschaft wahllos geschlagen und gefoltert und blieben jahrelang inhaftiert. Die Betroffenen und ihre Familien erlitten posttraumatische Belastungsstörungen, ein großer Teil der Bevölkerung Gwangjus ist von psychologischen Traumata betroffen. Unter denjenigen, die das Massaker miterlebt hatten, fanden viele nicht in ein normales Leben zurück. Selbstmord, Gewalt, Drogenabhängigkeit, Scheidungen und andere familiäre und persönliche Probleme prägten Gwangju für viele Jahre (Nah/Katsiaficas 2007; Won 2009b).

Eine kurze Analyse des Aufstands

Der Aufstand begann als spontaner Studierendenprotest. Die brutale Reaktion der Fallschirmspringertruppen ließ die friedlichen und defensiven Demonstrationen zum allgemeinen bewaffneten Aufstand werden. Trotz niedrigem Organisationsgrad und einem eher gering ausgebildeten politischen Bewusstsein siegte die Bevölkerung Gwangjus zunächst über die bewaffneten Truppen. Mit Ausweitung des Aufstands schlossen sich immer mehr Junge und Arbeiter:innen dem Kampf an, wie aus der Tabelle unten hervorgeht. Später stellten sie sich in bewaffneten Kämpfen der Armee entgegen. Eine Reihe studentischer Proteste

Tabelle: Alter und Beschäftigung der beim Aufstand Getöteten

Alter	Anzahl	Beschäftigung	Anzahl
Unter 14	8	Studierende	27
15–19	36	Selbständige	21
20–29	73	Büroangestellte	14
30–39	26	Hilfssoldaten*	2
40–49	9	Öffentliche Angestellte	2
50–59	6	Fahrpersonal	11
60–69	4	Arbeiter:innen	34
Unbekannt	1	Arbeitslose	34
Gesamtzahl	163	Gesamtzahl	145

*Hilfssoldaten sind die ausgemusterten Militärrekruten, die in den 1980er-Jahren dennoch unter militärischem Kommando für das Militär oder die Zivilverwaltung arbeiten mussten, ohne kaserniert zu werden. Quelle: Wikipedia »Gwangju-Aufstand«

hatte sich so in einen popularen Aufstand von historischer Bedeutung verwandelt. Diese jungen Kämpfer:innen hielten das Provinzamt bis zuletzt besetzt.

Obwohl der Aufstand anfangs über keine klare politische Führung verfügte, befreite er Gwangju und rettete zahlreichen Studierenden und Zivilist:innen das Leben. Gwangju wurde zu einer selbstverwalteten Einheit, in der die Bürger:innen selbsttätig für Frieden und Ordnung in der Stadt sorgten. Es entstand sogar eine Kommune. Daraus entsprang der widerständige »Geist von Gwangju«, der nicht nur der Stadt selbst, sondern dem ganzen Land eine Inspirationsquelle geblieben ist (Nah/Katsiaficas 2007; Katsiaficas 2012).

Gwangjus historische Bedeutung und bleibende Wirkung

Die Ereignisse in Gwangju 1980 waren eine Schlüsselerpisode für Südkoreas Entwicklung zur Demokratie. Nach dem Gwangju-Aufstand radikalisierte sich die Studierendenbewegung, was den Kämpfen gegen die Diktatur in den 1980er-Jahren den Weg ebnete. Eine wahrheitsgemäße Darstellung des Massakers in Gwangju und Bestrafung der Mörder waren Hauptforderungen der Bewegung. Das Ausmaß an Gewalt, das die nach Gwangju entsandten Spezialtruppen während des Aufstands und danach verübten, schockierte die Studierenden und Demokratieaktivist:innen und löste heftige politische Debatten aus. Der Rückzug der Massendemonstration am Seouler Bahnhof war ein großes Streitthema. Die Entscheidung der damaligen Anführer:innen, eine direkte Konfrontation mit dem Militär zu vermeiden, wurde scharf kritisiert. In der Folge wurde die Demokratiebewegung zunehmend militanter und übernahm eine Hauptrolle bei den Kämpfen der südkoreanischen Bevölkerung. Die intensive Diskussion über das Ziel der Bewegung führte zu dem Schluss, dass ein vollständiger und revolutionsartiger Sturz des Militärregimes notwendig sei, um Demokratie zu erlangen. In der Bewegung herrschte zudem Konsens darüber, dass der Kapitalismus bekämpft werden müsse. Die Ereignisse in Gwangju deuteten somit bereits die Radikalisierung der Bewegung an, die mit einer neuen Generation junger Revolutionär:innen einherging.

Der Gwangju-Aufstand mit seiner brutalen Niederschlagung hatte auch einen bedeutenden Einfluss auf Südkoreas Arbeiterbewegung. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich demokratische Gewerkschaftsarbeit hauptsächlich auf Arbeitsplatzthemen konzentriert, insbesondere auf Lohnerhöhungen, Arbeitsbedingungen, Fabrikschließungen usw. Die Gewerkschaften unterstützten einen kleinen Teil der Arbeiterklasse, beispielsweise Frauen, die in der exportorientierten Leichtindustrie, etwa der Textil-, Bekleidungs- und Stofftierbranche arbeiteten. Die Erfahrung in Gwangju weckte das politische Bewusstsein auch der Arbeiterbewegung. Sie erkannte in der Militärdiktatur ihren Feind und begann, nach den Grundursachen für die Widersprüche im Kapitalismus zu suchen. So erhielt die Bewegung eine neue Richtung und Orientierung für die Zukunft.

Nach Gwangju führte die Studierendenbewegung überall im Land weiterhin die sozialen und politischen Kämpfe an, die in einem einmonatigen landesweiten Protest, dem Juni-Aufstand von 1987, kulminierten (Won 2009b: 2014-2015). Die nationale Demokratiebewegung setzte sich erfolgreich gegen die Diktatur zur Wehr und bereitete der Demokratie den Weg. Zusätzlich erhoben sich im Sommer 1987 überall im Land Arbeiter:innen und forderten höhere Löhne sowie bessere Arbeitsbedingungen. Zwischen dem 29. Juni und dem 31. Oktober kam es zu insgesamt 3.225 Streiks, durchschnittlich 44 Streiks pro Tag. Infolgedessen wurden 1.361 neue Gewerkschaften gegründet, die 220.000 neue Mitglieder verzeichneten und den Weg für ein demokratisches und unabhängiges Gewerkschaftswesen freimachten (Won 2009a: 1984-1986).

Unter den Zivilregierungen der 1990er-Jahre wurden Maßnahmen zur Wiedergutmachung und rechtliche Schadensersatzansprüche beschlossen, sie blieben allerdings begrenzt und durch die politischen Agenden der Regierenden beeinflusst. Ironischerweise verblasst der Geist von Gwangju gerade in der jetzigen Zeit, in der das historische Gedenken in Südkorea institutionalisiert wird. Rechtsextreme versuchen, den Gwangju-Aufstand durch Falschinformation und Propaganda in Verruf zu bringen, indem sie ihn als Komplott Nordkoreas darstellen, das Spezialeinheiten in den Süden geschickt habe, um dort Unruhen anzuzetteln. Historische Zeugnisse zeigen jedoch, dass Südkorea ohne Gwangju heute nicht wäre, was es ist. Die Freiheit und politischen Rechte, die seine Bevölkerung heute genießt, wären nicht so schnell errungen worden. Die heutige Generation verdankt viel den Opfern und dem heroischen Kampf der Märtyrer von Gwangju.

Literatur

- Chung, Sang-yong/Simin, Rhyu (2004): *Memories of May 1980: A Documentary History of the Gwangju Uprising in Korea*. Seoul.
- »Gwangju-Aufstand« In: [Wikipedia. ko.wikipedia.org/wiki/5-18_광주_민주화_운동](https://ko.wikipedia.org/wiki/5-18_광주_민주화_운동) (31.7.2020).
- Nah, Gahn-chaek/Katsiaficas, George (2007): *South Korean Democracy: Legacy of the Gwangju Uprising*. London.
- Katsiaficas, George (2012): *Asia's Unknown Uprisings, Volume 1: South Korean Social Movements in the 20th Century*. Oakland.
- Lee, Myung-sik/Yi, Myöng-sik (2010): *The History of Democratization Movement in Korea*, Seoul.
- Won, Youngsu (2009a): *Korea, Labour Movement, 20th Century*. In: Ness, Immanuel (Hrsg.): *The International Encyclopaedia of Revolution and Protest*. London, 1981-1998.
- Won, Youngsu (2009b): *Gwangju Student Uprising*. In: Ness, Immanuel (Hrsg.): *The International Encyclopaedia of Revolution and Protest*. London, 2014-2015.

Gewerkschaftlicher Widerstand gegen neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes in Japan

von Hiroaki Richard Watanabe

Abgesehen von zwei kurzen Phasen (1993–1994 und 2009–2012) wird Japan seit 1955 von der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) regiert, die bei politischen Entscheidungsprozessen im Laufe der Jahre wachsende autoritäre Tendenzen an den Tag gelegt hat. Um die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes durchzusetzen, schloss sie die Gewerkschaften aus mehreren Beratungsgremien aus. Deren Verhandlungsmacht wurde außerdem durch rückläufige Mitgliederquoten und Tarifbindung sowie durch Interessenkonflikte mit Blick auf die Deregulierungen geschwächt. Während nicht-regulär wie regulär Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unter prekären Bedingungen arbeiten müssen, setzen die etablierten Betriebsgewerkschaften weiterhin auf den Schutz der Kernbelegschaften in großen Unternehmen. Weniger konventionelle Gewerkschaften, denen jede:r unabhängig von der Betriebszugehörigkeit individuell beitreten kann, greifen dagegen gerade das Problem schlechter Arbeitsbedingungen auf.

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie sich insbesondere Mitgliedergewerkschaften der neoliberalen Deregulierung des Arbeitsmarktes widersetzt haben. Nach der Darstellung der Deregulierung und der dadurch gestiegenen Prekarität wird die Reaktion der Mainstream-Gewerkschaften auf die schlechten Arbeitsbedingungen kurz erörtert. Es folgt eine Fallstudie zur Mitgliedergewerkschaft *Shutoken Seinen Union* (SSU, Metropolitane Gewerkschaft junger Arbeiter:innen), die vor allem die Interessen jüngerer Arbeiter:innen vertritt. Es wird argumentiert, dass die SSU zwar jungen Arbeiter:innen geholfen hat, mit prekären Arbeitsverhältnissen umzugehen. Und sie seien in Konflikten mit Arbeitgeber:innen unterstützt worden. Ihre Situation konnte sich aber mangels personeller und finanzieller Ressourcen kaum verbessern. Obwohl sie als politischer Akteur aufgetreten ist und durch Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein Konzept von Gewerkschaft als soziale Bewegung (*Social Movement Unionism*) verfolgt hat, vermochte sie die neoliberale Deregulierung der Arbeitswelt nicht aufzuhalten.

Neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes und prekäre Jobs

Seit dem Platzen einer Aktien- und Immobilienblase Anfang der 1990er-Jahre verharrt Japan in wirtschaftlicher Stagnation. Zudem waren seine Unternehmen verstärkter Konkurrenz durch ostasiatische Nachbarländer wie Südko-

rea, Taiwan und China ausgesetzt. Der Forderung von Unternehmen, der Lage durch eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu begegnen, kam die LDP-Regierung mit zunehmend autoritären Maßnahmen nach, etwa indem sie die Gewerkschaften aus Gremien wie dem für die Verwaltungsreformen der frühen 2000er-Jahre zuständigen Beirat ausschloss (Miura 2012; Watanabe 2014). Die Implementierung der Deregulierung des Arbeitsmarktes lässt sich als »autoritärer Neoliberalismus« beschreiben (Bluff 2014). Um besser durchregieren zu können, strebte die LDP-Regierung das Monopol auf die Festlegung der politischen Agenda an. Die Gewerkschaften sind am politischen Entscheidungsprozess zusammen mit den Unternehmen zwar weiterhin über die Beiräte des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Soziales beteiligt, dessen Kompetenzen jedoch in gewissem Maß eingeschränkt wurden.

Die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes betrifft vor allem irreguläre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit und befristete Verträge, mit Blick auf Arbeitszeiten aber auch den regulären Bereich (Watanabe 2018). Im ersten Fall liberalisierte sie zunächst 1999 das Gesetz über Leiharbeit, deren Einsatz nun fast überall legal wurde. Zu den wenigen Ausnahmen zählte die verarbeitende Industrie. Dort wurde sie 2003 durch eine weitere Gesetzesänderung zugelassen – angesichts der Bedeutung dieses Bereichs für Japans Wirtschaft ein folgenreicher Schritt. Seit 2015 schließlich können Unternehmen ohne zeitliche Begrenzung auf Leiharbeiter:innen zurückgreifen, sofern sie sie alle drei Jahre auswechseln. Während es für die Unternehmen unerheblich ist, wen sie im Einzelnen beschäftigen, wurde Leiharbeit dadurch wesentlich prekärer, da das Arbeitsverhältnis binnen drei Jahren beendet werden kann, falls die betreffende Arbeitskraft nicht regulär oder befristet übernommen wird.

Diese Reformen haben die Zahl der irregulär Beschäftigten in die Höhe getrieben; sie machen heute fast 40% der Erwerbsbevölkerung aus. Ihre Jobs sind sehr unsicher – wie die Entlassungswellen während der globalen Finanzkrise 2007/2008 und jüngst während der Covid-19-Pandemie gezeigt haben. Ihre Arbeitsbedingungen sind schlecht, die Löhne niedrig, der Zugang zu sozialen Sicherheiten wie Betriebsrenten- und Arbeitslosenversicherung ist ungenügend.

Regulär Beschäftigte sind besser abgesichert. Aber auch ihre Situation hat sich unter anderem mit Blick auf Löhne und Arbeitszeiten verschlechtert (Kumazawa 2013). So weitete die LDP-Regierung 1998 und 2003 durch Änderungen des Rahmengesetzes für Arbeit die »freie Zeiteinteilung« aus: Regulär Beschäftigte, die unter das Gesetz fallen, sollen über mehr Freiheiten bei der Gestaltung ihrer Arbeitszeit verfügen – verlieren aber mit Ausnahme von Wochenenden, Feiertagen und Nachtschichten jeden Anspruch auf Überstundenzuschläge. Eine größere Selbstbestimmung über die Arbeitszeiten entspricht außerdem häufig nicht der Realität. Stattdessen können Unternehmen die Beschäftigten nun flexibler und mit niedrigeren Löhnen einsetzen. 2018 führte

die LDP-Regierung im Zuge einer Gesetzesreform die Kategorie der »hochprofessionellen Arbeit« ein, die die Arbeitszeitregelungen weiter aufweicht: Regulär Beschäftigte, die »hochprofessionelle Arbeit« leisten, haben grundsätzlich keinen Anspruch mehr auf Überstundenzuschläge. Zwar wurde auch eine Obergrenze für Überstunden festgelegt. Die ist aber immer noch hoch (100 Stunden im Monat, durchschnittlich 80 Stunden pro Monat im Halbjahr und insgesamt 720 Stunden im Jahr). Dass die Zahl der *karōshi* (Tod durch Überarbeitung) und *karō jisatsu* (Suizid aufgrund von psychischen Problemen durch Überarbeitung) dadurch nennenswert sinkt, darf bezweifelt werden. Japan gehört bis heute zu den OECD-Staaten mit den längsten Arbeitszeiten. Da regulär Beschäftigten permanent droht, durch das wachsende Heer der Prekären ersetzt zu werden, sind die Unternehmen in der Position, sie zu harter Arbeit unter schlechten Bedingungen zu drängen.

Die Reaktion der Gewerkschaften auf prekäre Arbeitsverhältnisse

Die beschriebene Deregulierung des Arbeitsmarktes hat die Gewerkschaften geschwächt, weil durch sie die Zahl der irregulär Beschäftigten gewachsen ist, die schwerer zu organisieren sind – besonders wenn sie nur kurze Zeit im Betrieb bleiben. Dies hat zum Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads beigetragen, der bei rund 17% liegt. Auch der Verlust des Einflusses auf den politischen Entscheidungsprozess durch beratende Gremien hat die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften untergraben.

Zusätzlich dazu beigetragen haben Interessenkonflikte zwischen den Gewerkschaften. Bei Betriebsgewerkschaften in international wettbewerbsfähigen Sektoren wie der Automobil- und (bis vor Kurzem) der Elektronikindustrie stieß die Deregulierung des Arbeitsmarkts nicht zwangsläufig auf Ablehnung. Um ihre Unternehmen in der Weltmarktkonkurrenz zu stärken und so die Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten zulasten irregulär Beschäftigter zu sichern, sind sie häufig klassenübergreifende Bündnisse mit dem Management eingegangen. Da ihre Existenz vom Unternehmenserfolg abhängt, besteht für sie ein starker Anreiz zu dieser Kooperation; im Gegensatz zu Maßnahmen, die den Betrieb stören (Fukui 2005). Entsprechend gleichgültig stehen sie der Prekarität irregulär Beschäftigter sowie der Verschlechterung der Lage einer wachsenden Zahl von Festangestellten durch gesetzeswidrige Entlassungen, Einbehaltung von Löhnen und langen Arbeitszeiten gegenüber. Verbände wie der Japanische Gewerkschaftsbund RENGO greifen dagegen eher die Notlage einzelner regulär wie irregulär Beschäftigter auf, da sie sich in der Gesellschaft als Interessenvertretung »aller« Arbeiter:innen und nicht nur der Stammbeschäftigten großer Unternehmen legitimieren müssen (Kumazawa 2013). RENGO und andere Industriegewerkschaftsverbände wie *UA Zensen* – in den Branchen Textil, Einzelhandel und Lebensmittelverarbeitung der größte Japans – haben

sich bemüht, neben Festangestellten auch die wachsende Zahl der Prekären zu organisieren. Aufgrund der Untätigkeit der Betriebsgewerkschaften jedoch bleibt der Organisationsgrad beider Gruppen im Bereich der KMU niedrig, auch wenn er bei irregulär Beschäftigten etwas gestiegen ist.

Mitgliedergewerkschaften haben dagegen offensivere Kämpfe geführt, um besonders in KMU die Interessen von regulär wie irregulär Beschäftigten zu verteidigen, die von Prekarität und schlechten Arbeitsbedingungen betroffen sind (Royle/Urano 2012; Weathers 2010). Das sind teils »allgemeine« Branchen- und Berufsgewerkschaften, die vor allem Festangestellte in KMU und irregulär Beschäftigte organisieren. Teils beruhen sie eher auf einer bestimmten Community, umfassen aber dieselben Gruppen von Arbeiter:innen (Kojima 2020: 5).

Im Gegensatz zu Betriebsgewerkschaften haben Mitgliedergewerkschaften den Ruf, sich praktisch für Arbeitersolidarität und sozial gerechte Anliegen wie menschenwürdige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten einzusetzen (Fukui 2005; Kumazawa 2013; Suzuki 2012). Sie vertreten die Interessen von Festangestellten und Prekären in KMU, die von den Betriebsgewerkschaften nicht organisiert werden, und bemühen sich um die Lösung individueller Arbeitskonflikte. Dadurch haben sie bei der Unterstützung besonders von Prekären eine wichtige Rolle gespielt (Watanabe 2015). Solche aus vielen Einzelnen (und nicht aus Belegschaften) bestehenden Gewerkschaften verfügen allerdings über deutlich weniger Mitglieder und finanzielle Ressourcen als Betriebsgewerkschaften. Um diese Schwäche wettzumachen, gehen sie teilweise Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ein und treten so als bewegungsorientierte Gewerkschaften (*Social Movement Unionism*) auf (Suzuki 2012: 70). Dies geschieht jedoch häufig auf Ad-hoc-Grundlage und ohne ausreichende Organisationsstrukturen (Fukui 2005; Kojima 2020). Außerdem haben solche Gewerkschaften versucht, unter anderem durch Lobbyarbeit, Reformvorschläge und Massenproteste als politischer Akteur aufzutreten.

Die folgende kurze Fallstudie über die eingangs erwähnte *Shutoken Seinen Union* zeigt, wie Mitgliedergewerkschaften auf die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die LDP-Regierung reagiert haben und warum sie die Situation einzelner Arbeiter:innen nicht signifikant verbessern konnten.

Die Shutoken Seinen Union

Die im Jahr 2000 gegründete SSU beruht auf einer bestimmten Community und gehört dem Nationalen Gewerkschaftsbund *Zenrōren* an, dem zweitgrößten Dachverband japanischer Gewerkschaften. Laut ihrem Jahresbericht 2015 hatte sie rund 360 Mitglieder (die Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren kaum verändert). Die SSU ist darauf spezialisiert, die Interessen jüngerer Arbeiter:innen zu vertreten, die von den neoliberalen Maßnahmen der LDP besonders

betroffen sind. Denn gerade sie werden von den Unternehmen immer häufiger irregulär beschäftigt. Angesichts der wachsenden Prekarität bietet sie Rechtsberatungen an und konnte bei sehr vielen Arbeitskonflikten eine Einigung erzielen (Interview mit dem SSU-Vorsitzenden 2016).

Durch Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist die SSU als *Social Movement Union* aufgetreten und hat die Regierung zu einer besseren sozialen Absicherung von Armen trotz Arbeit (*working poor*) und Arbeitslosen aufgerufen. So hat sie sich beispielsweise während der globalen Finanzkrise der Kampagne des Netzwerkes gegen Armut (*Han-Hinkon*) für ein Solidaritätszentrum angeschlossen, das Leiharbeiter:innen, die entlassen und dadurch obdachlos wurden, mit Essen und Unterkunft unterstützte. Später beteiligte sie sich an der Kampagne »Kämpfen für 1.500 Yen«. Sie wurde von der zivilgesellschaftlichen Organisation *Aequitas* (lat., »gerecht«) im Oktober 2015 durchgeführt und mehrfach wiederholt, um eine Erhöhung des Mindestlohns für Arme trotz Arbeit zu erreichen. Die Mindestlöhne in Japan sind im internationalen Vergleich niedrig, gegenwärtig liegen sie nur bei durchschnittlich 900 Yen (bei einem Wechselkurs von 110 Yen für einen Dollar sind dies etwa acht Dollar). Die auf dem Konzept des *Social Movement Unionism* fußende Kampagne war insofern ein Erfolg, als sie nicht nur zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen aus den Bereichen Arbeitsforschung und Arbeitsrecht einbezog. Sie band auch Politiker:innen von sozialstaatlich ausgerichteten Kräften wie der Demokratischen Partei Japans, damals die größte Oppositionspartei, und der Kommunistischen Partei Japans ein (Interview mit dem SSU-Vorsitzenden 2016).

Mit Lobbyarbeit gegenüber Politik und Verwaltung ist die SSU zudem als politischer Akteur aufgetreten. Beispielsweise hat sie an Sitzungen mit Oppositionsabgeordneten im Parlament (*Kokkai*) teilgenommen, um über die Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter zu diskutieren, und dabei selbst eine Reihe von Vorschlägen formuliert. Ebenso hat sie Appelle an das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales sowie an die Arbeitsbehörde des Großraums Tokio gerichtet, um die Situation ihrer Basis mit Blick auf Mindestlöhne, sichere Jobs, Arbeitszeiten, Ausbildung und anderes zu verbessern (Interview mit dem SSU-Vorsitzenden 2016).

Als bewegungsorientierte Gewerkschaft und politischer Akteur konnte die SSU zwar die Öffentlichkeit auf das Los junger Arbeiter:innen aufmerksam machen. Sie konnte aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben, geschweige denn die Prekarität erfolgreich zurückdrängen. Die Mindestlöhne liegen weiterhin deutlich unter der Zielmarke der SSU von 1.500 Yen. Und die jüngsten Lohnsteigerungen wurden vor allem durch das Schrumpfen der Erwerbsbevölkerung möglich. Für Gewerkschaften wie die SSU, die ihre Mitglieder in der Regel eher als Einzelne über Beratungsange-

bote gewinnen und nicht durch traditionelle Massenwerbung im Betrieb, ist es schwierig, eine große Zahl von Arbeiter:innen zu organisieren. Mit ihren bescheidenen Ressourcen ist die SSU nicht in der Lage gewesen, in größerem Maßstab als bewegungsorientierte Gewerkschaft aufzutreten oder genügend politischen Druck aufzubauen, um tatsächlich Einfluss auf die Regierungspolitik zu gewinnen. Infolgedessen konnte sie die Arbeitsbedingungen junger Beschäftigter nicht bedeutend verbessern; sie bleiben prekär.

Fazit

Die neoliberale Deregulierung des Arbeitsmarktes durch die zunehmend autoritär agierende LDP-Regierung hat die Prekarität gefördert und die Situation nicht nur irregulär Beschäftigter, sondern auch wachsender Teile der Festangestellten verschlechtert. Anstatt darauf mit Kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen zu reagieren, haben Betriebsgewerkschaften dies weitgehend gleichgültig hingenommen. Denn für sie bestehen stärkere Anreize, die Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten großer Unternehmen durch Kooperation mit dem Management zu sichern. Branchenverbände wie RENGO haben gewisse Anstrengungen unternommen, regulär wie irregulär Beschäftigte in KMU zu organisieren, um ihre gesellschaftliche Relevanz unter Beweis zu stellen. Mangels Unterstützung durch die Betriebsgewerkschaften konnten sie die Prekarität jedoch kaum zurückdrängen.

Mitgliedergewerkschaften, deren Selbstverständnis auf dem Solidaritätsgedanken basiert, waren entschlossener, der ausufernden Prekarität zu begegnen und bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Sie haben bei der Unterstützung einzelner Beschäftigter in rechtlichen Konflikten mit Arbeitgeber:innen eine wichtige Rolle gespielt und konnten ihre Situation in manchen Fällen verbessern. Wie die Fallstudie über die SSU gezeigt hat, mangelt es solchen Gewerkschaften jedoch an Ressourcen und ist ihr Engagement als bewegungsorientierte Gewerkschaft und als politischer Akteur ungenügend geblieben. Infolgedessen sind viele Arbeiter:innen weiterhin mit Prekarität und schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert, die die LDP-Regierung durch neoliberale Reformen forciert hat.

Literatur

- Bluff, Ian (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. In: *Rethinking Marx*, 26, 113-129.
- Fukui, Yusuke (2005): Nihon niokeru Shakai Undōteki Rōdō Undō toshiteno Komyuniti Yunion. In: *Ohara Shakai Mondai Kenkyūjo Zasshi*, 562/563, 17-28.
- Kojima, Shinji (2020): Social Movement Unionism in Contemporary Japan: Coalitions within and across Political Boundaries. In: *Economic and Industrial Democracy*, 41, 189-211.
- Kumazawa, Makoto (2013): Rōdō Kumiai Undō towa Nanika: Kizuna no Aru Hataraki-

kata o Motomete. Tokio.

- Miura, Mari (2012): *Welfare through Work: Conservative Ideas, Partisan Dynamics, and Social Protection in Japan*. Ithaca.
- Royle, Tony/Urano, Edison (2012): *A New Form of Union Organizing in Japan? Community Unions and the Case of the McDonald's »McUnion«*. In: *Work, Employment and Society*, 26, 606-622.
- Suzuki, Akira (2012): *The Limits and Possibilities of Social Movement Unionism in Japan in the Context of Industrial Relations Institutions*. In: Suzuki, Akira (Hrsg.): *Cross-national Comparisons of Social Movement Unionism: Diversities of Labour Movement Revitalization in Japan, Korea and the United States*, Bern, 61-89.
- Watanabe, Hiroaki Richard (2014): *Labour Market Deregulation in Japan and Italy: Worker Protection under Neoliberal Globalisation*. London.
- Watanabe, Hiroaki Richard (2015): *The Struggle for Revitalisation by Japanese Labour Unions: Worker Organising after Labour-Market Deregulation*. In: *Journal of Contemporary Asia*, 45, 510-530.
- Watanabe, Hiroaki Richard (2018): *Labour Market Dualism and Diversification in Japan*. *British Journal of Industrial Relations*, 56, 579-602.
- Weathers, Charles (2010): *The Rising Voice of Japan's Community Unions*. In: White, Bruce L. J./Nishimura, Yuko/Vinken, Henk (Hrsg.): *Civic Engagement in Contemporary Japan: Established and Emerging Repertoires*. London, 67-83.

Gewerkschaftliche Mobilisierung gegen das Modi-Regime in Indien

von Charvaak Pati

Als die von der *Bharatiya Janata Party* (BJP, Partei des indischen Volkes) geführte Koalition *National Democratic Alliance* (NDA, Nationale Demokratische Allianz) im Jahr 2014 unter der Führung von Narendra Modi an die Macht kam, war das ein Wendepunkt für die indische Politik. Modi ritt auf der Welle der Antikorruptionsbewegungen gegen die vorherige Regierung der *United Progressive Alliance* (UPA, Vereinigte Fortschrittliche Allianz). Nach mehr als drei Jahrzehnten sicherte sich die BJP die absolute Mehrheit in der Lok Sabha, dem Unterhaus des indischen Parlaments. 2019 wurde die NDA mit noch besseren Ergebnissen wiedergewählt. In der zweiten Regierungsperiode drängte das Regime auf neoliberale Wirtschaftsreformen in Form von Arbeitsrechtsreformen und Privatisierungen. Auf diese beiden Ziele der Regierungspolitik konzentrierten sich die seit 2014 unter der Führung der *Central Trade Unions* (CTUs, *Zentrale Gewerkschaftsverbände*) organisierten Gewerkschaftsmobilisierungen. Sie richteten sich auch gegen insgesamt aggressive marktfreundliche Politiken, wie die Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen in den Sektoren Einzelhandel, Bahn und Verteidigung. Die CTUs mobilisierten in erster Linie Arbeiter:innen im formellen Sektor mit Gewerkschaftsrechten, z.B. im Banken- und Versicherungswesen, bei der Eisenbahn und in verschiedenen Staatsunternehmen. In Indien sind weniger als zehn Prozent der Arbeitskräfte formell Beschäftigte (Aggarwal 2013). Jenseits der offiziellen Gewerkschaftsbewegungen kam es auch zu spontanen Protesten gegen die arbeiterfeindliche Politik des Regimes. Dieser Beitrag umfasst drei Elemente der Gewerkschaftsmobilisierung gegen das Modi-Regime: die organisierte und offizielle Gewerkschaftsbewegung unter der Führung der CTUs; die Entstehung neuer Arbeiterorganisationen, die außerhalb der CTUs operieren; und spontane Proteste von Arbeiter:innen im informellen Sektor. Der Beitrag schließt mit kritischen Anmerkungen zu den Grenzen der Gewerkschaftsbewegungen in Indien und ihre Reaktionen auf die arbeiterfeindliche Politik im Zuge der Covid-19-Pandemie.

Offizielle Gewerkschaftsmobilisierung

Nach seiner Machtübernahme formulierte das Modi-Regime zwei wichtige Politiken: Die Initiative *Make in India* und arbeitsrechtliche Reformen. Während *Make in India* vor allem ins Leben gerufen wurde, um mit China zu konkurrieren und Indien als Standort für die verarbeitende Industrie zu fördern, sollten die arbeitsrechtlichen Reformen mehr privates und insbesondere internationales Kapital anziehen. Arbeitsmarktreformen sind in Indien ein his-

torisches Konfliktthema. Und kein vorheriges Regime hat jemals so sehr auf sie gedrängt wie die Modi-Regierung. Mit der Parlamentsmehrheit war der Moment gekommen, um die Arbeitsreformen als funktionale Voraussetzung für das *Make in India*-Programm voranzubringen.

Die Regierung ersetzte 44 Arbeitsgesetze durch vier Arbeitsgesetzbücher,⁴⁵ um eine »archaische« Gesetzgebung abzuschaffen. Die Reformen wurden von der Regierung als notwendig betrachtet, um Business in Indien zu erleichtern. Gemeint ist, es stark zu vereinfachen, sich, wenn nötig, Arbeiter:innen zu entledigen und möglichen Gewerkschaftswiderstand zu beseitigen. Die Reformen erfolgen ohne Belege dafür, dass sie mehr Beschäftigung schaffen (Roychowdhury 2019). Die frühere Fassung des Gesetzes zu Arbeitskonflikten sah vor, dass ein Unternehmen mit 100 Beschäftigten einer Regierungsgenehmigung bedarf, bevor es Arbeiter:innen entlässt oder einen Betrieb schließt. Diese Schwelle wurde im neuen Entwurf auf 300 Beschäftigte angehoben. Ein weiterer strittiger Punkt betrifft befristete Beschäftigungsverhältnisse. Die Gewerkschaften befürchten mehr Prekarität und einen Verlust an Sicherheit für die Arbeiter:innen. Was die Sicherheit am Arbeitsplatz betrifft, so sehen die neuen Gesetze vor, dass die Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen von der Unternehmensleitung selbst gemeldet werden und das bisherige System der Fabrikspektionen aufgegeben wird (The Occupational Safety, Health and Working Conditions Code 2019: 28-30).

Die CTUs haben zahlreiche landesweite Streiks gegen die Politikentwürfe organisiert. Neben dem Widerstand gegen die Arbeitsreformen mobilisierten sie auch gegen Versuche der Privatisierung von Unternehmen des öffentlichen Sektors wie die staatliche Bahngesellschaft *Indian Railways*, die staatlichen Telekommunikationsunternehmen *Bharat Sanchar Nigam Limited* und *Mahana-gar Telephone Nigam Limited* sowie die staatliche Fluggesellschaft *Air India*. Die Gewerkschaften befürchten, dass der Telekommunikationssektor letztlich unter drei Akteuren aufgeteilt wird – den beiden Großunternehmen *Airtel* und *Reliance Jio* und dem kleineren *Vodafone Idea*. Um die Beschäftigten dazu zu zwingen, den Vorruhestand zu akzeptieren, bevor die beiden Staatsunternehmen privatisiert werden, wurde eine freiwillige Ruhestandsregelung eingeführt.⁴⁶ Seit ihrer Einführung haben fast 90.000 Arbeiter:innen das Vor-

⁴⁵ Die vier Arbeitsgesetze haben mehrere dreigliedrige Konsultationen und Debatten im Parlament durchlaufen. Einige wurden bereits eingeführt, andere werden derzeit eingebracht und verabschiedet. Darüber hinaus haben die Provinzregierungen die Gesetze im Einklang mit den neuen Gesetzbüchern geändert, noch bevor sie in das Parlament eingebracht wurden.

⁴⁶ So Amarjeet Kaur, Generalsekretär des *All India Trade Union Congress* (AITUC, Gesamtindischer Gewerkschaftskongress), während einer Protestbewegung in Delhi im November 2019.

ruhestandsangebot angenommen (The Economic Times 2019). Die CTUs und die Eisenbahngewerkschaften wie die *All India Railwaymen's Federation* (AIRF, Gesamtindischer Eisenbahnerverband) riefen Streiks aus, um gegen die Pläne der Regierung zu protestieren, den Betrieb des Schienenpersonenverkehrs an Privatunternehmen zu übergeben und Produktionsstätten der Eisenbahn in öffentlich-private Partnerschaften einzugliedern (The Hindu 2019). Die AIRF beging vom 1. bis 6. Juli 2019 einen einwöchigen »Trauertag« mit Protestmobilisierungen gegen die Pläne (Mishra 2019).

Im November 2017 organisierten 13 CTUs ein dreitägiges *Mahapadav* (Massen-Sit-In) in Delhi, um gegen die einjährige Geldentwertung zu protestieren, die existenzbedrohend für die informellen Arbeiter:innen ist. Die CTUs und mehrere unabhängige Gewerkschaften protestierten gemeinsam gegen die Zunahme von Gelegenheitsarbeit, Arbeitslosigkeit, arbeitgeberfreundlichen Arbeitsrechtsreformen, fehlende Beschäftigungsprogramme und ausländische Direktinvestitionen in strategischen Sektoren wie Eisenbahn und Verteidigung (Mahaprashasta 2017).

Die Gewerkschaften riefen erstmals seit den Wirtschaftsreformen der Kongressregierung 1991 wieder landesweite Generalstreiks aus. Millionen von Arbeiter:innen nahmen an den Generalstreiks teil, die allgemeine Forderungen der Arbeiter:innen des formellen sowie informellen Sektors erhoben. An dem größten Generalstreik am 8. Januar 2020 nahmen 250 Millionen Arbeiter:innen teil, darunter Beschäftigte aus Staatsunternehmen, informelle Arbeiter:innen aus dem formellen Sektor und Arbeiter:innen aus dem informellen Sektor. Die Forderungen umfassten eine Erhöhung des Mindestlohns, die Rücknahme von Arbeitsreformen, Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit und des Ausverkaufs im öffentlichen Sektor, ein Ende der Niedriglohnvertragsarbeit und die Abschaffung des kürzlich verabschiedeten diskriminierenden Staatsbürgerschaftsgesetzes (Varma 2020).

Das Entstehen unabhängiger und aktivistischer Gewerkschaften

Die Mobilisierungen wurden von kleineren, aber kämpferischen Organisationen in verschiedenen Industrieregionen angeführt. Das *Workers' Solidarity Centre* (WSC, Zentrum für Arbeitersolidarität) hat eine Reihe gewerkschaftliche Organisierungskampagnen in den Autoindustrieclustern in Delhi NCR⁴⁷ angeführt. Das *Inquilabi Mazdoor Kendra* (IMK, Revolutionäres Arbeiterzentrum) war unter den Beschäftigten in den Industrieclustern im Bundesstaat Uttarakhand aktiv. *Bigul Mazdoor* (Signalhorn der Arbeiter:innen) führte mehrere er-

⁴⁷ Die *National Capital Region* (NCR) ist eine zentrale Planungsregion mit 46 Millionen Einwohner:innen, die das gesamte Gebiet von Delhi und mehrere angrenzende Distrikte umfasst.

folgreiche Bewegungen für die gewerkschaftliche Organisierung der informellen Arbeiter:innen und gegen die Politik des Modi-Regimes in Delhi an. Viele solcher Organisationen sind in verschiedenen Teilen des Landes aktiv. Kürzlich schlossen sich 14 Gewerkschaften und Organisationen zu einer gemeinsamen Front namens *Mazdoor Adhikar Sangharsh Abhiyan* (MASA, Kampagne für Arbeiterrechte und Arbeitskampf) zusammen. Deren Hauptziel ist es, eine kämpferische Bewegung der Arbeiterklasse aufzubauen, die sich dem entgegenstellt, was sie »die Verratspolitik« der CTUs nennen.

In Indien gibt es 12 CTUs, die an politische Parteien angegliedert sind. Deren Ideologien reichen von rechts (BJP) über die Mitte (Kongress) bis links. Daneben besteht die unabhängige *National Trade Union Initiative* (NTUI, Nationale Gewerkschaftsinitiative), die keiner politischen Partei angehört. Während die parteibasierten Gewerkschaften ihre Mitglieder in erster Linie unter den formell Beschäftigten rekrutieren, organisiert die NTUI vornehmlich im informellen Sektor.

Das erklärte Ziel der MASA hingegen ist es, über die rein wirtschaftlichen Forderungen der Gewerkschaftspolitik in Indien hinauszugehen und gleichzeitig den ihr zugehörigen Gewerkschaften und Arbeiter:innen Autonomie zu gewähren. Sie versucht auch, für Werkvertragsbeschäftigte und Gelegenheitsarbeiter:innen zu kämpfen, die in den CTUs keine Stimme und Interessenvertretung haben. Dieser Ansatz, so die MASA, stehe im Gegensatz zur zentralisierten und bürokratischen Arbeitsweise der Zentralgewerkschaften.⁴⁸ Die MASA organisierte im März 2019 eine Kundgebung in Delhi gegen die arbeiterfeindliche Politik des Modi-Regimes, an der über 10.000 Arbeiter:innen teilnahmen, darunter Industriearbeiter:innen, städtische informelle Arbeiter:innen und Bauarbeiter:innen. Im Dezember 2019 kamen bei einem Fabrikbrand in Delhi 43 Beschäftigte ums Leben. Während die CTUs den Vorfall in Erklärungen verurteilten, protestierten die MASA-Gewerkschaften gegen die Fabrikbesitzer und die Regierung und forderten Entschädigung für die Verstorbenen.

Eine weitere gesamtindische Organisation, die *Automobile Workers' Union* (AWU, Automobilarbeitergewerkschaft) wurde im November 2015 im Anschluss an langwierige militante Kämpfe der Beschäftigten von Indiens füh-

⁴⁸ So Shyamveer vom IMK in einem Interview mit dem Autor im August 2019. IMK ist eine der führenden Organisationen in der MASA. Die MASA-Gewerkschaften vertreten, dass die CTUs sich auf formelle Arbeiter:innen konzentrieren und dass ihre Ideologie stets wirtschaftsorientiert ist. Sie werfen ihnen auch vor, den Fabrikkampf ausschließlich legal zu führen, was keinen Raum für spontane und militante Kämpfe ließe. Sie verweisen dabei auf die Maruti-Bewegung in den Jahren 2011 und 2012 und die Honda-Arbeiterbewegung im Jahr 2016, um zu verdeutlichen, dass die gewerkschaftliche Mobilisierung lokale Kämpfe stärker mit nationalen Kämpfen gegen die Strategien des Kapitals und die Politik des Staates verbinden sollte.

rendem Automobilhersteller *Maruti Suzuki India Limited* gegründet. Die Maruti-Bewegung stand für einen militanten Kampf um gewerkschaftliche Organisation und setzte sich für die Rechte der Arbeiter:innen ein, die nach dem Tod eines leitenden Angestellten im Juli 2012 inhaftiert worden waren. Sie ging auch über ihre lokalen Kämpfe in Gurgaon-Manesar in der Provinz Haryana hinaus und schaffte es, Autoindustriearbeiter:innen und Gewerkschaften verschiedener Automobilcluster durch einen »Skalensprung« zu vereinen, um es mit dem radikalen Geografen Neil Smith zu sagen.

Ziel der AWU ist es, die Kämpfe der Automobilarbeiter:innen in Indien zu vereinen. Denn die Branche expandiert angesichts gewerkschaftsfeindlicher Unternehmensführungen und massiver Zunahme von Werkverträgen. Die AWU ist keiner der CTUs angeschlossen und hat eine Reihe lokaler Kämpfe von Arbeiter:innen in verschiedenen Automobilclustern in Indien organisiert und koordiniert.

Spontane Bewegungen

Neben den organisierten Bewegungen und Mobilisierungen sind auch spontane Bewegungen entstanden, die eher von einfachen Arbeiter:innen als von Gewerkschaften geführt werden. Eine dieser spontanen Bewegungen wurde 2016 von Textilarbeiterinnen in den Städten Bangalore, Mysuru und Chennai angeführt. Mehr als 100.000 Arbeiter:innen, zumeist Frauen, gingen auf die Straße, um gegen die vorgeschlagenen Beschränkungen der Auszahlungen ihres hart verdienten Geldes zu protestieren, das in den Pensionsfonds des *Employee Provident Fund* (EPF, *Vorsorgefonds* für Arbeitnehmer) eingezahlt wurde. Der Änderungsvorschlag sah vor, dass Auszahlungen aus dem EPF erst dann zulässig wären, wenn die Beschäftigten das 58. Lebensjahr vollendet hätten. Angesichts massiver Proteste sah sich die Regierung gezwungen, den Änderungsvorschlag für den EPF zurückzuziehen (Yadav 2016). Ähnlich spontane Bewegungen wurden von Beschäftigten der Automobil- und Bekleidungsindustrie in verschiedenen Regionen Indiens ohne die CTUs oder eine andere Organisation der Arbeiterklasse selbst angeführt.

Die Bekleidungsindustrie in Gurgaon-Manesar zeichnet sich durch viele spontane Streiks und Proteste aus. Die Zahl der formell Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie ist extrem gering. Das hat es den Arbeitgebern ermöglicht, eine gewerkschaftliche Organisation zu unterbinden. Doch die Abwesenheit einer Gewerkschaft hat Werkvertragsbeschäftigte und Gelegenheitsarbeiter:innen nicht davon abgehalten, ihre Wut über die niedrigen Löhne und langen Arbeitszeiten zum Ausdruck zu bringen. Sie nutzten die Generalstreiks, um ihren Klassenantagonismus mit Steinwürfen, Sprechchören und der Zerstörung von Fahrzeugen zu äußern, und sich dann spurlos zurückzuziehen. Diese spontanen Aktionen finden in der Bekleidungsindustrie in vielen Teilen Indi-

ens mehr und mehr Verbreitung.⁴⁹ Da über 90% der Arbeiter:innen im informellen Sektor ohne Vertrag und Gewerkschaftsrechte arbeiten, werden diese Protestformen in Zukunft weiter zunehmen.

Schlussbemerkungen

Die Privatisierung staatseigener Unternehmen und arbeitsrechtliche Reformen sind seit Langem bestehende Forderungen der indischen Kapitalistenklasse, die bereits vor der Machtübernahme Modis erhoben wurden. Doch frühere Regierungen setzten diese Politik aufgrund des Drucks von linken Parteien und Gewerkschaften nur langsam um. Das neue Regime hat die Prozesse beschleunigt. Eine entlang von Parteiliniien fragmentierte Gewerkschaftsbewegung, der Beschäftigungsrückgang im öffentlichen Sektor und die Zunahme der massiven informellen Arbeiterschaft haben es erschwert, die arbeiterfeindliche Politik der Regierung infrage zu stellen. Während unabhängige und militante Organisationen das Narrativ und die Kampfmethoden der offiziellen und organisierten Gewerkschaftsbewegung hinterfragen, sind in vielen Regionen Indiens spontane Arbeiterbewegungen entstanden, die sich gegen die Regierungspolitik der sinkenden Löhne und sich verschlechternden Arbeitsbedingungen wenden. Diese unabhängigen Organisationen und spontanen Bewegungen waren im Kampf gegen die arbeiterfeindliche Politik der Regierung jedoch nicht erfolgreicher als die CTUs.

Noch deutlicher wurden die Schwächen der indischen Gewerkschaftsbewegung im Zuge des landesweiten Lockdowns, den die Regierung Modi am 25. März 2020 nur vier Stunden vor Beginn ankündigte. Der Lockdown hat der Wirtschaft Indiens einen schweren Schlag versetzt und eine humanitäre Krise ausgelöst. Besonders brutal ist er für Wanderarbeiter:innen, die meist im informellen Sektor arbeiten. Mit einer weiter schrumpfenden Wirtschaft nutzen die Bundesstaaten die Krise, um die Arbeitsreformen ohne parlamentarische Debatte voranzutreiben. Viele Landesregierungen haben diverse Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft verkündet und die Krise genutzt, striktere arbeiterfeindliche Politiken umzusetzen. Millionen von Wanderarbeiter:innen haben die Städte und andere Industrie- und Ballungsgebiete verlassen und sind in ihre Dörfer gezogen, wo sie kaum Aussicht auf Beschäftigung haben. Spontane Proteste von Wanderarbeiter:innen in verschiedenen Teilen

⁴⁹ In diversen Ausgaben der *Faridabad Mazdoor Samachar* (Faridabad Arbeiter-Nachrichten) wurden Meldungen über spontane Arbeiter:innenproteste in den Industriegebieten von Delhi NCR veröffentlicht, in denen sich Verarbeitungscluster wie *Gurgaon-Manesar-Dharuhera*, *New Okhla Industrial Development Authority*, *Greater NOIDA* und *Faridabad* befinden.

des Landes zwingen die Regierung, *Shramik-Züge* (spezielle Arbeiter:innenzüge) in Betrieb zu nehmen.

Unterdessen bemühen sich die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesstaaten mit großem Tempo um eine Lockerung der Arbeitsgesetze. Mehrere Provinzen wie Rajasthan, Gujarat, Punjab und Himachal Pradesh haben bereits erklärt, die Arbeitsgesetze in der Industrie stark zu lockern. Dazu zählt auch, dass 12-Stunden-Arbeitstage ohne Überstundenzuschlag angeordnet werden können (Shyam 2020). Viele andere Provinzen wie Uttar Pradesh, Haryana und Madhya Pradesh haben seither die Arbeitszeiten verlängert. Die Gewerkschaften haben gegen diese Politik protestiert, konnten jedoch die Arbeiter:innen nicht wirksam mobilisieren und die Regierung herausfordern. Die Situation der Wanderarbeitskräfte und die drohende wirtschaftliche Rezession bedeuten für die Gewerkschaften in Indien sowohl eine Chance als auch eine Krise. Sie bieten die Möglichkeit, eine große Zahl von Wanderarbeiter:innen für Themen wie Beschäftigung, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu mobilisieren. Die Situation birgt jedoch auch das Risiko, für die Gewerkschaftsbewegung selbst zur Krise zu werden, und zwar durch einen Rückgang der Beschäftigung im öffentlichen Sektor, der traditionell ihre tragende Stütze darstellt, sowie durch fortschreitende Automatisierung und die beschränkten Möglichkeiten zur Organisation von informellen Arbeiter:innen. Die Auflösung der Dialektik von Chance und Krise wird die Zukunft der Gewerkschaftsbewegungen in Indien unter dem Modi-Regime und darüber hinaus bestimmen.

Literatur

- Aggarwal, Reena (2013): *Informal Labour, Formal Politics and Dignified Discontent in India*. Cambridge.
- Chibber, Vivek (2005): *From Class Compromise to Class Accommodation: Labour's Incorporation into the Indian Political Economy*. In: Ray, Raka/Katzenstein, Mary (Hrsg.): *Social Movements and Poverty in India: Poverty, Power and Politics*. New York, 32-61.
- Hensman, Rohini (2011): *Workers, Unions and Global Capitalism: Lessons from India*. New York.
- Mahaprashasta, Ajoy Ahirwad (2017): *Massive »Mahapadav« Protest in Delhi Highlights the Plight of India's Workers*. In: *The Wire*. thewire.in/labour/massive-mahapadav-protest-delhi-highlights-plight-indias-workers (22.5.2020).
- Mishra, Kamal (2019): *Railway Unions Protest Against Privatisation Plans*. In: *Mumbai Mirror*, 16.07.2019.
- Nowak, Jörg (2019): *Mass Strikes and Social Movements in Brazil and India: Popular Mobilisation in the Long Depression*. London.
- Roychowdhury, Anamitra (2019): *Labour Law Reforms in India: All in the Name of Jobs*. New Delhi.
- Shyam, Sundar (2020): *Factory Workers can now Legally be Asked to Work 12-hour*

- Shifts. How will this Change Things? In: The Wire. thewire.in/labour/factory-workers-12-hour-shifts (27.4.2020).
- The Economic Times (2019): Over 92.000 employees of BSNL, MTNL opt for VRS scheme. 26.10.2019.
- The Hindu (2019): Protest Against Privatisation of Railways. 23.10.2019.
- The Occupational Safety, Health and Working Conditions Code (2019): labour.gov.in/sites/default/files/186_2019_LS_Eng_0.pdf (22.5.2020).
- Varma, Subodh (2020): Largest Ever Strike in India Shakes up Modi Government. News-click. www.newsclick.in/Nationwide-Workers-General-Strike-8-Jan-Modi-Government (8.5.2020).
- Yadav, Anumeha (2016): Bengaluru protests represent a new wave of militant worker expression, say union leaders. In: Scroll.in. scroll.in/article/806968/bengaluru-protests-represent-a-new-wave-of-militant-worker-expression-say-union-leaders (7.5.2020).

Gewerkschaften und Arbeiterschaft gegen das Suharto-Regime in Indonesien

von Verna Dinah Q. Viajar⁵⁰

Die Arbeiterbewegung Indonesiens formierte sich im antikolonialen Kampf gegen die Niederlande, wurde unter Suhartos autoritärem Regime verfolgt und lebte im Demokratisierungsprozess der Post-Suharto-Ära wieder auf. Entlang dieser wichtigen Zäsuren der Geschichte Indonesiens durchlief sie verschiedene Entwicklungsphasen. Zur Zeit des niederländischen Kolonialismus konnten sich Gewerkschaften frei organisieren und entwickelten sich bis zur Unabhängigkeit zu einer politisierten und radikalisierten linken Arbeiterbewegung. Während der postkolonialen Sukarno-Regierung wurden die linksgerichteten Gewerkschaften in den politischen Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI, *Partai Komunis Indonesia*) und dem rechten Militär verwickelt. Infolge des Aufstiegs der militärgestützten, autoritären Suharto-Regierung wurde die radikale und militante Arbeiterbewegung in einer grausamen Säuberungsaktion gegen Kommunist:innen und Linke ausgelöscht. Aus der Asche eines der blutigsten Staatsstrieche Südostasiens ging eine unterdrückte und staatlich gebilligte Arbeiterbewegung hervor. Die Unterdrückung und Kontrolle der Gewerkschaftsbewegung war Voraussetzung für die Errichtung von Suhartos autoritärer Herrschaft (1968–1998) über das Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung.

Trotz ihrer Schwäche stellte sich die Arbeiterbewegung während der Suharto-Ära wider ein Regime, das Arbeiterschaft und politischen Gegnern feindlich gesinnt war, und trat für einen demokratischen Wandel ein. Nach drei Jahrzehnten ermöglichte Suhartos Sturz die Gründung Tausender Gewerkschaften, die heute die verschiedenen unabhängigen und konkurrierenden Gewerkschaftsbewegungen Indonesiens bilden. Dieser Beitrag diskutiert die Rolle der indonesischen Arbeiterbewegung beim Regimewechsel und im Demokratisierungsprozess. Dabei wird argumentiert, dass Gewerkschaften und andere Arbeiterbewegungen, im Kampf um die Demokratisierung und gegen das autoritäre Suharto-Regime eine Schlüsselfunktion einnehmen. Ein besseres Verständnis der Rolle der organisierten Arbeiterschaft und ihrer Verbindung mit den demokratischen Reformen und dem Regimewechsel in Indonesien kann Aufschluss darüber geben, wie soziale Kräfte entstehen und

⁵⁰ Ermöglicht wurde dieser Beitrag durch eine Post-Doc-Förderung des Internationalen Forschungskollegs zu Autoritarismus und Gegenstrategien der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

wie sie den Widerstand gegen autoritäre Praktiken in und außerhalb Indonesiens stärken können.

Die unterdrückte und die staatlich gebilligte Arbeiterbewegung unter Suharto

Im niederländisch kolonialisierten Indonesien existierten Gewerkschaften seit 1894, vor allem im öffentlichen Sektor (z.B. für Lehrkräfte und Postangestellte) sowie im Bergbau und bei der Eisenbahn (Muncada 2001). In den 1920er-Jahren begann die Arbeiterschaft sich auch im Privatsektor auf den Plantagen, in der Ölindustrie und im Bergbau zu organisieren. Die Organisation umfasste über 100 Gewerkschaften mit insgesamt mehr als 100.000 Arbeiter:innen (ebd.: 56). Während sich viele mit Betriebsangelegenheiten wie Lohn und Arbeitsbedingungen beschäftigten, wurden einzelne Gewerkschaften zu militanten und politisierten Arbeiterorganisationen. In den 1930er-Jahren nahmen die Arbeiterunruhen zu. Mitte der 1940er-Jahre entwickelte sich die militante Arbeiterbewegung »im Zuge des bewaffneten Kampfes um Unabhängigkeit rasant« und konkurrierte um Einfluss auf die Entwicklung der linken Gewerkschaften (Gall 1998: 364).

Sukarno, der als sozialistischer Revolutionär galt (News Desk 2016), regierte von 1945–1967 als erster Präsident nach der Unabhängigkeit. Er erbt eine radikal politisierte Arbeiterbewegung, die »weltweit größte kommunistische Partei ohne Regierungsverantwortung« (Mortimer 1974) und ein zunehmend rechtsgerichtetes Militär. Sukarnos traditionelle Führung nach dem Prinzip der »gelenkten Demokratie« rang um ein Gleichgewicht der konkurrierenden gesellschaftlichen Kräfte und erlag 1968 schließlich dem Militärputsch durch Suharto.

Um die Stabilität des Suharto-Regimes zu sichern, zerschlug das Militär die militanten linken Gewerkschaften. Während der Übergangsregierung (1965–1967), die dem Aufbau von Suhartos »Neuer Ordnung« voranging, wurden etwa 500.000 vermeintliche Mitglieder oder Sympathisant:innen der PKI getötet und über eine Million inhaftiert (Gall 1998). Auch die Gewerkschaften mit Verbindung zur radikalen linken Bewegung wurden dezimiert. Die Wurzeln der militanten Arbeiterbewegung Indonesiens liegen in den Gewerkschaftsbündeln der Nachkriegszeit GASBI (*Gabungan Serikat Indonesia*, Bund indonesischer Gewerkschaften) und GSBV (*Gabungan Sari kat Buruh Vertical*, Bund vertikaler Gewerkschaften), die sich 1946 kurz nacheinander gründeten und bald zur SOBSI (*Sentral Organisasi Buruh Seluruh Indonesia*, Gesamtindonesische Zentralorganisation der Arbeiter) zusammenschlossen (Muncada 2001: 57–58). Die Mitgliedsgewerkschaften von SOBSI, die als nationale Arbeiterorganisation mit der PKI in Verbindung gebracht wurden, überlebten den Schlag des Militärs gegen kommunistische Gruppierungen nicht.

Die Gewerkschaften, die in Konkurrenz zu SOBSI standen und das Militär unterstützten, waren 1973 gezwungen, sich zu dem staatlich sanktionierten und vom Militär überwachten Indonesischen Arbeiterbund FBSI (*Federasi Buruh Seluruh Indonesia*) zusammenzuschließen, der 1985 zur SPSI (*Serikat Pekerja Seluruh Indonesia*, Gesamtindonesische Arbeitergewerkschaft) und 1995 zum FSPSI (*Federasi Serikat Pekerja Seluruh Indonesia*, Gesamtindonesischer Bund der Arbeitergewerkschaften) wurde (Hadiz 1998; Muncada 2001). Suhartos Regierungsmodell der »Neuen Ordnung« bedurfte einer fügsamen und konformen Arbeiterschaft, um die ökonomischen Ziele zu erreichen, und musste daher ein Wiederaufleben militanter Gewerkschaften verhindern. Suharto übte eine »korporatistische Kontrolle über die organisierte Arbeitnehmerschaft« aus, erstickte so die Arbeiterbewegung und verbot den Gewerkschaften, sich sozial oder politisch zu engagieren oder zu organisieren. Damit kappte er ihre Verbindungen zu Parteien (Hadiz 1998; Neureiter 2013: 1078).

Das Militär griff in Arbeitskonflikte ein, zerschlug Streiks und inhaftierte militante Gewerkschaftsmitglieder. Die ökonomische Situation und die Arbeitsbedingungen in den späten 1980er-Jahren führten zur Entstehung unabhängiger Gewerkschaften, wie 1989 die nur kurz existierende *Serikat Buruh Merdeka Setia Kawan* (Freie Gewerkschaft Solidarität) (Gall 1998). Diese prangerte die mangelnde staatliche und ökonomische Unabhängigkeit von SPSI und FSPSI an, wurde aber vom Militär für »kommunistisch« erklärt und zerschlagen. Die 1992 unter Führung des Arbeitsrechtlers Muchtar Pakpahan gegründete unabhängige Gewerkschaft SBSI (*Serikat Buruh Sejahtera Indonesia*, Indonesische Gewerkschaft Wohlstand) stellte die staatlich kontrollierte SPSI vor eine Herausforderung. Sie widmete sich jedoch vor allem betriebsinternen Angelegenheiten wie Lohnfragen und Sozialleistungen und vermied politische Themen (Hadiz 1998; Gall 1998; Muncada 2001). Dadurch kam es zu einer gewissen Distanz zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und der *Reformasi*-Bewegung, die einige Jahre vor Suhartos Sturz 1997 entstanden war.

Die in den frühen 1990er-Jahren gegründeten unabhängigen Gewerkschaften wurden aufgrund der industriellen Beziehungen im »Pancasila-System« nicht anerkannt; Pakpahan wurde schließlich inhaftiert. Er begründete aber eine Arbeiterbewegung, die sich abseits der staatlichen Arbeiterorganisationen gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen einsetzte. Unabhängige wilde Betriebsstreiks und Proteste befeuerten auch die Kampagne für Gerechtigkeit für Marsinah, »eine junge Arbeiterführerin in einer Uhrenfabrik in Ost-Java, die [1993] entführt, sexuell missbraucht und ermordet wurde« (Törnquist 2004). Die Arbeiterproteste gipfelten 1994 in den historischen Streiks in Medan, mit denen rund 30.000 Arbeiter:innen bessere Bezahlung, aber auch grundlegende demokratische Rechte wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und ein Ende der Unterdrückung forderten (ebd.). Der Streik in Medan

wurde zur Feuerprobe für das Wiederaufleben der indonesischen Arbeiterbewegung und ihres Widerstands (Muncada 2001).

Die politische Ökonomie der Arbeitsbeziehungen im Pancasila-System

Mehr als 20 Jahre lang stand die organisierte Arbeiterschaft unter der Kontrolle des Suharto-Regimes, die mittels der Pancasila-Arbeitsbeziehungen gerechtfertigt wurde. Pancasila wurde 1945 von Sukarno als Staatsideologie eingeführt und von Suharto zur politischen und sozialen Kontrolle ausgeweitet. Suhartos Konzept propagierte das traditionell indonesische Prinzip allgemeiner Harmonie innerhalb einer Gemeinschaft, in der »Arbeiterschaft, Kapital und Staat eine große Familie bilden, wobei letzterer die Rolle des gütigen Familienvaters übernimmt« (Hadiz 1998: 113; siehe auch Törnquist 2004). Die Wirtschaftspolitik in seinem Regime der »Neuen Ordnung« orientierte sich fest an der Pancasila-Ideologie mit den fünf Prinzipien »Nationalismus bzw. nationale Einheit Indonesiens; Humanität; indonesische Demokratie durch Beratung und Konsens; soziale Gerechtigkeit; Gottesglaube« (Muncada 2001: 58). Die Vorstellung eines Klassenkonflikts zwischen Arbeiterschaft und Kapital galt als »unindonesisch« und verstieß gegen die Pancasila-Lehren. Mit der Einführung dieses Regelwerks galt jede Form von Arbeitsprotest, besonders aber Streik, als Unruhestiftung und Verletzung der Pancasila-Prinzipien.

Die Pancasila Industrial Relations nährten auch Suhartos Wirtschaftsstrategie, die darauf abzielte, Indonesien von der Liste der ärmsten Länder Südostasiens zu hieven (Viajar 2009). Suhartos »Neue Ordnung« brachte die Industrialisierung Indonesiens in den 1970er-Jahren mit einer Strategie der Importsubstitution und durch Öleinnahmen in Schwung und setzte nach der Ölkrise der 1970er-Jahre in den 1980er-Jahren vermehrt auf eine exportorientierte Wachstumsindustrie (Gall 1998: 362; Viajar 2009: 101). Eine gefügige Gewerkschaftsbewegung und ein Niedriglohnarbeitsmarkt wurden zur Grundvoraussetzung für die Wachstumsstrategie, die von den 1980er-Jahren bis zur Asienkrise 1997 für ein rasches Wirtschaftswachstum sorgte. Die »Entstehung einer neuen Klasse urbaner Industriearbeiter« infolge der anhaltenden Industrialisierung führte bereits in den frühen 1990ern zu Arbeiterunruhen (Hadiz 1998: 118). Die Arbeiter:innen forderten mehr Freiheit, mehr Organisations- und Verhandlungsfreiheit, aber auch die Freiheit, sich gegen die Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder zu wehren.

In diesem Beitrag wird sich auf den Ansatz von Richard Hyman bezogen, der unter Industrial Relations sowohl Prozesse der Kontrolle über Arbeitsbeziehungen als auch Mechanismen zur Regulation von Tarif- und Lohnverhandlungen und Arbeitsbedingungen versteht (Frege et al. 2011; Hyman 1975). Ebenso ist ein erweitertes Verständnis der Arbeiterbewegung nicht auf organisierte Gewerkschaften beschränkt. In repressiven Arbeitsregimen wie

in Indonesien oder auf den Philippinen haben Arbeitsrechts- und Menschenrechtsorganisationen, sowie Organisationen migrantischer Arbeitskräfte zur Entwicklung des Arbeitsaktivismus und zum Wachstum der Gewerkschaftsbewegung beigetragen. Der Kern eines breiteren Verständnisses von Arbeiterbewegung liegt in der Verteidigung der Rechte und Interessen von Arbeiter:innen nicht nur durch Gewerkschaften, sondern auch durch unabhängige Arbeitsrechtaktivist:innen oder -gruppen (z.B. Arbeitsrechtler:innen, Berufsverbände), arbeitszentrierte Organisationen (z.B. Bauernverbände, Migrantengruppen usw.) und NGOs.

Zur Rolle der Arbeiterbewegung in Demokratisierungsprozessen

Die militärgestützte Suharto-Regierung sicherte sich ihre Macht über 30 Jahre lang, indem sie die größten Gefahren für ihre Herrschaft eliminierte. Dies betraf vor allem die PKI, aber auch linksgerichtete Gewerkschaften. Studien über den Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung und Demokratisierung in Europa, Lateinamerika, Ost- und Südostasien belegen, dass die meisten autoritären Regimes »arbeiterfeindlich ausgerichtet« sind (Caraway et al. 2015: 2). Eine organisierte Arbeiterschaft, die in der Lage ist, sich auf Betriebsebene und darüber hinaus für den Ausbau von Leistungen und Rechten einzusetzen, trug zu ebenjenen demokratischen Neuerungen bei, die aus der Perspektive autoritärer Regime ein Quell politischer Instabilität darstellen. Als Gefahr für politische Stabilität und die Macht autoritärer Herrscher muss die Arbeiterschaft in Schach gehalten werden. Denn Gewerkschaften sind für ihr Potenzial bekannt, die Ordnung zu stören und das politische Bewusstsein der Menschen zu wecken (Neureiter 2013: 1063; Caraway et al. 2015). Darauf folgt häufig die Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Michael Neureiter hat in seiner Studie zum Zusammenhang zwischen organisierter Arbeiterschaft und Demokratisierung in Südostasien gezeigt, dass der indonesischen Arbeiterbewegung beim demokratischen Wandel des Landes – ob nun gewalttätig oder friedlich – eine wichtige Rolle zukommt (Neureiter 2013: 1063). Demokratisierung fasst er dabei relativ offen als »Übergang von autokratischer Herrschaft zu demokratischeren Regierungsformen«, die freie Wahlen und Freiheitsrechte miteinschließen (ebd.: 1069). Auch für die weitere Demokratisierung von Demokratien sind Gewerkschaften zentral, denn der Kampf um Arbeiterrechte trägt auch zur Ausweitung demokratischer Rechte bei. Gregorio Gall argumentiert ebenfalls, die Arbeiterbewegung in Indonesien sei trotz ihrer Schwäche die »größte Herausforderung sowohl für das Suharto-Regime also auch für das Akkumulationsregime« (Gall 1998: 374).

Unabhängige Organisation und Protestaktionen durch Arbeiter:innen an ihren Arbeitsstätten trugen zu jener antiautoritären und demokratischen Bewegung bei, die sich in den frühen 1990er-Jahren zu einer breiteren Opposition

gegen Suhartos Herrschaft verfestigte. Auch abseits der offiziellen Gewerkschaften kämpften die Arbeiter:innen gegen die repressiven Pancasila-Arbeitsbeziehungen und für demokratischen Wandel, besonders für Organisationsfreiheit, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die fehlende offizielle Zusammenarbeit zwischen den unabhängigen Arbeiterorganisationen und der größeren Bewegung, die gegen Suharto und für mehr Demokratie kämpfte, wurde in Analysen teils so gedeutet, dass die organisierte Arbeiterschaft Indonesiens zu Suhartos Amtsenthebung lediglich indirekt beigetragen hat (Törnquist 2004) und sich der Reformasi-Bewegung erst spät anschloss (Hadiz 1998: 109-110).

Tatsächlich schlossen sich die staatlich gebilligten Gewerkschaften, nach mehr als 20 Jahren der Abhängigkeit und Unterdrückung, erst spät der Demokratisierungswelle an, die Suharto entmachtete (Hadiz 1998; Törnquist 2004). Doch Arbeiter:innen, die unabhängig von offiziellen Organisationen agierten und betriebsspezifische Kampagnen führten, etwa um höhere Löhne und ein Organisationsrecht, befeuerten die allgemeine wirtschaftliche Unzufriedenheit, die letztlich zum politischen Wandel führte. Die Rechte und Kämpfe von Arbeiter:innen sind inhärent mit breiteren Kämpfen um Demokratisierung verknüpft. Denn Gerechtigkeit und Demokratie am Arbeitsplatz spiegeln den Kampf um Gleichheit in der Gesellschaft wider. Neureiter zufolge gibt es »kaum einen Unterschied zwischen Fairness am Arbeitsplatz und Gerechtigkeit in der Gesellschaft« (Neureiter 2013: 1063). Weiter kommt Neureiters Studie zu organisierter Arbeiterschaft in sechs Ländern Südasiens – Malaysia, Myanmar, Singapur, Indonesien, den Philippinen und Thailand – zu dem Schluss, dass Gewerkschaften unabhängig von den verschiedenen Kulturen »wahrscheinlich eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess« dieser Länder spielen werden (ebd.: 1085). Auf die Gewerkschaften Indonesiens, der Philippinen und Thailands treffen sechs Kriterien zu, aufgrund derer sie in der Lage seien, autoritären Regimes den Kampf anzusagen und zu einem Regimewechsel beizutragen: ihre relative Stärke; die Arbeitsbeziehungen; offene Märkte; konkurrierende Gewerkschaften; kolonialhistorische Vorbedingungen; Integration in die internationale Arbeiterbewegung (ebd.: 1085).

Fazit

Die indonesische Arbeiterbewegung hat verschiedene, durch politische und ökonomische Veränderungen beeinflusste Phasen durchlaufen. Aus der Kolonialzeit ging eine hochgradig politisierte Gewerkschaftsbewegung hervor, die sich stark in den Kampf um nationale Unabhängigkeit einbrachte. Die linksgerichtete Arbeiterbewegung der postkolonialen Zeit wurde mit der kommunistischen Bewegung des Landes in Verbindung gebracht und geriet im politischen Konflikt zwischen Sukarnos Unabhängigkeitsregierung und dem indonesischen

Militär zwischen die Fronten. Unter Suhartos autoritärem Regime entstand eine eingeschränkte und staatlich regulierte Gewerkschaftsbewegung, die militärisch kontrolliert und anhand der Industrial Relations der Pancasila unterdrückt wurde. Gewaltsame und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse der exportorientierten Industrialisierungsstrategie brachten eine neue Klasse urbaner Industriearbeiter:innen hervor. Sie trugen zur Unzufriedenheit mit ineffektiven und staatlich kontrollierten Arbeitsorganisationen bei. Anfang der 1990er-Jahre formierten sich unabhängige Gewerkschaften und kündigten mit wilden Streiks die Entstehung einer konkurrierenden Arbeiterbewegung an.

Während der turbulenten Zeit vor Suhartos Amtsenthebung trugen 1994 eine Reihe von Streiks und Protesten mit zu der antiautoritären Reformasi-Bewegung bei, die während der Asienkrise in Suhartos Sturz resultierte. Obwohl die organisierte Arbeiterschaft und die *Reformasi*-Bewegung nie offiziell kooperierten, leisteten indonesische Arbeiter:innen und Gewerkschaften zumindest indirekt einen Beitrag zu den Demokratisierungsbewegungen, die den Regierungswechsel herbeiführten. Ich argumentiere, dass sowohl Gewerkschaften als auch die organisierte Arbeiterschaft und ähnliche Bewegungen, die für die Belange von Arbeiter:innen eintreten, allesamt Teil der Arbeiterbewegung Indonesiens sind. Diese wiederum gewann durch ihre Verbindung zu einer größeren Demokratisierungsbewegung im Kampf gegen das autoritäre Suharto-Regime an Stärke. Die Gewerkschaften waren von dem repressiven Arbeitsregime unter Suharto geschwächt, wirkten jedoch am Regimewechsel mit, indem die Arbeiterschaft demokratische Rechte wie etwa das Recht auf Organisationsfreiheit forderte – Rechte also, die sich in einem demokratischen Umfeld entfalten. Veränderte Produktionsverhältnisse brachten in Indonesien zudem neue gesellschaftliche Kräfte hervor, z.B. eine industrielle Arbeiterklasse, Urban Professionals und Berufs- und Interessensverbände, die sich als Teil der breiteren Demokratisierungsbewegung engagierten.

Literatur

- Caraway, Teri L./Cook, Maria Lorena/Crowley, Stephen (Hrsg.) (2015): *Working Through The Past: Labor and Authoritarian Legacies in Comparative Perspective*. Ithaca/London.
- Frege, Carola/Kelly, John/McGovern, Patrick P. (2011): Richard Hyman: Marxism, Trade Unionism and Comparative Employment Relations. In: *British Journal of Industrial Relations*, 49, 209-230.
- Gall, Gregorio (1998): The Development of the Indonesian Labour Movement. In: *The International Journal of Human Resource Management*, 9, 359-376.
- Hadiz, Vedi R. (1998): Reformasi Total? Labor After Suharto. In: *Indonesia*, 66, 109-124.
- Hyman, Richard (1975): *Industrial Relations: A Marxist Introduction*. London.
- Mortimer, Rex (1974): *Indonesian Communism Under Sukarno: Ideology and Politics, 1959–1965*. Ithaca.

- Muncada, Juvy (2001): The Labor Movement: Its Role and Impact in the Democratization of Indonesian Society during the Later Part of the Suharto Period. In: *Asian Studies: Journal of Critical Perspectives on Asia*, 37, 54-69.
- Neureiter, Michael (2013): Organized Labor and Democratization in Southeast Asia. In: *Asian Survey*, 53, 1063-1086.
- News Desk (2016): Sukarno, Pancasila and his leftist thinking. *The Jakarta Post*, June 8, 2016. www.thejakartapost.com/news/2016/06/08/sukarno-pancasila-and-his-leftist-thinking.html (1.9.2020).
- Törnquist, Olle (2004): Labour and Democracy? Reflections on the Indonesian Impasse. In: *Journal of Contemporary Asia*, 34, 377-399.
- Viajar, Verna Dinah Q. (2009): Implications of Economic Globalization on Labor Market Policies: A Comparative study of the Philippines and Indonesia. In: *Philippine Political Science Journal*, 30, 89-122.

Lang lebe »Kilusang Mayo Uno« (KMU)

Die philippinische Arbeiterbewegung
im Zeitalter des Imperialismus

von Sarah Raymundo

Im Oktober 1975, während der dunklen Tage des von Ferdinand Marcos verhängten und US-unterstützten Kriegsrechts (1972–1986), kam es zu einem historischen Ereignis, in dessen Verlauf sich in den Philippinen gewerkschaftliche Organisation mit den Zielen antifaschistischer und antiimperialistischer Politik verband. Zur Gewerkschaft der Freien Arbeiter (*Kaisahan ng Malayang Manggagawa*) von La Tondeña zusammengeschlossen legten 500 Arbeiter:innen die Arbeit nieder und verbarrikierten sich in der Destillerie La Tondeña. Zu ihren Forderungen zählten reguläre Arbeitsverhältnisse für alle, Mutterschaftsurlaub sowie das Ende willkürlicher und illegaler Kündigungen. Das unter Kriegsrecht geltende Streikverbot betraf nur systemrelevante Branchen. Dazu zählte La Tondeña nicht, obwohl es damals die größte Brennerei Asiens war. Der Streik erhielt große Unterstützung aus dem direkten Umfeld, insbesondere aus religiösen und studentischen Kreisen. Nach zwei Tagen versuchte die Polizei die brutale Räumung der Streikenden, die sich mithilfe ihrer Unterstützer:innen jedoch tapfer behaupteten. So glorreich er auch war – dieser erste unter dem Kriegsrecht offen ausgeübte Widerstandsakt der Arbeiter:innen veranlasste Marcos, ein generelles Streikverbot zu verhängen.

Welche Lehren konnte die Arbeiterklasse aus dem Streik ziehen? Im vorliegenden Beitrag über die *Kilusang Mayo Uno* (KMU, Bewegung Erster Mai) werden anhand ihrer Einschätzung der historischen Bedeutung des Streiks, der »den Widerstand der Arbeiter:innen gegen die brutale Herrschaft des Marcos-Regimes symbolisiert« (Lambert 1990: 268), Rückschlüsse auf die besonderen Charakteristika der Arbeiterorganisation in den Philippinen gezogen. In einer kurz nach dem Streik veröffentlichten Presseerklärung der Gewerkschaft von La Tondeña hieß es, »wir haben durch unseren zweitägigen Streik erreicht, was uns in fast fünf Jahren Verhandlungen mit dem Arbeitsministerium nicht gelungen ist« (ebd.). Der Streik inspirierte von 1972 bis 1986 noch viele weitere Streiks und Arbeiterorganisation.

Rob Lambert argumentiert auf pointierte Weise, dass sich durch den Streik von La Tondeña eine »neue Art von Klassenpolitik« formierte, entstehend aus der an der Basis angesiedelten Organisation und Aktionen, die sich auf die Entscheidungen der einfachen Arbeiter:innen stützten (ebd.). Diese Art Klassenpolitik unterscheidet sich von jenen der traditionellen Gewerkschaften im Westen. Dies liege wesentlich an der Verbindung, die Gewerkschaften im Globalen Süden mit politischen Bewegungen eingehen. Gewerkschaftshandeln geht über

ökonomische Vorteile, Arbeitsrechte und Sozialleistungen hinaus und zielt darauf ab, »die Machtverhältnisse in der Gesellschaft zu verschieben« (ebd.: 259). Diese neue Form von Gewerkschaftsarbeit fußt auf einer »von innovativen Strategien geleiteten Organisation«, die Lambert auch als »Social Movement Unionism« beschreibt (ebd.). Pünktlich zum Auftakt des neoliberalen Feldzugs der globalen Oligarchie gegen arbeitende Menschen weltweit und angesichts der Fragmentierung der philippinischen Arbeiterbewegung unter dem vorherrschenden US-Einfluss, sowie gelber und Betriebsgewerkschaften, wurde die KMU im Jahre 1980 als Bündnis militanter Gewerkschaften gegründet (ebd.).

Die KMU: Vom Kriegsrecht bis heute

Die Geschichte der KMU geht nicht nur auf den Streik von La Tondeña zurück, sondern auch auf eine Praxis, die weit in die globale und lokale Geschichte der Klassenpolitik zurückreicht und von Kolonialismus und expandierendem Kapitalismus geprägt ist. Als historische Bezugspunkte nennt der KMU-Vorsitzende Elmer Labog den Streik vom 1. Mai 1886, bei dem US-Arbeiter:innen landesweit die Arbeit niederlegten, um die Reduzierung des 12- oder 14-Stunden-Arbeitstags auf acht Stunden zu erkämpfen, sowie den Sieg der antikolonialen und antifeudalen philippinischen Revolution, die der Revolutionär Kapitunan 1896 gegen Spanien führte und gewann (Labog 2019).

Die KMU ist ein unabhängiges Arbeitszentrum, das militante Gewerkschaftsarbeit unterstützt. Auf dem Höhepunkt der Marcos-Diktatur wurde sie am 1. Mai 1980 mit den Zielen gegründet, erstens progressive Arbeiterorganisationen, die unter dem Kriegsrecht für antifaschistische Kampagnen eintraten, zu vereinen und zu repräsentieren. Zweitens sollten sie progressive Arbeiterorganisationen im Hinblick auf den nationalen demokratischen Kampf gegen den US-Imperialismus unterstützen und konsolidieren (ebd.).

Die KMU stellte die Kontinuität antipopularer Politiken bloß, die während des sogenannten Übergangs zur Demokratie des Regimes Cory Aquinos in dem Krieg gegen den Kommunismus zum Ausdruck kamen, und widersetzte sich ihnen. Die KMU verbündete sich mit diversen Gesellschaftssektoren, um den Präsidenten Joseph Estrada abzusetzen, dessen Regierung die Übel des bürokratischen Kapitalismus verdeutlichte. Die KMU wurde zu einem der führenden Zentren der Kampagne gegen die außergerichtlichen Tötungen durch die Regierung Gloria Macapagal-Arroyo. Unter den Tausenden von Opfern befanden sich über 70 Gewerkschafts- und Arbeitsaktivist:innen, darunter Diosdado Fortuna von der *Pagkakaisa ng Manggagawa sa Timog Katagalugan* – KMU (Pamantik-KMU, Arbeitersolidarität im südlichen Tagalog), der auch Gewerkschaftsvorsitzender bei Nestlé Philippinen war.

Unter der Leitung von Crispin Beltran, dem philippinischen Helden der Arbeiterklasse, mobilisierte die KMU auch gegen Bürgerrechtsverletzungen. 2001

wurde er auf der Liste der *Anakpawis Party* (Partei der werktätigen Massen) in den Kongress gewählt, um dort die philippinische Bauern- und Arbeiterschaft zu vertreten. Die Partei bildet den parlamentarischen Flügel der KMU und der *Kilusang Mangbubukid ng Pilipinas* (Bauernbewegung der Philippinen, KMP). Sie ist für ihre radikale arbeiter- und bauernfreundliche Haltung bekannt, die auch Grundlage des Parteiprogramms und ihrer legislativen Arbeit im philippinischen Kongress ist (Labog 2019).

Der KMU kommt eine Schlüsselrolle zu, ökonomische Kampagnen bezüglich Lohnerhöhungen und Kontraktualisierung mit politischen Kämpfen zu verbinden, die sich gegen die exportorientierte und importabhängige Wirtschaft wenden, die bei den imperialistischen Präsidenten – vom ersten US-gestützten Commonwealth-Präsidenten bis Rodrigo Duterte – stets vollen Rückhalt hat. Auch in der Ära nach Marcos erfüllt die KMU weiterhin diese Rolle. Gegenwärtig wehrt sie sich gegen das Duterte-Regime, das schlimmste autoritäre Regime seit der Marcos-Diktatur. Trotz Repression und der massenweisen Tötungen, für die Duterte verantwortlich ist, unterstützte die KMU die wilden Streiks, die seit seiner Machtübernahme auf dem Archipel entbrannt sind.

2018 meldete die KMU bei der *International Trade Union Confederation* (ITUC) (Labog 2020) eine Mitgliederzahl von 115.000. Zu ihrer gegenwärtigen politischen und ökonomischen Gewerkschaftsarbeit gehören die praktische Organisation vor Ort, sowohl in Exportproduktionszonen (EPZ) und armen urbanen Communities als auch in Callcentern und privaten Krankenhäusern, die Bildung breiter Bündnisse mit anderen Arbeiterorganisationen, die für bessere Löhne und gegen Tyrannei kämpfen, sowie der Aufbau eines großen Kampagnenzentrums für sich während der Covid-19-Pandemie häufende Arbeitsrechtsfragen. Die KMU hält streng am Prinzip des Bauern-Arbeiter-Bündnisses als eine entscheidende Strategie zur nationalen Befreiung fest und zeugt davon, wie Arbeiter:innen des Globalen Südens gegen den gewaltsamen Sog des Imperialismus kämpfen.

Etwa 3,9 Millionen (bzw. 3,6%) der 108 Millionen starken Bevölkerung arbeiten in der Industrie – in der Produktion, auf dem Bau, in exportorientierten Unternehmen – oder sind anderweitig lohnabhängig. Da sich die KMU seit 2017 mit der wachsenden Semi-Proletarisierung der philippinischen Arbeiterklasse und insbesondere mit der Kontraktualisierung befasst, die Arbeitende daran hindern, sich Gewerkschaften anzuschließen, reicht ihr Einfluss weit über ihre 115.000 offiziellen Mitglieder hinaus. Diese Semi-Proletarisierung hat dazu geführt, dass die KMU ihre Organisationskapazitäten dazu einsetzt, sich armen städtischen und ländlichen Communities zuzuwenden, wo viele irregulär Beschäftigte (10,4 Millionen) und Menschen ohne Lohnarbeit (6,3 Millionen) wie beispielsweise Straßenverkäufer:innen und andere informelle Arbeiter:innen (Africa 2019) anzutreffen sind. Diese Form der Organisation

und Politisierung, die landesweit erfolgt, fußt auf entscheidenden Lehren aus dem Streik bei La Tondeña, wo der ökonomische Kampf um Arbeitsrechte mit dem verbunden gegen die ausbeuterischen Bedingungen wurde, die die autoritäre und dem ausländischen Kapital dienende Regierung geschaffen hat.

Die antiimperialistische Politik der KMU

Der im Jahre 1896 auf etwa 400 Jahre der Kolonisierung folgende Sieg der philippinischen Revolution gegen Spanien wurde vom US-Imperialismus sabotiert. Mit dem Pariser Frieden von 1898 wurden die Länder des spanischen Kolonialreichs – die Philippinen, Kuba, Guam und Puerto Rico – an die USA abgetreten. Die USA zahlten Spanien dafür eine »Entschädigung« in Höhe von 20 Millionen US-Dollar. Dies besiegelte das Ende des spanischen Kolonialreichs und bestimmte den weiteren Verlauf der Kolonisierung der Philippinen durch die USA, deren imperialistisches Projekt sich durch die Errichtung neokolonialer Institutionen und Genozid auszeichnete. Die Folge war die anhaltende wirtschaftliche Unterentwicklung der Philippinen mit einer exportorientierten und importabhängigen Ökonomie und einer riesigen industriellen Reservearmee.

Zu der industriellen Reservearmee zählt die Klasse der landlosen Bäuer:innen als Arbeitskräfte der ausländischen Agribusiness-Unternehmen. Landlose Bäuer:innen bevölkern auch die Städte und arbeiten in den Fabriken und multinationalen EPZ. Das rigide System der befristeten Beschäftigungsverträge sorgt für prekäre Arbeit und Arbeitsplätze ohne Gewerkschaften. Wer keine Arbeit findet, landet im informellen Sektor. Die fortbestehende Landlosigkeit ist die Wurzel der städtischen Armut. Seit 2016 hat der von Präsident Duterte geführte Antidrogenkrieg die städtischen Armen ins Visier genommen und ohne Verfahren mindestens 27.000 Menschen auf Verdacht von Drogenmissbrauch und -handel getötet (Raymundo 2019).

Der Ursprung der Arbeitslosigkeit in den Philippinen liegt in der fehlenden industriellen Basis. Dies hat den Weg für zwei Arbeitsformen gebahnt, die die Nachfrage des globalen Kapitals nach billigen Arbeitskräften im Dienstleistungsbereich bedienen: ausgelagerte und exportierte Arbeit (ebd.). Die Philippinen sind »mit 16 bis 18% des Weltmarktanteils der unbestrittene Call-Center-Hotspot und überholen den engsten Rivalen Indien« (Zoleta 2018). Im Land sind 851 Unternehmen registriert, die Business Process Outsourcing (BPO), also die Auslagerung ganzer Geschäftsprozesse anbieten. Davon sind mit 429 mehr als die Hälfte Callcenter und 400 Unternehmen (bzw. 46,2%), IT-bezogene Dienstleistungen anbieten. Unter den Übrigen befinden sich Dienstleister für medizinische Transkriptionen und Produktionsfirmen für Animations- und Zeichentrickfilme. Als Halbkolonie der USA erbringen die Philippinen 65% ihrer Auslagerungsdienste für ihren imperialistischen Herren, neben anderen Kunden aus Europa, Australien und Neuseeland. Laut neuester Daten sind

675.600 Arbeiter:innen in der BPO-Industrie tätig. Die von der Regierung als »Sonnenscheinindustrie« betitelte Branche verlangt, die Arbeitszeiten an der jeweiligen Zeitzone der Kundschaft auszurichten, was für die philippinischen Dienstleistungsarbeiter:innen eine erhebliche gesundheitsschädliche Anpassung ihrer inneren Uhr bedeutet (Zoleta 2018; Raymundo 2019).

Selbst Präsident Duterte erkennt die Relevanz der BPO-Branche für die philippinische Wirtschaft an, da diese einen der größten Anteile zum BIP des Landes beiträgt. Mit Gesamteinnahmen von über einer Milliarde Philippinischer Pesos ist die Branche auch der größte Devisenerbringer des Landes. Als Beispiel für in die Philippinen ausgelagerte Niedriglohnarbeit lässt sich das Geschäftsmodell von Verizon anführen: Das Unternehmen zahlt philippinischen Arbeiter:innen in Callcentern weniger als »zwei Dollar regulären Stundenlohn [...] was dazu führt, dass sie eine zusätzliche Schicht und ein bis zwei Überstunden pro Schicht machen müssen« (Chanco 2016).

Der Export von Arbeit ist bis heute Verlegenheitslösung und Eckpfeiler der philippinischen Staatspolitik. Die größten Dollarverdiener und Hauptantrieb des BIP sind die philippinischen Überseearbeiter:innen (Overseas Filipino Workers, OFWs). Nach einem Bericht der Weltbank von 2018 strichen die Philippinen allein im Jahr 2017 1,72 Billionen Pesos (32,6 Milliarden Dollar) durch OFW-Rücküberweisungen ein (Zoleta 2018; Raymundo 2019).

Vor dem Hintergrund der Veränderungen in der philippinischen Arbeitswelt seit dem Kriegsrecht unter Marcos bedeutete, Arbeiter:innen zu organisieren, die wichtigsten Folgen des imperialistischen Systems für die Arbeiter:innen des Globalen Südens zu adressieren. Dazu zählen unter anderem die »globale Arbeitsarbitrage« oder das Abschöpfen der Wertproduktion des Globalen Südens durch den Globalen Norden, bedingt durch den »ungleichen Tausch, der auf der weltweiten Lohnhierarchie basiert« (Suwandi 2019: 20). Die Verwaltung der Krise des Monopolkapitals hat an der Peripherie die intensiviertere Produktion einer großen Arbeitslosenarmee zur Folge und ist für die wachsende Semi-Proletarisierung der philippinischen Arbeitskraft verantwortlich. Zusammen mit den die philippinische Wirtschaft dominierenden einheimischen Kompradoren-Interessen definiert das ausländische Kapital die Arbeitsverhältnisse und führt zur Verelendung der Mehrheit der philippinischen Familien. Semi-Proletarisierung wie in den Philippinen zeichnet sich dadurch aus, dass Arbeiter:innen von einem imperialistischen System dazu gezwungen werden, mittels nichtentlohnter und irregulärer Arbeit oder Kontraktarbeit zu überleben.

Unter diesen Umständen werden arme urbane und ländliche Communities zu Ballungszentren der Arbeit, in denen es eine antiimperialistische Klassenpolitik zu kultivieren gilt. Mit dem Ziel, gemeinsam die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Dimensionen des Lebens zu transformieren, findet die Organisationsarbeit der KMU dort statt, wo die Familien von Jeepney-

Fahrern und informellen Arbeiter:innen leben. Sie adressiert auch die neuesten Formen der Lohnarbitrage in der BPO-Branche, indem sie die Bildung von Arbeiterorganisationen in Callcentern unterstützt.

Dem Prinzip des Bauern-Arbeiter-Bündnisses folgend unterhält die KMU enge Beziehungen mit der philippinischen Bauernschaft. Dieses Massenbündnis betrachtet die Bauernschaft als treibende Kraft der philippinischen Revolution und die Arbeiter:innen als Befreiungsarmee. Angeführt vom Bauern-Arbeiter-Bündnis und auf Basis einer Massenbewegung patriotischer Kräfte der philippinischen Gesellschaft – darunter kleinbürgerliche Fachkräfte, die nationale Bourgeoise und lokale Industrielle, Teile der Studierendenschaft, Frauen, Kirchenmitglieder und nationale Minderheiten – bildet eine breite antiimperialistische und antifaschistische Front die philippinische Bewegung für eine nationale und demokratische Revolution für den Sozialismus.

Die KMU knüpft weiterhin Bündnisse mit progressiven und militanten Arbeiter:innen weltweit und spielt eine wichtige Rolle für die Ausweitung und Vertiefung des Geistes internationaler Solidarität sowie die Praxis des Internationalismus in der national-demokratischen Bewegung. KMU-Vorsitzender Elmer »Bong« Labog ist auch Vorsitzender der philippinischen Sektion der *International League of Peoples' Struggle* (ILPS), dem weltweit größten antiimperialistischen Bündnis von popularen Bewegungen quer durch alle Gesellschaftssektoren.

So üblich es sein mag, gewerkschaftliche Forderungen auf Lohnerhöhungskampagnen zu beschränken: Es ist wichtig anzuerkennen, dass die organisierte philippinische Arbeiterklasse im Zeitalter des Imperialismus angesichts explodierender Preise und der Verschlechterung der Lebensumstände sofortige Entlastung verlangt, und dies nicht nur mit Kämpfen in der ökonomischen Sphäre. Tatsächlich ist dieser Kampf ein wesentlicher Teil des Kampfes von und für die Arbeiter:innen. Für die KMU ist ihre Organisations- und Kampagnenarbeit für existenzsichernde Löhne untrennbar verknüpft mit der Forderung nach gesellschaftlicher Aufwertung der nichtentlohnten Arbeit, die informelle Arbeiter:innen, Slumbewohner:innen, landlose Bäuer:innen und Indigene leisten. In den Philippinen war dies stets ein Kampf um Menschenleben, in dem Arbeiter:innen die Aufgabe zufällt, die imperialistische Herrschaft herauszufordern. So wird aus dem Lohnkampf in all seinen Ausprägungen ein politischer Kampf, der ökonomische Forderungen umfasst.

40 Jahre Kampf der KMU lehren vor allem, dass gewerkschaftliche Organisation in einer Halbkolonie sich nicht einfach zwischen ökonomischem und politischem Kampf entscheiden kann. Dem Staat kommt hier eine Schlüsselrolle zu: Er trägt dazu bei, einen ansonsten auf einen bestimmten Produktionsstandort begrenzten Kampf zwischen Arbeit und Kapital zum Schauplatz des globalisierten politischen Kampfes zu überführen. Darin bestätigt sich die leni-

nistische These vom Staat als Instrument der Ausbeutung der Unterdrückten. Staatsmacht, Zivilgesellschaft und die relative Eigenständigkeit beider Sphären, sowie die Kräfte der kapitalistischen Klasse führen dazu, dass der Staat nicht bloß als Schlichter divergierender Klasseninteressen auftritt. Der »Staat – in dessen exklusivem, hoch spezialisierten und zentralisierten Gewaltmonopol sich das Zwangsmoment kapitalistischer Klassenherrschaft verkörpert – [ist] der letztlich entscheidende Konzentrationspunkt der gesamten gesellschaftlichen Macht« (Wood 2010: 55).

Schon lange vor Gründung der KMU offenbarte sich die Hinwendung des philippinischen Staates zum ausländischen Großkapital im Zeitalter des Imperialismus. In diesem Kontext müssen Gewerkschaften des Globalen Südens wie die KMU in ihrem historischen Auftrag, die Arbeit aus den Fängen des globalen Kapitals zu befreien, militant antiimperialistisch und internationalistisch auftreten. Zu diesem Zweck beteiligen sie sich an einem antiimperialistischen und antifaschistischen Klassenkampf, der unteilbar mit dem Ruf nach freier Umverteilung des Bodens und nationaler Industrialisierung verbunden ist. Der düstere Autoritarismus, der die gegenwärtigen Bedingungen in den Philippinen kennzeichnet, kann nur durch eine breit aufgestellte Organisation von Arbeiter:innen überwunden werden, die im Namen einer besseren, sozialistischen Zukunft für das Recht auf Selbstbestimmung kämpft.

Literatur

- Africa, Sonny (Direktor der Ibon Foundation, Philippinen) (2019): Interview der Autorin über die neuesten Erhebungen des Nationalen Amtes für Statistik bezüglich des Verhältnisses von Erwerbstätigen in der Bevölkerung der Philippinen (nicht öffentlich zugängliche Informationen). 07.12.2019, Quezon City.
- Chanco, Bo (2016): Will KMU cripple our BPO industry? In: The Philippine Star, 18.05.2016. www.philstar.com/business/2016/05/18/1584204/will-kmu-cripple-our-bpo-industry (4.5.2020).
- Labog, Elmer (2019): Global Rupture: Neoliberalism and the Political Economy of Poverty and Inequality. In: Rundtisch-Diskussion, Centre for International Studies, University of the Philippines. 19.02.2019, Quezon City.
- Labog, Elmer (2020): Interview der Autorin. 16.05.2020, Quezon City.
- Lambert, Rob (1990): Kilusang Mayo Uno and the Rise of Social Movement Unionism in the Philippines. In: Labour & Industry, 3(2-3), 258-280.
- Raymundo, Sarah (2019): Southern Dispatch: Primary Accumulation and Modalities of Labor. Conference on Marx 201: Rethinking Alternatives, 9. Mai, Universität Pisa, Italien.
- Suwandi, Intan (2019): Value Chains: The New Economic Imperialism. New York.
- Wood, Ellen Meiksins (2010): Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus. Köln/Karlsruhe.
- Zoleta, Venus (2018): Business Process Outsourcing to the Philippines: A Complete Guide. grit.ph/bpo/ (2.5.2019).

Irans festgefahrener Konflikt

Arbeiter:innen gegen autoritären Neoliberalismus

von Peyman Jafari

Noch bis vor Kurzem sahen Expert:innen die moderne Mittel- und die Kapitalistenklasse als Vorboten der Demokratie im Iran. Sie verwiesen dabei auf ihre Rolle in der Reformbewegung, die in den frühen 1990er-Jahren entstand und während der Präsidentschaft Mohammad Chätamis (1997–2005) an Schwung gewann (Rivetti 2019). Ernüchterung aufseiten der unteren Klassen über Chätamis wirtschaftlichen Liberalisierungskurs, sein Unvermögen, sich gegen die konservative Reaktion durchzusetzen, und die Kriegsgefahr infolge der US-Besetzung Afghanistans und des Iraks verhalfen dann aber 2005 dem Hardliner Mahmud Ahmadinedschad ins Präsidentenamt. Außerstande, seine populistischen Versprechen zu erfüllen, verfolgte Ahmadinedschad eine zunehmend autoritärere Politik. Seine manipulierte Wiederwahl im Juni 2009 löste Massenproteste aus, die unter dem Banner der Grünen Bewegung demokratische Forderungen erhoben und sich dabei auf die organisatorischen Netzwerke der Mittelklasse stützten (Nabavi 2012).

Mit der Zunahme der Arbeiterproteste seit den 2000er-Jahren und einem neuen Zyklus der Massenproteste, der zwischen Ende 2017 und Ende 2019 das gesamte politische Establishment der Islamischen Republik beunruhigte, begannen Arbeiter:innen in den Diskussionen über politischen Wandel im Iran präsenter zu sein. Dieser Beitrag beinhaltet die offiziellen und informellen Organisationen und Proteste der Arbeiter:innen, die dieser Wende zugrunde liegen. Es wird untersucht, inwieweit sie die autoritären Strukturen des Iran herausforderten, bewertet werden ihre Stärken, Schwächen und Perspektiven.

Irans illiberale Bourgeoisie

Das fälschliche Argument der zentralen Bedeutung der Bourgeoisie für Demokratisierung wird besonders hartnäckig in Ländern wie dem Iran vertreten, deren kapitalistische Entwicklung als »Abweichung« vom »Standard«-Modell des Westens gilt. Falls diese Länder durch Wirtschaftsliberalisierung und Weltmarktintegration zum »Standard«-Modell aufschließen, so das Argument, wird die Bourgeoisie dort gedeihen und den Autoritarismus erfolgreich herausfordern. Der marktliberale Ökonom Mohammad Tabibian, dessen Ideen die Wirtschaftspolitik des seit 2013 amtierenden Präsidenten Hassan Rohani geprägt haben, räumt zwar ein, dass sich der Kapitalismus sowohl mit demokratischen als auch autoritären Systemen wie in Saudi-Arabien oder China verträge. Er argumentiert dann aber, diese Länder seien wegen ihres schwachen Privatsektors nicht wirklich kapitalistisch (Tabibian 2020).

Allerdings sind auch geschätzt 80 Prozent der iranischen Wirtschaft in der Hand staatlicher Unternehmen und parastaatlicher Organisationen, der Privatwirtschaft bleiben nur 20% (Khajehpour 2000: 579). Umfassende Privatisierungen erhöhten ihren Anteil nur geringfügig, da die Betriebe von öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen aufgekauft wurden (Harris 2013). Die staatlich betriebene Kapitalakkumulation ist auch eher Regel als Ausnahme in Ländern der kapitalistischen Peripherie, die unter globalem Wettbewerbsdruck stehen.

Wie anderswo bereits erläutert (Jafari 2012), hat die wirtschaftliche Liberalisierung zu einem hybriden System aus Staats- und Marktkapitalismus geführt, das weniger eine Anomalie darstellt, als vielmehr Ausdruck von Irans Stellung im globalen Kapitalismus ist. Sie ermöglichte weder eine voll entwickelte Privatwirtschaft noch eine Demokratisierung, da die neue kapitalistische Klasse im Privat- sowie halbstaatlichen Sektor weiter auf den Staat angewiesen ist, der sie sowohl vor ausländischer Konkurrenz als auch vor Arbeiterprotesten im Inland schützt. Daher stellten sich Irans Kapitalisten in entscheidenden Momenten auch hinter den autoritären Staat.

Von den Gewerkschaften zu den Fabrikkomitees

Seit ihren Anfängen im frühen 20. Jahrhundert spielten Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen im Iran eine zentrale Rolle im Kampf gegen autoritäre Herrschaft und für demokratische Rechte (Ladjevardi 1985). Die Massenstreiks der Industriearbeiter:innen legten im letzten Monat des Jahres 1978 die Pahlavi-Monarchie lahm (Parsa 1989) und trugen so entscheidend zum Erfolg der Iranischen Revolution bei. Als die islamistischen Kräfte um Ajatollah Ruhollah Chomeini die Macht an sich rissen und einen zunehmend autoritären Staat konsolidierten, gründeten Tausende Arbeiter:innen Fabrikräte (*Schoras*), die versuchten, die Kontrolle über Verwaltung und Produktion zu erlangen. Die hunderte von Räten, die 1979/1980 in den wichtigsten Industriezentren entstanden, hatten viele Mängel und wurden unterdrückt, aber sie ermöglichten es den Arbeiter:innen, Demokratie durch Teilnahme an kollektiven Debatten und Entscheidungsfindungen zu erleben. Als der postrevolutionäre Staat rasch ins Autoritäre kippte, unterdrückte und verbot er die Räte (Bayat 1986; Jafari 2020), versuchte aber zugleich, sie durch arbeiterfreundliche Rhetorik zu vereinnahmen (Morgana 2018). In den letzten vier Jahrzehnten haben Arbeiter:innen nicht aufgehört, sich der autoritären Politik mit unzähligen Aktions- und Organisationsformen entgegenzustellen. Einige nutzten die staatlich zugelassenen Arbeiterorganisationen, um ihre Forderungen anzubringen, andere versuchten, unabhängige Gewerkschaften und Netzwerke zu organisieren, und eine kleinere dritte Gruppe forderte die Wiederherstellung der *Schoras* und der Arbeiterkontrolle.

Lohnarbeitende ohne nennenswerte Kontrolle des Arbeitsprozesses sind sowohl im formellen als auch informellen Sektor beschäftigt, wobei letzterer ein Fünftel des offiziellen BIP ausmacht. Laut dem Iranischen Zentrum für Statistik arbeitete 2017 die Hälfte aller 23,2 Millionen Beschäftigten im Dienstleistungssektor, 31,5% in der Industrie und 18,7% in der Landwirtschaft. Auch wenn die Mehrheit in Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten arbeitet, konzentriert sich ein Anteil von 30 bis 40% aller Arbeiter:innen in Unternehmen mit mehr als zehn Angestellten.

»Gelbe« Gewerkschaften

Nachdem Islamist:innen Arbeiter:innen und die städtischen Armen mit ihrer populistischen Ideologie mobilisierten, verfolgten sie eine Politik, die die Auswirkungen des Iran-Irak-Kriegs auf die Unterklassen abfederte, Ungleichheiten verringerte und Organisationen mit begrenzter Repräsentation von Arbeiter:innen schuf. Dies spiegelte zum Teil den Einfluss einer Form des Islamismus wider, der die neu gegründete Islamische Republik unter der Führung Chomeinis unterstützte und zugleich Antikapitalismus und islamische Arbeiterorganisationen verteidigte.

Nach der Iranischen Revolution wurden alle unabhängigen Arbeiterorganisationen unterdrückt. Der Staat ließ nur drei Organisationen zu, um die Arbeiter:innen an sich zu binden: die Islamischen Arbeitsräte, die Islamischen Arbeiter-Assoziationen und die Berufsverbände. Die Einbeziehung eines Mitglieds der Unternehmensleitung in die Islamischen Räte und die Verpflichtung zur Treue gegenüber dem Prinzip *Welāyat-e Faqih* (Statthalterschaft eines islamischen Rechtsgelehrten, derzeit Ali Chamenei) als Voraussetzung für die Zugehörigkeit setzte deren Eigenständigkeit allerdings erhebliche Grenzen.

Dennoch boten diese Organisationen den Arbeiter:innen die Möglichkeit, Forderungen zu erheben und Proteste zu organisieren. Ihre Zahl stieg von etwa 2.000 im Jahr 1990 auf über 5.000 im Jahr 2010, und lag 2018 bei über 10.000 (Khosravi et al. 2008: 72). Das veranschaulicht den beständigen Druck, den Arbeiter:innen durch unterschiedlichste Protestformen auf Staatsfunktionäre ausgeübt haben, um ihnen erweiterte politische Mitsprachemöglichkeiten abzutrotzen. Noch deutlicher wird die Dynamik in Hinblick auf das *Arbeiterhaus*, in dessen regionalen Zweigstellen Vertreter:innen aller drei genannten Arbeiterorganisationen aus unterschiedlichen Betrieben, unabhängig vom Wirtschaftssektor, zusammenkommen. Das Arbeiterhaus unterhält enge Beziehungen zu den reformistischen und moderaten Fraktionen des politischen Establishments, auch wenn sich das Verhältnis wegen deren neoliberaler Ausrichtung angespannt hat.

Das Arbeiterhaus war ab der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zunehmend bereit, Proteste und Petitionen zu organisieren, da die wirtschaftliche Libe-

ralisierung des Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani (1989–1997) den populistischen Gesellschaftsvertrag untergrub und seine Führer befürchteten, die unabhängigen Arbeiterproteste und Aufstände der städtischen Armen von 1991/1992 und 1995 könnten außer Kontrolle geraten. Die Proteste der Ölarbeiter:innen waren diesbezüglich sehr bedeutend. Im August 1996 demonstrierten Hunderte Beschäftigte der Teheraner Raffinerie vor dem Büro des Arbeiterhauses und verlangten die Einhaltung der Tarifverträge und das Bereitstellen von Hypotheken, was in den Folgemonaten eine Streikwelle und weitere Proteste der Raffineriearbeiter entfachte. Sie forderten bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne und das Recht auf unabhängige Organisation. Mit der Wahl von Delegierten unternahmen Ölarbeiter:innen im Februar 1997 erste Schritte zur Bildung einer unabhängigen Organisation. Die Regierung löste ihre Versammlung auf und erklärte Arbeiterorganisationen in der Ölindustrie für illegal. Der Protest der Ölarbeiter:innen wurde unterdrückt, doch er setzte eine Diskussion über die Notwendigkeit unabhängiger Arbeiterorganisationen in Gang.

Die Arbeiterproteste der 1990er-Jahre waren Teil einer breiteren gesellschaftlichen Dynamik, in der Studierende, Frauen und Intellektuelle begannen, soziale und politische Rechte einzufordern, und die autoritären Strukturen der Islamischen Republik herauszufordern. Der Aufstieg der Fraktion der Reformier um Chātami, der die Präsidentschaftswahlen 1997 mit einem Erdbezugsgewinn gewann, war eine direkte Folge dieses Drucks von unten. Einer Studie zufolge stimmten Arbeiter:innen aus Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten in großer Zahl für Chātami, um die politische Gelegenheit zu nutzen, die autoritären Strukturen zu schwächen (Khosravi 2001: 6).

Unabhängige Gewerkschaften

In dem Jahr nach Chātamis Wahl zählten Gewerkschaftsaktivist:innen an die 90 Protestaktionen in Großindustrien, darunter Streiks im Stahlwerk Isfahan, in der Textilfabrik in Behschahr, in der Glashütte in Hamadan sowie in der Ölindustrie in Abadan und Gachsaran (Moghissi/Rahnema 2004: 289). Das Arbeiterhaus sah sich zum Handeln gezwungen und warnte, dass »[...] die Islamischen Räte seit der Revolution im Interesse der Revolution und des Führers gearbeitet und die Betriebe vor jeglichem Schaden bewahrt haben. Wenn sie jetzt aber nicht auf ihre veränderten Anforderungen reagierten, würde ihre Notwendigkeit für Arbeiter abnehmen, und das ist unserer Ansicht nach genau das, was die Systemfeinde wollen.« (Mahmoodi 2001: 17) Von Dezember 1999 bis April 2000 organisierte es vier Massendemonstrationen für Arbeiter:innen und eine für Arbeitslose und Jugendliche. Angesichts der Arbeiter:innen, die unabhängig den 1. Mai feierten, beschloss das Arbeiterhaus zudem eine eigene Maifeier zu organisieren.

Chätamis fortgesetzte Wirtschaftsliberalisierung führte aber zu wachsender Unzufriedenheit unter Arbeiter:innen. So nahm seine Regierung im Jahr 2003 alle Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten vom Arbeitsrecht aus und untergrub so den Arbeiterrechtsschutz. Während seiner zweiten Amtszeit (Juni 2001 – August 2005) nahmen Arbeitsproteste merklich zu. Zwischen März 2001 und 2002 wurden 319 Proteste registriert. Eine wichtige Entwicklung in dem Jahr war, dass Lehrkräfte und Beschäftigte im Gesundheitssektor in den Arbeitskampf traten. Spektakuläre Streiks – wie der eines Drittels des gesamten Lehrpersonals im Frühjahr 2004, initiiert von einem Dissidenten eines Islamischen Rats, und ebenfalls 2004 in der Kupferschmelzanlage in Khatunabad oder der Arbeitskampf 2005/2006 bei Iran Khodro, der größten Autofabrik im Mittleren Osten – sowie Demonstrationen zum 1. Mai verhalfen der Arbeiterbewegung zu landesweiter Prominenz. Die relative Zunahme der Arbeitermilitanz (260 Streiks im November/Dezember 2005), die Enttäuschung über Chätami und eine gewisse politische Öffnung bewog einige Arbeiter:innen, unabhängige Gewerkschaften und Netzwerke zu gründen.

2004 schlossen sich 17.000 Busfahrer:innen in der *Gewerkschaft der Arbeiter der Busbetriebe in Teheran und Umgebung* zusammen. Seit ihrer Gründung hat die Gewerkschaft unablässig Mitgliederversammlungen, Demonstrationen und Streiks organisiert. Auch wurde sie zur Dauerzielscheibe von staatlicher Repression und Einschüchterung, da sie die unabhängige Arbeiterbewegung symbolisierte. 2008 folgten die Arbeiter:innen der Haft Tapeh Rohrzuckerfabrik mit der Gründung der zweiten unabhängigen Gewerkschaft.

Arbeiter:innen organisierten auch informelle Zusammenkünfte wie etwa Bergsteigen, um der Überwachung zu entgehen, oder bildeten geheime Arbeiterkomitees. Zudem erschien eine steigende Zahl von Arbeiter:innen-Bulletins mit antikapitalistischen Inhalten und Titeln wie *Der fortschrittliche Arbeiter*, *Arbeiterintellekt*, *Abschaffung der Lohnarbeit* oder *Schora* (Der Rat) sowie Dutzende von Web-Blogs mit Schwerpunkt auf prekären Arbeitsverhältnissen. Ebenso entstanden unabhängige Netzwerke zur landesweiten Koordination, doch sie bleiben schwach, sind entlang ideologischer Linien zersplittert und werden für gewöhnlich unterdrückt. Die *Unabhängige Gewerkschaft der Iranischen Arbeiter* wurde am 1. Mai 1997 gegründet und wurde später zur *Unabhängigen Arbeiterassoziation des Iran*, die hauptsächlich Stellungnahmen zu Kämpfen veröffentlicht, aber auch die Zeitung *Organisation* herausgibt. Andere (semi)klandestine Organisationen umfassen: das *Komitee zur Erreichung der Schaffung Freier Arbeiterorganisationen*, das *Koordinationskomitee für die Schaffung freier Arbeitsorganisationen*, die *Arbeiter-Kultur- und Hilfsorganisation* und der *Kooperationsrat der Arbeiterorganisationen und -aktivisten*.

Radikale Proteste und Revolten

Der Arbeitsaktivismus nahm während der Präsidentschaften des Hardliners Mahmud Ahmadinedschad (2005–2013) und des Moderaten Hassan Rohani (seit 2013) beständig zu. Zwischen März 2010 und März 2011 zählt ein Bericht 505 Protestaktionen von Arbeiter:innen: 137 Demonstrationen vor Regierungsgebäuden; 150 Sit-ins, Straßenblockaden und Versammlungen; 148 Streiks; und 70 Proteste anderer Art (Javaheri-Langeroodi et al. 2012). Die meisten dieser und späterer Proteste standen in Zusammenhang mit niedrigen oder verspäteten Lohnzahlungen, Privatisierungen, Zeitverträgen und wirtschaftlichen Notlagen, deren Ursachen meist Korruption, Missmanagement, neoliberale Reformen und die verheerenden US-Sanktionen waren. Ein anderer Bericht nennt für das Jahr 2012 die Zahl von 100 Arbeiterprotesten, die sich im Jahr 2015 auf über 400 erhöht hat (Harris/Kalb 2018).

Während die meisten dieser Proteste aus den Betrieben oder aus ihrem Umfeld initiiert wurden, brach im Dezember 2018 und im Januar 2019 in fast 100 Städten eine Welle von Straßenprotesten aus, die sich ausdrücklich gegen Korruption, Inflation und die politischen Autoritäten richteten. Das gleiche Muster zeigte sich im November 2019, als eine plötzliche Benzinpreiserhöhung Massenproteste, Blockaden und Zusammenstöße mit Sicherheitskräften auslöste, in deren Verlauf Hunderte Protestierende getötet wurden. Die Proteste gingen hauptsächlich von Arbeiter:innen aus dem informellen Sektor und arbeitslosen Jugendlichen aus. Ihnen fehlten zwar Organisationsstrukturen, aber auch sie verknüpften ökonomische mit antiautoritären Forderungen (Aghamir/Jafari 2019).

Diese radikalen Proteste haben die Aufmerksamkeit weg von der Mittelklasse hin zu Arbeiter:innen als wichtigste Herausforderer der autoritären Strukturen des Irans umgelenkt und beunruhigten letztere. Zugleich hat eine kleine, aber bedeutende Zahl von Arbeiter:innen sich weiterhin kollektiv organisiert. Einige haben sogar radikale Vorschläge unterbreitet, privatisierte Fabriken unter Arbeiterkontrolle zu stellen. Seit der Privatisierung der Haft Tapeh Rohrzuckermühle im Jahr 2016 haben ihre Arbeiter:innen immer wieder Proteste organisiert und gefordert, ein Fabrikkomitee zu gründen, das die Betriebsleitung übernehmen sollte. Während sie die Machthaber kritisierten, wiesen sie auch jegliche US-Aggression gegen den Iran zurück und verurteilten die Versuche rechter Nationalisten, die Arbeitskämpfe zu kapern. Dieser neue Radikalismus steht für eine wachsende Feindseligkeit gegen den Neoliberalismus in weiten Teilen der arbeitenden Klassen im Iran und anderswo, wie es das Transparent zum Ausdruck brachte, das Studierende im Dezember 2019 in Teheran aufspannten, um die landesweiten Proteste zu unterstützen: »Iran, Frankreich, Libanon, Chile ... derselbe Kampf. Nieder mit dem Neoliberalismus.«

Auch wenn die radikalen Proteste das Potenzial der Arbeiterbewegung zeigen, die Betriebe und das politische System zu demokratisieren, sollte das nicht von den eklatanten Schwächen der Arbeiterproteste im Iran ablenken. Die sind noch stark zersplittert und lokalisiert und es fehlt ihnen an soliden Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen. Wo der illiberalen Bourgeoisie schlicht der Wille fehlt, das autoritäre Regime herauszufordern, fehlt es dem Proletariat noch an organisatorischer Stärke dafür. Andererseits zeigen die jüngsten Protestwellen, dass es in Zukunft in der Lage sein könnte, sich aus dieser festgefahrenen Situation zu befreien.

Literatur

- Aghamir, Shahram/Jafari, Peyman (2019): The November Protests in Iran: An Interview with Historian Peyman Jafari. In: Statushour Audio Magazine. www.statushour.com/en/Interview/2450 (21.10.2020).
- Bayat, Assef (1986): *Workers and Revolution in Iran: A Third World Experience of Workers Control*. London.
- Harris, Kevan (2013): The Rise of the Subcontractor State: Politics of Pseudo-Privatization in the Islamic Republic of Iran. In: *International Journal of Middle East Studies*, 45(1), 45-70.
- Harris, Kevan/Kalb, Zep (2018): How Years of Increasing Labor Unrest Signaled Iran's Latest Protest Wave. In: *Washington Post*, 19.1.2018.
- Jafari, Peyman (2012): The Ambiguous Role of Entrepreneurs in Iran. In: Aarts, Paul/Cavatorta, Francesco (Hrsg.): *Civil Society in Syria and Iran: Activism in Authoritarian Contexts*. Boulder, Col., 93-118.
- Jafari, Peyman (2020): »In the Name of the God of the Oppressed«: Factory Committees and the State in Iran, 1979–82. In: Brandon, Pepijn/Jafari, Peyman/Müller, Stefan (Hrsg.): *Worlds of Labour Turned Upside Down: Revolutions and Labour Relations in Global Historical Perspective*. Leiden, 251-284.
- Javaheri-Langeroodi, Amir/Rasti, Ahmad/Ra'isdana, Reza (2012): *Moor-e Amari Bar Etesabat va Eterazat-e Kargaran-e Iran Dar Sali ke Gozasht*. www.rahekargar.net/interviews/2012-03-06_841_kargari.pdf (21.10.2020).
- Khajeypour, Bijan (2000): Domestic Political Reforms and Private Sector Activity in Iran. In: *Social Research*, 67(2), 577-598.
- Khosravi, Hassan (2001): *Jame'eh shenasi-ye entekhabat-e Iran*. In: *Andishe Jame'e*, 17/18, 5-7.
- Khosravi, Hassan/Vafae Yeganeh, Reza/Mir-Mohammadi, Mohammad (2008): *Barresi-ye Naqshesh Tashakkol-ha-ye Kargari Dar Tahavolate Bazar-e Kar va Etesabate Kargari*. Tehran.
- Ladjevardi, Habid (1985): *Labor Unions and Autocracy in Iran*. Albany.
- Mahmoodi, Djilil (2001): *Kargaran: Sange Zirin-e Asiyab*. In: *Andisheh-ye Jame'e*, 16, 16-19.
- Moghissi, Haideh/Rahnema, Saeed (2004): *The Working Class and the Islamic State in Iran*. In: Cronin, Stephanie (Hrsg.): *Reformers and Revolutionaries in Modern Iran: New Perspectives on the Iranian Left*. London and New York, 280-301.
- Morgana, Stella (2018): *The Islamic Republican Party of Iran in the Factory: Control*

- over Workers' Discourse in Posters (1979–1987). In: *Iran: Journal of the British Institute of Persian Studies*, 56(2), 237-249.
- Nabavi, Negin (Hrsg.) (2012): *Iran from Theocracy to the Green Movement*. Basingstoke. Parsa, Misagh (1989): *Social Origins of the Iranian Revolution*. New Brunswick/London.
- Rivetti, Paola (2019): *Political Participation in Iran from Khatami to the Green Movement*. Basingstoke.
- Tabibian, Mohammad (2020): *Chegunegiyeh rabeteh-ye sarmayehdari va democracy. Goftogu-yeh Mahnameh ba Mohammad Tabatabaian*. In: *Mehrnameh*, 51.

Israels Gewerkschaftsbewegung zwischen Organisierung und Schweigen

von Jules El-Khatib

Die israelische Gewerkschaftsbewegung gehörte lange zu den einflussreichsten der Welt. Doch ihr Einfluss innerhalb der israelischen Arbeiterklasse, deren Organisationsgrad von 80% in den 1950ern auf 20% fiel, wie auch der Politik nimmt ab. Dies liegt unter anderem auch an ihrem schwierigen Verhältnis zu Rassismus, Besatzung und gesellschaftlichen Minderheiten. Die Folge sind massive Veränderungen innerhalb der israelischen Arbeiterbewegung.

Die Histadrut (*HaHistadrut HaKlalit schel Ha'Owdim B'Eretz Israel*, Allgemeiner Verband der Arbeiter im Lande Israel) galt einst als die mächtigste Gewerkschaft der Welt (Fischer 1954), sie entstand im Zusammenhang mit den nach Palästina ausgewanderten Juden aus Europa. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehörten viele Sozialdemokrat:innen und Sozialist:innen, die Zusammensetzung unterschied sich allerdings von vielen anderen gewerkschaftlichen Dachverbänden. »Berufsarbeiter waren wohl die große Ausnahme, Studenten und Mittelstand die Norm.« (Ebd.: 216-217)

Ihre Vorläufer hatte sie in der Kibbuz-Bewegung, die Siedlungen in Palästina für ankommende Jüdinnen und Juden mit dem erklärten Ziel gründete, Siedlungen zu schaffen, in denen es nicht um Gewinn und Bereicherung des Einzelnen ging. Es ging um ein gutes Leben für alle, die dort leben. Die Gründung des Gewerkschaftsverbands erfolgte 1920 an der »Haifaer Technischen Hochschule, 87 Männer und Frauen, die 4.433 Arbeiter:innen repräsentierten, begründeten die Histadrut« (ebd.: 218). Angegliedert an die Histadrut war eine Gewerkschaft für die Palästinenser:innen, die nicht Teil des offiziellen Dachverbands war und durch dessen zionistische Ausrichtung auch nicht als Teil der Bewegung angesehen wurde. Eine Aufnahme der palästinensischen Israelis in die Histadrut war nicht von Beginn an möglich, sondern erst ab 1953 (ebd.: 220).

Mit der abnehmenden Bedeutung der israelischen Sozialdemokratie und der Privatisierung von Staatseigentum sowie dem Verkauf von gewerkschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen an Unternehmen, ging ein Prozess des Niedergangs der Histadrut einher. Die Privatisierung von Staatskonzernen und der staatlichen Unternehmensbeteiligungen fand nahezu zeitgleich mit dem beginnenden Verkauf von gewerkschaftlichen Unternehmen in den 1980er-Jahren statt. Die Histadrut war bis dahin der zweitgrößte Arbeitgeber des Landes. Darauf folgte auch eine Umstrukturierung der israelischen Gewerkschaftsbewegung, weg von einem auch wirtschaftlich relevanten Akteur

in Israel hin zu einer klassischen Gewerkschaft, die vor allem Tarifverhandlungen führt und in bestimmten Situationen Streiks organisiert.

Der dritte Faktor des Niedergangs der israelischen Gewerkschaftsbewegung war, neben den Privatisierungen und der abnehmenden Bedeutung der Arbeiterpartei, eine Reihe von Niederlagen in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen. Eine besondere Bedeutung hatten dabei die Auseinandersetzungen im Chemiebereich, insbesondere bei Haifa Chemicals Mitte der 1990er-Jahre, bei dem die Gewerkschaft in Folge von zu zögerlichem Handeln eine schwere Niederlage akzeptieren musste. Die Folge war die Entstehung eines neuen gewerkschaftlichen Dachverbands. »Als klar war, dass die Histadrut zu schwach war, um den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Israel zu erhöhen und um das bisher Erreichte zu verteidigen, wurde [im Jahr 2007] *Koach La-Ovdim* (Alle Macht den Arbeitern) gegründet.« (Adaki 2020) Die Gründung wurde initiiert von Aktivist:innen und Arbeiter:innen, die von der Histadrut frustriert waren. Die Strategie beider Gewerkschaften unterschied sich auch im Hinblick auf die Organisation und die Arbeitskämpfe bei Haifa Chemicals. Während die Histadrut 1996 und insbesondere 2011 maximal auf Streiks setzte und der Schutz der alten Verträge im Vordergrund stand, wofür auch Verschlechterungen an anderer Stelle akzeptiert wurden, setzte Koach La-Ovdim auf einen Streik. Der sollte alle Beschäftigten des Werkes besserstellen, statt einseitig nur die ältere Generation von Beschäftigten und ihre besseren Arbeitsverträge zu schützen.

Histadrut, Besetzung und Krieg

Die Histadrut spricht sich für Frieden mit Palästina und eine Zwei-Staaten-Lösung aus. Im Jahr 2008 wurde eine Vereinbarung mit dem palästinensischen Gewerkschaftsdachverband Allgemeiner Palästinensischer Gewerkschaftsbund (PGFTU) geschlossen, in dessen Folge ein Teil der Mitgliedsbeiträge von Palästinenser:innen an die PGFTU überwiesen wurde. Dies hindert die Mehrheit der Histadrut allerdings nicht daran, israelische Kriege und Angriffe auf Palästina zu unterstützen. »Was das heißt, wurde beispielsweise deutlich, als die Histadrut die israelische Militäroffensive ›Cast Lead‹ gegen Gaza 2008/2009 befürwortete und 2010 den Angriff einer israelischen Marineeinheit auf die Gaza-Flottille rechtfertigte (neun Passagiere wurden erschossen).« (Witt-Stahl 2013)

Innerhalb der Histadrut haben ab den 1990er-Jahren Kräfte an Einfluss gewonnen, die der rechten Partei *Likud* nahestehen. Der Pressesprecher der PGFTU, Mohammed Al-Atawneh, erklärt: »Die Beziehungen und der Austausch von Aktivitäten im Rahmen des gemeinsamen Abkommens zwischen der PGFTU und der Histadrut sind seit Jahren ins Stocken geraten. Alle mit ihnen unterzeichneten Abkommen liegen auf Eis und Verhandlungstreffen wur-

den eingestellt.« (Schamberger 2019) Auch ist die Mitgliedschaft für Palästinenser:innen ohne israelischen Pass in der Histadrut nicht möglich, auch dann nicht, wenn sie in Israel arbeiten. Anders verhält es sich bei den Israelis, die in Siedlungen im palästinensischen Gebiet leben und auch dort arbeiten: Diese können Mitglied des Gewerkschaftsdachverbands sein. Insgesamt offenbart der Gewerkschaftsdachverband damit ein zumindest ambivalentes Verhältnis, wenn es um internationale gewerkschaftliche Positionen geht. Während er sich offiziell für eine Zwei-Staaten-Lösung ausspricht, werden all jene unterstützt, die in Siedlungen wohnen, in denen ihre Mitgliedschaft ermöglicht wird.

Der Rechtsruck der Histadrut wird auch im Hinblick auf die parteipolitischen Beziehungen deutlich: Während frühere Vorsitzende des Histadrut fast immer Angehörige der sozialdemokratischen Awoda (*Mifleget haAwoda halsra'elit*, Israelische Arbeiterpartei) waren, ist dies seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Der neue Vorsitzende, Avi Nissenkorn, ist Mitglied der Israel Resilience Party von Benjamin Gantz geworden, die sich rechts der Mitte positioniert, den Ausbau der Siedlungen befürwortet und eine Anerkennung Palästinas nur als Rumpfstaat akzeptiert.

Histadrut – Abschiebungen und Rassismus

Wie in die meisten anderen Industriestaaten existiert auch nach Israel eine Flucht- und Migrationsbewegung von Menschen aus ärmeren Ländern. Die Histadrut erklärt sich prinzipiell bereit, Geflüchtete als Mitglieder aufzunehmen, wenn sie in Israel einer Arbeit nachgehen und sie hat etwa 3.000 Flüchtlinge unter ihren Mitgliedern (Adiv 2018). Zunächst war jedoch die Aufnahme mehrerer hundert Geflüchteter in die Einzelgewerkschaften aufgrund von »technischen Schwierigkeiten« nicht möglich. Diese wurde erst durch massiven Druck von NGOs und migrantischen Organisationen ermöglicht (Plaut 2018).

Im Allgemeinen schweigt die Gewerkschaft, wenn es um konkrete Problematiken von Geflüchteten geht. Als die israelische Regierung im Jahr 2018 ihren Plan verkündete, 37.000 Menschen nach Ruanda abzuschicken, sprachen sich sowohl die Vereinigte Liste als auch die Arbeiterpartei und die Meretz sowie Teile des liberalen politischen Spektrums dagegen aus. Anders die Histadrut: Die schieg zu den Protesten.

In ihrer Satzung erklärt die Histadrut seit der Öffnung für nicht-jüdische Menschen, dass sie sich gegen Rassismus und Diskriminierung aufgrund von Ethnie, Sexualität oder Nationalität stellt. Allerdings liegt der Fokus des Gewerkschaftsdachverbands vor allem auf der Organisation und der Vertretung der jüdisch-israelischen Beschäftigten und nicht auf einer gleichmäßigen Repräsentanz aller Arbeiter:innen in Israel, ob nun jüdisch-israelisch oder Palästinenser:innen mit oder ohne israelischem Pass. So wird die Öffentlichkeitsarbeit der Organisation auch ausschließlich auf Hebräisch durchgeführt.

In der Praxis bedeutet die Ablehnung von Rassismus nicht, dass der Gewerkschaftsbund sich an konkreten Kämpfen und Bewegungen gegen Rassismus beteiligt. Der betrifft in Israel vor allem Palästinenser:innen. Deutlich wird dies am Beispiel des Nationalstaatsgesetzes der Netanjahu-Regierung aus dem Jahr 2018, das die arabische Sprache herabstuft, von nicht-jüdischen Menschen mit israelischem Pass nur als Einwohner:innen spricht und es ermöglicht, dass Auswahlkomitees von Dörfern Menschen, wenn sie nicht jüdisch sind (Mossawa Zentrum 2018), ablehnen. Gegen das Gesetz protestierten mehr als zehntausend Menschen in Tel Aviv, darunter nicht nur Linke und Palästinenser:innen (Cohen 2018), sondern auch Linkliberale, Sozialdemokrat:innen und Anhänger:innen der Gewerkschaft. Doch Histadrut selbst rief weder zu Protesten auf noch positionierte sie sich zumindest, obwohl das Gesetz gegen die Ansprüche des Gewerkschaftsverbands verstößt.

Koach La-Ovdim – Besatzung und Krieg

Koach La-Ovdim ist hervorgegangen aus Protesten, die die Histadrut nicht wirklich führen wollte. Und sie hat von Beginn an das Ziel, die Arbeiter:innen in Israel zu organisieren und die demokratische Mitbestimmung im gewerkschaftlichen Kampf deutlich zu erhöhen und dabei insbesondere auch marginalisierte Gruppen, wie die Palästinenser:innen, in den Fokus zu nehmen (Bondi 2016). Zu Angriffen auf den Gazastreifen oder die Besatzungspolitik der israelischen Regierung fehlen bisher Statements von Koach La-Ovdim. Dies könnte auch daran liegen, dass die Gewerkschaft neben den Palästinenser:innen vor allem auch orthodoxe Jüdinnen und Juden organisieren will. Allerdings sprechen sich auch führende Mitglieder von Koach La-Ovdim klar und deutlich gegen die aktuelle Politik der israelischen Regierung, deren Siedlungsbau, Rassismus und Forcierung der Besatzung aus. Dazu zählt unter anderem der stellvertretende Vorsitzende von Koach La-Ovdim, der einen Solidaritätsbrief mit Jeremy Corbyn gezeichnet hat. Darin bezeichnen sich die Unterzeichner:innen als Menschen, die »dem Ende der Besatzung und der Blockade von Gaza, einem gerechten Frieden und einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge« (Letter of support 2018) verpflichtet sind.

Koach La-Ovdim – Abschiebungen und Rassismus

Koach La-Ovdim fordert den Stopp der Abschiebungen nach Ruanda (Adiv 2018), auch wenn der Aufruf von antirassistischen Initiativen und der Kleinstgewerkschaft Maan als zu schwach bezeichnet wurde. Einige führende Mitglieder des Gewerkschaftsdachverbands riefen auch zu Kundgebungen und Protesten gegen die am Ende aufgegebenen Massenabschiebungen auf.

In seiner Satzung positioniert sich der Gewerkschaftsverband gegen Rassismus sowie jede Form von Diskriminierung. Um dies im Alltag umzusetzen,

erscheint jede Veröffentlichung »ebenfalls auf Arabisch, weil wir den vielen palästinensisch-israelischen Arbeiterinnen und Arbeitern einen Zugang zum Thema Arbeitskampf und Arbeitsrechte bieten wollen [...]« (Krieg 2017), wie die Verantwortliche für den Nahverkehrssektor Maya Peretz deutlich macht.

Bei Protesten gegen Polizeigewalt gegen äthiopische Juden und palästinensische Israelis, erklärte Koach La-Ovdim immer wieder seine Unterstützung für die Proteste. Wie Yaniv Bar Ilan, ein Sprecher des Gewerkschaftsbunds deutlich machte: »Wir unterstützen jeden Protest gegen Rassismus.« (Galinsky 2019) Andererseits bezieht auch Koach La-Ovdim den Antirassismus nicht unbedingt auf politische Entscheidungen der israelischen Regierung, weswegen sie sich nicht deutlich gegen das Nationalstaatsgesetz und die damit einhergehende Diskriminierung der Minderheiten in Israel ausgesprochen hat. An den Massenprotesten gegen das Gesetz beteiligten sich zwar Mitglieder des Gewerkschaftsverbands, dieser rief jedoch nicht offiziell dazu auf.

Massenproteste gegen Diskriminierung

Doch auch ohne Beteiligung der großen Gewerkschaften gibt es Massenproteste gegen verschiedene Formen der Diskriminierung. 2017 kam es in allen palästinensischen Dörfern und Städten in Israel zu Massenprotesten gegen die Zerstörung von elf bewohnten Häusern durch die israelische Armee/Regierung in Qalansawe. An den Protesten, zu denen unter anderem die Vereinigte Liste, Bürgerrechtsorganisationen und der Kleinstgewerkschaft WAC-Maan (*Workers Advice Center*, Arbeiterberatungsstelle) aufriefen, beteiligten sich etwa 500.000 Palästinenser:innen in Israel (McKernan 2017). Die Proteste richteten sich auch allgemein gegen die Zerstörung von über 5.000 Häusern in den letzten 30 Jahren (ebd.).

Im Jahr 2018 kam es erneut zu Massenprotesten in Israel. Im Vordergrund standen diesmal Proteste von Frauen gegen häusliche Gewalt und Morde an Frauen. Die Proteste, zu denen neben jüdisch-israelischen, muslimischen und palästinensisch-israelischen Frauenorganisationen, NGOs und linken und sozialdemokratischen Parteien dieses Mal auch Gewerkschaften aufriefen, führten dazu, dass zwölf Städte allen weiblichen Beschäftigten an diesem Tag freigaben, um sich zu beteiligen. Unter den zwölf Städten, die aufriefen, waren nur drei mehrheitlich jüdische Städte (Tel Aviv, Haifa und Ramat Gan). Die anderen Städte waren die palästinensischen Städte in Israel: Tamra, Jaljulia, Tira, Tai-beh, Qalansuwa, Kafr Qasim, Sakhnin, Kafr Bara und Arabeh (Khoury/Lee 2018).

Beide Proteste verdeutlichen, dass es Auflehnung gegen autoritäre Maßnahmen, Diskriminierung und Rassismus gibt. Die Histadrut und auch Koach La-Ovdim beteiligen sich allerdings nur, wenn es sowohl jüdische als auch palästinensische Israelis betrifft. Bei Protesten, die vor allem Probleme israelischer Palästinenser:innen betreffen, schweigen sie hingegen meist.

Israels Gewerkschaft – Fehlender Widerstand gegen Besatzung

Die Gewerkschaftsbewegung weltweit, aber insbesondere in Ländern, die eine aggressive Besatzungs- und Kriegspolitik haben, muss klare Grundsätze haben, wenn sie auch die Betroffenen von Krieg und Rassismus erreichen will. Dazu gehört eine kompromisslose Ablehnung von jeglicher Besatzungspolitik. Einsatz für einen gerechten Frieden, aber auch eine aktive Partizipation im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im eigenen Land. Ohne dies sicherzustellen, kann es nicht gelingen, palästinensische Israelis zu gewinnen und somit erfolgreich gegen Ausbeutung zu kämpfen.

Zwei der drei größten israelischen Gewerkschaftsverbände, Histadrut und Koach La-Ovdim sprechen sich offiziell für Frieden und eine Zwei-Staaten-Lösung aus, die dritte National Histadrut (*National Labor Federation* in Eretz-Israel) steht dem auch offiziell mindestens kritisch gegenüber. Der vierte und kleinste israelische Gewerkschaftsbund WAC-Maan dagegen spricht sich deutlich gegen jegliche Form von Siedlungsbau, Besatzungspolitik und Krieg aus (Wac-Maan 2012). Allerdings kann Maan eher als NGO denn als kämpfende Gewerkschaft verstanden werden, da in der Geschichte der Organisation nur zwei Tarifverträge unterzeichnet wurden. In den vergangenen Jahren versuchte sie, abseits von Protesten gegen Besatzung und Krieg, vor allem palästinensische Israelis zu organisieren, teilweise im direkten Konflikt mit der Histadrut (Auspalestine 2019).

Histadrut und Koach La-Ovdim haben keine klare Haltung zum aktuellen Rechtsruck der israelischen Gesellschaft. Das Ziel von Koach La-Ovdim, eine progressive Gewerkschaft zu sein, kann nur erfüllt werden, wenn es der Organisation gelingt, sich klar und deutlich gegen diskriminierende und rassistische Gesetze wie auch gegen Übergriffe auf Palästinenser:innen in Israel zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss Koach La-Ovdim sich irgendwann entscheiden, ob sie alle israelischen Arbeiter:innen vertreten will, auch jene, die zum Beispiel als Sicherheitskräfte in Siedlungen arbeiten, oder ob sie eine klare linke Position einnimmt. Das würde erfordern, dass sie nur diejenigen Beschäftigten vertritt, die durch ihre Arbeit nicht den Siedlungsbau unterstützen und damit auch die letzten Hoffnungen auf Frieden minimieren. Eine klar antirassistische und Antikriegs-Position fehlt bei Koach La-Ovdim und erschwert es der Gewerkschaft, den Zugang zu palästinensischen Arbeiter:innen zu erhalten, die von beidem direkt betroffen sind.

Literatur

- Adaki, Ziv (2020): Gewerkschaften in Israel: Die Geschichte der Haifa Chemicals. Rosa Luxemburg Stiftung Israel Office. www.rosalux.org.il/gewerkschaften-haifa-chemicals/ (25.5.2020).
- Adiv, Assav (2018): Israeli unions silent over deportation of asylum seekers. In: Glo-

- bal Labour Column. column.global-labour-university.org/2018/03/israeli-unions-silent-over-deportation.html (25.5.2020).
- Auspalestine (2019): Palestinians strike for right to join their chosen union. In: Auspalestine. auspalestine.org/2019/09/17/palestinians-strike-for-right-to-join-their-chosen-union/ (9.6.2020).
- Bondi, Assaf (2016): Koach La-Ovdim – Eine Gewerkschaft von unten. In: Rosa Luxemburg Stiftung Israel Office. www.rosalux.org.il/koach-la-ovdim-macht-den-arbeitern-neue-ansatze-gewerkschaftlicher-organisierung-und-interessenvertretung-israel/ (25.5.2020).
- Cohen, Tsafir (2018): Das umstrittene Nationalstaatsgesetz. Rosa Luxemburg Stiftung Israel Office. www.rosalux.org.il/das-umstrittene-nationalstaatsgesetz/ (25.5.2020).
- Fischer, Alfred Joachim (1954): Histadrut – die mächtigste Gewerkschaft der Welt. In: Gewerkschaftliche Rundschau: Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, 46(7-8), 215-229.
- Galinsky, Seth (2019): Ethiopian Israelis fight police brutality, racism. In: The Militant. themilitant.com/2019/07/13/ethiopian-israelis-fight-police-brutality-racism/ (25.5.2020).
- Letter of support (2018): Citizens of Israel send letter of support to Corbyn. In: Jewish Voice for Labour. www.jewishvoiceforlabour.org.uk/article/citizens-of-israel-send-letter-of-support-to-corbyn/ (25.5.2020).
- Khoury, Jack/Lee, Yaaron (2018): Arab Voices Raised as Local Israeli Authorities Join Nation-wide Women's Strike to Protest Violence. In: Haaretz. www.haaretz.com/israel-news/.premium-arab-voices-raised-as-local-israeli-authorities-join-womens-nation-wide-strike-1.6702450?v=1591795641975 (8.6.2020).
- Krieg, Claudia (2017): Alle Macht den Arbeiter_innen. In: analyse & kritik. www.ak-web.de/ak_s/ak628/39.htm (25.5.2020).
- McKernan, Bethan (2017): Half a million Arab Israeli workers strike over demolition of illegal Palestinian homes. In: The Independent. www.independent.co.uk/news/world/middle-east/arab-israel-workers-half-million-strike-illegal-palestinian-home-demolitions-a7523691.html (8.6.2020).
- Mossawa Zentrum (2018): Dokumentiert: Der Entwurf des Nationalstaatsgesetzes. www.rosalux.org.il/entwurf-nationalstaatsgesetz/ (25.5.2020).
- Plaut, Martin (2018): Israeli trade unions change policy, and admit refugees. In: Eritrea Focus. eritrea-focus.org/israeli-trade-unions-change-policy-and-admit-refugees/ (25.5.2020).
- Schamberger, Kerem (2019): Palästina: Widerstand gegen die Besatzung muss mit allen friedlichen Mitteln ausgeübt werden. In: Die Freiheitsliebe. diefreiheitsliebe.de/politik/palaestina-widerstand-gegen-die-besatzung-muss-mit-allen-friedlichen-mitteln-ausgeuebt-werden/ (25.5.2020).
- Wac-Maan (2012): Stop the War on Gaza now! Wac-Maan calls for an end to the war on Gaza, an end to the Israeli occupation. In: Wac-Maan. t1p.de/vjnby (25.5.2020).
- Witt-Stahl, Susann (2013): Eine »Schande«. In: Hintergrund. www.hintergrund.de/politik/welt/eine-schande/ (25.5.2020).

Mobilisierung der Arbeiter:innen im Libanon für die Konsolidierung der Oktoberrevolution

von Lea Bou Khater

Im Oktober 2019 gipfelten die intensivierten Folgen der sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeit im Libanon in sozialen Unruhen. Tausende Libanes:innen gingen am 17. Oktober auf die Straße, nachdem das Kabinett eine Steuer für Internet-Telefonie über Dienste wie WhatsApp erließ (eine Tagesgebühr von 0,2 US-Dollar). Während der größte Protest in Beirut stattfand, wo sich Tausende am Riad-al-Solh-Platz und dem Platz der Märtyrer einfanden, versammelten sich erstmals auch Demonstrierende in anderen Städten wie Tripoli, Saida, Tyre und Baalbeck. Der Premierminister Saad Hariri trat zurück und im Januar 2020 wurde eine neue technokratische Regierung gebildet. Infolge eines lang anhaltenden Rückgangs der Devisenreserven des Landes wurde die Unzufriedenheit von einer 14-tägigen Bankenschließung begleitet, die eine Währungskrise und einen Ansturm auf die Banken auslöste. Darauf folgten inoffizielle Kapitalkontrollen und ein versteckter Abschlag auf Bankeinlagen. Im März 2020 beschloss der Staat erstmals, die fällige Rückzahlung von 1,2 Milliarden US-Dollar Eurobonds auszusetzen. Im Juni 2020 kochten die Proteste gegen die Untätigkeit der Regierung langsam wieder hoch. Nur der Ausbruch der Covid-19-Pandemie setzte ihnen ein Ende, während das Libanesisches Pfund wieder auf ein Rekordtief abfiel. Das ließ die Grundnahrungsmittelpreise explodieren.

Die sich entfaltende Oktoberrevolution war aber durch die auffällige Abwesenheit der libanesischen Arbeiterbewegung getrübt. Gründe hierfür sind der auf den Bürgerkrieg folgende Angriff der neoliberalen Wirtschaftspolitik auf die libanesischen Arbeiterschaft, die Kooptation und religiös sektiererische Vereinnahmung der Arbeiterbewegung, die feindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und die organisatorischen Probleme innerhalb der Arbeiterbewegung. Vor diesem Hintergrund begann eine Gruppe von Fachkräften, darunter Universitätsprofessor:innen, Journalist:innen, Ingenieur:innen und Physiker:innen, sich unter dem Dach der neugegründeten *Lebanese Professionals Association* (LPA, Libanesischer Fachkräftevereinigung) zu organisieren. Sie nutzten die Dynamik der Oktoberproteste zur Koordinierung von alternativen Arbeiterbewegungen. Dieser Beitrag untersucht die Rolle von politischem Dissens im Kampf um Veränderung und die Rolle der Arbeiterbewegung in der sogenannten Oktoberrevolution.

In seiner Monografie über disruptive politische Praktiken in der arabischen Region erklärt John Chalcraft, wie die arabischen Aufstände »[...] einem grö-

ßeren Publikum als üblich zeigten, dass es nicht angemessen ist, disruptive politische Praktiken [*contentious politics*; Anm. d. Autorin] in der Geschichtsschreibung der Region auszuklammern oder die grundsätzlichen Dynamiken der Veränderung etwaigen äußeren Kräften, den Sicherheitsstaaten, den regierenden Monarchien, den Politiken der herrschenden Parteien und ihrer Klientel oder der kapitalistischen Vetternwirtschaft zuzuschreiben.« (Chalcraft 2016: 3) Es ist klar notwendig, sich von strukturellen und institutionellen Ansätzen abzuwenden und indes zu betonen, wie die Proteste den Kampf um Veränderung und die Gestaltung der arabischen Region geprägt haben.

In seiner Forschung zu den popularen Protesten in Tunesien und Ägypten 2011 untersucht Joel Beinin die Rolle der Arbeiterbewegung. Er argumentiert, dass diese Aufstände aus lange existierenden Dissensbewegungen hervorgingen, die eine zentrale Rolle in der Dekade vor dem Arabischen Frühling spielten – und keineswegs aus dem Nichts kamen. In seiner Untersuchung der Arbeiterbewegung beider Länder präzisiert Beinin, dass die Möglichkeiten und Begrenzungen der Arbeiter:innen sich aus ihren organisatorischen Kapazitäten, Beziehungen zu politischen Parteien und Zivilgesellschaft sowie Veränderungen in der lokalen und globalen Ökonomie ergeben (Beinin 2015).

Im Fall des Libanon ist es wichtig, die Rolle der Arbeiterbewegung in den im Oktober 2019 ausgebrochenen sozialen Unruhen zu untersuchen. Wie organisierten sich Arbeiter:innen in alternativen Vereinigungen, um trotz Gewerkschaftsschwäche für einen Wandel zu kämpfen? Wie bezogen sie sich auf andere Bewegungen und Kräfte der Oktoberrevolution? In diesem Beitrag zeige ich, dass die Oktoberrevolution sowie die jüngere Arbeiterorganisation im Libanon aus einer Akkumulation früherer Bewegungen und Erfahrungen resultiert. Um die Rolle und den Ablauf der jüngsten Arbeiterorganisation zu verstehen, müssen wir zwei Faktoren berücksichtigen, die im Folgenden diskutiert werden: Erstens die Veränderung der lokalen Ökonomie und zweitens die organisatorischen Fähigkeiten von Arbeitsaktivist:innen. Die Untersuchung beruht auf einer Analyse der Nutzung sozialer Medien durch neue Arbeitervereinigungen und auf einer Reihe unstrukturierter Interviews mit Arbeitsaktivist:innen.

Ökonomische und finanzielle Systeme in der Krise

Jahrzehnte der sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeit waren die Triebfeder der sozialen Unruhen, die Mitte Oktober 2019 auf den Straßen des Libanon entbrannten. In einer Umfrage aus den ersten zehn Tagen der Oktoberrevolution⁵¹ gaben über 87% der Beteiligten ökonomische Beweggründe an.

⁵¹ Strukturierte Befragung auf Grundlage einer Stichprobe von 1.183 Demonstrierenden, die zwischen dem 19. Oktober und dem 31. Oktober an verschiedenen Protestorten im Libanon durchgeführt wurde.

Die zweithäufigste Antwort war Korruption (61%), dicht dahinter das existierende Steuersystem (59%) (Bou Khater/Majed 2020: 17).

Das Scheitern der anhaltenden neoliberalen Politik, die Ungleichheit und Armut verschärfte und die Fähigkeit des Staates zur Unterstützung der Zurückgelassenen stark limitierte, brachte die libanesische Bevölkerung an den Siedepunkt. Seit dem französischen Mandat gestaltete die regierende Elite die Staatsinstitutionen gemäß ihren finanziellen Interessen, nämlich als schwachen Staat mit freier Marktwirtschaft (Gates 1998: 50). Die Laissez-faire-Politik des Staates gegenüber dem Privatsektor uferte im Lauf der Zeit immer weiter aus, was zu steigender Ungleichheit und dem Abbau des Wohlfahrtsstaats führte, samt seiner Verpflichtung, für soziale und ökonomische Gerechtigkeit zu sorgen.

Zur Veranschaulichung sei gesagt, dass von 2005 bis 2014 10% der erwachsenen libanesischen Bevölkerung 45% des Wohlstands abgeschöpft haben. Ein geleaktes Dokument der libanesischen Bankenaufsicht zeigt, dass 2018 einem Prozent der Einleger:innen 52% der Einlagen gehörten. Am Vorabend der Oktoberrevolution entbehrten 44% der Bevölkerung jeglicher Form von sozialer Absicherung (CAS 2020). Anstelle des Staates bauen die Menschen vor allem auf Dienste von gemeindeorientierten Organisationen. Dies schwächt die Beziehung zum Staat zusätzlich, während es die Ausbreitung von Beziehungen stärkt, die in der sektiererisch geprägten Tradition Patron und Klient stehen – was Melani Cammett (2014) »Kommunalismus der Barmherzigkeit« nennt.

Was den Arbeitsschutz betrifft, sind es vor allem illegale Kapitalkontrollen, Lohnkürzungen und Kündigungen, die die Lebensgrundlage der Arbeiter:innen und der von ihnen Abhängigen seit Beginn der Revolution im Oktober 2019 und der sie begleitenden Wirtschaftskrise bedrohen. Regulär Beschäftigte erhalten knappe und unsichere staatliche Leistungen in Form von Krankenversicherung, Familienzuschüssen und Abfindungen beim Ausscheiden in den Ruhestand, alles von eingeschränkter Quantität und Qualität. Für Arbeitende ist keinerlei Arbeitslosengeld oder Versicherung bei Invalidität oder Arbeitsunfällen vorgesehen. Der Großteil der informellen Arbeiter:innen, wie Saison-, Bau- und Landarbeiter:innen, migrantische und Hausarbeiter:innen, sowie Selbständige, Arbeitslose und Rentner:innen sind aus dem Sozialversicherungssystem ausgeschlossen.

Vereinnahmung der Arbeiterbewegung

Die neoliberale Wirtschaftspolitik seit dem Ende des Bürgerkriegs hat zudem die Arbeiterbewegung gezähmt, die – insbesondere in den 1960er- und 1970er-Jahren – eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen erwirkte. Eine aggressive Handelsliberalisierung und die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und Heimatüberweisungen haben Wirtschaft und Ar-

beitsmarkt seither verzerrt. Der rapide steigende Schuldendienst führte zu Geld- und Steuerpolitiken, die den produktiven Sektor verdrängten. Es überrascht nicht, dass die große Mehrheit der Unternehmen Kleinstbetriebe sind (d.h. mit weniger als fünf Arbeiter:innen), was aufgrund begrenzter Möglichkeiten zur Vereinigung ebenfalls die Organisierung der Arbeiter:innen beeinträchtigt. Migrantische Arbeiter:innen, die 21% der gesamten Arbeiterschaft ausmachen, sind von gewerkschaftlicher Organisierung gänzlich ausgeschlossen (CAS 2020).

Zu den restriktiven Charakteristika des Arbeitsmarkts kommen gesetzliche Beschränkungen für die Arbeiterbewegung hinzu. Das libanesisches Arbeitsgesetz von 1946 schränkt die Vereinigungsfreiheit deutlich ein: Laut Artikel 86 dürfen Gewerkschaften nicht ohne vorherige Genehmigung des Arbeitsministeriums gegründet werden; laut Artikel 50 genießen nur Gewerkschaftsmitglieder Kündigungsschutz, die gewähltes Mitglied eines Gewerkschaftsvorstands sind. Entsprechend der Restriktionen hat der Libanon auch nie das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 87 zur Vereinigungsfreiheit und dem Schutz des Vereinigungsrechts (von 1948) ratifiziert, das jegliche Anforderungen beseitigt, die Gewerkschaftsbildung an eine staatliche Zulassung knüpfen.

Die libanesisches Arbeiterbewegung ist auch durch eine überholte Organisationsstruktur ohne demokratische und proportionale Repräsentation belastet. Sie wird von der *Confédération Générale des Travailleurs Libanais* (CGTL, Allgemeiner Gewerkschaftsbund des Libanons) vertreten, ein Dachverband für 60 Gewerkschaftsverbände. Laut der CGTL-Charta von 1970 – die bis heute unverändert gilt – wird jeder Verband unabhängig von der Mitgliederzahl im Repräsentativen Rat des CGTL von vier Mitgliedern vertreten. Ein Verband mit 5.000 Mitgliedern wird also genauso wie einer mit 500 von vier Mitgliedern vertreten, die zudem vom Exekutivrat des Verbands ernannt und nicht von den Mitgliedern gewählt werden. Im Anschluss wählen die nicht-gewählten Repräsentanten wiederum den Exekutivrat und Präsidenten des CGTL.

Diese undemokratische Struktur lässt viel Raum für politische Manipulation und Intervention. So sind Versuche, die CGTL-Charta von 1970 zu demokratisieren, mehrfach gescheitert. Seit den 1990er-Jahren vereinfachte das Arbeitsministerium auch die Zulassung von Scheingewerkschaften, die neue Scheinverbände bildeten, die alle mit herrschenden politischen Parteien verbandelt sind. Dieses Ausufer von Gewerkschaften und Verbänden hatte das Ziel, politische Interventionen in die CGTL-Entscheidungen mittels der undemokratischen Struktur zu intensivieren. Ende der 1990er-Jahre war die CGTL zum verlängerten Arm der Interessen der herrschenden Klasse geworden und bis heute haben ihre Positionen nichts mit den Bedingungen und Forderungen der Arbeiterschaft zu tun, die sie zu repräsentieren vorgibt.

Die politische Einflussnahme auf die Arbeiterorganisation beschränkt sich nicht auf die CGTL, die Gewerkschaften im Privatsektor vereinnahmt. Das *Union Coordination Committee* (UCC, Komitee für Gewerkschaftskoordinierung), welches Beschäftigte im öffentlichen Sektor vertritt, wurde in den vergangenen Jahren ebenfalls kooptiert, was als Reaktion auf dessen vergangene Erfolge zu werten ist. Das UCC vertritt etwa 130.000 öffentliche Angestellte, darunter Lehrkräfte. Angestellte im öffentlichen Dienst treffen in der Organisation auf rechtliche Hürden: Es ist ihnen verboten, sich direkt politisch zu engagieren, einer politischen Partei beizutreten oder zu streiken. Trotz der rechtlichen Einschränkungen führte das UCC zwischen 2012 und 2017 mit langen Streiks, großflächigen Protesten und einem Boykott der Benotung von Bakkalaureatsprüfungen eine erfolgreiche Kampagne für eine Überholung der Gehaltsskala. Die neue Gehaltsskala wurde letztlich vom Parlament angenommen, das UCC kurz darauf aber kooptiert. UCC-Repräsentant:innen wurden in den nächsten Wahlen der Vertretungen des öffentlichen Sektors von einer Allianz von zehn politischen Parteien verdrängt, die sich die traditionell sektiererische Bündnisbildung zunutze machten. Die Repräsentanten des UCC wurden alsbald von Mitgliedern ersetzt, die Angehörige der herrschenden politischen Parteien waren.

Vor diesem Hintergrund leuchtet es ein, dass weder CGTL noch UCC während der Oktoberrevolution von 2019 zu Streiks oder Demonstrationen aufriefen. Tatsächlich brachte die CGTL erst 19 Tage nach Beginn der Proteste eine kurze Stellungnahme heraus (CGTL 2019).

Alternative Arbeiterorganisation: Kontinuität und Konsolidierung der Oktoberrevolution

Zu Beginn der Oktoberrevolution und inmitten des Schweigens der kooptierten CGTL und UCC begann eine Gruppe von Fachkräften, darunter Universitätsprofessor:innen, Journalist:innen, Ingenieur:innen und Physiker:innen, sich in Beirut zu organisieren. Inspiriert von der *Sudanese Professionals Association* (SPA, Sudanesische Fachkräftevereinigung) nutzten sie das Momentum der Proteste, um eine alternative Arbeiterbewegung zu initiieren. Auf ähnliche Weise hatten sich andere Zusammenschlüsse von Berufstätigen auch in Regionen außerhalb Beiruts organisiert. Diese schlossen sich schnell ihren Kolleg:innen in Beirut an, um am 28. Oktober die *Lebanese Professionals Association* (LPA) zu gründen. Sie veröffentlichten ein einführendes Positionspapier, in dem sie dem Oktoberaufstand ihre Unterstützung und Teilnahme zusicherten, aus Protest gegen das bestehende politische und wirtschaftliche System. Sie lehnten jede zukünftige soziale, wirtschaftliche, finanzielle und monetäre Regierungspolitik ab und forderten stattdessen den demokratischen Übergang zu einem säkularen Staat auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die

LPA besteht aus Vereinigungen der genannten Berufsgruppen sowie von Medienarbeiter:innen und NGO-Beschäftigten. Jede Vereinigung umfasst etwa 200 Mitglieder.

Kontinuität der Konsolidierung

Die Gründung der LPA resultiert aus der wachsenden Zahl von Mobilisierungen und Erfahrungen der letzten Jahre. In Bezug auf vorherige Erfahrungen mit popularen Protesten haben mehrere Gründungsmitglieder der LPA die Notwendigkeit einer Organisierung betont. Dies war für sie im Laufe der letzten Jahre Thema ständiger Diskussionen. Die bisherigen Erfahrungen ermöglichten einen Rückblick auf die Notwendigkeit der Organisierung und die Überwindung der Angst vor traditionellen Organisationsformen und Repräsentationsstrukturen.

Mehrere LPA-Gründungsmitglieder waren in den popularen Protesten und Mobilisierungen seit 2005 aktiv. Von ihnen beschrieben mehrere die Mobilisierung von 2015, die mit der Müllkrise begann und im Spätsommer endete, als wichtigen Wendepunkt. Einige Mitglieder der *Independent Professors Association* (IPA, Vereinigung unabhängiger Professor:innen) waren bereits seit 2009 engagierte Aktivist:innen in der Libanesischen Universität. Andere waren in der *Independent Union Movement* (IUM, Unabhängige Gewerkschaftsbewegung) aktiv, die auf die Vereinnahmung des UCC hin gegründet wurde. »Die IUM ist seit 2017 aktiv, hat aber nie die Medienresonanz der LPA erlangt, die von der Dynamik der Oktoberrevolution profitieren konnte«, so ein LPA-Mitglied. »Neu sind weder unser Aktivismus noch unsere Forderungen. Aber der Aufschwung der Oktoberrevolution hat unsere Forderungen ins Schlaglicht gerückt.«

Den interviewten LPA-Mitgliedern zufolge hat die Oktoberrevolution erneut gezeigt, wie beschränkt die Möglichkeiten strukturloser und nicht-geleiteter Bewegungen im Kampf gegen gravierende ökonomische Missstände und soziale Ungerechtigkeit sind. Und sie hat die Wichtigkeit und Notwendigkeit offenbart, sich wieder der Arbeiterorganisation zuzuwenden, da nur sie Durchhaltevermögen sowie Koordinierung und geografische Verteilung im ganzen Land garantieren kann.

Organisatorische Herausforderungen

Die LPA steht vor organisatorischen Herausforderungen, die lange Diskussionen und vermutlich auch neue Organisationsansätze erfordern. Eine ernsthafte Herausforderung liegt in der Struktur der LPA und ihren Auswirkungen auf Entscheidungsprozesse und die Repräsentation der verschiedenen Verbände. Dies ist ein grundlegendes Problem, das für die LPA insgesamt hinderlich ist. Der Dachverband braucht wahrscheinlich mehr Zeit, um zu einer repräsentativen Struktur zu gelangen. Trotz struktureller Hürden organisieren

und expandieren die Vereinigungen der LPA weiterhin. Auf der Einzelorganisationsebene haben einige Aktive die Frage der Einschluss- und Ausschlusskriterien aufgeworfen. Zu den organisatorischen Hürden gehört auch die Unterschiedlichkeit der in einer Vereinigung vereinten Berufsprofile: Arbeitgeber, Selbständige und Arbeitnehmer. Die wird unter Arbeitsaktivist:innen weiterhin strittig diskutiert.

Aufbauend auf Lehren aus vorherigen Bewegungen und gesammelten Erfahrungen ist die LPA ein Kind der Oktoberrevolution und profitierte von außergewöhnlichen Umständen und Zusammenhängen, um zusätzliche Aufmerksamkeit, Sichtbarkeit und Rekrutierungsmöglichkeiten zu erlangen. Doch organisatorische Herausforderungen bremsen ihr Voranschreiten. Diese Hürden haben bereits jetzt die Fähigkeit der LPA als koordinierender Dachverband infrage gestellt. Und ebenso ihre Fähigkeit, den politischen Ton in der Bewegung anzugeben bezüglich politischer Ereignisse und Veränderungen durch die Oktoberrevolution und die Verwüstungsspur der Wirtschaftskrise. Nichtsdestotrotz hat der Verband begonnen, auf eigene Faust die Organisation von Fachkräften und den Schutz von Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen zu betreiben.

Fazit

Zusätzlich zur Wirtschaftskrise haben die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Arbeiterschaft ihre Organisation dringlicher gemacht. Migrantische Arbeiter:innen, die unter rechtlichen, sozialen, ökonomischen und sprachlichen Aspekten am verletzbarsten sind, haben damit begonnen, gegen Lohnkürzungen und Entlassungen zu protestieren. Im Mai 2020 haben 400 migrantische Reinigungskräfte aus Bangladesch und Indien wochenlange Streiks organisiert, um einen freien Tag pro Woche, Lohnzahlungen innerhalb der ersten fünf Monatstage und ein Ende jeglichen Missbrauchs zu fordern. Sie werden in Libanesischen Pfund bezahlt und ihre Löhne haben an Wert verloren. Migrantische Hausangestellte, allen voran aus Äthiopien, sind ebenfalls von harten Arbeitsbedingungen und Devisenengpässen betroffen. Sie haben Gemeinschaftshilfen und eine Reihe Proteste vor der Botschaft Äthiopiens in Beirut organisiert. Kürzlich haben etwa 2.500 Freiwillige im Zivilschutz mit Sitzstreiks und Protesten bezahlte Vollzeitstellen von der Regierung gefordert. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um Sanitärer:innen, Rettungskräfte und Feuerwehrleute. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Umstände wird die Organisation von Arbeiter:innen immer notwendiger, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, die wiederbelebte Arbeiterbewegung zu stärken und die Oktoberrevolution zu konsolidieren.

Literatur

- Beinin, Joel (2015): *Workers and Thieves: Labor Movements and Popular Uprisings in Tunisia and Egypt*. California.
- Bou Khater, Lea/Majed, Rima (2020): *Lebanon's 2019 October Revolution: Who Mobilized and Why?* The Asfari Institute for Civil Society and Citizenship. www.activearab-voices.org/uploads/8/0/8/4/80849840/leb-oct-rev_-_v.1.3-digital.pdf (10.6.2020).
- Cammett, Melani (2014): *Compassionate Communalism: Welfare and Sectarianism in Lebanon*. Ithaca, New York.
- CAS (Central Administration of Statistics) (2020): *Labour Force and Household Living Conditions Survey 2018–2019 Lebanon*. www.cas.gov.lb/images/Publications/Labour%20Force%20and%20Household%20Living%20Conditions%20Survey%202018-2019.pdf (10.6.2020).
- CGTL (2019): *Statement of the Executive Bureau dated November 5, 2019*. www.cgtilb.org/NewsDetails.aspx?NewsID=13370 (29.6.2020).
- Chalcraft, John (2016): *Popular Politics in the Making of the Modern Middle East*. Cambridge.
- Gates, Carolyn (1998): *Merchant Republic of Lebanon: Rise of an Open Economy*. London.

Gewerkschaften im Irak: Alte Lasten und neue Krisen

von Omar al-Jaffal

Im Oktober 2019 kam es im Irak zu massiven Protesten,⁵² bei denen sich die Gewerkschaften maßgeblich an den Platzbesetzungen in elf Städten beteiligten. Wohl erstmals seit Jahrzehnten erkannten Iraker:innen, vor allem die Gewerkschafter:innen unter ihnen, einen Effekt von Gewerkschaftsbewegungen auf Proteste und Politik. Ihre Beteiligung markierte einen Wendepunkt nicht nur im massenhaften Protestzulauf, sondern auch durch übergreifende Solidarität. So schloss sich die Lehrgewerkschaft als erste dem Studierendenstreik an, legte damit landesweit den Bildungssektor lahm und ermöglichte eine stärkere Beteiligung von Schüler:innen und Studierenden an den Demonstrationen. Auch sie schlossen sich in der Folge den großen Sitzstreiks in den mittel- und süd irakischen Provinzen an, demonstrierten in beeindruckender Geschlossenheit mit einheitlich weißen T-Shirts und skandierten Losungen gegen US-amerikanische und iranische Einmischung – was jedes Mal von den Protestierenden vorfreudig erwartet wurde.

Entscheidend war auch der Entschluss des Irakischen Anwaltsvereins, inhaftierte Protestierende zu verteidigen. Auf mehreren Plätzen wurde in Zelten juristische Beratung angeboten, aber auch über Defizite der irakischen Verfassung sowie änderungsbedürftige Gesetze und Paragraphen diskutiert. Auch die Irakische Ärztegewerkschaft stand bei den Massenprotesten in vorderster Reihe und rief einen Generalstreik aus; ihre Mitglieder, Ärzt:innen wie Pflegepersonal, behandelten und unterstützten sowohl vor Ort als auch in den Krankenhäusern nicht nur Tausende verletzte Protestierende, sondern informierten auch über Schutz- und Hilfsmaßnahmen gegen Tränengas. Dieses Engagement stärkte auch die Entschlossenheit der Protestierenden. Im Südirak, dem Erdölzentrum und Tor zur Golfküste, waren Gewerkschaften mit extremen Sicherheitsmaßnahmen konfrontiert und ihrer Mobilisierungsfähigkeit beraubt worden. Die Gewerkschafter:innen konnten die Protestierenden daher nicht aktiv bei ihren Versuchen unterstützen, die Ölproduktion zu stören. Doch es gelang, Informationen über strategische Punkte weiterzugeben, deren Sabotage einen beträchtlichen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Ereignisse hat und die Behörden zwingen könnte, den Forderungen der Protestierenden nachzugeben.⁵³

⁵² Als dieser Text verfasst wurde, hielten die Proteste – trotz der Covid-19-Pandemie und der exzessiven Gewalt gegen die Demonstrierenden – in mehreren Regionen an.

⁵³ Interview des Autors mit Hassan Juma, dem Vorsitzenden der *Federation of Oil Unions in Iraq* (FOUI).

Die Behörden drohten ihrerseits mit der Entlassung von unvermindert streikwilligen Lehrkräften (Mahdi 2019) und auf die Anwaltschaft wurde eine Reihe von Mordanschlägen verübt (Al-Nashmi 2020), mit denen man sie von ihrer Unterstützung und Verteidigung der Protestierenden abbringen wollte; ganz zu schweigen vom gewaltsamen Vorgehen gegen die Protestierenden, bei dem Dutzende medizinische Fachkräfte getötet und mehrere Pflegekräfte sowie Ärzt:innen mitten auf dem Bagdader Tahrir-Platz entführt wurden. Im März 2020 ging die UN-Mission im Irak schätzungsweise von 490 getöteten Demonstrant:innen, 7.783 Verwundeten und 98 Entführten (darunter auch Gewerkschafter:innen) aus, die sich in den Händen der irakischen Sicherheitskräfte und verschiedener Milizen befänden (UNAMI 2020).

Die stete Protestteilnahme der Gewerkschaften zwang den irakischen Präsidenten Barham Salih im November 2019 zu Treffen mit deren Führung und der Diskussion ihrer Forderungen und Vorstellungen zur Überwindung der aktuellen Krise. Die großen Gewerkschaften gelobten, weiterhin geeint hinter den Forderungen der Demonstrierenden zu stehen: Korruptionsbekämpfung, Wahlrechtsreform, Strafverfolgung der in Korruption und Gewalt verstrickten Amtspersonen, Neubesetzung der Unabhängigen Irakischen Wahlkommission und vorgezogene Parlamentsneuwahlen. Zudem forderten die Gewerkschaften eine Führungsrolle in der Übergangsperiode nach dem Rücktritt der Regierung von Adil Abdul al-Mahdi, die nur wenig mehr als ein Jahr amtiert hatte, bevor sie dem steigenden Druck durch die popularen Proteste nachgab.

Zwar fanden die Gewerkschaften Zuspruch aufgrund ihres politischen Handelns und ihrer Unterstützung der popularen Forderungen, allerdings schwand ihre Rolle infolge der Aussetzung des Streiks der Lehrkräfte und des medizinischen Personals (am 7. November 2019). Auch der Anwaltsverein äußerte sich plötzlich nicht mehr zu Gewalteskalation und willkürlichen Festnahmen, obwohl einzelne Jurist:innen weiterhin auf die Freilassung der Inhaftierten drängten. Die Gewerkschaften verfielen wieder ihren internen Konflikten und Grabenkämpfen: Die eine hält engen Kontakt mit den Regierungsparteien, die andere steht mit der kommunistischen und mit sozialdemokratischen Parteien im Bunde, eine dritte strebt nach Unabhängigkeit von den krisengeschüttelten Parteien. Nicht zum ersten Mal spielten die Gewerkschaften eine derart herausragende Rolle in der politischen Transformation des Irak, gleichwohl sie seit der Gründung des modernen Staats im Jahr 1921 – sowohl aufgrund von Organisationsversagen als auch staatlicher Repression – immer wieder Rückschläge erlitten. Eine tief sitzende Angst vor der Anerkennung und Stärkung der Arbeitervereine veranlasste die unterschiedlichsten irakischen Regierungen, sich mit den Gewerkschaften anzulegen und sie vor juristische Hürden zu stellen.

Die Ursprünge der Gewerkschaften

Mit heutigen Gewerkschaften zwar nicht vergleichbar, waren doch einige Berufsgruppen Vorreiter in Sachen Selbstorganisation. Der Anwaltsverein wurde 1918 gegründet, 1921 folgte der Ärztenbund des Irak (Al-Tuhafi 2014), und zwar im Zusammenhang mit der Einsetzung des ersten irakischen Königs durch die Briten, die den Irak 1914 besetzt hatten. Die von Großbritannien gestützte Monarchie und die britischen Behörden, die den Großteil der irakischen Bodenschätze kontrollierten, untersagten gewerkschaftliche Neugründungen – ungeachtet der Verabschiedung des Vereinsgesetzes von 1922 und der Entstehung einer neuen Arbeiterklasse infolge der Modernisierung und der britischen Kolonialprojekte. So verwehrte die irakische Monarchie einem Verein von 5.000 Eisenbahnbeschäftigten die Zulassung und verhängte gegen dessen Fürsprecher Disziplinarmaßnahmen (Gharib 2003). Im selben Jahr traten die Hafendarbeiter von Basra in einen Streik, um gegen die schweren und diskriminierenden Arbeitsbedingungen zu protestieren, für welche die britische Verwaltung verantwortlich war. 1927 streikten die Bahnbeschäftigten für ein neues Arbeitsrecht. Keiner dieser Streiks war erfolgreich. Viele Organisator:innen wurden streng gemäßregelt oder entlassen. Doch der unablässige Druck der Arbeiter:innen führte schließlich etwa zur Gründung der Gewerkvereine der Handwerker und Friseure sowie der Druckergewerkschaft (Al-Egaily 2013).

Zu den Pionieren gehörte Muhammad Salih Al-Qazzaz, der den Gewerkverein *Jam'iyyat Ashab al-Sina'i* 1929 gründete, welcher hauptsächlich aus Handwerkern und kleinen Kaufleuten bestand (Farouk-Sluglett/Sluglett 1983). Al-Qazzaz organisierte Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen und rief die Beschäftigten zum Gewerkschaftseintritt auf. Doch die Regierung blockierte die Ausbreitung der Bewegung, insbesondere nachdem der Gewerkverein 1931 zum Generalstreik aufgerufen und an den Protesten sowohl gegen die Massenentlassungen infolge der Weltwirtschaftskrise als auch gegen das Kommunalsteuergesetz teilgenommen hatte, das den Arbeiter:innen zusätzliche Abgaben auferlegte. Die Regierung löste den Verein auf und verbot ihn. 1932 wurde die *Workers' Federation of Iraq* zugelassen. Im Jahr darauf suchte sie aus Protest gegen Strompreiserhöhungen den offenen Konflikt mit der *Baghdad Electric Light and Power Company*; Al-Qazzaz rief zum Boykott des Unternehmens auf. Die Monarchie nahm daraufhin die Führungsspitze des Bundes ins Visier, verhaftete Al-Qazzaz und verbannte ihn in die Provinz Sulaimaniyya. Gewerkschaften blieben bis 1944 verboten. 1946 wurden 16 Gewerkschaften zugelassen, doch schon 1949 starteten die Behörden erneut eine Repressionswelle gegen diese und schlossen mehrere Zentralen (Farouk-Sluglett/Sluglett 1983; Gharib 2003).

Erst nach der Revolution 1958 hatten die Gewerkschaften endlich wieder Luft zum Atmen. 1959 kam es zu einem ersten Gewerkschaftskongress und am 1. Mai folgte die größte Arbeiterdemonstration in der irakischen Geschichte.

Doch der kurze gewerkschaftliche Frühling endete im Februar 1963 mit dem Staatsstreich nationalistischer Generäle gegen Abd Al-Karim Qasim und dessen sozialistisch-republikanische Ordnung. Noch schlimmer wurde es 1968 mit der Machtübernahme durch die Baath-Partei und der Festigung des Einparteiensystems, das unter der Alleinherrschaft von Saddam Hussein ab 1979 noch verschärft wurde. Trotz der Repression kam es zwischen 1920 und 1970 zu mehr als 40 Streikbewegungen (Alwan 2016). Nicht alle hatten Erfolg, aber einige zwangen die Behörden zur Anerkennung grundlegender Arbeiterrechte wie etwa die Begrenzung der Arbeitszeit, die Verringerung steuerlicher Benachteiligung und die Vergütung offizieller Feiertage. Zuletzt wurden die gewerkschaftsfeindlichen Verordnungen der 1950er- und 1960er-Jahre von der Regierung, die von der US-Besatzung nach dem Einmarsch vom April 2003 eingesetzt worden war, gezielt gegen Gewerkschaften angewandt.

Die Krise der Gewerkschaften

Nach der US-Invasion setzten die Gewerkschaften auf einen Neuanfang.⁵⁴ Ihre Spitzen hofften auf eine andere und stärkere Machtstellung im neuen politischen System, doch weder die USA noch die irakische Regierung waren gewillt, eine solche Neuordnung zuzulassen. Noch 2003 unterzeichnete Paul Bremer, der zivile Leiter der Übergangsverwaltung, mehr als hundert Verordnungen, die mehrheitlich auf die Etablierung einer neoliberalen Wirtschaft im Irak abzielten. Einige dieser Dekrete sollten speziell die Gründung neuer Gewerkschaften erschweren. Gleichzeitig durchliefen die etablierten Organisationen scharfe interne Konflikte und Auseinandersetzungen mit Parteien, die um ihre Kontrolle rangen. Die Regierung fror 2005 das Vermögen der *General Federation of Trade Unions* (GFTU, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) ein; darunter auch die Geld- und Immobilienwerte, die in den 1950er- und 1960er-Jahren mit den Mitgliedsbeiträgen der Arbeiter:innen erworben worden waren. 2012 wurde die GFTU-Führung an Nahestehende der Bewegung des schiitischen Geistlichen Muqtada al-Sadr übertragen. Im Verlauf all dessen spalteten sich mehrere Führungskräfte ab und gründeten eine Alternativgewerkschaft nach der anderen, sodass es im Irak heute acht Verbände mit dem Anspruch gibt, alle Arbeiter:innen zu vertreten.⁵⁵

Allerdings erkannten die irakischen Behörden keine einzige Vertretung neben der GFTU an, die willfährig Saddams Verordnung 150 aus dem Jahr 1987 unterstützt und billigt, wonach es Beschäftigten im öffentlichen Dienst

⁵⁴ Interview des Autors mit Hassan Juma, dem Vorsitzenden der FOUI.

⁵⁵ Diese Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände sind: GFTU, FOUI, *Federation of Workers Councils and Unions in Iraq* (FWCUI), *Federation of Iraqi Trade Unions* (IFTU), *Independent Federation of Trade and Workers Unions in Iraq*, *General Federation of Trade Unions and Employees*, *General Federation of Iraq Workers*, *Central National Federation of Iraqi Trade Unions*.

verboten ist, Gewerkschaften zu bilden oder beizutreten. Aus Regierungssicht erwies sich die Verordnung als äußerst effektives Mittel, die Gewerkschaften zu kontrollieren und ihre Macht und Mobilisierungskraft zu schmälern. Gleichwohl zeigte die irakische Regierung eine willkürliche und interessengeleitete Haltung gegenüber den anderen Arbeiterverbänden und Gewerkschaften. Beachtung schenkte sie ihnen nur, wenn diese allgemeine Forderungen nach Lohnerhöhung oder Festanstellung stellten. Sobald sich die Forderungen aber gegen den Zugriff ausländischer Firmen auf die nationalen Ölreserven oder gegen die Privatisierung bestimmter Bereiche wie der Strom- oder anderer Branchen richteten (Bacon 2007), reagierte die Regierung mit Sanktionen und Haftandrohung gemäß dem weithin kritisierten Antiterrorgesetz. Dieses ermächtigt die Regierung, strengstens – bis hin zur Todesstrafe – gegen jede Person vorzugehen, die »Furcht und Schrecken in der Bevölkerung verbreitet und Chaos stiftet, um terroristische Ziele zu erreichen«.

Der Staat als Arbeitgeber

Der Irak ist ein Rentenstaat, dessen Wirtschaft weitgehend auf Öleinnahmen baut. So sind 20% der irakischen Bürger:innen in irgendeiner Weise vom Staatssektor abhängig. Außerdem unterhält der Irak mit insgesamt vier Millionen öffentlichen Angestellten – zehn Prozent der irakischen Bevölkerung – die größte Bürokratie im Nahen Osten. Offenkundig zielt das Vereinigungs- und Gewerkschaftsverbot für Regierungsangestellte politisch darauf ab, die Arbeiterbewegung zu schwächen und die öffentlichen Angestellten der irakischen Oligarchie zu unterwerfen, die sich aufteilt in die herrschenden Parteien und in eine direkt assoziierte Klasse von Geschäftsleuten.

Im letzten Jahrzehnt versuchten die irakischen Behörden wiederholt, Gewerkschaftsgesetze zu erlassen, die die Handlungsfähigkeit der Arbeiter:innen schwächen und der Gewerkschaften einschränken. Bisher wurden aber keine Gesetze verabschiedet. Gegen einige Entwürfe wehrten sich die Gewerkschaften selbst, atmeten diese doch den Geist von Saddam Husseins Verordnung 150. Derweil schien die Regierung die Gesetzeslücke zu nutzen, um die Gewerkschaften vollends zu zerschlagen und ihre Reorganisationsbemühungen zu vereiteln. Außerdem übten die Behörden weiterhin Druck auf Gewerkschafter:innen aus. Einige meiner Interviewpartner berichteten,⁵⁶ dass sich die staatliche Terrortaktik gegen Gewerkschaftsmitglieder und die Verweigerung einer gesetzlich garantierten Vereinigungsfreiheit erheblich auf das Verhältnis zwischen der Arbeiterschaft und ihren Repräsentant:innen auswirken: Die

⁵⁶ Interview des Autors mit Hashimiya Al-Sa'di, Vorsitzender der *Iraqi Union for Electricity Workers*; mit Hassan Juma, Vorsitzender der FOUI; und mit Abd Al-Karim Sweilem Abu Watan, Vorsitzender der IFTU.

Mitgliederwerbung ist demnach deutlich erschwert, weil die Menschen Folgen wie den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten.

Darüber hinaus griffen die herrschenden Parteien auf zwei verschiedene Strategien zur Behinderung der Gewerkschaften zurück. So brachten sie zahlreiche Regierungs- und Parteimitglieder in den Gewerkschaften unter und stärkten deren Hausmacht, indem sie ihre Kampagnen unterstützten und Organisationswahlen beeinflussten. Die Parteien ebneten also den Weg zur internen Machtübernahme und zu einem Kurs der gewerkschaftlichen Billigung staatlicher Maßnahmen. Der Vorsitzende des *Iraqi Journalists' Syndicate* (IJS) etwa lehnte in 13 Jahren Amtszeit die Mitgliedsanträge von Journalist:innen stets ab, während er gefügigen Wähler:innen, die niemals journalistisch tätig waren, die Mitgliedschaft anbot. Zudem schweigt das IJS über die akute Gefährdung von Journalist:innen in einem Land, das sowohl für deren Verfolgung als auch für das Fehlen jeglicher journalistischer Sicherheitsgarantien berüchtigt ist.

Die andere Strategie der Regierung zur Kontrolle der Gewerkschaften ist die Gründung von Scheingewerkschaften, um die Hauptgewerkschaften zu umgehen und deren Einfluss zu schwächen. Ähnliche Strategien zur Spaltung der Gewerkschaften werden von verschiedenen Gewerkschafter:innen erwähnt; andere benennen Gewerkschaften, die von gewissen Parteien Gelder erhalten.

Gewerkschaften sind heutzutage also mit komplexen Krisen konfrontiert, die aus dem schwierigen Verhältnis zur Regierung erwachsen, die eine Anerkennung oder gar Verhandlungen häufig verweigert. Ein ernstes Problem sehen einige Führungspersonen auch in der rückläufigen gewerkschaftlichen Organisationskultur – ein Ergebnis der jahrzehntelangen Regierungsbemühungen zur Schwächung und dem Verbot von Gewerkschaften. Im Zusammenspiel bereiten diese Faktoren den Verbänden große finanzielle Schwierigkeiten, denn die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen gehen zurück, wodurch sie verstärkt auf Spenden angewiesen sind. Weil also ein gesetzlicher und regulativer Rahmen für den Handlungsspielraum und die finanziellen Nöte der Gewerkschaften fehlt, verkam der gewerkschaftlich geführte Kampf der Arbeiter:innen zu harmlosen Protesten und Demonstrationen gegen die Regierung.

Die Gewerkschaften erlitten auch wiederholte Rückschläge in Sachen Organisation, betrieblicher Mobilisierung, Bewusstseinsbildung und medialer Ansprache. Einige der interviewten Gewerkschaftsvorsitzenden lehnten eine gemeinsame Agenda mit Beschäftigten der Privatwirtschaft ab und bestanden daher darauf, ausschließlich Arbeiter:innen der öffentlichen Hand zu mobilisieren. Solche Einstellungen untergraben die Möglichkeit, alle Sektoren zu mobilisieren. Der irakische Transportsektor ist ein typischer Fall, der diese Trennlinien verdeutlicht: Die öffentliche Verkehrsinfrastruktur im Irak ist wohl die schlechteste im gesamten Nahen Osten. Ihr gegenüber steht ein sehr effizientes und erfolgreiches, aber unorganisiertes privatwirtschaftliches

Verkehrssystem mit Kleinbussen oder Vans und rund zwei Millionen Taxis, die allesamt von denselben Ungerechtigkeiten betroffen sind wie öffentlich Bedienstete – dazu zählen kommunale und StVO-Bußgelder sowie die Einschüchterung durch Sicherheitskräfte, ganz zu schweigen von der amtlichen Vergabe von Taxikonzessionen an ausländische Firmen, die örtlichen Fahrer:innen Konkurrenz bereiten.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich die Gewerkschaften nur unzureichend um eine bessere und modernere Ansprache ihrer Adressat:innen bemüht haben. Vielmehr setzen sie auf anachronistische Losungen aus den Kämpfen der 1950er- und 1960er-Jahre, um Arbeiter:innen zu erreichen und ihre Arbeitsbedingungen zu beschreiben und zu verändern. Daher fällt es ihnen sehr schwer, junge Arbeiter:innen zu interessieren und zu organisieren. Zudem fehlt den Gewerkschaften jegliche Datenbasis, die den realen Organisationsgrad in einem bestimmten Bereich erkennen ließe. Während die Regierung also häufig Druck ausübt und Gewerkschaften behindert, scheinen diese nicht willens zu sein, neue Strategien zu entwickeln, die den Nöten der Arbeiter:innen im Irak heute angemessen wären.

Literatur

- Al-Egaily, Zainab Jabbar Rahima (2013): Die Haltung der Behörden und der Bevölkerung gegenüber der Arbeiterklasse im Irak, 1932–1939. Bagdad.
- Al-Nashmi, Fadil (2020): Todesschwadronen ermorden im Südirak einen Künstler und einen Anwalt. In: Asharq Al-Awsat, 12.3.2020. aawsat.com/node/2175946 (31.7.2020).
- Al-Tuhafi, Abd Al-Wahad Abd Al-Razzaq (2014): Die Entwicklung der Arbeiterorganisationen im Irak. In: Azzaman, 17.8.2020. tinyurl.com/yyfwxv3u (31.7.2020).
- Alwan, Falah (2016): Öffentlicher Protest und gewerkschaftliche Organisation im Irak. In: Modern Discussion, 30.8.2016. www.ahewar.org/debat/show.art.asp?aid=529630 (31.7.2020).
- Bacon, David (2007): Iraq's Workers Strike to Keep Their Oil. In: Global Policy Forum. www.globalpolicy.org/component/content/article/185-general/40675.html (31.7.2020).
- Farouk-Sluglett, Marion/Sluglett, Peter (1983): Labor and National Liberation: The Trade Union Movement in Iraq. In: Arab Studies Quarterly, 5(2), 139-154.
- Gharib, Mustafa Muhammad (2003): Die irakische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften: Geschichte, Kämpfe und Perspektiven. In: Modern Discussion, 13.5.2003. www.ahewar.org/debat/show.art.asp?aid=7320&r=0m (31.7.2020).
- Mahdi, Oussama (2019): Irak: Streikführsprecher riskieren Urteile bis hin zur Todesstrafe. In: Elaph, 18.10.2019. elaph.com/Web/News/2019/11/1272157.html (31.7.2020).
- UNAMI, Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak (2020): Demonstrations in Iraq: 3rd Update: Abductions, torture and enforced disappearances in the context of ongoing demonstrations in Iraq. www.ohchr.org/Documents/Countries/IQ/3pdatemayen_1.pdf (31.7.2020).

Bosnien und Herzegowina: Organisierung von Arbeiter:innen als Wurzel des sozialen Aufstandes 2014

von Anna Calori

Im Februar 2014 erlebte Bosnien und Herzegowina die größten Massenproteste seit dem Zerfall des sozialistischen Jugoslawiens und den folgenden Kriegen. Arbeiterorganisationen und unabhängige Gewerkschaften fungierten dabei treibend für den sozialen Aufstand, der diverse Gesellschaftssektoren im Kampf gegen räuberische Privatisierungen zusammenführte. Das Ausmaß der Proteste war beispiellos, doch die Arbeiterschaft protestierte bereits in den zwei Jahrzehnten zuvor auf verschiedene Weise gegen die Zerschlagung der Industrieriesen des Landes und die betrügerischen Umstrukturierungen von ehemals sozialistischen Unternehmen. Dieser Beitrag beruht auf Berichten von Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen. Er soll zeigen, wie die enttäuschte Erwartung eines arbeiterorientierten Privatisierungsprozesses und der Unmut über die Marginalisierung überall im Land Ausdruck fanden. Weiter wird gezeigt, wie eine Kombination aus alter Solidarität und neuen Mobilisierungsstrategien eine neue Bewegung hervorgebracht hat, und wie es um die Arbeitermobilisierungen steht.

Bosnien und Herzegowina liegt im Herzen des Westbalkans und zählt rund 3,5 Millionen Einwohner:innen. Als historischer Knotenpunkt verschiedener kultureller Einflüsse (aus dem Slawischen, Osmanischen und aus Österreich-Ungarn) ist es ein multiethnischer und multireligiöser Staat, in dem etwa 50% der Bevölkerung sich als Bosniak:innen (größtenteils muslimisch) identifizieren, 31% als Serb:innen (größtenteils orthodox), 15% als Kroat:innen (größtenteils katholisch), und 3% als »sonstige« (Al Jazeera Balkans 2016).

Bosniens jüngste Geschichte und Wirtschaftsentwicklung

Um die Ursachen des sozialen Aufstandes von 2014 besser zu verstehen, bedarf es des Blicks auf die Geschichte der Industrialisierung Bosniens während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Unter den sechs ehemaligen sozialistischen Republiken der Föderation Jugoslawien nahm Bosnien auf der Entwicklungsskala zwischen Slowenien und Kroatien an der Spitze und Mazedonien und dem Kosovo im unteren Bereich eine mittlere Position ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte Bosniens Wirtschaft auf den großen Schwerindustriekomplexen (Rohstoffgewinnung, Bergbau, Stahlwerke und Wasserkraft). Parallel zum Industriesektor entstand im Jugoslawien der 1950er-Jahre das System der Arbeiterselbstverwaltung. Fabriken wurden zu

Arbeiterorganisationen (*radne organizacije*) umgewandelt und in Absprache mit den Arbeiterräten selbstverwaltet. Vorstände wurden jedes Jahr demokratisch gewählt, und der komplette Gewinn sowie die Produktionserlöse galten als »gesellschaftliches Eigentum« (Eigentum des Arbeiterkollektivs). Sie wurden innerhalb des Unternehmens im Verhältnis zur geleisteten Arbeit als Bonus ausbezahlt.

Die bosnische Arbeiterschaft fühlte sich zunehmend kollektiv zugehörig zu einer jugoslawistischen, arbeitergeführten und selbstverwalteten Nation, die mit ihrem erfolgreichen Industriesektor den Aufbau globaler Handelspartnerschaften anstrebte. Die Selbstverwaltung führte zu einer »mikrokorporatistischen« Allianz zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft (Grdešić 2015: 105). Diese Allianz bewirkte eine starke innerbetriebliche Loyalität und bewog die Arbeiterschaft dazu, sich mit ihrem Unternehmen zu identifizieren (Archer/Musić 2016: 49).

In den 1980er-Jahren ging es aufgrund der Auslandsschuldenkrise und Hyperinflation mit der Wirtschaft Jugoslawiens bergab. Die ökonomische Lage der Arbeiter:innen verschlechterte sich ebenfalls. In vielen der jugoslawischen Republiken, von Serbien über Bosnien bis in den Kosovo, fanden Massenproteste und Streiks statt, die später, in den Jahren vor dem Zerfall Jugoslawiens teilweise von nationalistischer Führung vereinnahmt wurden.

Während des Kriegs kämpften verfeindete Lager und paramilitärische Kräfte, die die verschiedenen Landesteile kontrollierten, um das Land und seine Unternehmen – die ArBiH (*Armija Bosne i Hercegovine*, Armee der Republik Bosnien und Herzegowina), der HVO (*Hrvatsko Vijeće Obrane*, Kroatischer Verteidigungsrat) und die VRS (*Vojaska Republike Srpske*, Armee der Republik Srpska). Die Arbeiter:innen wurden in die verschiedenen Gruppierungen einberufen, ihre Unternehmen zersplittert und unter die Zuständigkeit der jeweiligen Einheiten gestellt. Obwohl viele Fabriken und Arbeitsstätten zerstört wurden, hofften die Arbeiter:innen, bald an ihre Arbeit zurückzukehren. Auch wurde ihnen Entschädigung für die Kriegszeit in Form von Wiedereinstellung und/oder Unternehmensanteilen versprochen.

Die Privatisierungswellen, die Wut der Arbeiter:innen und die Proteste von 2014

Der im November 1995 in Dayton (Ohio) unterzeichnete Friedensvertrag unterteilte das Territorium Bosniens in zwei Entitäten: die Republik Srpska (RS), die mit dem größten Teil des serbisch dominierten Territoriums und dem Ostteil von Sarajevo 49% der Gesamtfläche umfasst, und die Föderation von Bosnien und Herzegowina (FBiH) mit den 51% umfassenden, mehrheitlich bosnisch-muslimischen bzw. kroatischen Gebieten (Bieber 2006: 77). Jede Entität hat ihr eigenes Parlament mit gewissen legislativen and exekutiven Kompe-

tenzen. Für Angelegenheiten nationalen Interesses ist das nach ethnischen Quoten zusammengesetzte Nationalparlament zuständig. Die faktische politische und ethnische Teilung des Landes hatte deutliche wirtschaftliche Folgen, besonders im Industriesektor, der während des Krieges unter schweren Bombardierungen und Plünderungen gelitten hatte.

Nach anfänglichen Initiativen der Friedensstiftung und des Wiederaufbaus der Infrastruktur leiteten der *Friedensimplementierungsrat* (das für die Koordination der Umsetzung des Friedensvertrags zuständige internationale Organ) und weitere internationale Akteure wie Weltbank, USAID und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ein Programm zur zügigen Massenprivatisierung ein. Marktorientierung, Liberalisierung und Massenprivatisierung sollten so schnell und umfassend wie möglich erfolgen.

Ehemaliges gesellschaftliches Eigentum wurde gemäß der Zuständigkeit der beiden Entitäten verstaatlicht. Und die Massenprivatisierung wurde mittels eines Anteilssystems in die Wege geleitet, bei dem die Arbeiter:innen (die ehemaligen »gesellschaftlichen Eigentümer«) Anteile am gesamten Staatskapital erhielten, nicht jedoch an den Firmen, für die sie gearbeitet hatten.

Der Gewerkschafter M.J. aus einem großen Industriestandort in Sarajevo erinnert sich: »[...] kurz nach dem Krieg war die Gewerkschaft nicht sonderlich gut organisiert. Die Regierung nutzte das aus, um gesellschaftliches Eigentum zu verstaatlichen und sich so einmischen zu können. [...] Unsere Arbeiter wollten nicht, dass ihre Fabriken privatisiert oder verkauft werden, aber die Regierung sah das anders und saß rechtlich am längeren Hebel.«⁵⁷

Eine Reihe von Reformen zur Massenprivatisierung führte Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre zur Aufspaltung ehemaliger großer Konglomerate und Exportunternehmen in kleinere Einzelunternehmen, die oft weit unter Wert und mit nur wenig Aussicht auf Investitionen, Wiederinbetriebnahme oder Wiedereinstellung der Entlassenen verkauft wurden. Die Privatisierung brachte eine Kombination aus Misswirtschaft, korrupten Geschäften und mangelnden Investitionen. Die meisten betroffenen Unternehmen gingen bankrott und tausende Arbeiter:innen verloren ihre Jobs (Renner 2006).

Die feste Verbundenheit mit dem eigenen Arbeitsplatz und die Zugehörigkeit zu einem von unfairer Übernahme bedrohten Kollektiv brachte Industriearbeiter:innen im ganzen Land dazu, ihre Teilhabe an der Privatisierung stattdessen durch Firmenanteile einzufordern. Sie hofften auf einen Übergang, der es ihnen ermöglichen würde, an ihre Arbeitsstätten zurückzukehren, die sich nach ihrer Umstrukturierung neu auf dem Weltmarkt positionieren würden (Calori/Jurkat 2018).

⁵⁷ M.J., Interview der Autorin, Sarajevo, 23.06.2016.

Ein Vertreter der *Savez samostalnih sindikata* (Rat der unabhängigen Gewerkschaften) merkte dazu an: »Wir waren generell für die Privatisierung – aber nicht so, wie die herrschende Politikeroligarchie sie plante und umsetzte. Wir waren überzeugt, dass es nicht möglich war, sich dieser ganzen neuen gesellschaftlichen Ordnung und der Marktwirtschaft usw. zu entziehen, aber wir wollten, dass das den Bürgern gegenüber so transparent, praktikabel und fair abläuft wie möglich. Wir wussten, das wird nicht ideal, aber wir kämpften darum, dass es fair wird, damit sich so wenig Leute wie möglich so ungerrecht behandelt fühlen, wie es bei der Privatisierung letztlich gelaufen ist.«⁵⁸

Dass die Arbeiter:innen die Fabriken als »ihre eigenen« ansahen, mobilisierte sie zu Protesten gegen eine Privatisierung, die sie nicht nur um ihre Arbeitsplätze, sondern auch um ihr Recht, Eigentümer ihrer Arbeitsstätten zu sein, brachte. Viele berichteten von einem zunehmenden Gefühl von Enteignung angesichts des Verlusts von Eigentum und von Verwaltungsbefugniss durch die Privatisierung. E. B., Fabrikarbeiter und Streikorganisator in der Reinigungsmittelfabrik DITA in Tuzla erklärt: »Das war nur am Anfang meine Firma, in den 1970er- und 1980er-Jahren. Es war meine Firma, als ich dort alles mitentscheiden konnte. Als dann der ganze Zirkus mit Firmenanteilen, Versammlungen und Parteien losging, da ging das alles irgendwie ... Ich habe kein Recht mehr darüber abzustimmen, mir gehört also gar nichts mehr.«⁵⁹

Die Arbeiter:innen organisierten Streiks und Proteste gegen eine spezielle Art der Privatisierung, eine die ihre Arbeitsstätten zerschlug und sie an private Investoren vor Ort ausverkaufte, die Kapital und Anteile durch den Erwerb von Anteilsscheinen auf dem illegalen Markt angehäuft hatten (M.K.S. 2004). Statt die Produktion wieder aufzunehmen, verkauften die neuen Privateigentümer die Vermögenswerte der Firma, meldeten Konkurs an und entließen die Arbeiter:innen, ohne die seit Monaten fälligen Löhne auszubezahlen. Die Arbeiter:innen forderten ihr Recht auf »Leben, Gesundheit und Arbeit« und machten deutlich, dass sie dafür waren, strategische Partner für die Privatisierung zu finden, aber gegen den Verkauf ihrer Fabriken an Kriegsgewinnler und dubiose Investoren (Tabučić 2003). Konkurs und Schließung großer Industriestandorte im ganzen Land, besonders in industriellen Ballungsräumen wie Tuzla, Zenica, Sarajevo, und Zvornik, führten zu einem Anstieg der ohnehin schwindelerregenden Arbeitslosenquote (27,5% im Jahr 2014, zuzüglich weiterer 20% der Bevölkerung in der informellen oder Schattenwirtschaft) (Eurostat o.J.). Im Juni 2008 protestierten etwa 8.000 Arbeiter:innen gegen die prekären Lebensbedingungen, die die Privatisierung und der Konkurs ihrer Firmen nach sich zogen (Energoinvest List 2008).

⁵⁸ M.B., Interview der Autorin, Sarajevo, 13.06.2016.

⁵⁹ E.B., Interview der Autorin, DITA Tuzla, 04.05.2016.

Proteste gegen Privatisierung und Massenentlassungen prägten die zehn Jahre von 2003 bis 2013 und mündeten im Februar 2014 in den bislang größten Massenprotest der Region. Die Unruhen begannen in Tuzla, einst das industrielle Herz Bosniens, wo eine Reihe großer staatlicher Firmen im Zuge der Privatisierung pleitegegangen waren. Arbeiter:innen und Demonstrant:innen machten die Stadtverwaltung für das Scheitern der Privatisierung und mangelnde soziale und wirtschaftliche Unterstützung für entlassene Arbeiter:innen verantwortlich. Eine friedliche Arbeiterversammlung schlug schnell in gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei um, als Protestierende versuchten, in das Rathaus zu gelangen, um dort ihre Forderungen nach einem Ausgleich für Gesundheitsversorgung, Renten und überfällige Löhne nach dem Konkurs ihrer Firmen vorzubringen (Ruvic/Zuvela 2014). Polizeigewalt und ausbleibende Vermittlungsangebote durch lokale oder nationale Behörden sorgten für Empörung unter den Bürger:innen, die sich zu Massenprotesten in Tuzla (zwischen 1.000 and 7.000 Menschen) und im ganzen Land zusammenfanden. In Tuzla und der Hauptstadt Sarajevo wurden dabei Teile von Regierungsgebäuden in Brand gesteckt, die Aufstände griffen auf weitere Industriezentren im ganzen Land über.

Die Proteste förderten eine breite zivilgesellschaftliche Dynamik, die dank der Bemühungen zahlreicher Aktivist:innen in die Bildung von Plena mündete: Bürgerversammlungen, die mit Basisdemokratie experimentierten. Die Aktivist:innen »entwarfen eine unabhängige, alternative Vision eines Staates, der den sozioökonomischen Bedürfnissen dient und die sozialen Rechte aller Beteiligten unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit garantiert, und forderten eine Reform des Privatisierungsprozesses zugunsten der Handlungsmacht der Arbeiter:innen.« (Puljek-Shank/Fritsch 2019: 145) Die Erfahrungen aus den Plena schufen ein erneuertes Bewusstsein für die Möglichkeit einer Politik von unten und von »Local First«-Initiativen und sorgten innerhalb der Communities für ein neues Gefühl von Selbstermächtigung, einige sprachen sogar von einer »postethnischen Identität« (Belyaeva 2017).

Die Organisation und der Kampf der Arbeiterschaft nahm unterschiedliche Formen an – von Hungerstreiks über Solidaritätskundgebungen bis hin zur Besetzung und Wiederaneignung von Fabriken. Bis auf die Zusammenstöße im Februar 2014 verliefen die Proteste weitgehend friedlich. Sie verzeichneten häufig eine übergreifende Beteiligung, fanden gemeinsam mit Studierendenbewegungen oder lokalen Aktivist:innen statt – ein gemeinsames Merkmal vieler neuer sozialer Bewegungen überall in Ex-Jugoslawien (Bonfiglioli 2019: 162).

Die überwältigende Schlagkraft dieser neuen Bewegungen lag gerade in ihrem generationenübergreifenden und interethnischen Charakter. Im Kampf gegen ein politisches System, das ethnische und religiöse Unterschiede unter den Bosnier:innen zementiert, betonten Arbeiter:innen und Aktivist:innen, dass es

vielmehr die sozioökonomischen Ungleichheiten sind, die die Menschen unabhängig von ihrem ethnischen oder religiösen Hintergrund am stärksten beeinträchtigten. Der berühmte Slogan »Wir sind hungrig in drei Sprachen!« (bezogen auf die drei offiziellen Landessprachen) ist eine deutliche Absage an ein politisches System ethnisch-nationaler Spaltung.

Die interviewten Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen waren jedoch leicht desillusioniert bezüglich des Potenzials der Proteste, konkrete Veränderungen ihrer unmittelbaren sozioökonomischen Lage herbeizuführen. Angesichts einer wirtschaftlich extrem prekären Situation und eines weitverbreiteten politischen Klientelismus befürchteten einige Arbeiter:innen, dass eine weitere Protestteilnahme ihre Chancen mindern könnte, in Zukunft Arbeit zu finden. Ein an der Organisation der Proteste in Sarajevo beteiligter Arbeiter erinnert sich: »Ich habe es den Menschen tausend Mal gesagt: Wenn wir für unsere Rechte kämpfen, muss die Mehrheit von uns da sein, 80 bis 90%. Aber die Menschen hier haben Angst, vielleicht ist diese noch aus dem vergangenen System geblieben. Die Menschen haben Angst davor, dass sie jemand feuert, sie haben Angst davor, protestieren zu gehen, dass man sie im Fernsehen sehen könnte.«⁶⁰

Während die Plena einen Raum für zivilgesellschaftliches Engagement von unten und jenseits ethnischer Unterschiede schufen, nahm die Beteiligung der Arbeiterschaft in vielen Fällen sukzessive ab. In Tuzla, Zentrum der Proteste und auf eine lange Tradition von Bürger- und Arbeitsrechtsbewegungen zurückblickend, wurde im Zuge des Plenums die unabhängige Gewerkschaft *Sindikata Solidarnosti* (Gewerkschaft Solidarität) gegründet. Damit wurde einmal mehr die ablehnende Haltung gegenüber etablierten Parteien und ihrem Einfluss auf offizielle Gewerkschaften signalisiert (De Noni 2014). Einige Fälle von Arbeiter:innen, die versuchen, die Kontrolle über ihre Fabriken zurückzugewinnen, ihre Anteile zurückzukaufen und ihre Unternehmen tatsächlich selbstverwaltet zu betreiben, zeugen ebenfalls von dieser Widerständigkeit. Besondere Erwähnung verdient die Waschmittelfabrik DITA in Tuzla, die zum Symbol für einen generationen- und ethnienübergreifenden Kampf um die Besetzung und Rückeroberung von Arbeitsstätten und die Wiederherstellung der Kontrolle von unten wurde.

Fazit

Das hochgradig bürokratisierte politische System Bosniens nach dem Friedensabkommen führte zur Privatisierung und Ausschlachtung von Unternehmen durch einige wenige Akteure mit gemeinsamen politischen und ökonomischen Interessen. Der Wandel, der sich mit der Ablösung von der sozialistischen Tra-

⁶⁰ A.M., Interview der Autorin, Sarajevo, 24.02.2016.

dition der Arbeiterstaaten vollzog, bedeutete die Zerschlagung und Privatisierung großer Firmenkonglomerate sowie Deindustrialisierung und Bankrott.

Die Arbeiterschaft fühlte sich durch ein System wirtschaftlicher Gewalt an den Rand gedrängt, das ihnen Wirtschafts- und Eigentumsrechte aberkannte. Sie erwartete eine »Just Transition«, die ihr über die Jahre der Selbstverwaltung gewachsenes Gefühl von Eigentum an und Verbundenheit mit den Unternehmen respektierte. Genau diese kollektive Erinnerung an die Selbstverwaltung brachte die Arbeiter:innen verschiedener Generationen zusammen – die gemeinsame Erinnerung an eine Alternative, die zwar ihre Schwächen hatte, der Arbeiterschaft jedoch das Gefühl vermittelte, eine Stimme zu haben, die Gehör fand.

Die Proteste von 2014 waren aber nicht nur ein kathartischer Ausbruch jahrzehntelanger Marginalisierung und Unzufriedenheit, sondern auch eine entscheidende Kraft für die Entstehung neuer Organisationsformen von Arbeiter:innen sowie neuer lokaler Gewerkschaften. Plena und Bürgerversammlungen beförderten breitere Bündnisse zwischen Arbeiterschaft, Studierenden und Bürgerrechtler:innen. Im Kampf gegen ein spalterisches System, das Bürger:innen und Arbeiter:innen ethnische Trennungen aufoktroiert, haben diese neuen Organisationen eine integrative Plattform für sozioökonomische Forderungen geschaffen.

Literatur

- Al Jazeera Balkans (2016): Rezultati Popisa: U BiH živi 3.531.159 Stanovnika. balkans.aljazeera.net/vijesti/bih-danas-rezultati-popisa-iz-2013-godine (28.6.2020).
- Archer, Rory/Musić, Goran (2016): Approaching the Socialist Factory and Its Workforce: Considerations from Fieldwork in (former) Yugoslavia. In: *Labour History*, 58(1), 44-66.
- Belyaeva, Nina (2017): Citizen Plenums in Bosnia Protests: Creating a Post-Ethnic Identity. In: Ekim Arbatli/Dina Rosenberg (Hrsg.): *Non-Western Social Movements and Participatory Democracy. Societies and Political Orders in Transition*. Berlin/Heidelberg, 115-138.
- Bieber, Florian (2006): *Post-War Bosnia: Ethnicity, Inequality and Public Sector Governance*. Basingstoke, Hampshire/New York.
- Bonfiglioli, Chiara (2019): *Women and Industry in the Balkans: The Rise and Fall of the Yugoslav Textile Sector*. London.
- Calori, Anna/Jurkat, Kathrin (2018): »I'm Both a Worker and a Shareholder«: Workers' Narratives and Property Transformations in Postsocialist Bosnia-Herzegovina and Serbia. In: *Südosteuropa*, 65(4), 654-678.
- De Noni, Andrea (2014): *Bosnia and Herzegovina: the Plenums legacy*. Osservatorio Balcani e Caucaso. www.balcanicaucaso.org/eng/Areas/Bosnia-Herzegovina/Bosnia-and-Herzegovina-the-Plenums-legacy-155351 (10.6.2020).
- Energoinvest List (2008): *Energoinvestova mladost u razgovoru sa direktorom Energoinvesta*. 01.07.2008.

- Eurostat (ohne Jahr): Enlargement Countries – Labour Market statistics, ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Enlargement_countries_-_labour_market_statistics&oldid=463611#Unemployment_rates (28.6.2020).
- Grdešić, Marko (2015): Exceptionalism and Its Limits: The Legacy of Self-Management in the Former Yugoslavia. In: Crowley, Stephen/Caraway, Teri/Cook, Maria (Hrsg.): Working Through the Past: Labor and Authoritarian Legacies in Comparative Perspective. Ithaca, 103-121.
- M.K.S. (2004): Metalci žrtve lošeg koncepta privatizacije. In: Oslobođenje. 16.11.2004.
- Puljek-Shank, Randall/Fritsch Felix (2019): Activism in Bosnia-Herzegovina: Struggles Against Dual Hegemony and the Emergence of »Local First«. In: East European Politics and Societies and Cultures, 33(1): 135-156.
- Renner, Maja (2006): Pred stečajem 413 preduzeća. In: Nezavisne Novine. 18.05.2006.
- Ruvić, Dado/Zuvela, Maja (2014): Bosnia Rocked by Spreading Anti-Government Unrest. Reuters, uk.reuters.com/article/uk-bosnia-unrest/bosnia-rocked-by-spreading-anti-government-unrest-idUKBREA160VJ20140207 (10.6.2020).
- Tabučić, Indira (2003): Radnici tražili pravo na život, zdravlje i rad. In: Nezavisne Novine. 16.05.2003.

Neo-Autoritarismus, Kooptierung und Widerstand

Arbeiterschaft und alternative Gewerkschaften in Russland
von Sarah Hinz und Jeremy Morris

Die Arbeitsbeziehungen in Russland entstammen noch jenen der UdSSR, die sich wegen der ideologischen und strukturellen Unterwürfigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Kommunistischen Partei durch Ruhe auszeichneten. Obwohl Privatisierung und Marktorientierung in den 1990er-Jahren Arbeitskonflikte auslösten, fiel es Gewerkschaften schwer, ihre Identität und Rolle neu zu definieren. Seit 2000 führt die Zunahme transnationaler Unternehmen zur Entstehung alternativer, aktivistischer und demokratischer Gewerkschaftsbewegungen. Obwohl weiter in der Minderheit, sind sie politisch engagiert und konfliktorientiert. Doch transnationale Arbeitgeber reagieren und blockieren Versuche, gegen Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz aufzubegehren. Dieser Beitrag beleuchtet diese Dynamik am Beispiel von VW und Benteler in Kaluga im Jahr 2012. Trotz der Erfolge neuer Gewerkschaften wiegt das Erbe der Arbeitsbeziehungen der UdSSR nach wie vor schwer. Putins autoritäres System ist zudem bemüht, Gewerkschaften zu kooptieren, und die Fähigkeit zu Basismobilisierungen einzuschränken.

Die Ausgangslage: Russische Gewerkschaften zwischen Wohlfahrtsstaat und autoritärer Transformation

Russland hat eine lange autoritäre Geschichte. Die Industrialisierung der UdSSR unter Stalin setzte auf Zwang und Ausbeutung. Dieses Verhältnis zwischen Staat und Arbeiter:innen änderte sich nicht grundlegend. Wissenschaftler:innen wie Donald Filtzer, Michael Burawoy und Stephen Kotkin diskutierten, ob die Arbeiter:innen – angesichts eines mangelnden verbindenden Ventils, um kollektiv Missstände anzusprechen – Mikrotaktiken des Widerstandes anwandten, oder gingen der Frage nach warum sie – angesichts rapider Veränderungen und der Verbäuerlichung der Industrie – daran scheiterten, ein Klassenbewusstsein zu entwickeln. Zusätzlich verkompliziert wurde dies durch die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, in dem Gewerkschaften und Betrieben die Rolle der Umverteilung zukam. Ein paternalistischer Gesellschaftsvertrag dominierte; die Arbeiterschaft verzichtete zugunsten höherer Löhne und Sozialleistungen stillschweigend auf ihre potenzielle Verbandsmacht. Ihr »gesellschaftlicher Lohn« beinhalten Wohnraum, Kindergärten und sogar subventionierte Betriebskantinen. Besonders in der Rüstungsindustrie (ein dominierender Teil der Industrieproduktion) konnte dies bis zu zwei Drittel

des Einkommens ausmachen. Die Arbeiterschaft betrachtete den Staat daher häufig als autoritär, aber doch »wohlütig« (Mandel 2001). Staatsbetriebe beauftragten die Gewerkschaften im Grunde mit der Verteilung von Sozialgütern. Während der Gesellschaftsvertrag infolge wirtschaftlicher Probleme der UdSSR ab den 1970er-Jahren zerfiel, ist das autoritäre Erbe von Korporatismus und Paternalismus für die Organisation und das Bewusstsein der Arbeiterschaft noch immer prägend.

Als das Sowjet-System zusammenbrach, mangelte es massiv an qualifizierten Arbeitskräften. Große Streiks zeigten, dass die Arbeiter:innen in der Lage waren, ihre strukturelle Macht in Forderungen nach Demokratisierung des Arbeitsplatzes und weiter gehende Reformen zu übersetzen. Doch sogar 1989 setzten sich Gewerkschaften während eines heftigen Streiks im Kohlebergbau mit der Geschäftsführung an einen Tisch – *gegen* den Willen der Arbeiter:innen, die Veränderung forderten (Clarke 2005; Mandel 2004). Daraufhin entstanden unabhängige Gewerkschaften im Bergbau und in der Transport- und Automobilindustrie. Sie repräsentierten nur eine kleine Minderheit, während die »traditionellen« korporatistischen Gewerkschaften weiterhin vorherrschten und die alternative Gewerkschaftsbewegung schließlich erstickten (Mandel 2001). Die 1990er-Jahre waren von ökonomischer Unsicherheit und politischen Kämpfen geprägt. Die frustrierende Situation brachte Zyklen intensiver und verzweifelter Protestaktionen, unabhängig von den traditionellen Gewerkschaften, hervor (Greene/Robertson 2009; Bizyukov/Grishko 2012).

Der Dachverband FNPR (*Federatsiia Nezavisimikh Profsoiuzov Rossii*, Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands) war mit rund 20 Millionen Mitgliedern im Jahr 2018 noch immer der größte seiner Art in Europa. (*Vserossiiskii Elektropfsoiuz*, 21.04.2018) Doch trotz zunehmender Arbeitermilitanz rufen die bürokratischen FNPR-Gewerkschaften kaum zum Streik oder Protest auf. Sie lehnen den Klassenkampf ab, und ihr Erfolg in der Kommunikation von Arbeiterbelangen ist gering (Olimpieva 2012). Viele Mitgliedschaften sind unfreiwillig – ein Erbe der Zwangsmitgliedschaft in der UdSSR. Das verstärkt die »Trägheit« der Gewerkschaften und großer Teile der Arbeitswelt. Seit ihrer Gründung 1990 haben diese Organisationen vor allem ihre institutionelle »partnerschaftliche« Position verteidigt, und zwar auf Kosten der Einkommen, Arbeitsbedingungen und Sicherheit ihrer Mitglieder (Ashwin/Clarke 2002; Mandel 2004; Vinogradova et al. 2012).

Bemerkenswert ist auch die geringe Solidarität zwischen Sektoren. Trotz trilateraler Vereinbarungen und Institutionen besteht keine Koordination zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien. Seit den frühen 2000er-Jahren kommt ein zunehmend repressives Arbeitsgesetz und ein erstarkter Sicherheitsapparat Arbeitskonflikten zuvor, indem gezielt Aktivist:innen ins Visier genommen werden. In Schlüsselmomenten hat Putin politisch interveniert

und Appelle an eine »autoritäre« Ordnung mit einer paternalistischen Rhetorik im sozialkonservativen Duktus gegenüber der Arbeiterschaft und (zeitlich nicht festgelegten) Konzessionen wie bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen kombiniert.

Doch selbst die erdrückende Atmosphäre in Putins Russland kann den Arbeiterwiderstand nicht völlig auslöschen. Proteste entziehen sich dem repressiven Code, verwenden die »verborgenen Transkripte« des Widerstands (Scott 1990), individuelle Taktiken oder Onlinekampagnen. Schlüsselsektoren wie die Automobilindustrie oder Dienstleistungen, die stark von Ausbeutung geprägt sind und nicht von Traditionsgewerkschaften dominiert werden, sind Nischen neuer aktivistischer Organizer. Die Fallstudie in diesem Beitrag handelt genau von dieser Chance: Wenn sich die Arbeitswelt wandelt, neue Formen von Arbeitsbeziehungen entstehen und Gewerkschaftserbe in den Hintergrund rückt, wird die Organisation der Arbeiterschaft trotz oder gerade aufgrund vieler Hindernisse zunehmend möglich.

Beispiel VW: seine Bedeutung für Gewerkschaften und Unternehmen

Im Folgenden geht es um den in Russland dominanten deutschen Produzenten Volkswagen. 2008 eröffnete VW das Werk in Kaluga, südwestlich von Moskau. Der Fall eines erfolgreichen westeuropäischen Automobilkonzerns, der auf den russischen Markt vordringt, veranschaulicht neue Konflikt- und Verhandlungsformen zwischen Arbeiter:innen und Geschäftsführung. Da ausschließlich für den russischen Binnenmarkt produziert wird, gibt es nur wenig Verbindungen zu und Abhängigkeiten von dem Hauptsitz in Deutschland. Daher gibt es wenige Möglichkeiten, die etablierten »deutschen« Verhandlungsformen zwischen Kapital und Arbeit auf die »russischen« Arbeitsbeziehungen zu übertragen.

Unsere Daten stammen aus einer Feldforschung in der »traditionellen« Industrie der Region Kaluga seit 2009 sowie aus der Analyse neuer transnationaler Konzerne (*transnational corporations*, TNCs) (Morris 2011; 2012). Zusätzlich nutzt die Studie eine interviewbasierte Feldforschung von 2012–2013 zur Entwicklung alternativer Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen, bei Automobilherstellern und Zulieferfirmen.

Neue aktivistische und konfrontative Gewerkschaften

In den 2000er-Jahren bildete sich eine neue, alternative Gewerkschaftsbewegung, die das traditionelle System der Arbeitsbeziehungen herausforderte. Mit der Zeit könnte sie in der Lage sein, das Kräfteverhältnis der Arbeitsbeziehungen zu verschieben. Dies ist jedoch verknüpft mit einer breiteren Erfahrung von Arbeiter:innen mit intensiver Neoliberalisierung und Deregulierung infolge des Eintritts transnationaler Firmen in wichtige Industriesektoren,

der Überwindung paternalistischer Haltungen von Arbeitgebern und Staat sowie dem Ausmaß an Zwang und Kooptierung durch die Behörden. Im Folgenden beschäftigen wir uns mit dem Machtzuwachs der Arbeiter:innen im ersten russischen VW-Werk, wo solche Entwicklungen besonders deutlich sind.

Obwohl der russische Automobilmarkt aufgrund des dominanten Rohstoffsektors nur 3,8% des russischen BIP ausmacht (Lang/Boutenko 2016), verzeichnete er bis 2008 die höchste wertmäßige Wachstumsrate weltweit. Die Bestrebungen Russlands zur wirtschaftlichen Diversifizierung sahen vor, durch einheitliche Steuern und maßgeschneiderte Infrastruktur, ausländisches Kapital für Joint Ventures und Investitionen in die Entwicklung unbebauter Flächen anzulocken.

Die Kaluga-Region ist aufgrund ihrer Nähe zu Moskau und Westeuropa für ausländische Autobauer besonders attraktiv (AHK 2012). Als VW sich 2008 ansiedelte, taten es ihm eine Reihe weiterer wichtiger ausländischer Zulieferer gleich und bescherten der Region einen erheblichen Aufschwung. Anfang der 2010er-Jahre waren bei dem heute größten ausländischen Autohersteller in Russland am Standort Kaluga rund 6.000 Arbeiter:innen beschäftigt, etwa 70% davon in der Montage (Voss et al. 2006). Die Fluktuation war jedoch außergewöhnlich hoch, 1.000 neue Arbeiter:innen im Jahr waren keine Seltenheit (bis die Ukraine-Krise die Nachfrage reduzierte). Das weist sowohl auf den anhaltenden Fachkräftemangel als auch die große Unzufriedenheit der Arbeiter:innen mit den intensiven Produktionsprozessen hin.

Die wachsende Bedeutung ausländischer Firmen in Russland läutete eine neue Ära für alternative Gewerkschaften ein (Chetvernina 2009; Olimpieva 2012). Diese ergriffen schnell die Gelegenheit, die Rechte und Belange der Arbeiterschaft in den transnationalen Unternehmen zu thematisieren, die nicht wie die einheimischen Firmen in einem postsozialistischen Erbe verhaftet waren. Die wichtigste dieser Gewerkschaften, die MPRA (*Mezhregional'nyi profsoiuz »Rabochii assotsiatsiia«*, Interregionale Gewerkschaft »Arbeitervereinigung«, ehemals Interregionale Gewerkschaft der Automobilarbeiter), ging nach jahrelangen intensiven Arbeitskonflikten 2007 aus einer lokalen Gewerkschaft in einem Ford-Werk in St. Petersburg hervor (Shulzhenko 2017; Olimpieva 2012). Die MPRA zählt ca. 3.000 Mitglieder aus 40 Regionen. Sie nutzt die traditionell starke betriebliche Arbeiterverhandlungsmacht in der Automobilindustrie, indem sie große Gruppen von Arbeiter:innen im Produktionsprozess mobilisiert, um typische Forderungen durchzusetzen, oft unter Bezugnahme auf privilegierte Kolleg:innen in der Unternehmenszentrale.

Bei VW in Kaluga erfolgte kurz nach Eröffnung eine umfassende gewerkschaftliche Organisierung durch die MPRA. Vom Management anerkannt wurde sie jedoch erst nach vier Jahren, im Zuge der ersten Tarifverhandlungen 2012, als die MPRA bereits 1.200 Mitglieder hatte. Den Erfolg verdankt

sie besonders den großen Streik- und Protestaktionen für den Abschluss eines Tarifvertrags bei Benteler, einem der wichtigsten lokalen VW-Zulieferer. Seitdem ist die MPRA nicht nur bei Benteler die dominante Gewerkschaft und offizieller Tarifpartner, sondern auch bei VW. Dort verdrängte sie eine traditionelle FNPR-Gewerkschaft, die kurz nach ihr entstanden war.

Wie im Fall von VW und Benteler mobilisiert die MPRA meist für konkrete Proteste mit bisweilen unkonventionellen Mitteln, z.B. mit Dienst nach Vorschrift oder landesweiten Boykotten. Die Störung empfindlicher Wertschöpfungsketten verursacht erhebliche Kosten. Solche Kampfmaßnahmen umgehen das repressive Arbeitsrecht und somit die hohen Hürden für legale Streiks. Weniger bürokratische Barrieren innerhalb der sehr flexiblen Organisation sind auch vorteilhaft für die meist lokal tätigen Gewerkschaften.

Sowohl auf Betriebs- als auch auf Branchenebene befinden sich die Gewerkschaften noch im Lernprozess und versuchen, ihre Ressourcen in der MPRA zu stabilisieren. Für eine dauerhafte Verhandlungsmacht galt es, den unterschiedlichen Mitgliederinteressen gerecht zu werden und zugleich die Belegschaft über laufende Verhandlungen mit der Unternehmensleitung zu informieren. Die Verhandlungsmacht auf Branchenebene ist fragil, da die Tarifverträge auf Betriebe beschränkt sind. Dadurch bleiben die Aktionen der Gewerkschaften lokal, was ihren Einfluss mindert. Gewerkschafter:innen sehen überbetriebliche, verbindliche Vereinbarungen als »kaum erreichbar« an. Sie konzentrieren sich auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im eigenen Werk. Auch sind TNCs im Automobilsektor gemeinhin nicht in Arbeitgeberverbänden organisiert. Die MPRA hätte auf Sektor- oder Regionalebene also gar keinen Tarifpartner.

Trotz oder vielmehr aufgrund der erfolgreichen Durchsetzung von Tarifverträgen bei VW und Benteler im Jahr 2012 wurden einige Gewerkschaftsmitglieder kurz nach der Beilegung der Arbeitskonflikte von lokalen Sicherheitsdiensten zur »Extremismus«-Bekämpfung, festgenommen und befragt (Tumanov 2012; Karavaev/Lomakin 2015). Sie wurden schließlich wieder freigelassen, jedoch nicht über Sinn und Zweck der Untersuchungen informiert (Hinz 2018). Die versuchte Einschüchterung aktiver Gewerkschaftsmitglieder zeugt vom wiederauflebenden Autoritarismus im Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterschaft.

Von der Feindseligkeit gegenüber Gewerkschaftsarbeit zeugen auch die drastischen Arbeitsrechtsreformen von 2001, die besonders das Aktionsrecht kleinerer, alternativer Gewerkschaften beschneiden (Olimpieva 2012; Greene/Robertson 2009). Deren Ziel ist es, in die Politik einzugreifen und Arbeitsmarkt wie Sozialpolitik zu beeinflussen oder gar die Fähigkeit zu erlangen, soziale Unruhen zu provozieren. Das war für die Regierung Bedrohung genug, um die Änderungen schon früh im Putin-Regime zu rechtfertigen. Jede Umge-

staltung des etablierten Systems böte alternativen Gewerkschaften die Möglichkeit, Einfluss zu gewinnen. Deshalb unterstützt die Regierung die Traditionsgewerkschaften als dominante Akteure, obwohl sie gesellschaftlich immer weniger Zuspruch haben.

Als kleine Gewerkschaft, die vor allem in transnationalen und Automobilunternehmen in fragmentierten Arbeitsbeziehungen agiert, ist der Spielraum der MPRA, in die breitere Arbeiterklasse oder Gesellschaft zu expandieren und damit auch Arbeiter:innen anderer Branchen zu erreichen, begrenzt. Der neuen Bewegung fällt es schwer, ihre Erfolge auf Werksebene und auch entlang von Wertschöpfungsketten in eine dauerhafte Organisationsmacht und wirklichen Einfluss auf Institutionen und Politik umzuwandeln. Letzteres wird besonders vom Autoritarismus gebremst. Ob neue Gewerkschaften nicht nur überleben, sondern sich unter den widrigen Umständen weiterentwickeln, bleibt offen.

Fazit

Die Entstehung neuer konfliktorientierter Gewerkschaften in Russland scheint vielversprechend. Die neuen Gewerkschaften wie in Kaluga nutzen unkonventionelle Protestformen, um sich für Arbeiterbelange einzusetzen. Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den transnationalen Firmen entlang der Wertschöpfungskette sowie die unterschiedlichen nationalen, politischen und wirtschaftlichen Determinanten der ehemals sozialistischen Länder erschweren jedoch eine klare Einschätzung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften. Die Feldforschungen zeigen aber, dass sie sich erfolgreich für Arbeiter:innen eingesetzt und das etablierte System infrage gestellt haben, indem sie vor allem in ausländischen Unternehmen umfassend organisierten. Obwohl sie auf Werksebene in einigen TNCs im Automobilsektor etwa zehn Jahre lang beträchtliche Erfolge verzeichneten, sind die Aussichten auf dauerhafte Konsolidierung nicht allzu positiv. Unsere Analyse deutet darauf hin, dass die Entwicklungen weitgehend in der hohen primären Verhandlungsmacht der Arbeiterschaft in einem Sektor begründet sind, in dem Importmangel die Unternehmensspielräume einschränkt. Die MPRA verzeichnet aufgrund der fortschreitenden Verschlechterung der Beschäftigungslage in der Automobilbranche sowie der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme in Russland einen deutlichen Mitgliederrückgang. Das hat zu einer Stagnation der Verbandsmacht geführt. Die ausschließlich lokale Fokussierung verbaut – trotz einiger Erfolge – die Chancen auf sektorale und regionale Vereinbarungen. Dieses Hindernis setzt sich bis auf die institutionelle Ebene fort, auf der die neuen Gewerkschaften praktisch keine Möglichkeit haben, die festgefahrenen Institutionen der Arbeitsbeziehungen zu überwinden, die sich durch das anhaltende Monopol traditioneller Gewerkschaften und einen pseudopaternalistischen Staat auszeichnen. Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist daher nur

langfristig zu erwarten. Ironischerweise birgt das Vorgehen des autoritären Staats das Potenzial, die Entwicklung zu beschleunigen. Die anhaltende Sparpolitik im öffentlichen Sektor hat unter den Beschäftigten der öffentlichen Dienste zu verstärkter Organisation »von unten« geführt – 2019 wurden 20% der Arbeitsproteste von Beschäftigten im Gesundheitssektor organisiert, die höhere Löhne fordern (TsSTP 2020). Wenn aktivistische Gewerkschaften die Initiative zurückgewinnen wollen, müssen sie die Schauplätze der materiellen Produktion verlassen und an der Front kämpfen, an der die Neoliberalisierung in Russland gerade den größten Schaden anrichtet – im öffentlichen Sektor und im Bereich neuer Dienstleistungen wie Uber und Essenslieferdiensten.

Literatur

- AHK (Deutsch-Russische Auslandshandelskammer) (Hrsg.) (2012): Russland 2011. Zwischen Aufbruch und Wirklichkeit. Jahresbericht der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer. Hamburg.
- Ashwin, Sarah/Clarke, Simon (2002): Russian Trade Unions and Industrial Relations in Transition. Basingstoke/New York.
- Bizyukov, Pjotr/Grishko, Oxana (2012): Gewerkschaften in Russland. Moskau: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Chetvernina, Tatyana (2009): Trade Unions in Transitional Russia: Peculiarities, Current Status and New Challenges. In: Russian Research Center Working Paper Series, 16. Kunitachi/Tokyo.
- Clarke, Simon (2005): Post-Socialist Trade Unions: China and Russia. In: Industrial Relations Journal, 36(1), 2-18.
- Greene, Samuel A./Robertson, Graeme B. (2009): Politics, Justice and the New Russian Strike. In: Journal of Communist and Post-Communist Studies, 43(1), 33-54.
- Hinz, Sarah (2018): The Ambivalence of Structural Power: Alternative Trade Unions Challenging Transnational Automotive Companies in Russia. In: Global Labour Journal, 9(2), 167-181.
- Karavaev, Anatoly/Lomakin, Daniel (2015): Автопром проверили на экстремизм. Сотрудники Центра «Э» задержали активистов независимого профсоюза в Калуге. In: Gaseta, 23.05.2015. www.gazeta.ru/auto/2015/03/23_a_6611145.shtml (30.10.2016).
- Lang, Nikolaus/Boutenko, Vladislav (2016): Two Priorities to Build Up Russia's Auto Industry: Exports and Innovation. In: Boston Consulting Group Publication, 5.10.2016. www.bcg.com/en-gb/publications/2016/automotive-globalization-two-priorities-build-russia-auto-industry.aspx (30.10.2016).
- Mandel, David (2001): »Why is There no Revolt?« The Russian Working Class and Labour Movement. In: Socialist Register, 37, 171-195.
- Mandel, David (2004): Labour after Communism: Auto Workers and Their Unions in Russia, Belarus and Ukraine. Montreal.
- Morris, Jeremy (2011): Socially Embedded Workers at the Nexus of Diverse Work in Russia: An Ethnography of Blue-Collar Informalization. In: International Journal of Sociology and Social Policy, 31(11-12), 619-631.
- Morris, Jeremy (2012): Unruly Entrepreneurs: Russian Worker Responses to Insecure

- Formal Employment. In: *Global Labour Journal*, 3(2), 217-236.
- Olimpieva, Irina (2012): Labour Unions in Contemporary Russia: An Assessment of Contrasting Forms of Organization and Representation. In: *The Journal of Labor and Society: The Changing Shape of Unions and Working Class Organizations. Lessons from North America and Europe*, 15(2), 267-283.
- Scott, James C. (1990): *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*. New Haven.
- Shulzhenko, Elena (2017): *Reforming the Russian Industrial Workplace International: Management Standards Meet the Soviet Legacy*. Abingdon.
- TsSTP (2020): Kak protestuiut rossiiane: rezultaty monitoring protestnoi aktivnosti. trudprava.ru/expert/article/protestart/2184 (11.6.2020).
- Tumanov, Grigory (2012): The Dark Doings of Russia's Centre E. In: *Open Democracy*, 28.8.2012. www.opendemocracy.net/od-russia/grigory-tumanov/dark-doings-of-russia%e2%80%99scentre-e (16.10.2016).
- Vinogradova, Elena/Kozina, Irina/Cook, Linda (2012): Russian Labour: Quiescence and Conflict. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 45(3-4), 219-231.
- Voss, Eckhard/Cziria, Ludovit/Pražáková, Danica (2006): EWCs in the new member states—Case study: Volkswagen. Available at: www.eurofound.europa.eu/publications/case-study/2006/industrial-relations/ewcs-in-the-new-member-states-case-study-volkswagen.
- Vserossiiskii Elektroprofsoiuz (2018): Profsoiuzy segodnia. 21.4.2018, elprof35.ru/news/profsouzy-segodna (14.6.2020).

Der Wiederaufbau der spanischen Gewerkschaftsbewegung während der Transition zur Demokratie

von Victor Peña González, Eva Bermúdez-Figueroa und Beltrán Roca

Die Niederlage der Linken im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) machte es überaus schwierig, die Arbeiterbewegung nach der harten Repression zu Beginn des Franco-Regimes und später während des Übergangs zur Demokratie neu aufzubauen. In den ersten Jahren der Diktatur verbreitete die Praxis, Mitglieder linker Parteien und Gewerkschaften kurzerhand umzubringen, ein beispielloses Klima der Angst. Politische Opposition äußerte sich vor allem auf dem Land, aber auch in einigen Städten zunächst in Form von Guerilla-Aktionen. Mit der Zeit änderte das franquistische Regime seine Strategie gegenüber der Opposition, um das Wirtschaftswachstum und die ökonomische Zusammenarbeit mit dem Ausland zu fördern: Bedacht auf internationale Legitimität, ging es von einer Strategie der Beseitigung jeglicher Dissidenz über zu selektiver Repression und der Institutionalisierung sehr begrenzter Partizipationskanäle. Auch wenn unabhängige Gewerkschaften und Streiks verboten blieben, erlebte Spanien nach den 1960er-Jahren eine Wiedergeburt der Arbeiterbewegung. Die alten Gewerkschaften – die anarchosyndikalistische *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT, Nationale Föderation der Arbeit) und die sozialistische *Unión General de Trabajadores* (UGT, Allgemeine Arbeiterunion) – agierten weiter aus dem französischen Exil heraus, hatten unter den veränderten widrigen Umständen allerdings keinen Erfolg. In den 1960er-Jahren begannen die Arbeiter:innen jedoch, sich selbst zu organisieren und in manchen Regionen auch Arbeitskämpfe zu führen, wobei sie die relative Offenheit der Diktatur nutzten. Die hauptsächlich von der Kommunistischen Partei und fortschrittlichen katholischen Organisationen angeführte Arbeiterbewegung spielte eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung der Arbeiter:innen, bei politischen Oppositionsbewegungen und der Demokratisierung Spaniens am Ende der Diktatur und während der Transition in den 1970er-Jahren. Gleichzeitig kamen radikale und autonome Formen von Arbeitskämpfen auf, die das entstehende neokorporatistische System und die von den hegemonialen Gewerkschaften verfolgte Politik der Sozialpakete herausforderten.

Die Transformation des spanischen Kapitalismus und die neue parlamentarische Monarchie während der Transition erforderten die Neutralisierung von Arbeitskonflikten. Dies geschah durch die Institutionalisierung neuer Formen des sozialen Dialogs und die Bevorzugung der Gewerkschaften, die bereit

waren, sich am politischen Geschäft zu beteiligen, während radikale Gewerkschaften und autonome Gruppen marginalisiert und mitunter kriminalisiert wurden. Der vorliegende Beitrag beschreibt Kontext und Prozesse der Rekonfiguration der spanischen Gewerkschaftslandschaft durch die Bevorzugung gewisser moderater Gewerkschaften.

Der Kampf gegen die Diktatur, Arbeitsunruhen und politische Pakte

Der Wiederaufbau einer Arbeiterbewegung nach dem Sieg von General Franco im Spanischen Bürgerkrieg war ein wichtiger Prozess, der unter anderem eine von den *Comisiones Obreras* (CCOO, Arbeiterkommissionen) angeführte Arbeiterbewegung hervorbrachte. Diese Bewegung war auch von christlichen Aktivist:innen geprägt, die auch ihre eigenen Organisationen gründeten; die bekannteste war die *Unión Sindical Obrera* (USO, Arbeitergewerkschaft). 1967, ein Jahr bevor die Repression gegen die Bewegung eskalierte, zog sich die USO aus den Gemeinschaftsinitiativen der CCOO mit der Kritik an einer kommunistischen Dominanz zurück. Entstanden als horizontale Bewegung mit einer starken sozialpolitischen Ausrichtung, gerieten die CCOO schrittweise unter den Einfluss der KP und wurden zu ihrem »Transmissionsriemen«. Trotz der Trennung arbeiteten beide Gewerkschaften insbesondere auf lokaler Ebene zusammen und konnten die spanische Arbeiterbewegung in der Klandestinität wieder aufbauen. Gewerkschaften wurden für die Diktatur zur größten Herausforderung – und zusammen mit wachsenden Forderungen und Aktivitäten bezüglich Arbeit war auch die Demokratisierung der spanischen Gesellschaft auf ihrer Tagesordnung.

Die letzten Jahre der Diktatur waren von zunehmenden Arbeitskonflikten gekennzeichnet, deren Höhepunkt mit dem Tod von General Franco am 20. November 1975 zusammenfiel. Im Jahr darauf erfolgte die entscheidende Wende: Als über dreieinhalb Millionen Arbeiter:innen sich im Streik befanden und in Vitoria/Gasteiz ein Aufstand drohte, wurden die ersten Schritte zu einer demokratischen Neuordnung von Politik und Arbeitswelt unternommen (Domènech 2002: 62-65). Die alte Arbeiterbewegung, hauptsächlich vertreten durch die UGT, wurde wieder legalisiert und von der europäischen Sozialdemokratie gefördert (Ortuño Anaya 2002).

Der breite Zuspruch in der Arbeiterbewegung zu einer einheitlich-zentralisierten Organisation vertrug sich nicht mit den Bestrebungen der UGT, sich aus den Strukturen der *Organización Sindical Española* (OSE, Spanische Gewerkschaftsorganisation) zurückzuziehen,⁶¹ die nicht nur antifaschistisch motiviert waren, sondern auch um sich von den CCOO zu distanzieren, die ihre

⁶¹ Die OSE wurde auch »die vertikale Gewerkschaft« oder schlicht »die Vertikale« genannt.

Macht aus der OSE ableiteten. Dieser Widerspruch führte zum Scheitern der *Coordinadora de Organizaciones Sindicales* (COS, Koordination der Gewerkschaftsorganisationen) und bahnte einem politischen Pakt den Weg, den manche Autor:innen (Balfour 1989) als einen der Gründe für die Stagnation der spanischen Arbeiterbewegung nach der Transition zur Demokratie betrachten.

Für die KP war dieser Pakt die entscheidende Taktik, um ihre Regierungsbeteiligung und den Aufbau einer neuen Demokratie zu erreichen. Dies hatte zur Folge, dass die CCOO sich von einer soziopolitischen Bewegung in eine Gewerkschaft verwandelte, die Ähnlichkeit mit den Organisationsstrukturen und der (moderaten) politischen Orientierung der UGT hatte. Die Kritik an dieser Entwicklung durch die revolutionäre Linke legitiimierte wiederum die Zersplitterung der neuen Arbeiterbewegung in eine Vielzahl von Organisationen. Auch wenn manche linksradikale Parteien und Gewerkschaften wie die *Confederación de Sindicatos Unitarios de Trabajadores* (CSUT, Verband der Einheitsgewerkschaften) und die *Sindicato Unitario* (SU, Einheitsgewerkschaft) Zuspruch fanden, wurden sie keine zentralen Akteure in der neuen *concertación* (in etwa: konzertierte Aktion; so wurde die Phase der übergreifenden Kooperation zur Demokratisierung genannt) (Pérez-Serrano 2013: 263-268). Eine weitere radikale Gewerkschaft, die sich in eine andere Richtung entwickelte, aber ebenfalls politische Pakte ablehnte, war die CNT (Vadillo 2019: 273-276). Trotz ihrer Marginalisierung überlebten mehrere radikale Gewerkschaften die Politik der Pakte und das aus ihnen resultierende »neokorporatistische System« der Arbeitsverhältnisse (Roca 2015).

Die Auswüchse der Weltwirtschaftskrise von 1973 und ihre verheerenden Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote; die Drohung politischer Repression; und die Notwendigkeit, durch einen Beitritt zum europäischen Binnenmarkt von dessen Vorzügen zu profitieren, hatten den Boden für den politischen Pakt vorbereitet. 1977 schließlich unterzeichneten die antifranquistische Opposition und die Regierung den Pakt von Moncloa, der die Voraussetzungen dafür schuf, die neue Arbeiterbewegung zu neutralisieren und alle Arbeiter:innen durch ein neues System der Arbeitsverhältnisse zu disziplinieren.

Die neokorporatistische Stilllegung des Arbeitskonflikts

Während der Transition erklärten sich die wichtigsten Gewerkschaften zur Teilnahme an politischen Gesprächen mit Regierung und Unternehmerverbänden bereit (Rodríguez-Rata 2011). CCOO und UGT erhielten institutionelle Anerkennung und Unterstützung etwa durch die Beteiligung an beratenden Gremien und an Körperschaften für die Ausbildungsfinanzierung, sowie öffentliche Gelder für ihre Aktivitäten. Dies resultierte in einem »wettbewerbsorientierten korporatistischen« System, das schwache Wohlfahrtspolitiken und die trilateralen Strukturen von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften mit

Niedriglöhnen und einem deregulierten Arbeitsmarkt kombinierte, um auf dem Weltmarkt mit anderen kürzlich industrialisierten Staaten zu konkurrieren (Etchezarreta 1991; González-Begega/Luque-Balbona 2014). Zudem wurde die Beteiligung der Gewerkschaften am politischen Dialog in den ersten Jahren der Transition durch die Parteien vermittelt und gestärkt, mit denen sie historisch verbunden waren. Für die CCOO war dies die KP, für die UGT die sozialdemokratische PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei).

Die politische Transition bahnte der Regulierung gewerkschaftlicher Praxis den Weg. 1977 wurden die vormals klandestinen oder exilierten Gewerkschaften wieder zugelassen. Weitere Reformen definierten ihr Handeln in einem neokorporatistischen Rahmen: 1977 wurde das Streikrecht anerkannt, 1978 fanden die ersten Wahlen zu Betriebskomitees statt, an denen sich die legalisierten Gewerkschaften beteiligten. 1980 folgte das Arbeiterstatut, das die Arbeitsverhältnisse regelt und ein System von Tarifverhandlungen auf mehreren Ebenen einführt. 1985 schließlich wurde das Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit verabschiedet.

Die Jahre von 1977 bis 1985 waren eine Phase des trilateralen sozialen Dialogs. Die großen Gewerkschaften unterzeichneten eine Reihe von Sozialpakten, die unter anderem die Neutralisierung von Arbeitskonflikten zum Ziel hatten. Nach dem Pakt von Moncloa, der 1977 die Grundlage für die wirtschaftliche Modernisierung Spaniens schuf, nahmen sie an bi- oder trilateralen Gesprächen mit der Regierung und den neu gegründeten Arbeitgeberverbänden teil.

Wie Holm-Detlev Köhler schreibt: »Die anfängliche Phase der Konzertation brachte einige der Merkmale hervor, die für Spanien dauerhaft prägend wurden. Sie eröffnete einen Prozess der organisatorischen Zusammenführung gesellschaftlicher Akteure, gefördert durch hohe soziale Anerkennung und gewisse institutionelle Anreize.« (Köhler 2018: 729) Große Gewerkschaften wurden so zu »gesellschaftlichen Akteuren«, die ihre Strategie am politischen Dialog ausrichteten und andere Machtinstrumente – etwa Mitgliedschaft, Mobilisierung und Streiks – als nachrangig behandelten. Sie hielten zwar bei Tarifrunden ein gewisses Mobilisierungsniveau aufrecht, die Orientierung am sozialen Dialog schwächte aber ihre Position und versperrte ihnen den Zugang zu wachsenden Teilen der Arbeiterklasse (Martínez-Lucio 2008).

Die Entwicklung der Hegemonie sozialdemokratischer Gewerkschaften

Die Möglichkeit von Tarifverhandlungen auf verschiedenen Ebenen bewog gegen Ende der Diktatur viele Arbeiter:innen dazu, in Gewerkschaften aktiv zu werden. Die katholische USO und die CCOO nutzten die Situation für die Strategie einer Infiltrierung der franquistischen »vertikalen Gewerkschaft« (der OSE), die vielmehr eine staatliche Struktur für Verhandlungen zwischen Unter-

nehmern und Angestellten darstellte als eine Vertretung der Arbeiterklasse. Trotz des begrenzten Charakters der OSE war diese Strategie ein Erfolg. Denn so gelangten die klandestinen Gewerkschaften an Ressourcen und konnten die offiziellen Kanäle nutzen, um Druck aufzubauen und die kollektiven Interessen von Arbeiter:innen zu vertreten, ohne Repressionen zu riskieren. Die als horizontale soziopolitische Bewegung entstandenen CCOO wurden zudem von der KP unterstützt, unter deren Kontrolle sie allmählich gerieten. Und die USO profitierte von der Unterstützung durch katholische Priester, Gemeinden, Verbände und sogar von manchen Bischöfen. Entscheidend dafür waren die Verschiebungen in der katholischen Hierarchie nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil.

Ihr klandestines Agieren innerhalb der OSE verhalf CCOO und USO zu Erfahrungen, Kampfgeist und Legitimität und damit zu einem Vorteil gegenüber den historischen Gewerkschaften wie UGT und CNT. USO und CNT erlitten gravierende Spaltungen, die ihre Position bei der Umbildung der spanischen Arbeiterbewegung schwächten. Eine große Fraktion trat 1977 aus der USO mit der Begründung aus, es mangle ihr an Geld und politischer Unterstützung, und schloss sich der UGT an. Andere wichtige Fraktionen folgten ihr in den Jahren darauf (Bermúdez-Figueroa/Roca 2020). Auch in der CNT kam es nun zu Spaltungen, die auf frühere Zerwürfnisse im Exil zurückgingen.

Die ersten freien Wahlen zu gewerkschaftlichen Vertretungen fanden 1978 statt. Die CCOO gewannen 37,8% der Delegierten, gefolgt von der UGT mit 31%. Die USO bekam nur 5,9%, die CNT, die überwiegend zum Wahlboykott aufgerufen hatte, lediglich 0,2%.

Für die UGT war die finanzielle und öffentliche Unterstützung durch die PSOE entscheidend. Die Parteiführung setzte nicht nur darauf, der USO und anderen Gewerkschaften Mitglieder und Aktivisten abzuwerben, sondern kontrollierte auch den Transfer beträchtlicher Ressourcen der Friedrich-Ebert-Stiftung und der SPD an die UGT. Nachdem der Vorsitzende der PSOE Felipe González den UGT-Generalsekretär Nicolás Redondo in sein Team aufgenommen hatte, konnte die Gewerkschaft binnen weniger Monate 600.000 neue Mitglieder gewinnen. Vom Erfolg dieser Strategie zeugte das Wahlergebnis der UGT von 1978. Der Sieg der PSOE bei den Parlamentswahlen 1982 brachte ihr zusätzliche Unterstützung ein. Sie erhielt auch beträchtliche Mittel über die Rückgabe ihres von Franco im Bürgerkrieg beschlagnahmten Vermögens.

Die Marginalisierung radikaler Formen des Arbeitskampfes

Die Marginalisierung radikalen Arbeitskampfes war für die Architekten der Transition aus zwei Gründen unerlässlich. Erstens wendeten sich radikale Gewerkschaften gegen die politischen Pakte, die die KP und die PSOE mit anderen Kräften (Katholiken, Konservativen, Franquisten, Liberalen usw.) schlossen.

Zweitens erforderte die wirtschaftliche Liberalisierung und Modernisierung eine Eindämmung von Arbeitskämpfen, Lohnsteigerungen und anderen Forderungen.

Die CNT erlebte von 1978 bis 1983 schwere interne Konflikte, die zur Gründung einer weiteren anarchosyndikalistischen Organisation führten, der sogenannten Wiedergegründeten CNT (1989 in CGT, *Confederación General del Trabajo*, Allgemeine Konföderation der Arbeit, umbenannt). Gleichzeitig schwächten Unterwanderung durch die Polizei und Repression ihre organisatorischen Bemühungen. Der Scala-Prozess von 1978, bei dem es um einen Brandanschlag auf ein Theater in Barcelona im Anschluss an eine CNT-Demonstration ging, markierte einen neuen Höhepunkt in der Geschichte der Repression gegen die anarchosyndikalistische Gewerkschaft.

Neben der CNT entstanden, beeinflusst von der italienischen Autonomia-Bewegung, noch andere Formen von Arbeiterradikalismus, die als autonome Kämpfe bekannt wurden. Sie traten für die Selbstorganisation von Arbeiter:innen ein und lehnten formale Strukturen, Konkurrenz unter Gewerkschaften und Institutionalisierung ab. Zudem befürworteten sie wilde Streiks und riefen zur politischen Schulung der Arbeiterklasse auf. Besonders stark waren solche Initiativen in Katalonien. In den 1970er-Jahren organisierten sie lange Streiks in gewissen Industrien und Großunternehmen wie Roca (Sanitärobjekte), auf dem Bau und in den Häfen. Sie lösten sich schließlich auf, einige ihrer Mitglieder schlossen sich der CNT an.

Radikale marxistische Gewerkschaften wie die *Langile Abertzaleen Batzordeak* (LAB, Baskische Nationalistische Arbeiterkommissionen) im Baskenland, das *Sindicato Unitario* (SU, Einheitsgewerkschaft), die *Confederación de Sindicatos Unitarios de Trabajadores* (CSUT, Verband der vereinten Arbeitergewerkschaften) und die *Sindicato Andaluz de Trabajadores* (SAT, Andalusische Arbeitergewerkschaft) besaßen Ende der 1970er-Jahre eine gewisse Stärke. Bei den Gewerkschaftswahlen von 1978 erzielte die CSUT, eine Verbündete der maoistischen *Partido del Trabajo de España* (PTE, Arbeitspartei Spaniens), 4% der Sitze. Die mit einer weiteren maoistischen Partei, der *Organización Revolucionaria de Trabajadores* (ORT, Revolutionäre Arbeiterorganisation), verbundene SU kam auf 2,7%. Mit der Auflösung der CSUT 1981 nahm der Einfluss der SU dramatisch ab. Die LAB wurde 1974 als Bewegung von Massenversammlungen gegründet, die sich am Modell der autonomen CCOO und den *abertzalen* (baskisch-nationalistischen) Arbeiterkommissionen orientierte. Sie organisierte sich 1977 zu einer Gewerkschaft um und hat seitdem an Stärke gewonnen. Im Baskenland stellt sie heute 19,1% der gewählten Delegierten (insgesamt 3.247), in Navarra 16,95% (1.054).

Im spanischen Staat erhalten nur Gewerkschaften, die landesweit 10% oder auf regionaler Ebene 15% der Delegierten stellen, den offiziellen Status der

»Repräsentativität«. Das ermöglicht die Auswahl bestimmter Gewerkschaften als Partner für den sozialen Dialog. Heute besitzen diesen Status nur die baskischen und galizischen Gewerkschaften, die sozialistische und separatistische Elemente miteinander verbinden, sowie die CCOO und die UGT. Die institutionelle Förderung sozialdemokratischer Gewerkschaften und in manchen Fällen auch polizeiliche Repression haben zur Neutralisierung bestimmter Formen des radikalen Aktivismus beigetragen, die gegen Ende der Diktatur und während der Transition ausgesprochen stark waren. Die radikale Linke erfuhr in den 1980er-Jahren einen Niedergang, ist heute aber in Protestbewegungen und spezifischen sowie territorialen Arbeitskämpfen noch eine lebendige Kraft.

Fazit

Die Untersuchung der Rekonfiguration der spanischen Gewerkschaftsbewegung am Ende der Diktatur kann zu Diskussionen über die aktuellen Bedingungen und Möglichkeiten einer Praxis des Arbeitskampfs für eine grundlegende Transformation beitragen. Aus der Geschichte der spanischen Gewerkschaften lassen sich zwei wichtige Lehren ziehen: Erstens, dass der Aufbau einer Bewegung, ganz gleich unter welchen Umständen, eine klare Strategie dafür erfordert, wie man Ressourcen erhält; und zweitens, dass Ressourcen aus externen Quellen (von Parteien oder aus politischen Abkommen) starken Einfluss auf die politische Ausrichtung einer Gewerkschaft haben und mitunter ihren Charakter als Akteur für radikale Demokratisierung untergraben.

Literatur

- Balfour, Sebastian (1989): *Dictatorship, Workers and the City: Labour in Greater Barcelona since 1939*. Oxford.
- Bermúdez-Figueroa, Eva/Roca, Beltrán (2020): Framing Labor Militancy and Political Exchange in a Spanish Catholic Trade Union: The Autonomous Union of the Vine in Jerez (1979–1987). In: *International Labor and Working-Class History*, 98, 99-120.
- Domènech Sampere, Xavier (2002): El cambio político (1962–1976): materiales para una perspectiva desde abajo. *Historia del Presente*, 1(1), 46-67.
- Etxezarreta, Miren (Hrsg.) (1991): *La Reestructuración del Capitalismo en España, 1970–1990*. Barcelona.
- González-Begega, Sergio/Luque-Balbona, David (2014): ¿Adiós al Corporatismo Competitivo en España? Pactos Sociales y Conflicto en la Crisis Económica. In: *Revista Española de Investigaciones Sociológicas*, 148, 79-102.
- Köhler, Holm-Detlev (2018): Industrial Relations in Spain: Strong Conflicts, Weak Actors and Fragmented Institutions. In: *Employee Relations*, 40(4), 725-743.
- Martínez Lucio, Miguel (2008): ¿Todavía Organizadores del Descontento? Los Retos de las Estrategias de Renovación Sindical en España. In: *Arxius de ciències socials*, 18, 119-133.
- Ortuño Anaya, Pilar (2002): Partidos Socialistas Europeos y Sindicatos. La Transición Democrática Española, 1959–1977. In: *Espacio, Tiempo y Forma, Serie V, Historia*

Contemporánea, 15, 495-523.

Pérez-Serrano, Julio (2013): Orto y Ocaso de la Izquierda Revolucionaria en España (1959–1994). In: Quirosa-Cheyrouze, Rafael (Hrsg.): Los Partidos en la Transición: Las Organizaciones Políticas en la Construcción de la Democracia Española. Madrid, 249-289.

Roca, Beltrán (2015): Day Labourers, Radical Unionism and Collective Action in Andalusia. In: Labor History, 56(2), 180-197.

Rodríguez-Rata, Alexis (2011): Moderación sindical en la transición española: ¿interés corporativo o de clase? In: Encrucijadas, 2, 146–161.

Vadillo, Julián (2019): Historia de la CNT: Utopía, Pragmatismo y Revolución. Madrid.

Kohle statt Stütze!

Der große Streik der britischen Bergarbeiter gegen Thatcher
von Peter North

Bergarbeiter nehmen oft einen besonderen Platz in der Geschichte der Arbeiterklasse ein. Vielleicht liegt es an der besonders harten Natur ihrer Arbeit, die mit viel Schweiß und Muskelanstrengung in Hitze, Dunkelheit und Dreck und unter gefährlichen Umständen verrichtet wird, und den damit verbundenen hohen Todes- und Krankheitsraten. Die Zusammenarbeit, das gemeinsame Duschen nach der Schicht, die Geselligkeit nach getaner Arbeit und das Wohnen in abgelegenen Zechendörfern, die von der Kohle abhängig sind, sowie Jobs, die von Vater zu Sohn weitergegeben werden – all das ging mit viel Solidarität und Gewerkschaftsorganisation einher.

Im Vereinigten Königreich sind Bergarbeiter vor allem aufgrund ihrer legendären Kämpfe im 20. Jahrhundert in Erinnerung, insbesondere aber durch den Generalstreik von 1926. Die britische Regierung unter Winston Churchill sah ihn als Revolutionsversuch. Sie reagierte darauf mit der Nationalisierung der Zeitungen, um die *British Gazette* herauszugeben und so vor allem Studierende zum Streikbrechen zu bewegen. Der Generalstreik dauerte neun Tage. Danach ließ man die Bergarbeiter ihren Kampf noch sieben Monate weiterführen, bevor sie schließlich ausgehungert und unter noch schlechteren Bedingungen als zuvor wieder an die Arbeit gingen.

Die im Zweiten Weltkrieg eingezogenen Bergarbeiter, die »Bevin Boys«, trugen viel zum Kriegserfolg bei. Mit der Nationalisierung der Bergwerke in der Nachkriegszeit gab die Labour-Regierung den Bergleuten auf einer »auf Kohle gebauten Insel« erstmals ihre Würde zurück. Natürlich wurden die Bergwerke nicht etwa unter demokratische Arbeiterselbstverwaltung gestellt. Die Bergarbeiter stellten vielleicht überrascht fest, dass für die Leitung des *National Coal Board* (NCB, Nationaler Kohleausschuss) Manager:innen und Inhaber:innen aus dem Privatsektor angeheuert wurden und die Industrie im Auftrag des Staates verwalteten. Die Kohleindustrie schrumpfte in den 1950er- und 1960er-Jahren weiter, während Öl und Atomkraft angingen, Kohle als Energiequelle des Landes zu verdrängen. Die Arbeitsbedingungen waren nach der Verstaatlichung viel besser, so wie die Bezahlung, aber die Inflation in den späten 1960er- bis in die 1970er-Jahre machte es immer noch schwer. Den Bergarbeitern war bewusst, dass – wie ihr Anführer Lawrence Daly sagte – »wir nur das bekommen, was wir auch zu nehmen imstande sind« (Henke/Beckett 2009).

Die Schlacht am Saltley Gate

Die Dinge änderten sich im Januar 1972, als die Bergarbeiter im tiefsten Winter und mit knappen Kohlevorräten ihren ersten Streik seit 1926 ausriefen. Eine unvorbereitete Regierung sah sich mit mobilen Streikposten konfrontiert, die im ganzen Land ein Kraftwerk nach dem anderen lahmlegten und von anderen Gewerkschaften beachtliche Unterstützung erhielten. Streikposten vor den Zechen aufzustellen, war nicht nötig, da es keine Streikbrecher gab. Arthur Scargill trat hervor als mächtiger, gut organisierter und charismatischer Gewerkschaftsvorsitzender, der »der Ansicht war, dass wir uns im Klassenkrieg befinden und nicht bloß Cricket auf dem Dorfrasen spielen wie damals 1926« (Scargill 1975: 13). Zum Streikhöhepunkt kam es im Februar in der Kokerei von Saltley Gates in Birmingham: 400 Bergarbeiter kämpften drei Tage lang gegen die Polizei, um LKWs mit Kohle an der Abfahrt zu hindern; 100 kamen ins Gefängnis, 50 wurden verletzt. Am 10. Februar riefen die Metall- und Maschinenbauarbeiter:innen Birminghams einen eintägigen Streik in Solidarität mit den Bergleuten aus. Nach einer Massendemonstration gab der Polizeichef nach und ließ die Tore schließen. Der Kampf um Saltley Gates ging als Inbegriff von Klassensolidarität in die Geschichte ein. Scargill selber sagte später dazu: »Alles, was ich mir je von Gewerkschaftsarbeit und Solidarität erhofft habe, alles, was ich mir je erträumt habe, das alles wurde am 10. Februar in Saltley in Birmingham wahr. An dem Tag habe ich geweint.« (Henke/Beckett 2009) Die geschwächte Regierung berief eine zweitägige Untersuchung ein, die genug Mittel fand, um die Forderungen der Bergleute zu erfüllen. Der Schandfleck von 1926 war wie weggewischt.

Die Bergarbeiter bereiteten der konservativen Regierung im Jahre 1974 eine weitere Niederlage. Im Februar, wieder im tiefsten Winter, votierten 91% für einen Streik, um den Verfall der Löhne zu stoppen – die Regierung reagierte prompt. Sie setzte Neuwahlen an, rief den Notstand aus und rationierte den Stromverbrauch. Eine Drei-Tage-Arbeitswoche wurde eingeführt, Familien saßen abends bei Kerzenlicht zu Tisch. Die Kampagne der Konservativen fragte »Wer regiert Großbritannien?«, was bereits die Antwort »sicher nicht, wer fragen muss« nahelegte. Sie verloren die Wahl. Nach einer zweiten Wahl 1974 stellte die Labour-Regierung einen langfristigen »Kohleplan« vor, der auch erstmals seit den 1940er-Jahren wieder Investitionen vorsah. Die Tories, wie die Konservativen in England genannt werden, waren fürs Erste geschlagen, planten aber mit dem sogenannten Ridley-Plan ihren Gegenschlag: Eine Tory-Regierung sollte sich, angefangen mit der Gewerkschaft der Stahlindustrie, nach und nach alle britischen Gewerkschaften vornehmen und zerschlagen. Nachdem sie 1979, inmitten heftiger Arbeitskämpfe, die als *Winter of Discontent* (Winter der Unzufriedenheit) bekannt wurden, die Wahl gewannen, planten sie ihre nächsten Züge.

Die Finte

Im Februar 1981 kündigte die Regierung eine Umstrukturierung der Kohlenindustrie an. Sie setzte darauf, die Bergarbeiter würden nach der kürzlichen Niederlage der Stahlarbeiter:innen nicht streiken. Aber die Bergarbeiter konnten sich noch gut an die Erfolge der 1970er erinnern und gaben dem NCB eine Woche, um die Kürzungen zurückzunehmen. In dieser Woche legte die Hälfte von ihnen die Arbeit nieder, selbst in Regionen ohne Streiktradition. Die Regierung war weder auf ein so selbstbestimmtes Vorgehen noch auf einen Kampf mitten im Winter vorbereitet. Die Pläne wurden sofort zurückgezogen – alles schien, als hätten die Bergarbeiter den dritten Sieg in Folge errungen. Der Anführer der kommunistischen Bergleute Mick McGahey brachte vor, es würde sich weniger um einen Sieg als um eine »Finte« in Vorbereitung der nächsten Konfrontation handeln (Milne 2014: 8). Die Tories wussten, dass sie die Bergarbeiter konfrontieren und besiegen mussten. Den Zeitpunkt wollten sie allerdings selbst wählen.

So bildeten sie das *Secret Cabinet Office Committee MISC57*, um sich auf die bevorstehende Konfrontation vorzubereiten. Eine nationale Polizeimeldestelle wurde eingerichtet, um den Kampf gegen die mobilen Streikposten zu koordinieren, und arbeitsplatzfremde Streikposten und Solidaritätsaktionen gesetzlich untersagt. Der NCB begann, Kohlevorräte für den kommenden Krieg zu horten. Ian MacGregor, ein US-Amerikaner, der für seine besondere Gewerkschaftsfeindlichkeit bekannt war, wurde mit der Leitung des NCB beauftragt. Die Regierung war soweit. Sattley Gate sollte sich niemals wiederholen.

Der große Streik: Auftakt zum Kampf

Am 3. März 1984 wurde den Bergarbeitern der Cortonwood Colliery in Yorkshire die Schließung ihrer Zeche verkündet. Diese kam überraschend: Die kürzlich generalüberholte Zeche hatte noch fünf Jahre Kohle, und Arbeiter aus anderen Standorten waren dorthin versetzt worden. 500 Bergarbeiter stimmten für einen Streik und 300 von ihnen demonstrierten vor dem Büro der *National Union of Mineworkers* (NUM) im nahe gelegenen Barnsley, wo sich der Regionalrat Yorkshire traf. Am 9. März hatten sich in ganz Yorkshire koordinierte Streiks und in anderen Kohlerevieren mobile Streikposten ausgebreitet, die anderen Bergleuten die Lage erklärten und um Unterstützung warben. Dieser Ablauf entsprach dem üblichen Vorgehen. Auch 1972 und 1974 hatten die Bergleute so ihre Erfolge erzielt. Bergarbeiter waren keine Streikbrecher und zeigten sich solidarisch mit ihren Genossen. Der NCB hatte den Fehdehandschuh hingeworfen, und die Bergleute sahen sich genötigt, die Herausforderung anzunehmen.

Andere waren sich weniger sicher, ob es die richtige Strategie war, denn der Streik fand zu einem von NCB und Regierung gewählten Zeitpunkt statt:

Es war Frühlingsanfang und die Kohlenreserven aufgefüllt. Sie hielten eine Abstimmung vor dem Ausruf landesweiter Aktionen für notwendig, was ihrer Ansicht nach auch den Eindruck gestärkt hätte, dass die Aktionen demokratisch und nach Vorschrift entschieden wurden. Ihr Argument war, dass sich die mobilen Streikposten von Yorkshire kontraproduktiv auf den angrenzenden Landkreis von Nottinghamshire (»Notts«) auswirken und die Streikabstimmung erschweren würden. Die Anführer der Bergleute aus Notts baten die Kumpel aus Yorkshire fernzubleiben, während sie die Abstimmung organisierten. Doch mehr und mehr Streikposten aus Yorkshire kamen und argumentierten, es wäre gerade jetzt mit Aufwind selbstzerstörerisch aufzuhören. Sie warnten auch, eine Abstimmung würde es einem Bergmann ermöglichen, einem anderen den Arbeitsplatz per Wahl streitig zu machen.

Obwohl sich der Streik landesweit ausgebreitet hatte, wollte Notts weiterhin vor Ort abstimmen. Die Fronten zwischen Yorkshire und Notts verhärteten sich. Niemand hatte erwartet, dass Bergarbeiter Streikposten durchbrechen. Dass genau dies in Notts mit großer Beteiligung geschah, kam überraschend. Der NCB reagierte schnell und mit Härte und machte sich diesmal mit militärischer Präzision daran, eine einstweilige Verfügung eines höheren Gerichts zu erwirken, um die mobilen Streikposten zu stoppen, was diese natürlich ignorierten. MacGregor merkte dazu an: »[...] das ist eine gut vorbereitete und organisierte Rebellion.« (Henke/Beckett 2009)

Die Regierung setzte ihre Pläne sofort in die Tat um. In Nottinghamshire wurden 8.000 Polizist:innen eingesetzt, die Busse der mobilen Streikposten an der Kreisgrenze zurückwiesen. Vor den Zechentoren kam es zu Kämpfen zwischen arbeitenden und streikenden Bergleuten. Am 15. März wurde ein Streikposten mit einem Pflasterstein getötet. Die Regierung und die aufgeheizte Presse behaupteten, der Streik würde Recht und Ordnung bedrohen. Am 19. März wurden in Notts, den Midlands, im Nordosten und Nordwesten viele Stimmen gegen einen Streik verzeichnet, aber es gab weiterhin weder eine landesweite Abstimmung noch ließen die Aktionen der mobilen Streikposten nach. Die Bergarbeiter erklärten inzwischen, dass sie mit den Füßen abgestimmt hatten und keiner weiteren Abstimmung bedurften. Es war ein Krieg, ein Streik war im Gange und er trug Früchte. Doch in Notts arbeiteten viele weiter.

Die Polizei agierte als paramilitärische Kraft zum Schutz der Streikbrecher von Nottinghamshire, und nur selten gelang es den Streikenden, die Oberhand zu gewinnen. Mobile Streikposten aus Kent wurden – noch Hunderte Meilen von ihrem Zielort entfernt – beim Themse-Übergang am Dartford-Tunnel zurückgewiesen. Die Streikenden wurden wie Staatsfeinde behandelt und von aufgebracht berittener Polizei an ihren Streikposten angegriffen und niedergeknüppelt. Die Polizisten wedelten den hungrigen Streikenden mit den Geld-

bündeln aus ihren Überstunden zu und scherzten, was ihren Familien zustoßen könnte, während sie am Streikposten standen.

Die Schlacht von Orgreave

Die Regierung versuchte, den Bergleuten eine so spektakuläre Niederlage zu bereiten, wie sie selbst bei Saltley Gates erlitten hatte. Diesmal bestimmte sie das Feld, auf dem die Schlacht ausgetragen werden sollte: außerhalb von Notts (sodass die Kohleproduktion dort fortlaufen könnte) und statt in einem Stadtzentrum (wo Maschinen- und Metallarbeiter:innen Solidaritätsdemonstrationen abhalten konnten) auf offenem Gelände. Sie wählten die Kokerei von Orgreave, kurz vor Sheffield im südlichen Yorkshire. Die Polizei sperrte Notts ringsherum ab, ließ die Straße nach Orgreave frei und verkündete, sie würde einen Kokstransport aus Orgreave zum Stahlwerk in Scunthorpe begleiten – und es sei absolut notwendig, den Betrieb der Stahlwerke aufrechtzuerhalten. Der gewählte Zeitpunkt fiel zusammen mit einem Streik im Maschinen- und Metallbau in Sheffield.

Die dreiwöchige Schlacht von Orgreave begann am 29. Mai 1984. Am ersten Tag gingen berittene Polizist:innen und Hundeführer:innen mit Schäferhunden mit Knüppeln gegen 1.000 Streikposten vor. Es gab 82 Festnahmen und 132 Verletzte. Am nächsten Tag waren 3.000 Streikposten vor Ort, am Tag darauf 2.000. Scargill wurde am 30. Mai festgenommen. Die letzte Schlacht war am 18. Juni: Zehn Stunden lang kämpften 4.000 Polizist:innen gegen etwa gleich viele Streikende – eine Szenerie, die an mittelalterliche Kämpfe erinnerte. Sie endete mit 93 Festnahmen und hunderten Verletzten. Die Polizei schlug mit Knüppeln im Takt gegen die Schilderwand, hinter der sie verschanzt war, um sich als Armee in einem erklärten Krieg zu gebaren. Die Bergleute leisteten keinen Widerstand, sie versuchten davonzulaufen oder hielten ihre Hände hoch, um ihre Kapitulation oder friedliche Absicht zu signalisieren. Mit blutigen Wunden an Kopf und Rücken, bewusstlos oder nahezu bewusstlos wurden sie am Boden zurückgelassen. Der Staat hatte den Krieg ausgerufen und einen blutigen Sieg davongetragen. Im Unterschied zu Saltley gab es diesmal keine Solidaritätsaktionen von den Maschinen- und Metallarbeiter:innen Sheffield's ganz in der Nähe.

Die Niederlage zog den Streikenden den Boden unter den Füßen weg und schwächte ihre Gesamtposition. Psychologisch hatte die Polizei die Oberhand gewonnen. Die Bergarbeiter wurden aus Notts zurückgedrängt; ihnen wurde nur erlaubt, mit wenigen Streikposten vor den eigenen Zechen zu stehen. Die Polizei folgte den Streikposten, die Notts verließen, wie eine siegreiche Armee, die dem Feind im Rückzug nachjagt. Die Zechendörfer wirkten wie besetzte Gebiete. Bergleute wurden in ihren Häusern, in Pubs und auf der Straße festgesetzt. Es kehrte für längere Zeit Ruhe ein, und man stellte sich auf einen

langen Kampf ein: Scargill hoffte, der Winteranfang würde ihm wieder einen Vorteil verschaffen, während Regierung und NCB darauf bauten, dass genügend Bergleute ihre Arbeit wieder aufnehmen bzw. immer großzügigere Entlassungsabfindungen akzeptieren würden. Wer nicht einwilligte, den würde schon der Hunger zurück zur Arbeit treiben. Eine Verhandlungslösung war ausgeschlossen – keine der beiden Seiten wollte das (Henke/Beckett 2009). Es war ein Klassenkrieg, der einen Gewinner und einen Verlierer fordern sollte.

»Der innere Feind«

Die Regierung und die Medien stellten klar, was auf dem Spiel stand: Es war nicht einfach ein lösbarer Arbeitskonflikt, der durch einvernehmliche Umstrukturierung einer Industrie – von der wir heute wissen, dass sie absolut unhaltbar, schmutzig und gefährlich ist – dazu führen wird, dass Bergleute ihren Kindern nicht mehr dieselben Jobs vererben, von denen ihr Überleben einst abhing. Vonseiten der Regierung verkündete der Energieminister Peter Walker am 20. Juli 1984: »Es kann nur der Wunsch sein, Großbritannien ebenjenen sozialistischen Staat aufzuzwängen, den die britische Wählerschaft ständig ablehnt, der Mr. Scargill dazu treibt, seiner Industrie so viel Schaden zuzufügen.« (Ebd.) In der *Times* erklärte Walker am selben Tag: »[...] die Verachtung der parlamentarischen Demokratie und der Wunsch, die Macht mithilfe eines militanten Pöbels zu erobern [...]. Das ist kein Bergbaukonflikt, es ist ein Affront gegen die britische Demokratie und damit gegen die britische Bevölkerung.« Margaret Thatcher verkündete, dass sie auf den Falklandinseln den »äußeren Feind« General Galtieri bekämpft hatte und nun auf den »inneren Feind« traf (Milne 2014). Die Streiks hielten an, aber zum Sommer und später im Herbst und Winter wurde die Arbeit zunehmend wieder aufgenommen, angesprochen von immer höheren Abfindungen und aufgeblasenen Zahlen in der Presse.

Am erstaunlichsten ist vielleicht, wie viele Bergleute den Kampf noch bis in den Herbst und den harten Winter von 1984/1985 weiterführten. Zu einem nicht geringen Teil lag die Ausdauer wohl an der Angst vor dem, was eine Zukunft ohne Arbeit und ohne Alternative für die isolierten, stolzen und gut erhaltenen Zechendörfer und ihren sozialen Zusammenhalt bedeuten würde: Sie würden aussterben. Im ganzen Königreich taten sich Gewerkschaften und Einzelpersonen zusammen, um Unterstützung zu leisten und Geld und Lebensmittel zu sammeln (Massey/Wainwright 1985). Manche besuchten Kirchen, Tempel und Moscheen und ließen in Innenstädten Spendendosen kreisen. Schwule und Lesben zeigten sich solidarisch, wie im Film *Pride* so gut dargestellt ist. In den Zechendörfern selbst wurden Gruppen wie »Frauen gegen Zechenschließungen« gegründet, die die Streikenden unterstützten und mit Essen versorgten – streikende Familien wurden nicht einfach ihrem Schicksal überlassen, sondern unterstützt. Man kochte gemeinsam Mahlzeiten, organisierte Weih-

nachtsfeiern und schuf einen Ort der Solidarität, der monatelang bis tief in den Winter hinein bewahrt wurde (Loach 1985). Millionen Pfund flossen in die Zechendörfer, damit die Bergarbeiter nicht wie in den 1920er-Jahren wieder vom Hunger zur Arbeit getrieben werden würden.

Die Streikenden hielten durch, aber diesmal kam ihnen kein bitterkalter Winter zu Hilfe wie 1974, als die Stromabschaltungen der Regierung einen entscheidenden Schlag versetzten. Im Januar 1985 wurde aus der langsamen Rückkehr zur Arbeit eine Flut, und zum März hin war klar, dass der Kampf verloren war. Obwohl einige noch weiterkämpfen wollten, stimmte die NUM, in der Hoffnung, den Kampf später wieder aufzunehmen, einer Rückkehr zur Arbeit ohne Abkommen zu. Die Bergarbeiter marschierten hinter ihren Transparenten zurück an nun grundlegend andere Arbeitsplätze. Die Manager weigerten sich, mit einer geschlagenen Gewerkschaft zu verhandeln. Den Bergleuten von Notts erging es nicht viel besser; zuerst wurden die übrigen Zechen privatisiert, dann wurde die Branche in den 1990er-Jahren endgültig in den Boden gestampft. Nirgends im Vereinigten Königreich wird heute noch Kohle unter Tage abgebaut. Das mag ein Segen für den Planeten sein, doch die Bergleute, ihre Familien und Communities kam das teuer zu stehen – das kann jede:r bestätigen, der:die den Film *Brassed Off* gesehen hat.

Ihr Kampf war ein Kampf für Communities, Arbeitsplätze und die verarbeitende Industrie, für die Würde und für die Gewerkschaften. Die Niederlage der Bergleute war unser aller Niederlage. Manche mögen sagen, es war ein taktischer Fehler, zu Frühlingsbeginn gegen eine gut vorbereitete Regierung in den Kampf zu ziehen. Andere argumentieren, der Streik von 1984 hätte anders ausgehen können, wäre er so effektiv wie der von 1972 organisiert worden und hätten Gewerkschaftsvorsitzende die Bergleute unterstützt (Callinicos/Simons 1985). So wie sich Streikposten und Staatsgewalt gegenüberstanden, sah es wie eine Situation der Doppelherrschaft aus – keine Seite konnte der anderen ihren Willen aufzwingen. Eine musste gewinnen und die andere verlieren. Unglücklicherweise entwickelte sich keine vorrevolutionäre Situation. Es wurden keine Arbeiterräte gebildet, und eine Seite ging letztlich klar als Sieger hervor: die Regierung. Im Rückblick bleibt der große Streik aber eine Inspiration für die Arbeiter:innen und Gewerkschafter:innen im Vereinigten Königreich – es war ein Entscheidungskampf, in dem man Partei für eine Seite ergreifen musste. Die Solidarität und die Unterstützung, die Millionen von Menschen für die Bergleute zeigten, vermitteln einen Eindruck davon, was möglich ist, wenn Arbeiter:innen zusammenkommen, um gemeinsam für eine bessere Welt zu kämpfen – selbst wenn das heute bedeutet, die Kohle lieber unter der Erde zu lassen.

Literatur

Callinicos, Alex/Simons, Mike (1985): *The Great Strike*. London.

Henke, David/Beckett, Francis (2009): *Marching to the Faultline: The Miners' Strike and the Battle for Industrial Britain*. London.

Loach, Loretta (1985): »We'll be here right to the end. And after.« Women in the miners' Strike. In: Benyon, Huw (Hrsg.): *Digging Deeper: Issues in the Miners' Strike*. London, 169-180.

Massey, Doreen/Wainwright, Hillary (1985): *Beyond the Coalfields: The Work of the Miners' Support Groups*. In: Benyon, Huw (Hrsg.): *Digging Deeper: Issues in the Miners' Strike*. London, 149-168.

Milne, Seumas (2014): *The Enemy Within*. London.

Scargill, Arthur (1975): *The New Unionism*. In: *New Left Review*, 92(1), 3-33.

Filme

Brassed Off. 1996. Film. Mark Herman.

Pride. 2014. Film. Matthew Warchus.

Kein Ende des Widerstands

Die sozialen Bewegungen in Frankreich und Emmanuel Macron
von Sebastian Chwala

Als Emmanuel Macron 2017 in Frankreich die Präsidentschaftswahlen gewann, lobten weite Teile der Medienlandschaft und der Politik die Wahlentscheidung der Franzö:innen. Macron, der sich im Wahlkampf einer eindeutigen Einordnung ins rechte oder linke Lager entzogen hatte, gab sich als Pragmatiker. Er versprach, mit den traditionellen politischen Lagern zu brechen, und einen Neuanfang, der Frankreich moralisch und wirtschaftlich wieder auf die Erfolgsspur bringen sollte. Selbst Teile der politischen Linken konnten sich einer gewissen Freude über Macrons Wahlsieg im Frühjahr 2017 nicht entziehen, bekannte sich er sich doch zu einer Vertiefung der transnationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union.

Die französische Gewerkschaftsbewegung reagierte auf Macrons Wahlerfolg im Frühjahr 2017 demzufolge erwartungsgemäß unterschiedlich. Schließlich ist die französische Gewerkschaftsbewegung schon seit dem frühen Anbeginn der Arbeiterbewegung entlang politischer und strategischer Linien in mehrere Dachverbände aufgespalten. War es anfangs der Konflikt zwischen linken und katholisch-konservativen Gewerkschaften, der dominierte, führte die russische Oktoberrevolution zu neuen Bruchlinien, welche sozialdemokratische Fraktionen und jene Akteure trennte, die sich im Schatten der entstandenen Kommunistischen Partei Frankreichs positiv auf die Sowjetunion bezogen (Giraud et al. 2018: 60-62.). Nach kurzen Phasen der Einheit im Kontext der Volksfrontregierung Mitte der 1930er-Jahre und der unmittelbaren Nachkriegszeit, führte der beginnende »Ost-West«-Konflikt endgültig dazu, dass die Gewerkschaftslandschaft in Frankreich einen äußerst pluralen Charakter annahm, der bis heute fort dauert (Mouriaux 2004: 16-20).

Aktuell sind die traditionell eher sozialdemokratischen und konsensorientierten Gewerkschaftsverbände Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund (CFDT, *Confédération Démocratique du Travail*) und der Allgemeine Gewerkschaftsbund-Arbeitermacht (CGT-FO, *Confédération générale du travail-Force ouvrière*) bereit, zur Standortsicherung Deregulierungen mitzutragen, wenn im Gegenzug innerbetriebliche formale Mitbestimmungsstrukturen ausgebaut werden. Währenddessen setzt die CGT traditionellerweise auf die Mobilisierung auf der Straße. Hier zeigten sich die unterschiedlichen Traditionen der Gewerkschaftsdachverbände. Die CGT ist auch nach wie vor stark personell mit der Kommunistischen Partei verbunden, auch wenn der faktische Status als Vorfelddorganisation seit den frühen 2000er-Jahren end-

gültig beendet wurde. Ihre Programmatik wird bestimmt von Aspekten einer klassenkämpferischen Orientierung, die aus den Betrieben kommend in die Gesellschaft hineinwirken sollen. Die übrigen großen Gewerkschaftsdachverbände hingegen haben sich längst davon verabschiedet, sich als gesellschaftspolitisch relevante Institutionen und in erster Linie als Interessenvertreter:innen für materielle Bedürfnisse der Beschäftigten in den Unternehmen zu betrachten. Pragmatische Debatten über die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Akzeptanz einer auf kapitalistischen Prinzipien fußenden Ökonomie haben sich durchgesetzt (Giraud et al. 2018: 66-72).

Gerade die CFDT, die sich unter ihrem aktuellen Vorsitzenden Laurent Berger besonders konsens- und verhandlungsbereit gibt, wurde von Macron gerne als erste Ansprechpartnerin genutzt, um eine Legitimation der eigenen Reformprojekte unter den Beschäftigten zu erreichen. Hierin liegt aber auch das Problem dieser einst katholischen und dann phasenweise linksradikalen Gewerkschaft. Zwar hat die Implosion der kommunistischen Arbeiterbewegung und die damit einhergehende Entideologisierung einer vermeintlich politikfreien Sachorientierung, wie sie die CFDT vertritt, dazu beigetragen, dass diese die CGT bei den Betriebsratswahlen in der Privatindustrie bereits stimmenanteilmäßig überholt hatte (Libération 2018). Allerdings schadet dieser Gewerkschaft, dass die Praxis des sozialen Dialogs und der in Frankreich staatlich vermittelten Konzertation zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften für Emmanuel Macron und seine Partei La République en Marche! (LREM, Die Republik in Bewegung!) ein Fremdwort sind. Diese überschreiten niemals das Stadium der Simulation. Macrons Politikstil (gedeckt von der Präsidialverfassung Frankreichs und der damit verbundenen schwachen Stellung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten der Exekutive) bestand bis zuletzt darin, sämtliche Reformprojekte in kürzester Zeit verabschieden zu lassen, um schnell Fakten zu schaffen. Die CFDT distanziert sich weiterhin davon, das Mittel des Streiks wieder als Druckmittel der Beschäftigten in das eigene Repertoire aufzunehmen. Daher wird die Gewerkschaft mehr und mehr als Organisation wahrgenommen, die eher aufseiten der Unternehmer:innen als aufseiten der Beschäftigten steht.

Insgesamt muss aber auch der wachsende Einfluss der CFDT unter den Arbeiter:innen relativiert werden. So ist er vor allen Dingen der Schwäche der CGT geschuldet, die einst in erster Linie eine Arbeitergewerkschaft gewesen war. Durch den Strukturwandel und die voranschreitende Deindustrialisierung ab den 1960ern gingen ihr vermehrt Stützpunkte in den Großunternehmen verloren. Dies vermindert ihre Kampfkraft und erschwert die Politisierung von Arbeitermilieus. Die CFDT hingegen organisierte historisch immer in höherem Maße Angestellte und auch akademisch ausgebildete Beschäftigte. Dagegen gelingt es der CGT in der heutigen Zeit nur unzureichend, die jungen proletar-

rischen, oft migrantischen Milieus aus den Vorstädten zu organisieren, die im Dienstleistungsbereich beschäftigt sind. Formen der kollektiven Wiederherstellung der alten fordistischen Arbeiteridentität fehlen vollständig. Zwar kann eine »antagonistische Haltung«, welche gerade junge migrantische Arbeiter:innen durch ihre langjährige Ausgrenzung im Bildungssystem und die täglichen Erniedrigungen durch die staatlichen Repressionsorgane einnehmen, zu einer Infragestellung der bestehenden Ordnung führen. Allerdings sind die gewerkschaftlichen Strukturen zu schwach, um diese vorhandene Protesthaltung junger Migrant:innen zugunsten einer kollektiven Emanzipation gegen grundlegende gesellschaftliche Verhältnisse, zum Beispiel in Form von Bildungsarbeit, nutzbar zu machen (Berthonneau 2017). Somit verwundert es nicht, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter den Beschäftigten bei gerade einmal 11% stagniert (Centre d'observation de la société 2019).

Schon kurz nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2017 gab es dennoch erste Versuche, Protestbewegungen gegen Macron ins Leben zu rufen. Nachdem Macron bereits kurz nach seiner Amtsübernahme eine weitere Deregulierung des Arbeitsrechts ankündigte und rechtsliberale Akteure mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik betraute, trat die »Front social« in Erscheinung. Zahlreiche linke, zivilgesellschaftliche Initiativen sammelten sich um die linke CGT-Gewerkschaft und riefen zu Protestkundgebungen und Demonstrationen gegen den drohenden Sozialabbau durch Macron und die vom rechtsliberalen Premierminister Édouard Philippe geführte Regierung auf. Diese Protestaktionen mobilisierten aber nur wenige Menschen und ebten schnell ab (Israel 2017).

Macrons »Erneuerung« Frankreichs: Empörung der Menschen, Scheitern der Linken

Das folgende Jahr 2018 wurde dagegen von den sozialen Bewegungen geprägt. Galt Staatspräsident Macron zu Beginn des Jahres für Medien noch als Superstar, begann sich ab dem Frühjahr Protest in allen gesellschaftlichen Gruppen zu entwickeln. Denn Staatspräsident und Regierung überzogen jetzt alle Bereiche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens mit »Reformen«. Neben weiteren massiven Steuersenkungen in Milliardenhöhe für die französischen Großunternehmen standen mehr als 100.000 Stellen im öffentlichen Dienst zur Disposition. Davon waren auch die Krankenhäuser nicht ausgenommen. Zahlreiche Notaufnahmen sollten geschlossen werden. Außerdem sollte die Staatsbahn SNCF in ein privatrechtlich organisiertes Unternehmen überführt werden, das allerdings weiter im Staatsbesitz bleiben sollte, während der Personenverkehr für Privatunternehmen geöffnet werden sollte. Zudem sollte das Asylrecht deutlich verschärft werden. Ebenso stand eine Neuordnung der Regelungen zur Hochschulzulassung auf der Tagesordnung. Dagegen

erhob sich lauter Protest unter den Gewerkschaften und ebenfalls unter Studierenden. Wochenlang kam es zu Streiks bei der SNCF, dutzende Universitäten wurden phasenweise besetzt (Chwala 2018).

Zentrum der Studierendenproteste war das *Centre Tolbiac* der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, das über Wochen besetzt und selbstverwaltet wurde. In alternativen Lehrveranstaltungen setzten sich die Besetzer:innen kritisch mit den geplanten Reformen auseinander; auch ein Raum für die Vernetzung, besonders mit den Eisenbahner:innen, wurde geschaffen. Bemerkenswerterweise kam es im Frühjahr 2018 allerdings kaum zu Protesten an den Schulen. Vonseiten der institutionellen Linken gab es nun Versuche, die Protestfront zu einer schlagkräftigen, gemeinsamen und dauerhaften Bewegung zusammenzuführen (Clavel/Tremblay 2018).

Am 5. Mai 2018 erreichte dieses heiße Frühjahr seinen Höhepunkt: 130.000 Menschen, die sich in verschiedensten Formen gegen die Politik Macrons engagierten, demonstrierten in Paris. Federführend aufgerufen zu dieser ironisch *Fête à Macron* (Fest für Macron) genannten Demonstration hatten seit April der Parlamentsabgeordnete und Filmregisseur François Ruffin, die linke Partei *La France insoumise* (LFI, Rebellisches Frankreich) sowie der Wirtschaftswissenschaftler Frédéric Lordon (Zerouala 2018).

Obwohl seit geraumer Zeit ein offener Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei (PCF) und LFI um Strategie und Hegemonie innerhalb der »antiliberalen Linken« bestand, nahmen Vertreter:innen aller Strömungen an dieser Demonstration teil. Um der Befürchtung, dass das überparteiliche »Fest für Macron« durch politische Parteien missbraucht werden könnte, entgegenzuwirken, wurde auf Initiative von Attac und dem linken Thinktank *Fondation Copernic* zu einem weiteren dezentralen Protesttag unter demselben Moto aufgerufen. Daran beteiligten sich erneut zehntausende Menschen. Auch die CGT, die sich in erster Linie über Arbeitskämpfe definiert, rief zu einer Teilnahme an diesem zivilgesellschaftlichen Aktionstag auf (Israel/Graulle 2018). Dies änderte letztendlich aber nichts daran, dass alle Gesetzesprojekte durchgesetzt werden konnten.

Die »Gelbwesten« verändern Frankreich – aber wie grundlegend?

Obwohl nun die eng mit der akademischen Linken und den Gewerkschaften verbundenen sozialen Bewegungen den offenen Konflikt mit den Regierungsakteuren gesucht und verloren hatten, gab es für die rechtsliberalen Marschierer:innen keine Verschnaufpause. Ab November 2018 entlud sich, für Beobachter:innen völlig überraschend, der Zorn der »Gelbwesten« auf der Straße. Der Auslöser mag ursprünglich auch die Ablehnung einer sogenannten »Öko-steuer« gewesen sein, die den Diesel-Preis für die Konsument:innen deutlich erhöht hätte – die Forderungen der »Gelbwesten« gingen bald weit darüber

hinaus. Sogar eine Schülerbewegung, die durch die Auswirkungen der Bildungsreformen von 2018 um ihre berufliche Zukunft besorgt war, verschaffte sich dabei Gehör (Morin 2018). Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass unorganisierte rechte Akteure in den sozialen Medien die Aktionen im November 2018 mit angestoßen hatten (Sénécat 2019).

Doch an den Kreisverkehren, welche die »Gelbwesten« lange Zeit als Versammlungsorte benutzten und die in ähnlicher Weise funktionierten, wie 2016 die urbane »Nuit Debout«-Bewegung, aber auch in ihren zahlreichen Facebookgruppen, dominierte viel eher die Sorge vor dem weiteren Abbau staatlicher Infrastruktur, Armutsrenten und einer ungerechten Besteuerung großer Vermögen. Rassistische Töne vonseiten der Bewegung spielten – entgegen der Befürchtungen – keine Rolle; vielmehr wuchs mit der Zeit die Solidarität eines großen Teils der aktiven »Gelbwesten« mit den Menschen in den Vorstädten an. Dies geschah im Kontext der massiven Repression, welcher die Bewegung im Laufe des Jahres 2019 ausgesetzt war. Dabei wuchs das Bewusstsein dafür, dass vom Staat als subversiv eingeschätzte gesellschaftliche Gruppen wie migrantische Arbeiter:innen in der autoritären Fünften Republik kaum Zugeständnisse erwarten durften. Die migrantischen Vorstädte waren schon seit Jahrzehnten Orte, in denen Staat und Polizei mit allen Mitteln versuchten, Proteste gegen Ausgrenzung und Armut mit Gewalt einzudämmen (Chwala 2019). Von dieser Konstellation sahen sich die »Gelbwesten« selbst betroffen, obwohl diese Bewegung zu weiten Teilen von weißen individualisierten Akteuren, die zu großen Teilen in Einfamilienhäusersiedlungen leben und von da aus in die Ballungsräume pendeln, getragen wurde. Doch das Engagement bei den Gelbwesten hatte dazu geführt, dass lokal eingeschlossene Gemeinschaften entstanden. Viele Aktivist:innen, die tiefe massive soziale Einschnitte und Abstiegsenerfahrungen durchlitten hatten, konnten durch die Gelbwestenbewegung ihrer sozialen Isolierung entfliehen. Der harte Kern zeichnet sich zudem durch eine überdurchschnittliche Sympathie für die gesellschaftliche Linke aus, freilich verhinderte die kulturelle und räumliche Distanz zu den größeren Städten ein dauerhaftes Engagement (Floris/Gwiazdzinski 2019; Jeanpierre 2019).

Bisher haben es zwar auch die Gelbwesten nicht vermocht, den Kurs Macrons entscheidend zu ändern. Doch haben sie einige wichtige Fragen und Erkenntnisse wieder in den Fokus der Politik gerückt. Einerseits zeigen die Gelbwesten, dass die Arbeitermilieus heutzutage nicht uniform und zur neuen Kernwählerschaft rechtsradikaler Bewegungen in Frankreich geworden sind. Kapitalismuskritische und klassenkämpferische Positionen innerhalb proletarischer Milieus sind durch die »Gelbwesten« neu artikuliert worden, insbesondere auch unter der Berücksichtigung migrantischer Kämpfe. Damit haben sie zur Repolitisierung beigetragen. In dieser Hinsicht könnten die Gelbwesten als

Vorstufe zu einer politischen Organisierung im Rahmen der gesellschaftlichen Linken führen. Auch das Thema Polizeigewalt in Frankreich wird nun endlich gesellschaftlich thematisiert. Dabei gibt es nicht nur eine Debatte über die einzelnen Übergriffe, sondern eine strukturelle Analyse, welche den hierarchischen, männlich geprägten und rassistischen Grundkonsens innerhalb der Polizeistrukturen offengelegt hat.

Alle dies wurde durch die durch Covid-19 ausgelöste Krise in Frankreich noch einmal diskursiv verstärkt. Zwar verhinderten die scharfen Ausgangssperren monatelang Proteste. Die überlasteten Krankenhäuser und die Übersterblichkeit in den Altenpflegeeinrichtungen bewiesen die Richtigkeit der Thesen der »Gelbwesten«, die einen handlungsfähigen, der Allgemeinheit verpflichteten Staat forderten. Nicht zuletzt waren es »Gelbwesten«, die empört nach dem Ende der absoluten Ausgangssperren an Kreisverkehren Präsenz zeigten. Protesttage mit zehntausenden Teilnehmer:innen folgten, die sich für eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems aussprachen. Im Mai 2020 gelang es zum ersten Mal auch, sämtliche progressive zivilgesellschaftliche Organisationen inklusive der CGT davon zu überzeugen, ein gemeinsames Thesepapier für einen sozial-ökologischen Aufbruch zu formulieren (Graulle 2020).

Der Druck der Bewegungen, der politisch besonders den Grünen – bisher eher mit dem Status einer Kleinstpartei – zugute kam, führte letztendlich auch wieder auch zur Annäherung aller Linksparteien untereinander. Der große Erfolg linker Bündnislisten im Rahmen der Kommunalwahlen im März und Juni dieses Jahres, auf denen auch Aktivist:innen aus den Bewegungen kandidierten, lässt die Möglichkeit offen, ob eine erneuerte Linke, welche in besonderem Maße Akteuren jenseits des etablierten Politikbetriebes eine Stimme geben möchte, sich in Zukunft die »sozial-ökologische« Stimmungslage zunutze machen kann. Dadurch könnte sie mit einer programmatischen Synthese eine Alternative zu rechtsnationalen und neoliberalen Politikangeboten sein.

Literatur

- Berthonneau, Charles (2017): Des jeunes de cité à la CGT? Socialisations militantes dans les marges du syndicalisme. In: Beaud, Stéphane/Mauger, Gérard (Hrsg.): Une génération sacrifiée? Jeunes des classes populaires dans la France désindustrialisée. Paris, 127-142.
- Centre d'observation de la société (2019): Le taux de syndicalisation se stabilise à un niveau très faible. www.observationsociete.fr/travail/donnees-generales-travail/une-france-tres-peu-syndiquee.html (22.7.2020).
- Chwala, Sebastian (2018): Streiks und Besetzungen in Frankreich: Gelingt eine soziale Wende gegen Macron? In: Mosaik Blog 12.04.2018. mosaik-blog.at/frankreich-streiks-besetzungen-gegen-macron/ (22.7.2020).
- Chwala, Sebastian (2019): Autoritarismus in Frankreich – Eine Analyse perfider Strukturen. In: Luxemburg. www.zeitschrift-luxemburg.de/autoritarismus-in-frankreich-

- eine-anatomie-perfider-strukturen/ (22.7.2020).
- Clavel, Geoffroy/Tremblay, Pierre (2018): Grève des universités. »Tolbiac la rouge« se rêve en nouveau Notre-Dame-des-Landes. In: Huffington Post France, 11.4.2018. www.huffingtonpost.fr/2018/04/11 greve-des-universites-tolbiac-la-rouge-se-reve-en-nouveau-notre-dame-des-landes_a_23408868/ (22.7.2020).
- Floris, Bernard/Gwiazdzinski, Luc (2019): Sur la vague jaunes: L'utopie d'un rond-point. Grenoble.
- Giraud, Baptiste/Yon, Karel/Béroud, Sophie (2018): Sociologie politique du syndicalisme. Paris.
- Graulle, Pauline (2020): De la CGT à Greenpeace, la société civile bouscule la gauche. Mediapart, 26.5.2020. www.mediapart.fr/journal/france/260520/de-la-cgt-greenpeace-la-societe-civile-bouscule-la-gauche (22.7.2020).
- Israel, Dan (2017): Face à Macron, les syndicats jouent en solo. Mediapart, 19.10.2017. www.mediapart.fr/journal/economie/191017/face-macron-les-syndicats-jouent-en-solo (22.7.2020).
- Israel, Dan/Graulle, Pauline (2018): A Paris, les manifestants réussissent une joyeuse »Fête à Macron«. In: Mediapart, 05.05.2018. www.mediapart.fr/journal/france/050518/paris-les-manifestants-reussissent-une-joyeuse-fete-macron (22.7.2020).
- Jeanpierre, Laurent (2019): In Girum: Les leçons politiques des ronds-points. Paris.
- Libération (2018): Elections professionnelles: la CFDT premier syndicat français, la CGT premier dans la fonction publique. In: Libération, 11.12.2018. www.liberation.fr/france/2018/12/11/elections-professionnelles-la-cfdt-premier-syndicat-francais-la-cgt-premier-dans-la-fonction-publiqu_1697245 (22.7.2020).
- Morin, Violaine (2018): Lycéens et étudiants rejoignent les »gilets jaunes« dans le rejet de la Macronie. In: Le Monde, 12.12.2018. www.lemonde.fr/societe/article/2018/12/12/lyceens-et-etudiants-rejoignent-les-gilets-jaunes-dans-le-rejet-de-la-macronie_5396135_3224.html (22.7.2020).
- Mouriaux, René (2004): Le syndicalisme en France depuis 1945. Paris.
- Sénécat, Adrien (2019): Derrière la percée des »gilets jaunes«, des réseaux pas si »spontanés« et »apolitiques«. In: Le Monde, 17.4.2019. www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2019/04/17/derriere-la-percee-des-gilets-jaunes-des-reseaux-pas-si-spontanes-et-apolitiques_5451242_4355770.html (22.7.2020).
- Zerouala, Faiza (2018): Lordon et Ruffin appellent à un »débordement général« le 5 mai. In: Mediapart, 4.5.2018. www.mediapart.fr/journal/france/050418/lordon-et-ruffin-appellent-un-debordement-general-le-5-mai (22.7.2020).

Zwischen den Zeiten

Der kurze Moment von Selbstermächtigung –
Arbeiter:innen 1989/90 in der DDR

von Renate Hürtgen

Als im Herbst 1989 in der DDR der revolutionäre Impuls in den Betrieben angekommen war, lag eine Zeit diktatorischer Herrschaft hinter der Arbeiterschaft, die jegliche staats- und parteiunabhängige autonome Bewegung unterdrückt hatte. Um die historische Bedeutung dieser kurzen Zeit des basisdemokratischen betrieblichen Aufbruchs zu begreifen, ist ein Rückblick auf die Lage der Arbeiter:innen in der DDR unerlässlich.

Auch in der SBZ/DDR herrschte nach 1945 jene Aufbruchsstimmung, wie sie die Arbeiterbewegung in ganz Europa erfasst hatte. In den Betrieben wurden nach dem Krieg Betriebsräte installiert, alte Betriebsdirektoren abgesetzt; es wurde sich spontan für den Aufbau der ersten gewerkschaftlichen Strukturen im Betrieb oder Territorium engagiert. Diese in Selbstorganisation entstandenen Gremien existierten jedoch nicht lange, sie wurden verboten und an ihre Stelle trat eine nach sowjetischem Vorbild funktionierende Gewerkschaft (FDGB), in der sozialdemokratisch sozialisierte und anarchistische Funktionär:innen, aber auch kommunistische, wenn sie sich nicht dem Diktat der stalinistischen Fraktion beugen wollten, nichts mehr zu suchen hatten. Der 1946 gegründete FDGB bekam bald seine endgültige Funktion in der DDR: Seit Beginn der 1950er-Jahre wurde es zu seiner wichtigsten Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der staatliche Wirtschaftsplan erfüllt und übererfüllt wurde. Gewerkschaftsarbeit bestand in der DDR vor allem darin, die Arbeiter:innen und Angestellten in den Betrieben zu höheren Produktionsleistungen anzuhalten. Von den traditionellen gewerkschaftlichen Funktionen war wenig übrig geblieben. Da in der DDR viele Versorgungsleistungen über den Betrieb garantiert waren, bekamen die Gewerkschaften seit den 1960er-Jahren eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Beschäftigten, vor allem für die Frauen. Dagegen ist in der Geschichte der DDR kein Beispiel eines von den Gewerkschaften organisierten kollektiven Kampfes um höhere Löhne, längere Urlaubszeiten oder bessere Arbeitsbedingungen zu finden. Die Gewerkschaften sind der institutionalisierte Beweis dafür, dass in der DDR aus einer autonomen Arbeiterbewegung eine »verstaatlichte Arbeiterbewegung« geworden war, die ihren Bewegungskarakter verloren hatte.

Der Beginn des Endes einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR

Als sich in der DDR acht Jahre nach dem Kriegsende Arbeiter:innen gegen die Zumutungen des Regimes wehrten und am 17. Juni 1953 um ihre Rechte streikten, war die Arbeiterbewegungstradition noch erstaunlich lebendig. Die Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee und kurze Zeit später Arbeiter:innen und Angestellte in über 300 Betrieben versammelten sich in ihren Betrieben, stellten Forderungen auf, wählten Streikführer:innen, solidarisierten sich mit den bereits im Streik stehenden Kolleg:innen und griffen wie selbstverständlich auf das ihnen bekannte Kampfmittel zurück.

Der Aufstand wurde bekanntlich mithilfe sowjetischer Panzer niedergeschlagen, es folgten Verhaftungen, auch Todesurteile wurden vollstreckt. Die als Niederlage empfundenen Aktionen vom 17. Juni waren kein Thema in den Familien, zumal es entsprechende Verbote gab, den 17. Juni 1953 überhaupt zur Sprache zu bringen. In den Betrieben wurden Tribunale durchgeführt und die Beschäftigten wurden aufgefordert, sich gegen die Angeklagten des 17. Juni öffentlich auszusprechen. Wer dies nicht tat und den Aufstand nicht als »faschistischen Putsch« bezeichnete, lief Gefahr, ins Gefängnis zu kommen. Die Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 wurde zur historischen Zäsur für das Konfliktverhalten von Arbeiter:innen in der DDR. Bis zum Herbst 1989 sollte es das letzte Mal gewesen sein, dass sich Massen von Arbeiter:innen in der DDR kollektiv gegen den »Unternehmer Staat« zur Wehr setzten.

Die erste Reaktion der DDR-Führung auf den 17. Juni 1953 bestand im Ausbau eines Überwachungs- und Kontrollsystems der Staatssicherheit in den Betrieben; der Schwerpunkt der Arbeit des MfS verlagerte sich vom Wohnort auf den Betrieb (»Produktionsprinzip«). Nach 1953 wurden die Betriebskampfgruppen als paramilitärische Einheiten verstärkt, von denen jede:r wusste, dass sie gegen die Arbeiter:innen eingesetzt werden sollten, wenn es wieder zu einem Massenstreik käme.

Am Beispiel des Streikgeschehens in den DDR-Betrieben lässt sich verfolgen, wie aus den traditionsbewussten Arbeiter:innen individualisierte und privatisierte Lohnabhängige geworden waren, die nicht nur keine Streikerfahrung mehr hatten, sondern sich jede Form des kollektiven betrieblichen Widerstandes neu aneignen mussten. Der Streik war und ist ein wichtiger Teil der Arbeiterkultur, was den neuen Staatsführern in der DDR, die sich dieser Tradition verpflichtet fühlten, bestens bekannt war. Ihre ganze »Aufmerksamkeit« war daher darauf gerichtet, jede Art von kollektivem Widerstand, namentlich den Streik, aus dem Leben der DDR-Arbeiter:innen zu verbannen. Sie setzten ein repressives Kontroll- und Überwachungssystem ein, was wesentlich zur politischen Atomisierung der DDR-Arbeiterschaft beitrug (Hürtgen 2005).

Für Versuche, dem Streikgeschehen etwa über Medien oder Demonstrationen vor dem Werktor zu einer Öffentlichkeit zu verhelfen, gab es nach dem

Aufstand von 1953 keine Möglichkeiten mehr. Die repressive Politik gegenüber einem Streik- oder Protestverhalten von Arbeiterinnen und Arbeitern in der DDR und das »Totschweigen« jedweden Protestes von Belegschaften führte im Ergebnis dazu, dass der Streik als Kampfmittel, für die Beschäftigten in der DDR nicht mehr existierte. Kurzzeitige Arbeitsniederlegungen fanden hinter verschlossenen Werktoeren statt und erreichten keine Öffentlichkeit; seit Ende der 1970er-Jahre verloren die wenigen Proteste von zwei oder drei Kolleg:innen gänzlich den Charakter eines Streiks (Hürtgen 2005: 255-270).

Was traditionell und auch noch in der frühen DDR über Streiks oder andere kollektive Widerstandsformen zu erreichen versucht wurde, verlagerte sich auf die individuelle Durchsetzung eines Einzelinteresses. In den Eingaben und Beschwerden wurden zum Teil die gleichen Wünsche und Forderungen vortragen, die schon Anlässe für Streiks gewesen waren: beispielsweise Prämien- oder Lohnerhöhungen, Kindergartenplätze, Lampen für den Arbeitsplatz oder Kaffeemaschinen. Der »Arbeitskampf« hatte in der DDR in den 1970er- und 1980er-Jahren den Charakter einer individuellen Bittstellung angenommen, die im privaten häuslichen Raum formuliert und lediglich in der Familie besprochen wurde (Hürtgen 2013).

Wie 1989 die Arbeiterbewegung in der DDR »auferstand«

Im Sommer 1989 wurden die Gewerkschaftsleitungen, der Ministerrat und die Parteileitungen mit Eingaben und offenen Briefen überschüttet, die in der Brigade, in der Gewerkschaftsgruppe oder gemeinsam mit Kolleg:innen zu Hause »am Küchentisch« verfasst worden waren. Diese »kollektiven« Formen der Interessenanmeldung wurden als so gefährlich eingestuft, dass die Geheimpolizei der DDR, das MfS, sie alle unter ihre Kontrolle stellte. Eine Öffentlichkeit erreichten sie damals allerdings ebenso wenig wie andere unerhörte »Vorgänge« in den Betrieben. So wurden bei den Wahlen zu den Betriebsgewerkschaftsleitungen im Mai 1989 Kandidat:innen gewählt, die nicht von der Partei vorgeschlagen gewesen waren, es gab auch offene Ablehnungen des staatlichen Plans. Im September 1989 kam es vereinzelt an der betrieblichen Basis zu »feindlichen Gruppenbildungen«, wie das MfS diese ersten autonomen Bewegungen nach Jahrzehnten des Stillstandes bezeichnete.

Als im Oktober 1989 bereits Hunderttausende nicht nur auf den Straßen in Leipzig oder Dresden, sondern im ganzen Land demonstrierten, Erich Honecker zurückgetreten war und sich schon die neuen Parteien und Gruppen der Opposition gebildet hatten, traten die Belegschaften noch nicht als eigenständiger Akteur auf die Bühne. Es grummelte mächtig an der betrieblichen und gewerkschaftlichen Basis, aber zu einer revolutionären Situation in den Betrieben sollte es erst kommen, nachdem die politische Spitze des Parteienregimes gestürzt und die Grenze geöffnet war. Die offene Grenze bot eine Mög-

lichkeit der Flucht, denn wer im Betrieb Widerstand leistete, tat dies nicht in der Anonymität der Straße.

Noch bestanden in den Betrieben die alten Machtverhältnisse. In einer ersten Phase der betrieblichen »Wende« wurden daher Forderungen nach einer Offenlegung der Betriebssituation laut. Inzwischen hatten sich kleine Gruppen von drei oder fünf Personen im Betrieb gefunden, die solche Forderungen formulierten und zu Belegschaftsversammlungen aufriefen. Als nächstes wurde die gewerkschaftliche Basis mobil: Die ehrenamtlichen Vertrauensleute stellten ihren hauptamtlichen Betriebsgewerkschaftsleitungen die Vertrauensfrage. Die für alle betrieblichen Basisaktivist:innen wichtigsten Forderungen dieser Phase lauteten: Raus mit der SED und den Betriebskampfgruppen aus dem Betrieb! Kein sozialistischer Wettbewerb mehr! In einigen Betrieben wurde solchen Forderungen mit einem Warnstreik Nachdruck verliehen.

Von August 1989 bis April 1990 fanden über 200 betriebliche Proteste, Warnstreiks und Streiks statt, die in ihrer Bedeutung für die Gesamtbewegung bis heute ebenso wenig erkannt wurden wie die basisdemokratischen Selbstermächtigungsversuche in den Betrieben, von denen im Folgenden die Rede sein wird. Eine Ursache für diese Ignoranz findet sich im Charakter der Bewegung selber. Anders als 1953 hat 1989 in der DDR kein Arbeiteraufstand stattgefunden. In den oppositionellen Gruppen war das Interesse an der Veränderung der Lage der Arbeiter:innen gering. Heiner Müller war der einzige Redner, der am 4. November auf dem Alexanderplatz die Situation von Arbeiter:innen zum Thema machte; er forderte die Gründung von Basisgewerkschaften, die vom FDGB unabhängig sind (Gehrke/Hürtgen 2001: 165).

Der betriebliche Aufbruch 1989 – die unbekannte Seite der DDR-Revolution

Im November 1989 war in der DDR ein gewerkschaftsloser Zustand eingetreten. Der Bundesvorstand des FDGB spielte keine Rolle im weiteren Umbruch. Der gesamte Gewerkschaftsapparat war in eine Art Schreckstarre gefallen, unfähig, ohne Anweisungen »von oben« zu agieren. Einzig die ehrenamtlichen Vertrauensleute spielten in dieser Zeit eine wichtige Rolle: Sie nutzten die mit ihrer Funktion verbundenen Strukturen und Möglichkeiten, den betrieblichen Umbruch mit in Gang zu setzen. Kein Landesverband, kein Vorstand einer Einzelgewerkschaft hatte Anteil am Sturz der alten Herrschaftsbeziehungen im Betrieb und am Aufbau neuer Strukturen. Die Veränderungen der Arbeitsbeziehungen in den DDR-Betrieben 1989/1990 sind ausschließlich von innerbetrieblichen Basisakteuren in Gang gesetzt worden.

Es war nicht zuletzt dieser Zustand einer fehlenden betrieblichen Interessenvertretung, der die Diskussion über eine Alternative aufkommen ließ. Die alten Machtverhältnisse waren weder mit dem Sturz Erich Honeckers im Ok-

tober noch mit dem Rücktritt seines Nachfolgers, Egon Krenz, im Dezember 1989 nachhaltig beseitigt. Direktoren nutzten die Gunst der Stunde, um sich auf marktwirtschaftliche Bedingungen einzustellen. Sie führten Geheimverhandlungen mit interessierten Westunternehmern und nahmen erste Entlassungen vor. Der Direktor eines Elektrowerkes verkündete am 22.12.1989 die Stilllegung ganzer Betriebsteile, in anderen Betrieben fanden unter Ausschluss der Belegschaft Verhandlungen mit einem Unternehmen aus dem Westen statt. Der Druck, eigene Interessenvertretungen aufzubauen, um diesem unternehmerischen Wildwuchs entgegenzutreten zu können, erhöhte sich.

Die Akteur:innen der Herbstrevolution in der DDR hatten weder für die gesamtgesellschaftliche, noch für die betriebliche Umgestaltung ein Konzept. Ein breiter Lernprozess begann, denn »keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht«, wie Ewald S., ein Aktivist der unabhängigen Basisbewegung aus dem Geräte- und Reglerwerk Teltow (GRW) die Situation rückblickend zusammenfasst (ebd.: 36). Spontan und ohne zuvor eine derartige Verabredung getroffen zu haben, verstanden sich alle diese Initiativen als Ausdruck des Interesses und des Willens der Basis und »allein den Mitarbeitern verpflichtet«. Um sich als kleine Gruppe von manchmal nur vier bis fünf Kolleg:innen die Legitimation zu verschaffen, für diese Basis sprechen und handeln zu dürfen, sammelten sie Unterschriften für ihr Anliegen oder organisierten eine Abstimmung. Andere konstituierten sich einfach als »Belegschaftsrat«, »betrieblicher Rat« »Betriebsrat«, »Institutsrat«, »unabhängige Interessenvertretung Werktätiger«, »unabhängige Gewerkschaftsgruppe«, »Arbeitsausschuss«, »Arbeiterrat« oder einfach nur »Basisgruppe«, um sich später von einer Belegschaftsmehrheit als ihre betriebliche Interessenvertretung ordentlich wählen zu lassen. Bezeichnungen wie »provisorischer Betriebsrat« beschreiben den Übergangscharakter solcher Gremien. Und die im Herbst 1989 auch in Betrieben gegründeten »Runden Tische« verweisen ebenfalls darauf, dass 1989/1990 in der DDR die Machtverhältnisse noch nicht entschieden waren. Gemeinsam war diesen Gründungen, dass sie sich nicht als Teil einer Erneuerung des FDGB verstanden, sondern als Keimzelle einer unabhängigen basisdemokratischen Gewerkschaft oder einer ganz neuen Art von betrieblicher Interessenvertretung, von der man noch nicht genau wusste, wie sie am Ende aussehen würde.

Für DDR-Belegschaften waren das ungeheure Vorgänge, eine nie gekannte Selbstermächtigung, eine plötzliche Machtfülle, wie es sie wohl nur in revolutionären Zeiten gibt. Zum ersten Mal erlebten sie selbst einberufene Belegschaftsversammlungen, auf denen ihnen ihre Größe und Stärke erstmals bewusst wurde. Als sich zehn Jahre nach dem Herbst 1989 Akteure der betrieblichen Wende trafen, wurde neben der realistischen Einschätzung, dass sie ihre revolutionären Ziele am Ende nicht durchsetzen konnten, immer wie-

der auf diese Zeit der Aufbruchstimmung und des »aufrechten Ganges« verwiesen, die ihr weiteres Leben so entscheidend bestimmt hatte. Viel Zeit blieb den DDR-Belegschaften für diese Art von Erfahrung leider nicht: Das Vakuum, in dem ein Teil der betrieblichen Basis mit eigenen Vorstellungen und Aktionen in die Entwicklung einzugreifen begann, war nach wenigen Wochen beendet.

Es ist nicht einfach, in dieser Vielfalt von Initiativen, Struktur und Inhalt eine zukünftige Interessenvertretung der Arbeiter:innen und Angestellten in der DDR zu erkennen. In einigen Betrieben bestanden eine neugewählte BGL, ein betrieblicher Rat und eine unabhängige Gewerkschaftsgruppe für einige Wochen nebeneinander. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, waren diese Initiativen mehrheitlich auf die Arbeit innerhalb des Betriebes gerichtet.

Eine der Ausnahmen, die einen überbetrieblichen gewerkschaftlichen Zusammenhang im Auge hatte, war die »Initiative für eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung« (IUG). Ende Dezember 1989 erarbeitete die IUG eine Satzung, die für den Fall Gültigkeit haben sollte, dass sich eine neue Struktur von unten aus den Betrieben herausgebildet haben würde. Die Satzung lässt offen, ob sich die unabhängige Gewerkschaft nach Branchen, Betrieben oder Berufsgruppen organisieren sollte. Dagegen wird in dem Satzungsentwurf unmissverständlich die Forderung formuliert, den hauptamtlichen Funktionsapparat mit Ehrenamtlichen zu ersetzen. Eine solche Reduzierung der Hauptamtlichen, Direktwahl aller Funktionär:innen, Urabstimmungen, aber auch Transparenz und natürlich das Streik- und Koalitionsrecht hatten auch andere Basisinitiativen für eine neue unabhängige Gewerkschaft in ihre Programme aufgenommen.

Es war diesem basisdemokratischen Geist vom Herbst 1989 geschuldet, dass die neuen betrieblichen Initiativen mit Selbstverständlichkeit und Selbstbewusstsein derart weitgehende Rechte gegenüber den Betriebsleitungen forderten. Ihre Programme enthielten Mitbestimmungsrechte »bei allen Fragen der betrieblichen Entwicklung«, bei »allen Strukturfragen« sowie »bei allen Eigentumsfragen«, wie es im Arbeitsprogramm des Betriebsrates aus dem Funkwerk Köpenick hieß. In anderen Betrieben wurde die »Mitsprache bei allen kaderpolitischen Angelegenheiten« sowie bei »der Planung und der Produktion, der Produktionsdurchführung, der Investivität, des Verkaufs sowie bei der Forschung und Entwicklung« gefordert. Wieder andere stellten die Forderung nach Veto-Rechten in personal- und betriebsstrategischen Angelegenheiten oder legten die Entscheidung über die »Besetzung von Leitungsfunktionen mit Personen, die durch sachliche, fachliche und wirtschaftliche Kompetenz« das Vertrauen der Belegschaften genießen, gleich ganz in den Aufgabenbereich eines zukünftigen Betriebsrates (Gehrke/Hürtgen 2001). Wie empört waren sie, als sie einige Monate später erfahren mussten, welche Grenzen dem bundesdeutschen Betriebsrat gesetzt sind.

Die DGB-Gewerkschaften, die schon sehr früh die Vorgänge in den Betrieben der DDR beobachteten, nahmen keine dieser Impulse für die eigene Betriebsarbeit auf. Sie ließen diese und alle anderen betrieblichen Basisinitiativen im wahrsten Sinne des Wortes links liegen und gingen mit großem Einsatz daran, die bundesdeutschen Arbeitsbeziehungen über die Köpfe der DDR-Belegschaften hinweg und ohne jede Modifizierung und Anpassung an die historisch einmalige Situation schnellstmöglich zu übertragen. Die zahlreichen neuen Ideen und basisdemokratischen Impulse für die Gestaltung von Mitbestimmungsstrukturen vom Herbst 1989 wichen der Organisation von Wahlvorbereitungen und Wahldurchführungen.

In der DDR hat 1989/1990 keine sozialistische, den Kapitalismus überwindende Revolution stattgefunden. Wie sollte das auch nach Jahrzehnten der Unterdrückung einer autonomen Arbeiterbewegung möglich sein? Dafür hatte sich ein historisch kurzes Zeitfenster für einen Lernprozess über Inhalte und Strukturen einer autonomen betrieblichen Interessenvertretung geöffnet, der seine Spuren hinterlassen sollte. Gänzlich ignoriert von der Geschichtsschreibung, einschließlich der gewerkschaftlichen, begann kurze Zeit später ein Kampf von ostdeutschen Belegschaften gegen die maßgeblich von der Treuhandanstalt organisierten Privatisierungen und Stilllegungen der DDR-Betriebe, in deren Folge nach nur zwei Jahren über die Hälfte aller Industriearbeitsplätze vernichtet war. Zwischen 1990 und 1994 überrollte die ostdeutschen Länder eine Streik- und Protestwelle gegen diese Deindustrialisierungspolitik, wie sie seit den 1920er-Jahren nicht mehr vorgekommen war. Den größten Anteil daran hatten Kämpfe, die ohne Gewerkschaftsvorstände, autonom von Belegschaften, Vertrauensleuten und den erstmals gewählten Betriebsräten organisiert sowie durchgeführt wurden.

Die brutale Form des Neoliberalismus, wie er im Ostdeutschland der 1990er-Jahre praktiziert wurde, hat die Arbeitskämpfe radikalisiert und politischer werden lassen. Er hat zugleich gezeigt, dass die seit Jahrzehnten bewährte bundesdeutsche Gewerkschaftspolitik dieser Ausnahmesituation nur unzureichend gewachsen war. Die Co-Managementpolitik und eine betriebliche Verhandlungsstrategie mussten angesichts flächendeckender Betriebsstilllegungen versagen, und die staatlich organisierte Deindustrialisierung hätte nur mit einem politischen Streik korrigiert werden können. Auch gewerkschaftliche »Instrumente« haben ihre Zeit und sind grundsätzlich zu überprüfen, wenn es die Lage erfordert.

Literatur

- Dathe, Dietmar (2018): Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche von Dietmar Dathe. Im Auftrag des Arbeitskreis Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West. Berlin. geschichtevonuntenostwest.files.wordpress.com/2019/02/dathe_streik-und-protest-ostdeutschland_final_1_17-mb.pdf (1.3.2021).
- Gehrke, Bernd/Hürtgen, Renate (Hrsg.) (2001): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989. Die unbekannte Seite der DDR-Revolution, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung. Berlin.
- Hürtgen, Renate (2005): Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb. Köln/Weimar/Wien.
- Hürtgen, Renate (2013): Niedergang und Neuanfang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR. In: Technoseum Mannheim (Hrsg.): Durch Nacht zum Licht. Geschichte der Arbeiterbewegung 1863-2013. Baden-Württemberg, 287-307.

Von der Symbolik zur Praxis

Die deutschen Gewerkschaften, Antirassismus
und Gefahren von rechts

von Romin Khan

Der Dachverband der deutschen Gewerkschaften (DGB)⁶² und seine acht Mitgliedsorganisationen verstehen sich als Bollwerk gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Dieses Grundverständnis wurzelt in der deutschen Geschichte. Mit der Machtübertragung seitens der bürgerlichen Eliten auf die Nationalsozialisten begann die Verfolgung der politischen Gegner der Nazis, die besonders Sozialdemokrat:innen, Kommunist:innen und vielen Gewerkschaftsführer:innen galt. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser durch die SA besetzt und die Gewerkschaften zerschlagen. Antifaschismus gehörte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Grundkonsens des 1949 als Einheitsgewerkschaft wiedergegründeten DGB.

Die im DGB vereinigten Gewerkschaften treten für eine Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Sie bekämpfen alle Formen von Diskriminierung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus Gründen des Geschlechts, rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung. Diese in der Satzung des DGB formulierten Ziele sind heute handlungsleitend für die Auseinandersetzung mit rassistischen und rechtspopulistischen Strömungen und Einstellungen. (DGB-Bundesvorstand 2018)

Doch Satzungen und Erklärungen müssen mit Leben gefüllt werden. In der Nachkriegszeit stellte die Anwerbung von Arbeitsmigrant:innen nach Deutschland ab 1955 einen bedeutenden Belastungstest für diese Grundhaltung dar. Nach anfänglichem Zögern und abwehrenden Positionen aufgrund befürchteter Lohnkonkurrenz durch zugewanderte Beschäftigte setzte sich in den Gewerkschaften eine solidarische Haltung durch. Die Einbindung der neuen Kolleg:innen in die Mitgliedschaft erfolgte nicht zuletzt, weil migrantische Beschäftigte mit wilden Streiks und Selbstorganisationen aktiv ihre Rechte einforderten und ihre vom Kapital zgedachte Rolle als flexible Reservearmee nicht akzeptierten (IG Metall, Ressort Migration und Teilhabe 2019: 15-17).

⁶² Der DGB ist der größte Gewerkschaftsdachverband in Deutschland. Die acht Mitgliedsgewerkschaften mit rund sechs Millionen Mitgliedern decken alle Branchen und Wirtschaftsbereiche ab. Aus der Erfahrung der Spaltung der Arbeiterbewegung und des damit verbundenen Scheiterns, den Aufstieg der Nazis nicht verhindert zu haben, vertritt der DGB das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, d.h. sie steht für alle Arbeitnehmer:innen unabhängig ihrer Weltanschauung zu Verfügung.

In den Nachkriegsjahren schaffte es keine rechtsextreme politische Partei, sich dauerhaft zu etablieren und die auch bei Teilen der Gewerkschaftsmitglieder⁶³ vorhandenen rassistischen Ressentiments und rechten Einstellungen überdurchschnittlich stark in Form von Wählerstimmen auf sich zu vereinigen. Das wachsende rechte Potenzial absorbierte die 1982 an die Macht gekommene CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl, der die Wahlen mit der Drohung gewann, einen Großteil aller türkeistämmigen Menschen in Deutschland in ihr Herkunftsland zurückzuführen (Herbert 2001: 249). Die Gewerkschaften positionierten sich gegen diese staatliche Hetze und die mit ihr verbundenen zunehmenden Anschläge auf Migrant:innen unter anderem mit der Gründung der Initiative »Mach meinen Kumpel nicht an!« im Jahr 1986. Der Verein setzt sich seitdem für Gleichbehandlung und Solidarität in der Arbeitswelt ein und bündelt viele betriebliche Aktivitäten engagierter Kolleg:innen gegen Rassismus.

Mehr als 30 Jahre später hat sich mit der Entstehung der Alternative für Deutschland (AfD) eine politische Partei etabliert, die anders als frühere rechte und faschistische Parteien als Sammelbecken verschiedener politischer Spektren fungiert und bis weit in die politische Mitte Strahlkraft besitzt. Darin finden sich christlich-konservativ-neoliberale Kreise wieder, wie auch ein starker national-sozialer Flügel, dessen völkischer Sozialpopulismus auch bei Lohnabhängigen und Erwerbslosen, darunter nicht wenige Gewerkschaftsmitglieder, wirkt. Zentrales Kampffeld ist dabei die aggressive Verteidigung des fossilen Industriekapitalismus und die Agitation gegen ein »heimatloses Großkapital«, das die Globalisierung nutze, um die erwirtschafteten Extraprofite »auf Kosten des deutschen Arbeitnehmers« ins Ausland zu transferieren. Beschleunigt werde dies durch die seitens der Regierung betriebene »Masseneinwanderung«, um die Löhne zu drücken und einen »Bevölkerungsaustausch« umzusetzen.

In der vereinten Hetze gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und die Akzeptanz muslimischen Lebens in Deutschland finden die Spektren der AfD wieder zusammen: Rassismus ist das zentrale Bindemittel. Hier schließen sich die Reihen, die sich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik oftmals diametral gegenüberstehen.

Die Tarnung und Selbstverharmlosung der AfD als normale demokratische Partei hat die Festlegung auf gewerkschaftliche Gegenstrategien erschwert. Auch wenn der Konsens, sich von der AfD abzugrenzen, zu keinem Zeitpunkt in den Gewerkschaften ernsthaft in Gefahr war, herrschte Uneinigkeit darüber, wie es gelingen sollte, die Partei rhetorisch und inhaltlich zu »entzaubern«.

⁶³ Zuletzt wurden die Zustimmungswerte von Gewerkschaftsmitgliedern für rechte Parteien und Haltungen großflächig in den 1990-Jahren durch die Kommission Rechts-
extremismus untersucht (DGB-Bundesvorstand 2000).

Das forderten führende Gewerkschafter:innen, wenn klare programmatische Festlegungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ausblieben.

Ein anderes Hemmnis für eine offensive Gegenmobilisierung in den Gewerkschaften war die Selbstinszenierung der AfD als »Partei der kleinen Leute«, aufgrund der überdurchschnittlichen Zustimmung durch Arbeiter:innen, Erwerbslose und Gewerkschaftsmitglieder für die Partei bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2016 und 2017.⁶⁴ Im Bereich der gewerkschaftlichen politischen Bildung wurden nach dem so genannten Sommer der Migration 2015⁶⁵ verschiedene Ansätze intensiviert, die der Beeinflussung und Hetze von Rechts einen realistischen Blick auf die Ursachen von Flucht- und Wanderungsbewegungen entgegensetzten. Mit der Seminarreihe »Fakten statt Populismus« über die Asyl- und Migrationspolitik richtet sich z.B. ver.di⁶⁶ in erster Linie an Auszubildende und junge Beschäftigte. Jugendliche und Auszubildende werden damit gegen Rechtspopulismus gestärkt und befähigt, Fake-News und populistische Argumente zu erkennen und antirassistische, demokratische Haltungen einzunehmen.

Die Zurückhaltung bei der offensiven Bekämpfung der AfD änderte sich erst, als durch interne Machtkämpfe und Wahlerfolge gerade in Ostdeutschland der offen faschistische Flügel mit seiner national-sozialen Programmatik innerhalb der Partei an Einfluss gewann. Im August 2018 kam es in Chemnitz zu einer Mobilisierung rechter Schlägertrupps, die in Hetzjagden und Anschlägen auf Migrant:innen gipfelte. Die Situation erinnerte an die rassistischen Pogrome aus den 1990er-Jahren in Ost- und Westdeutschland.

In den Tagen zuvor wurde ein junger Mann aus Chemnitz, selber of Color, infolge einer Schlägerei von einem aus dem Irak stammenden Geflüchteten getötet. Die Tat wurde von der AfD für ihre rassistische Propaganda gegen »Migrantengewalt« instrumentalisiert, die anschließenden Hetzjagden bagatellisiert und verteidigt. Wenige Tage später demonstrierten große Teile der AfD-Führung bei einem Schweigemarsch für das Opfer in offenem Schulterchluss mit den gewaltbereiten Neonazis. Sie zeigten deutlich sichtbar, dass

⁶⁴ Die Wahlergebnisse bestätigen viele Untersuchungen darin, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Weltbildern auch unter Arbeiter:innen seit 2015 angestiegen ist. Gewerkschaftsmitglieder tendieren sogar stärker zu autoritären und nationalistischen Einstellungsmustern als Menschen, die nicht in den Gewerkschaften organisiert sind. (Zick et al. 2018: 134)

⁶⁵ Unter dem Druck der Flüchtlingsbewegung auf der Balkanroute nahm die Bundesrepublik 2015 fast eine Million Schutzsuchender aus den Kriegs- und Krisenländern des Mittleren Ostens auf.

⁶⁶ ver.di ist nach der IG Metall mit zwei Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft im DGB und vertritt die Beschäftigten im Dienstleistungssektor, darunter den Öffentlichen Dienst, das Gesundheitswesen und den Verkehrs- und Logistiksektor. In ver.di sind zu 52% Frauen organisiert.

beide Gruppen dasselbe Ziel verfolgen: die gewaltvolle Schaffung eines ethnisch und kulturell gereinigten Deutschlands.

Chemnitz war eine Zäsur für große Teile des linksliberalen Spektrums, auch für die Gewerkschaften. Das ganze Szenario lag offen, wie der rasante Aufstieg einer rassistischen Partei befördert wurde und zu einem Klima der Gewalt führte: Große deutsche Medien nahmen das Narrativ der erhöhten Gewaltbereitschaft von Geflüchteten auf, der Bundesinnenminister Horst Seehofer äußerte Verständnis für die Angreifer (Die Welt 2018) und legitimierte die Gewalt mit der Äußerung, Migration sei die »Mutter aller Probleme«. Die Polizei zeigte sich unfähig oder unwillig, die stattfindenden rassistischen Angriffe zu verhindern.

Die Ereignisse gaben dem neugegründeten #Unteilbar-Bündnis Auftrieb, welches am 13. Oktober 2018 in Berlin mit mehr als 240.000 Menschen für eine offene und solidarische Gesellschaft demonstrierte, über fünf Mal mehr als die Veranstalter:innen erwartet hatten.

Die Botschaft des Aufrufs war: Wir lassen nicht zu, dass die soziale Frage, der Kampf für gute Bildung und Arbeit und das Recht auf Flucht gegeneinander ausgespielt werden – unsere Kämpfe sind unteilbar. »Eine Stärke des Aufrufs [lag] darin, dass er Rassismus nicht eindimensional als Ausfluss sozialer Prekarisierung auffasst, der möglicherweise wieder verschwinde, wenn die soziale Verunsicherung großer Bevölkerungsgruppen gestoppt werde. Vielmehr werden Sozialdemontage und Rassismus als je eigenständige Probleme aufgefasst, die aber auch miteinander zusammenhängen.« (Reusch 2019) Das ist genau die Erkenntnis, die der gewerkschaftlichen Analyse davor bezüglich des Aufstiegs des neuen Rechtsextremismus und Rassismus vielfach gefehlt hatte.

Die Ereignisse von Chemnitz und die unteilbar-Demo veränderten somit die Debatte in den Gewerkschaften. Während z.B. der ehemalige ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske die AfD lange Zeit vereinfachend als »rechts gewendeter sozialer Protest« betrachtete, wurde von nun an häufiger der eigenständige rassistische Charakter der Partei als Bedrohung und Abwertung der migrantisch geprägten Mitgliedschaft⁶⁷ in den Gewerkschaften betont (vgl. IG Bau 2018; DGB-Bundesvorstand 2019).

Angesichts der sozialen Distanz zwischen den meisten Menschen, die rechts wählen, und Geflüchteten ist es – auch wenn die Sozialreformen der späten 1990er-Jahre in Deutschland zu einem Anwachsen des Niedriglohnsektors und sozialer Unsicherheit geführt haben – ein verkürztes Argument, das Wahlverhalten mit der Angst um den eigenen Arbeitsplatz durch die Konkur-

⁶⁷ Als erste deutsche Gewerkschaft hat die IG Metall 2017 wissenschaftlich untersuchen lassen, dass knapp 22% aller ihrer Mitglieder einen Migrationshintergrund haben. Das sind fast 500.000 Menschen (IG Metall 2017).

renz neuer Migrant:innen zu erklären. Im Kern geht es vielen AfD-Wähler:innen darum, sich qua Herkunft oder Hautfarbe vermittelte Privilegien in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft zu erhalten. Denn: Rechte Ideologien sind Ideologien der Ungleichheit.

Als hilfreiche Handlungsmaxime im politischen und betrieblichen Handgemein haben sich die Gewerkschaften den Slogan »Klare Kante und offene Tür« zu eigen gemacht. Hans-Jürgen Urban, Mitglied im Bundesvorstand der IG Metall, hat die damit verbundene Haltung auf der unteilbar-Demo gut zusammengefasst: »Unsere Botschaft lautet: ›Klare Kante gegen rechts!‹ Klare Kante gegen alle, [...] die sich als Anwälte der angeblich ›kleinen Leute‹ tarnen, um ihre widerlichen Phantasien von Volk und Rasse zu vermarkten. Für euren Rassismus ist kein Platz in einer demokratischen Gesellschaft! Aber [genauso] wichtig ist ein Angebot an diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, die täglich vom sozialen Abstieg bedroht sind und die ihre Lebensbiografie entwertet und verraten sehen. [...] Offene Tür bedeutet nicht, den rechten Gesinnungen entgegenzukommen. Offene Tür bedeutet die Einladung, gegen reaktionäre und für solidarische Lösungen sozialer Probleme zu kämpfen. Bei uns, in Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und örtlichen Initiativen. [...] Eine IG Metall ohne die Kolleginnen und Kollegen mit migrantischem Hintergrund oder mit nicht-deutschem Pass ist eine Horrorvorstellung.« (Urban 2018a)

Im Folgenden will ich vier Kernfelder skizzieren, in denen diese Handlungsmaxime auf der gewerkschaftlichen und betrieblichen Ebene Wirkung entfalten kann. Die Aufgabe der Repolitisierung der betrieblichen Ebene im Kampf gegen rechts kommt gerade deshalb den Gewerkschaften zu, weil sie »häufig [...] die einzigen demokratischen Organisationen [sind], die Arbeiter mit Sympathien für die populistische Rechte überhaupt noch erreichen« (Dörre et al. 2018: 83). Zum anderen ergibt sich die Herausforderung auch verstärkt dadurch, dass die Gewerkschaften in manchen, wenn auch wenigen Betrieben mit rechten AfD-nahen Wahllisten konfrontiert sind, die zu den Betriebsratswahlen kandidieren.⁶⁸ Die Bedrohung ist somit nicht mehr nur auf der politischen Ebene durch die Ausstrahlungskraft der AfD auf die eigenen Mitglieder angesiedelt, es jetzt geht um betriebliche Hausmacht.

⁶⁸ Mehr zu den rechten Betriebsgruppen im Dossier »Zentrum Automobil e.V.« – eine neofaschistische Betriebsgruppe bei Daimler (nicht nur in Stuttgart) vom 11. November 2019, abrufbar unter www.labournet.de/politik/gw/gw-in-d/igm/zentrum-automobil-e-v-eine-neofaschistische-betriebsgruppe-bei-daimler-stuttgart/.

Bedeutung gleicher Rechte für gemeinsame Kämpfe

»Der gemeinsame Sozialstatus des abhängig Arbeitenden kann auch in Zukunft die Grundlage einer von wechselseitiger Anerkennung lebenden Alltagsolidarität bieten.« (Urban 2018b) Mit der Spaltung der Belegschaften in Stamm- und Randgruppen, die oftmals rassistisch vermittelt ist, wird die gleichberechtigte und kollegiale Zusammenarbeit im Betrieb untergraben. Die durchaus vorhandene Empörung darüber bietet Anknüpfungspunkte, das Prinzip gleicher Rechte wie das Wahlrecht für alle unabhängig von der Staatsbürgerschaft als Stärkung der ganzen Klasse zu thematisieren und zu übertragen. Wer stellt schon ernsthaft infrage, dass auch Kolleg:innen ohne deutschen Pass das Recht haben, bei den Betriebsratswahlen mitzuwählen, wie es bis Anfang der 1970er-Jahre noch Realität war?

Antirassistische Bildungsarbeit

Die Gewerkschaften sollten stärker dazu beitragen, die Spaltung zwischen »uns« und »denen« zurückzudrängen, sprich die Erzeugung von »Fremden«, die mit bestimmten Eigenschaften belegt werden. Dafür braucht es in der Bildungsarbeit ein historisches Verständnis des Rassismus, das die Herstellung des »Fremden« im Arbeitsmarkt oder dem Staatsbürgerrecht vermittelt und die damit oft verknüpfte schlechtere soziale Lage nachvollziehbar macht. Am Beispiel fehlender Sprachkurse und Aufenthaltsrechte lässt sich bis heute praktisch zeigen, dass die herrschende Klasse lange Zeit kein Interesse hatte, Integrationspolitik zu betreiben, sondern gegen den Widerstand vieler Migrant:innen versuchte, ein rein ökonomisches Migrationsregime zu etablieren.

Die Debatte verschieben

Die Rechten setzen der Wahrnehmung von einer allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und zunehmender sozialer Unsicherheit einen politischen Ansatz entgegen, der auf einer Insider-Outsider-Logik, »wir gegen die anderen« beruht. Dagegen fordern Dieter Sauer und andere, die »Gewerkschaften als Schutzmacht für alle Gruppen der Lohnabhängigen – Beschäftigte, Arbeitslose, Prekäre, Migrant:n:nen etc. – zu stärken und damit ein ›Gegengift‹ gegen das mit Ressentiments unterlegte Sicherheitsversprechen der Rechten« zu schaffen (Sauer et al. 2018). Es gäbe dabei viele Themen, die die Abgrenzung wieder symbolträchtig zwischen oben und unten verdeutlichen würden: Steuerflucht ins Ausland und die steuerliche Subventionierung reicher Unternehmer durch Aufstocker- und Niedriglöhne, Profite durch die Schaffung von Fluchtursachen, aber auch das weitverbreitete Union Busting als Wiederkehr kapitalistischer Gutsherrenpolitik sind Themen, die sich rassistischen Deutungsmustern überwiegend entziehen und Klassenstandpunkte stärken. Doch vielfach sitzen Ressentiments so tief und werden aktuell über

soziale Medien tausendfach reproduziert, sodass es diesbezüglich auch klare Ansagen braucht. Betriebsvereinbarungen für respektvolles Verhalten und gegen Rassismus sind eine wirkungsvolle Ansage, dass rassistische Verhaltensweisen im Betrieb existenzbedrohende Folgen haben können.

Vielfalt leben und verankern

Die Arbeitskämpfe der letzten Jahre haben eindrücklich gezeigt, dass die Fixierung auf eine weiße deutsche Facharbeiterschaft, wie sie auch in Teilen der Linken wieder en vogue ist, wenig mit der Realität der heterogenen Klassenzusammensetzung zu tun hat (IG Metall 2017; Khalil et al. 2020). Wenn man die Gremien und Führungspositionen der Gewerkschaften betrachtet, fällt auf, dass die Realität der Einwanderungsgesellschaft kaum abgebildet wird. Dass sich dies ändert, ist längst überfällig (Khan 2020). Nicht nur um das Versprechen auf Teilhabe und Beteiligung einzulösen und Vielfalt zu leben, sondern um sich gegen die beschriebenen Spaltungsprozesse zu immunisieren. Die Gegenerzählung der Solidarität zwischen verschiedenen lohnabhängigen Menschen muss sich sehr viel stärker auch auf der Ebene der Repräsentation abbilden, um den irrigen Gedanken ethnisch homogener Gruppen und Nationen das Wasser abzugraben.

Literatur

- DGB-Bundesvorstand (2018): Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin.
- DGB-Bundesvorstand (2019): Eine Arbeiterpartei für Deutsche? Der Sozialpopulismus der AfD, Reihe Blickpunkt.
- DGB-Bundesvorstand (2000): Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus. Berlin.
- Die Welt (2018): Mutter aller Probleme ist die Migration, 5.9.2018. www.welt.de/politik/deutschland/article181434586/Seehofer-nach-Chemnitz-Mutter-aller-Probleme-ist-die-Migration.html (5.10.2020).
- Dörre, Klaus/Bose, Sophie/Lütten, John/Köster, Jakob (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie, 28, 55-89.
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. München.
- IG BAU (2018): Grundsätze gegen Rechts – Nie wieder Faschismus, die IG BAU in Vielfalt vereint.
- IG Metall (2017): IG Metall: Fast eine halbe Million Mitglieder haben Migrationshintergrund. Pressemitteilung Nr. 10/2017. 13.5.2017. www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/ig-metall-fast-eine-halbe-million-mitglieder-haben-migrat (1.3.2021).
- IG Metall, Ressort Migration und Teilhabe (2019): Migrationsland D. Eine Handlungshilfe für Begegnung und Dialog. Wiesbaden.
- Khalil, Samir/Lietz, Almuth/Mayer, Sabrina J. (2020): Systemrelevant und prekär beschäftigt: Wie Migrant:innen in unsicheren Arbeitsverhältnissen unser Gemeinwesen aufrechterhalten. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsfor-

schung. Berlin.

- Khan, Romin (2020): Kein wir ohne uns. Diskussion über eine Quote für MigrantInnen auf dem ver.di-Bundeskongress. In: Express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Nr. 1, www.labournet.de/politik/gw/zielgruppen/migrant/kein-wir-ohne-uns-diskussion-ueber-eine-quote-fuer-migrantinnen-auf-dem-ver-di-bundeskongress/ (5.10.2020).
- Reusch, Jürgen (2019): Dossier »#unteilbar«. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 117, www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3436.dossier-unteilbar.html?sstr=unteilbar (5.10.2020).
- Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/Bischoff, Joachim/Detje, Richard/Müller, Bernhard (2018): Arbeitsweltliche Zuspitzung – Rechtspopulismus im Betrieb. In: Sozialismus.de, 4/2018.
- Urban, Hans-Jürgen (2018a): Redebeitrag auf der Kundgebung #unteilbar, Berlin.
- Urban, Hans-Jürgen (2018b): Kampf um die Hegemonie: Gewerkschaften und die Neue Rechte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 3.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2018): Verlorene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.

Autor:innen

Anne Alexander ist Autorin und Journalistin in Großbritannien. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Middle East Solidarity* und im Herausgeberbeirat des *International Socialism Journal*.

Omar al-Jaffal ist Forscher und Journalist. Er ist derzeit einer der Projektleiter der Studie »A Locality in Crisis: A Study of the Local Governance Crisis and Public Protests in Basra« an der London School of Economics (LSE) und Herausgeber eines RLS-geförderten Bands zu den Protesten im Irak im Oktober 2019.

Dario Azzellini, Professor für Entwicklungsstudien der Universidad Autónoma de Zacatecas (Mex.), Visiting Scholar an der Cornell University (USA), forscht seit über 25 Jahren zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen.

Eva Bermúdez-Figueroa ist Dozentin für Soziologie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Cádiz in Spanien. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf Gender, Gewerkschaften und Frauen im Arbeitsmarkt. Sie ist Vorstandsmitglied des Forschungsnetzwerks Genderbeziehungen auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialstaat der European Sociological Association (ESA).

Lea Bou Khater hat in Entwicklungsforschung promoviert (SOAS, London) und lehrt in diesem Bereich an der Libanesisch-Amerikanischen Universität. In über zehn Jahren praktischer Entwicklungsarbeit führte sie für die Regierung des Libanon und für internationale Organisationen mehrere Studien zu Arbeit, Sozialschutz und Armut durch.

Flávia Braga Vieira hat in Stadt- und Regionalplanung promoviert. Seit 2010 ist sie Professorin für Soziologie an der Rural Federal University of Rio de Janeiro (UFRRJ). Forschung, Publikationen und Praxis in folgenden Bereichen: Globalisierung, Lateinamerika, proletarischer Internationalismus, soziale Bewegungen, Umwelt, Entwicklung, öffentliche Politiken und soziale Konflikte.

Anna Calori ist assoziierte Mitarbeiterin am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig. Derzeit arbeitet sie an einem Post-Doc-Projekt über die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Jugoslawien und dem Globalen Süden. Zuvor war sie im NGO-Sektor auf dem Westbalkan sowie bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf tätig.

Sebastian Chwala ist Politikwissenschaftler aus Marburg. 2015 erschien von ihm ein Buch zur Geschichte und Sozialstruktur der radikalen Rechten in Frankreich, darüber hinaus publiziert er regelmäßig zu aktuellen politischen Themen in Frankreich.

Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der FSU Jena. Er ist Co-Herausgeber des Berliner Journals für Soziologie

und des Global Dialogue. Außerdem ist er Sprecher des DFG-Kollegs »Postwachstumsgesellschaften« sowie Co-Leiter des Zentrums Digitale Transformation Thüringen (ZeTT). Aktuelle Veröffentlichung: »In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte«.

Jules El-Khatib ist stellvertretender Landessprecher von Die Linke NRW, Redaktionsmitglied des Onlineportals die Freiheitsliebe und schreibt aktuell an seiner Masterarbeit über die gewerkschaftliche Organisation von Arbeitsmigrant*innen in Südafrika.

Lorenzo Feltrin hat an der Universität Warwick in Politikwissenschaft und Internationale Studien promoviert und dabei die Rolle der Gewerkschaften bei den Aufständen von 2011 in Tunesien und Marokko untersucht. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Arbeit, soziale Bewegungen sowie, jüngst, politische Ökologie.

Elisa Gigliarelli ist Politik- und Wirtschaftswissenschaftlerin (Universität La Sapienza, Rom, Italien), die u.a. zu Netzwerken von rückeroberten Betrieben in Europa und Argentinien geforscht hat. Seit 2014 ist sie Co-Koordinatorin der »Arbeitertreffen zu Wirtschaftsfragen«, seit 2016 auch des Facultad-Abierta-Programms (= offene Fakultät).

Víctor Peña González ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Cádiz, Spanien. Sein Dissertationsprojekt beschäftigt sich mit den pro-sowjetischen Spaltungen der spanischen Kommunist*innen zwischen 1968 und 1989. Außerdem forscht er zu Geopolitik und der revolutionären Linken während der Franco-Diktatur und des demokratischen Wandels.

Sarah Hinz ist Doktorandin und ehemalige wissenschaftliche Hilfskraft für Arbeitssoziologie an der Universität Jena. Publikationen unter anderem im European Journal of Industrial Relations und Global Labour Journal.

Renate Hürtgen, Dr. phil., geb. 1947 in Ostberlin, Studium Kulturwissenschaften und Ästhetik an der Humboldt-Universität, in der DDR-Opposition aktiv, 1989 Mitbegründerin der »Initiative für eine unabhängige Gewerkschaft«, 1997–2013 Mitarbeiterin am »Zentrum für Zeithistorische Forschung« Potsdam, veröffentlichte u.a. zur Geschichte der Arbeiterbewegung, betrieblicher Alltag in der DDR, betriebliche und gewerkschaftliche »Wende«, Revolutions- und Diktaturgeschichte.

Peyman Jafari ist assoziierter Post-Doc an der Princeton University und Forscher am Internationalen Institut für Sozialgeschichte. Er ist Autor von »Der andere Iran: Geschichte und Kultur von 1900 bis zur Gegenwart« (C.H. Beck, 2010).

Romin Khan ist Referent für Migrationspolitik beim ver.di Bundesvorstand und stellvertretender Vorsitzender von »Mach meinen Kumpel nicht an!«, dem gewerkschaftlichen Verein für Gleichbehandlung und gegen Rassismus. Er hat in Berlin und Kapstadt Soziologie, Politik und Geschichte studiert.

João Carlos Louçã ist Anthropologe. Er forscht am Institut für Zeitgeschichte der Neuen Universität Lissabon.

Jeremy Morris ist Dozent für Globale Studien an der Universität Aarhus. Zu seinen Buchpublikationen zählt u.a. *Everyday Postsocialism: Working-Class Communities in the Russian Margins* (Palgrave, 2016).

Peter North ist Professor für Alternative Ökonomien an der Fakultät für Geografie und Planung der Universität Liverpool, Großbritannien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf sozialen und solidarischen Ökonomien als Ansatzpunkte für wirtschaftliche Alternativen. Zuletzt hat er vor allem zur Linken im heutigen Polen geforscht.

Gearóid Ó Loingsigh hat mehrere Bücher zum Konflikt in Kolumbien publiziert. Seine Schwerpunkte sind Konflikt, Entwicklung und soziale Organisationen. Er arbeitet mit der Graswurzel-Menschenrechtsorganisation *Equipo Jurídico Pueblos* zusammen und ist in Forschung, politischer Bildung und als Autor tätig.

Sebastián Osorio erlangte an der Universität von Santiago, Chile, einen MA in Geschichtswissenschaft und promoviert in diesem Fach. Mitglied des *Social Political Labor Research Center* (CIPSTRA). Forschung im Bereich Gewerkschaftsgeschichte und Arbeitsbeziehungen in Chile.

Charvaak Pati ist Assistenzprofessor am Tata Institut für Sozialwissenschaften (TISS) in Indien. Seine Schwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeitsforschung, Gewerkschaftsaktivitäten in der indischen Automobilindustrie, Ideologiekritik und Theorien des Widerstands und sozialer Transformation.

Domingo Pérez ist Soziologe. MA in Sozialwissenschaften (Universität von Chile), Promotionskandidat in Geografie (Päpstliche Katholische Universität von Chile). Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei *Labour Strikes Observatory*, einem gemeinsamen Programm des *Centre for Social Conflict and Cohesion Studies* und der Universität *Alberto Hurtado*.

Sarah Raymundo leitet das Zentrum für Internationale Studien der Universität der Philippinen, wo sie auch lehrt. Politisch engagiert sie sich in der Sektion Internationales bei BAYAN (Bagong Alyansang Makabayan/New Patriotic Alliance), für die *International League of Peoples' Struggle* und als Vorsitzende der *Philippine-Bolivarian Venezuela Friendship Association*.

Beltrán Roca ist Dozent für Soziologie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Cádiz, Spanien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, migrantischer Arbeit und dem Dritten Sektor. Er ist derzeit Co-Koordinator des iberoamerikanischen Forschungsnetzwerks *Stadtpolitik, Konflikte und soziale Bewegungen*.

Andrés Ruggeri ist Sozialanthropologe (Universität Buenos Aires, Argentinien), leitet seit 2002 das *Facultad-Abierta-Programm* (= Offene Fakultät) und ist Professor an der Universität *Arturo Jauretche*. Seit 2007 hat er sieben »Ar-

beitertreffen zu Wirtschaftsfragen« koordiniert. Er ist (Co-)Autor mehrerer Bücher zum Thema.

Maurício Sardá de Faria ist Doktor der Politischen Soziologie (Universidade Federal de Santa Catarina), arbeitet als Professor in der Abteilung für Sozialwissenschaften der Universidade Federal Rural de Pernambuco. In der Regierung von Lula da Silva war er Direktor des Nationalen Sekretariat für Solidarwirtschaft.

Henrique Tahan Novaes ist Professor an der Staatlichen Universität São Paulo »Júlio de Mesquita Filho« (UNESP), Marília-Campus. Buchpublikationen: »The Fetish of Technology: The Experience of Recuperated Factories«; »The Snail's Return to Its Shell: Alienation and Disalienation in Cooperatives and Workers' Associations« und »World of Associated Labour and Embryos of Education Beyond Capital«.

Nicole Ulrich lebt in der südafrikanischen Provinz Ostkap, wo sie im Bereich Arbeitsgeschichte forscht. Schwerpunkte sind die Organisation und Ideenbildung unter Arbeiter*innen im südlichen Afrika und deren Position innerhalb globaler radikaler Traditionen. Sie ist Mitglied der Neil Aggett Labour Studies Unit (NALSU).

Paula Varela ist Dozentin für Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Buenos Aires, wo sie auch promoviert hat. Im argentinischen Wissenschaftsrat CONICET hat sie eine Tenure-Track-Position als wissenschaftliche Mitarbeiterin. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Arbeiterklasse und Arbeitskämpfe, Gewerkschaften, Feminismus und Marxismus.

Raquel Varela ist Historikerin und Professorin an der Neuen Universität Lissabon/IHC und Ehrenmitglied am Internationalen Institut für Sozialgeschichte (Amsterdam). 32 Buchpublikationen zu den Themen Arbeitsgeschichte, Sozialstaat, Geschichte Portugals, europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts, Geschichte sozialer Bewegungen und globale Geschichte.

Verna Dinah Q. Viajar ist Dozentin an der Fakultät für Arbeit und Industrie der Universität der Philippinen (UP SOLAIR). Im Rahmen ihres Post-Docs ist sie derzeit Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie hat an der Universität Osnabrück promoviert und erhielt ein Promotionsstipendium der Universität Kassel.

Hiroaki Richard Watanabe ist Dozent an der Universität Sheffield und forscht zu vergleichender und internationaler politischer Ökonomie, u.a. zur Arbeitspolitik in Japan. Kürzlich erschien seine Buchpublikation *The Japanese Economy* (Agenda Publishing/Columbia University Press).

Youngsu Won, 1963 geboren, engagiert sich seit den frühen 1980ern in Arbeits- und sozialen Bewegungen. Heute ist er Koordinator des Internationalen Forums in Korea, mit Fokus auf internationale Themen und Bewegungen. Umfangreiche Forschungen, Übersetzungen und Buchpublikationen

zu gesellschaftlichen Kämpfen, sozialen Bewegungen und zur internationalen radikalen Linken.

Patrick Young ist leitender Analyst für die International Brotherhood of Teamsters. Zuvor war er als Campaigner bei United Steelworkers und der Service Employees International Union beschäftigt.

VSA: Soziale Proteste



Dario Azzellini **Vom Protest zum sozialen Prozess**

Betriebsbesetzungen und Arbeiten
in Selbstverwaltung

Eine Flugschrift

152 Seiten | € 12.80

ISBN 978-3-89965-826-2

Ist es möglich, im Kapitalismus »anders« zu arbeiten und damit die Perspektive einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen und zu eröffnen?



Jane McAlevey **Keine halben Sachen**

Machtaufbau durch Organizing
Herausgegeben von Florian Wilde

Aus dem Amerikanischen

von Jan-Peter Herrmann

Eine Veröffentlichung

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

248 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-96488-000-0

Jane McAlevey greift in die Organizing-Debatte ein und plädiert für den Aufbau von Gegenmacht in den Betrieben und die Demokratisierung von Gewerkschaften. Seit einigen Jahren belebt die Auseinandersetzung mit den Organizing-Methoden der US-amerikanischen Gewerkschaften auch die gewerkschaftliche Diskussion und Praxis in Deutschland. Dieses Buch der amerikanischen Organizerin Jane McAlevey soll die deutsche Debatte um bisher unterbelichtete Erfahrungen bereichern.

www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA:

VSA: Globale (Un)Ordnung



Claudia von Braunmühl/Heide Gerstenberger/Ralf Ptak/Christa Wichterich (Hrsg.)

ABC der globalen (Un)Ordnung

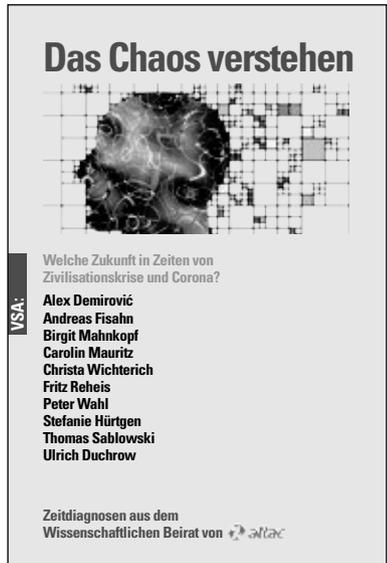
Von »Anthropozän« bis »Zivilgesellschaft«
In Kooperation mit Friedrich-Ebert-Stiftung,
taz und Wissenschaftlichem Beirat
von Attac

272 Seiten | Klappenbroschur | € 12,00
ISBN 978-3-96488-003-1

114 Autorinnen und Autoren greifen in
126 Stichwörtern die aktuellen Ent-
wicklungen auf, erarbeiten politische
Orientierungspunkte und zeigen Alternativen.
Auch für das neue Standardwerk
der Globalisierungskritik gilt: »Eine andere
Welt ist möglich«.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de



Alex Demirović/Andreas Fisahn/
Birgit Mahnkopf/Carolin Mauritz/
Christa Wichterich/Fritz Reheis/
Peter Wahl/Stefanie Hürtgen/
Thomas Sablowski/Ulrich Duchrow

Das Chaos verstehen

Welche Zukunft in Zeiten von
Zivilisationskrise und Corona?
Zeitdiagnosen aus dem
Wissenschaftlichen Beirat von Attac
240 Seiten | € 16,80
ISBN 978-3-96488-100-7

Klimakatastrophe und neuer Kalter Krieg,
Corona und Krisen, wohin man schaut.
Chaos plagt die Welt. Die Autorinnen
und Autoren klären Zusammenhänge und dis-
kutieren Wege aus dem Chaos hinaus.

www.vsa-verlag.de